

Gemeinde Moorrege

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 482/2012/MO/BV

Fachteam: Ordnung und Technik	Datum: 02.10.2012
Bearbeiter: Jenny Thomsen	AZ: 7/061.3310

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Gemeindevertretung Moorrege	20.12.2012	öffentlich

Bildung eines Gemeindewahlausschusses für die Kommunalwahl am 26. Mai 2013

Sachverhalt und Stellungnahme der Verwaltung:

Die nächste Kommunalwahl findet am 26. Mai 2013 statt. Aus diesem Grunde hat sich die Gemeindevertretung rechtzeitig mit der Wahl des Gemeindewahlausschusses zu befassen. Grundlage dafür ist § 12 Abs. 3 Gemeinde- und Kreiswahlgesetz (GKWG).

Den Gemeindewahlausschuss bilden der Wahlleiter als Vorsitzender und acht Beisitzerinnen und Beisitzer. Er besteht also insgesamt aus neun Personen. Die Fraktionen der politischen Parteien, die bei der Bildung des Gemeindewahlausschusses zu berücksichtigen sind, wurden im Vorwege angeschrieben und gebeten, entsprechende Vorschläge zur Sitzung der Gemeindevertretung zu unterbreiten.

Die Gemeindevertretung wählt nicht nur die Mitglieder des Gemeindewahlausschusses sondern auch Stellvertreterinnen und Stellvertreter. Weiterhin ist der Gemeindevahlleiter zu wählen. Wer dem Gemeindewahlausschuss angehört, darf weder Wahlbewerber noch Vertrauensperson für Wahlvorschläge sein (§ 55 GKWG).

Finanzierung:

keine

Beschlussvorschlag:

- a) Die Gemeindevertretung wählt Harald Kolumbe zum Wahlleiter und Annegret Matthiesen zu seiner Stellvertreterin.

b) Die Gemeindevertretung wählt nachstehende Personen in den Gemeindevahlausschuss:

Beisitzer/Beisitzerin	Stellvertreter/Stellvertreterin
Rolf Jakoby	Thomas Röger
Arnold Johansen	Joachim Henningsen
Wolfgang Balasus	Klaus Semmelmann
Jan Höge	Sven Jungmann
Nils Pawelka	Oliver Gimbal
Annegret Matthiesen (zugleich stv. Wahlleiterin)	Werner Behlau
Gerd Sommer	Thomas Landahl
Jörg Hansen	Rolf Derendorf

Weinberg

Gemeinde Moorrege

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 489/2012/MO/BV

Fachteam: Soziale Dienste	Datum: 24.10.2012
Bearbeiter: Gudrun Jabs	AZ:

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Sozialausschuss der Gemeinde Moorrege	26.11.2012	öffentlich
Finanzausschuss der Gemeinde Moorrege	04.12.2012	öffentlich
Gemeindevertretung Moorrege	12.12.2012	öffentlich

Haushaltsvoranschlag 2013 DRK-Kinderhaus Moorrege

Sachverhalt:

Der DRK-Kreisverband Pinneberg e.V. hat den Haushaltsvoranschlag 2013 (Anlage) für das DRK-Kinderhaus Moorrege vorgelegt. Einnahmen in Höhe von 373.100 Euro stehen Ausgaben in Höhe von 529.100 Euro gegenüber, so dass ein Zuschussbedarf von 156.000 Euro entsteht.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Haushaltsansätze entsprechen im Wesentlichen denen des Vorjahres. Lediglich bei den Stromkosten und der Reinigung sind im Ausgabenbereich Erhöhungen zu verzeichnen. Mehreinnahmen werden bei den Elternbeiträgen und dem Personalkostenzuschuss des Landes erwartet.

Die Kosten für Gebäude- und Außenanlagenunterhaltung in Höhe von 5.600 Euro und die Ersatzbeschaffungen in Höhe von 12.000 Euro wurden gesondert erläutert.

Im ersten vorgelegten Haushaltsentwurf hatte das DRK Personalmehrausgaben von 15.000 Euro angegeben. Diese wurden für eine zu erwartende Tarifierhöhung eingeplant. Da das DRK den Zeitpunkt für die Tarifierhöhung noch nicht nennen konnte, wurden diese Kosten vorerst herausgenommen. Sobald der genaue Zeitpunkt und die Höhe bekannt ist, erfolgt eine Finanzierung über einen Nachtrag.

Finanzierung:

Der Zuschussbedarf für das Jahr 2013 in Höhe von 156.000 Euro ist bei der Hhst.

4640.71700 bereitzustellen. Der Mietwert in Höhe von 55.000 Euro ist entsprechend durchzubuchen. Zum Haushalt der Grundschule werden Bewirtschaftungskosten in Höhe von 10.900 Euro umgebucht. Die von der Gemeinde getragenen Kosten der Gebäudeunterhaltung sind bei der Hhst. 4640.5000 dargestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss empfiehlt/der Finanzausschuss empfiehlt/die Gemeindevertretung beschließt, die vom DRK-Kreisverband Pinneberg e.V. aufgeführten Kosten für das DRK-Kinderhaus Moorrege für das Jahr 2013 anzuerkennen und einen Zuschuss in Höhe von 156.000 Euro zu gewähren, wobei sich die Jahresrechnung entsprechend auswirken kann.

(Weinberg)

Anlagen: Haushaltsplanung 2013 DRK Kinderhaus Moorrege

Haushaltsplanung 2013, DRK- Kinderhaus Moorrege
Kostenstelle 3210, 3211, 3220

Konto	HH 2011	HH 2012	HH 2012**	HH 2013	zus. Erläuterungen
Pers.ko. Päd.	348.000,00 €	360.000,00 €	345.000,00 €	345.000,00 €	Kosten d. päd. Pers. in Integrations-, Regelgruppen und Krippe sowie freigestellte Leitung
Kosten f. Freiwilliges Soziales Jahr				0,00 €	zusätzl. Kosten für FSJ
Pers.ko. Hauswirtschaftl.	9.500,00 €	10.000,00 €	10.000,00 €	10.000,00 €	Kosten f. den Hausmeister (geringf.) und für die Hauswirtschaftskraft
sonst. Pers.ko.	2.000,00 €	2.000,00 €	2.000,00 €	2.000,00 €	Aufwendg. für Pers.beschaffung, Berufsbildung, ant. Schwebelabgabe, Betriebsarzt
Fortbildung	2.700,00 €	2.500,00 €	2.500,00 €	3.600,00 €	Kosten der Fortbil. für jede MA, Teamfortbildung + 1 Langzeitzeitausbildung zur Lehrkraft für musikalische Früherz.
Fachberatung	2.500,00 €	2.600,00 €	2.600,00 €	3.200,00 €	Kosten der Fachberatung u. des stützpäd. Dienstes, Supervision
Verwaltungskosten	21.500,00 €	22.000,00 €	21.200,00 €	21.200,00 €	lt. Vertrag
Bürobedarf	2.300,00 €	2.500,00 €	2.500,00 €	2.500,00 €	Porto, Telefon, Internet, Verbrauchsmaterial
Fachliteratur/ Zeitschriften	500,00 €	700,00 €	700,00 €	700,00 €	Fachliteratur, Entwicklungsbögen
Reisekosten	400,00 €	400,00 €	400,00 €	400,00 €	km-Geld, Reisekosten
Verbrauchskosten / Strom		4.000,00 €	4.000,00 €	7.000,00 €	Strom (Preiserhöhung)
Veranstaltungen	400,00 €	400,00 €	400,00 €	400,00 €	Feste der Jahreszeiten, Veranstat. für Eltern u. Familien
Gebäude/ Außenanlagen	7.200,00 €	7.200,00 €	7.200,00 €	5.600,00 €	sh. Anlage 1
Ersatzbeschaffung	7.550,00 €	5.700,00 €	5.700,00 €	12.000,00 €	sh. Anlage 1
Reinigung fremde Betriebe	20.000,00 €	21.000,00 €	21.000,00 €	22.500,00 €	Reinigung (einschl. Anbau) der KT durch Fremdfirma, Reinigungsmat.
Hausapotheke	150,00 €	200,00 €	200,00 €	200,00 €	Pflaster, Kühlpads
Sachbedarf pädagogisch	7.000,00 €	7.000,00 €	7.000,00 €	7.000,00 €	Beschaffung von Spielzeug, Bücher, Verbrauchsmaterial, Arb.mat. f. Bildungsauftrag
Mieten/ Kapitaldienst	50.000,00 €	50.000,00 €	50.000,00 €	55.000,00 €	Mietkosten für 12 Monate
Aufwendungen für Einzelintegrationen	12.000,00 €	12.000,00 €	12.000,00 €	12.000,00 €	Aufwendungen f. eine Einzelintegration
Lebensmittel	18.000,00 €	18.000,00 €	18.000,00 €	18.000,00 €	Lebensmittel u. Getränke
Sachbedarf pflegerisch	1.000,00 €	800,00 €	800,00 €	800,00 €	Pflegemittel (auch Windeln) für die Integrations- und Krippenkinder
gesamt	512.700,00 €	529.000,00 €	513.200,00 €	529.100,00 €	

Konto	HH 2011	HH 2012	HH 2012**	HH 2013	zus. Erläuterungen
Getränkepauschale	3.500,00 €	3.500,00 €	3.500,00 €	3.500,00 €	Einnahmen für Getränke
Einnahmen Essen Kinder	14.500,00 €	14.500,00 €	14.500,00 €	14.500,00 €	Einnahmen f. Essen
HZ Entgelt ganztags	66.000,00 €	67.000,00 €	67.000,00 €	63.000,00 €	18 Kinder x 284,- € x 12 Monate
HZ Entgelt vormittags	54.000,00 €	57.000,00 €	57.000,00 €	59.000,00 €	31 Kinder x 12 Monate x 142,- € plus Früh- und Spätdienste
Entgelt Integrationskinder	59.000,00 €	59.000,00 €	59.000,00 €	65.000,00 €	Einnahmen f. Integrationskinder
Entgelt Krippe	37.000,00 €	37.500,00 €	37.500,00 €	37.800,00 €	10 Kinder x 12 Monate x 315,-€ + Frühdienst
Miete/Schuldendienst Gemeinde	50.000,00 €	50.000,00 €	50.000,00 €	55.000,00 €	Miete f. 12 Monate
Zuschuß Land	59.000,00 €	57.000,00 €	57.000,00 €	60.000,00 €	Personalkostenzuschuß des Landes
Fremdgemeindekostenzuschuß	8.000,00 €	14.000,00 €	14.000,00 €	12.500,00 €	Kostenzuschuß für Kinder aus Fremdgemeinden (5 Kinder)
Gem. I Defizit	158.800,00 €	166.750,00 €	150.950,00 €	156.000,00 €	Betriebskostenzuschuß der Gemeinde Moorrege
Zuschuss Kreis	2.900,00 €	2.750,00 €	2.750,00 €	2.800,00 €	Betriebskostenzuschuß des Kreises Pinneberg
Sozialerm. d. Gem. Moorrege	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	Sozialstaffel (Diff. Kreis/ Kommune)
gesamt	512.700,00 €	529.000,00 €	513.200,00 €	529.100,00 €	

Anlage 1 zur Haushaltsplanung 2013 der DRK- Kita Moorrege

Gebäude- und Aussenanlageunterhaltung

Klettergerüst - Spielplatz	5.000,00 € (verrottet, Sicherheitsmängel)
Schließanlage	(4.500,- lt. Angebot Gemeinde)
Holzlasur	100,00 €
Materialien für diverse kleinere Reparaturen	500,00 €
Gesamtbetrag	5.600,00 €

Ersatzbeschaffung

Schränke -Washraum	400,- werden in 2014 beantragt
Aufsatz - Schlafräum	300,- werden in 2014 beantragt
Puppeneckenmöbel	1.000,- werden in 2014 beantragt
Kletternetz	1.000,- werden in 2014 beantragt
2 Rollkastenschränke	700,00 €
BücherKiste	200,00 €
Spiegel	50,00 €
Schranksystem	4.000,00 € (Ganztagsgruppe - Garderobe)
Kamera	150,00 €
Gitarre	250,00 €
Gardinen für 2 Gruppenräume	2.500,00 €
Verdunklung - Bewegungsraum	1.100,00 €
Rollos Küche	750,00 €
Geschirrspüler	1.600,00 € (kein Industriegeschirrspüler)
PC	700,00 € (wird in 2012 nicht angeschafft)
Gesamtbetrag	12.000,00 €

Gemeinde Moorrege

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 494/2012/MO/BV

Fachteam: Soziale Dienste	Datum: 07.11.2012
Bearbeiter: Gudrun Jabs	AZ:

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Sozialausschuss der Gemeinde Moorrege	26.11.2012	öffentlich
Finanzausschuss der Gemeinde Moorrege	04.12.2012	öffentlich
Gemeindevertretung Moorrege	20.12.2012	öffentlich

Haushaltsvoranschlag 2013 DRK-Waldkindergarten Waldzauber

Sachverhalt:

Der DRK-Kreisverband Pinneberg hat den anliegenden Haushaltsvoranschlag für den DRK-Waldkindergarten Waldzauber für das Jahr 2013 vorgelegt. Einnahmen in Höhe 53.600 Euro stehen Ausgaben in Höhe von 84.400 Euro gegenüber, so dass sich ein Zuschussbedarf in Höhe von 30.800 Euro ergibt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Ansätze im Einnahmen und Ausgabenbereich für das Jahr 2013 entsprechen denen des Vorjahres.

Finanzierung:

Der Zuschussbedarf für den Betrieb des DRK-Waldkindergartens Waldzauber beträgt für das Jahr 2013 30.800 Euro und ist bei der Hhst. 46400.71700 bereitzustellen.

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss empfiehlt/ der Finanzausschuss empfiehlt/die Gemeindevertretung beschließt dem DRK-Kreisverband Pinneberg für die Finanzierung des DRK-Waldkindergarten Waldzauber einen Zuschuss in Höhe von 30.800 Euro zu gewähren.

(Weinberg)

Anlagen:

Haushaltsplanung 2013 DRK-Waldkindergarten Waldzauber

Haushaltsplanung 2013, DRK- Waldkita WaldZauber

Ausgaben	Konto	HH 2012	HH 2013	zus. Erläuterungen
Pers.ko. Päd.	6042	75.000,00 €	75.000,00 €	Kosten d. päd. Pers. (ohne Tarifsteigerung)
Pers.ko. Hauswirtschaftl.	6020			
sonst. Pers.ko.	6416	300,00 €	500,00 €	Aufwendg. für Pers.beschaffung, Berufsgen.schaft, ant. Schwerbeh.abgabe, Betriebsarzt
Fortbildung	6430	800,00 €	800,00 €	Kosten der Fortbildung f. Teamfortbild., 2 Zusatzausbildungen
Fachberatung	6864	200,00 €	400,00 €	Kosten der Fachberatung u. des stützpäd. Dienstes
Verwaltungskosten	6950	4.500,00 €	4.500,00 €	lt. Vertrag
Bürobedarf	6820	350,00 €	1.100,00 €	Telefongeb., Internet, Büromat., Porto, Toner (Büro Frau Hamann in Moorrege)
Fachliteratur/ Zeitschriften	6855	200,00 €	200,00 €	Fachliteratur, Entwicklungsbögen
Reisekosten	6890	50,00 €	100,00 €	km-Geld
Veranstaltungen	6550	150,00 €	200,00 €	Feste der Jahreszeiten, Verant. für Eltern u. Familien, Projektarbeit
Gebäude/ Außenanlagen	6805	200,00 €	400,00 €	Bauwagen und Versicherung, Bauwagen sanieren
Ersatzbeschaffung	6806	250,00 €	250,00 €	Inventaranschaffungen
Reinigung fremde Betriebe	6817			
Hausapotheke	6601	50,00 €	50,00 €	Pflaster, Kühlpads
Sachbedarf pädagogisch	6681	850,00 €	900,00 €	Beschaffung von Spielzeug, Bücher, Verbrauchmaterial, Arb.mat. f. Bildungsauftrag
Mieten/ Kapitaldienst	7600			
Sprachförderung	6872			
Lebensmittel	6500			
Sachbedarf pflegerisch	6590			
gesamt		82.900,00 €	84.400,00 €	
Einnahmen				
Getränkepauschale	4984			
Einnahmen Essen Kinder	4982			
HZ Entgelt ganztags	4950			
HZ Entgelt vormittags	4951	33.000,00 €	34.000,00 €	Elterngelte
Entgelt Behinderte	4981			
Entgelt Krippe	4960			
Miete/Schuldendienst Gemeinde	4910			
Zuschuß Land	4834	14.000,00 €	14.000,00 €	Personalkostenzuschuß des Landes
Fremdgemeindekostenzuschuß	4823	4.000,00 €	5.000,00 €	Betriebskostenzuschuß der Fremdgemeinden
Gem. I Defizit	4900	31.300,00 €	30.800,00 €	Betriebskostenzuschuß der Gemeinde Moorrege
Zuschuss Kreis	4835	600,00 €	600,00 €	Betriebskostenzuschuß des Kreises Pinneberg
Sozialerm. d. Gem. Moorrege	4990			
gesamt		82.900,00 €	84.400,00 €	

Gemeinde Moorrege

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 493/2012/MO/BV

Fachteam: Soziale Dienste	Datum: 07.11.2012
Bearbeiter: Gudrun Jabs	AZ:

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Sozialausschuss der Gemeinde Moorrege	26.11.2012	öffentlich
Finanzausschuss der Gemeinde Moorrege	04.12.2012	öffentlich
Gemeindevertretung Moorrege	12.12.2012	öffentlich

Haushaltsplan 2013 ev. Kindergarten Moorrege

Sachverhalt:

Der Kirchenkreis Pinneberg hat den anliegenden Haushaltsplanentwurf 2013 für die Kindertagesstätte der Kirchengemeinde St. Michael Moorrege-Heist vorgelegt, mit dem ein gemeindlicher Zuschuss in Höhe von 147.100 Euro beantragt wird. Einnahmen in Höhe von 209.630 Euro stehen hier Ausgaben in Höhe von 356.730 Euro gegenüber.

Stellungnahme der Verwaltung:

Höhere Ausgaben sind insbesondere im Bereich der Personalkosten auf Grund der Tarifierhöhung und der Verkürzung der Schließzeiten zu verzeichnen. Für Umbaumaßnahmen (neue Tür im Eingangsbereich und Ausbau des Mitarbeitertraumes) wurden 16.000 Euro eingeplant. Ansonsten entsprechen die Einnahmen und Ausgaben im Wesentlichen denen des Vorjahres.

Finanzierung:

Der Zuschussbedarf für den Betrieb der evangelischen Kindertagesstätte beträgt für das Jahr 2013 147.140 Euro und ist bei der Hhst. 46400.71700 bereitzustellen.

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss empfiehlt/der Finanzausschuss empfiehlt/die Gemeindevertre-

tung beschließt der Kindertagesstätte der ev. luth. Kirchengemeinde Moorrege-Heist für das Haushaltsjahr 2013 einen Zuschuss in Höhe von höchstens 147.100 Euro zu gewähren, wobei sich die Jahresrechnung 2012 entsprechend auswirken kann.

(Weinberg)

Anlagen:

Haushaltsplanung 2013 evangelischer Kindergarten St. Michael

Alle Angaben in EUR.

Zeitraum Spalte 1: Januar-Dezember 2013

Zeitraum Spalte 2: Januar-Dezember 2012

Zeitraum Spalte 3: Januar-Dezember 2011

Erträge	Plan 2013	Plan 2012	Plan 2011
40300 Entgelte Unterkunft/Verpfleg.	6.800,00	6.800,00	5.040,00
40340 Erlöse - Getränke	1.000,00	1.000,00	1.800,00
41600 Erl.Kindertagesst.Elternbeitr.	106.210,00	100.550,00	99.300,00
41780 Sozialstaffel	11.800,00	11.170,00	10.530,00
41781 zusätzl. Sozialst. Kommune	0,00	0,00	500,00
45130 Zuschüsse der Länder	34.480,00	33.260,00	30.000,00
45134 Zuschuss Land - Einzelintegrat	37.350,00	37.350,00	24.900,00
45136 Zuschuss Land - Sprachförderun	2.000,00	2.000,00	2.000,00
45141 Zuschuss Kreis - Betriebskoste	1.690,00	1.680,00	1.680,00
45150 Zuschüsse von Gemeinden	147.100,00	134.140,00	110.300,00
45153 Zusch.Gemeinden Kostenausgleic	6.000,00	6.000,00	6.000,00
45900 Zuschüsse v. sonstigen Dritten	2.200,00	0,00	0,00
46200 Zweckgebundene Spenden	100,00	100,00	100,00
Aufwendungen	Plan 2013	Plan 2012	Plan 2011
60100 Verpflegung	3.700,00	3.700,00	2.440,00
60140 Getränkekosten	1.000,00	1.000,00	1.800,00
60200 Med.-pflegerischer Sachbedarf	120,00	120,00	120,00
61030 Pers.aufw.privatr.ang.Mitarb.	224.150,00	216.600,00	187.400,00
61070 Sonst.Pers.aufw.Lohn-u.Geh.ch.	0,00	2.000,00	1.900,00
61074 Aufw.f.Aushilfen,n.Stellenplan	4.800,00	4.450,00	4.600,00
61075 Aufw.f.Fremdpersonal,Zeitarb.	32.400,00	34.380,00	23.480,00
61081 Personal - Reinigung	20.100,00	18.500,00	16.750,00
61082 Personal - Küche	900,00	0,00	2.600,00
62200 Gesetzl.Unf.vers.,Berufsgen.	850,00	850,00	870,00
64000 Personalbezogener Sachaufwand	100,00	100,00	100,00
64500 Mitarbeitervertretung	1.600,00	1.440,00	1.080,00
64600 Aus- und Fortbildung	2.050,00	1.500,00	1.230,00
64601 Fachberatung	1.980,00	0,00	0,00
65290 Abschreib.GWG	2.500,00	2.500,00	580,00
69100 Aufw.Innerki.Verw.kostenerst.	14.370,00	15.120,00	15.120,00
70210 Lehr-u.Lernmaterial	3.700,00	3.700,00	3.600,00
70230 Veranstaltung	500,00	500,00	300,00
70300 Geschäftsaufwand	700,00	500,00	300,00
70320 Bücher, Zeitschriften	250,00	200,00	150,00
70410 Telefon- und Internetkosten	700,00	700,00	700,00
70500 Reisekosten	150,00	150,00	150,00
70800 Aufw.f.Wirtschaftsbedarf	1.500,00	1.500,00	1.350,00
70900 Sonst.Wirtsch.u.Verw.aufw.	50,00	0,00	50,00
70950 Mitgliedsbeiträge	420,00	320,00	320,00
71163 Wartung Feuerlöschscheinrichtung	100,00	80,00	80,00
71170 Aufw.Unterhaltung Heizungsanl.	280,00	280,00	280,00
71210 Instandh.Grundst.u.Außenanlag.	2.500,00	2.370,00	2.370,00
71220 Instandhaltung Gebäude	16.000,00	0,00	0,00
72110 Abfallgebühren	450,00	460,00	460,00
72140 Wasserverbr.-u.Entwäss.geb.	890,00	1.010,00	880,00
72150 Schornsteinreinigung	0,00	70,00	70,00
72200 Versicherungen	1.060,00	1.030,00	1.020,00

Alle Angaben in EUR.

Zeitraum Spalte 1: Januar-Dezember 2013

Zeitraum Spalte 2: Januar-Dezember 2012

Zeitraum Spalte 3: Januar-Dezember 2011

Aufwendungen	Plan 2013	Plan 2012	Plan 2011
75210 Heizung, Brennstoffkosten	6.300,00	8.950,00	6.350,00
75220 Strom	2.150,00	1.420,00	1.420,00
77200 Langfristige Zinsaufwendungen	790,00	930,00	1.290,00
77900 Sonstige Zinsen und ähnl.Aufw.	7.570,00	7.570,00	7.570,00
83300 Zuführung zu Rücklagen	50,00	50,00	370,00
83310 Zuf. Rückl. Bausondermaßnahmen	0,00	0,00	3.000,00
Gesamt Erträge	356.730,00	334.050,00	292.150,00
Gesamt Aufwendungen	356.730,00	334.050,00	292.150,00
Ergebnis	0,00	0,00	0,00

Gemeinde Moorrege

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 470/2012/MO/BV

Fachteam: Soziale Dienste	Datum: 09.10.2012
Bearbeiter: Gudrun Jabs	AZ: 4/460-220

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Sozialausschuss der Gemeinde Moorrege	26.11.2012	öffentlich
Finanzausschuss der Gemeinde Moorrege	04.12.2012	öffentlich
Gemeindevertretung Moorrege	12.12.2012	öffentlich

Kostenbeteiligung an der Kindertagespflege 2013 der Familienbildung Wedel e.V.

Sachverhalt:

Die Familienbildung Wedel e.V. hat den anliegenden Antrag auf anteilige Kostenübernahme an der Kindertagespflege (Werbung, Vermittlung, Beratung, Betreuung) gestellt. Der Zuschussantrag an die Gemeinde Moorrege beträgt 1.837,82 Euro (Vorjahr: 1.652,47 Euro). Gegenüber 2012 ist der Zuschussantrag um 185,35 Euro gestiegen. Der Gemeindeanteil wurde auf Grundlage der Anzahl der Kinder, die in der Kindertagespflege 2011 betreut wurden und der unter 4 Jahre alten Kinder, die in der Gemeinde Moorrege leben, neu berechnet.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Antrag wurde ausreichend begründet. Trotz der Einrichtung von Ganztages- und Krippenplätzen ist die Nachfrage nach einer Betreuung durch Tagesmütter in der Gemeinde Moorrege gestiegen. Derzeit werden 12 Kinder im Alter zwischen eins und acht Jahren aus Moorrege von der Tagesmutter betreut. Bis zum Juli 2012 waren es noch 17 Kinder, davon sind 5 in eine Kindertagesstätte gewechselt.

Finanzierung:

Der Betrag von 1.837,82 Euro ist im Haushalt der Gemeinde Moorrege bereitzustellen.

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss empfiehlt/der Finanzausschuss empfiehlt/die Gemeindevertretung beschließt der Familienbildung Wedel e.V. der Familienbildung Wedel e.V. für das Jahr 2013 einen Zuschuss in Höhe von 1.837,82 Euro zu gewähren.

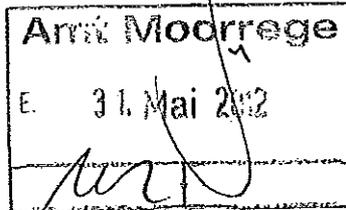
(Weinberg)

Anlagen: Antrag der Familienbildung Wedel e.V.



FAMILIENBILDUNG WEDEL e.V., Rathausplatz 4, 22880 Wedel

Amt Moorrege
 Amtsstraße 12
 25436 Moorrege



Wedel, 25.05.2012

Anträge der Familienbildungsstätten im Kreis Pinneberg zur anteiligen Kostenübernahme an der Kindertagespflege (Werbung, Vermittlung, Beratung, Betreuung) für das Haushaltsjahr 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit sende ich Ihnen den Antrag für das Haushaltsjahr 2013 zu und bitte Sie, diesen weiterzuleiten.

- Der Berechnungsschlüssel ist unterteilt in einen Fixanteil und einen variablen Anteil. Der Fixanteil wird als Vorhaltebetrag unabhängig von der Anzahl der versorgten Kinder fällig. Er entspricht in seiner Höhe jeweils dem Anteil der in der Gemeinde wohnenden Kinder unter 4 Jahren an allen Kindern dieser Altersgruppe im Kreis Pinneberg (Stichtag 31.12.2010).
- Der variable Anteil berechnet sich nach der Anzahl der Kinder in Tagespflege, die in der jeweiligen Gemeinde wohnen. Der variable Anteil orientiert sich jährlich an den tatsächlichen Zahlen aus dem letzten verfügbaren Jahresabschluss der FBS Kreis-AG, für 2013 sind das die Betreuungszahlen aus 2011.
- Seit Beginn des Jahres 2012 wurde zwischen dem Kreis Pinneberg und der FBS Kreis-AG ein neuer Budgetvertrag für die Kindertagespflege abgeschlossen. Der Kreis Pinneberg hat das Budget um 52.100 € erhöht und ermöglicht dadurch 200 weitere Betreuungsplätze kreisweit bis 2014. Bei diesen zusätzlichen Plätzen geht der Kreis wiederum von einer Kofinanzierung durch die Gemeinden aus. Der Gemeindeanteil erhöht sich insofern ab 2013 um 5% bezogen auf das Gesamtvolumen des Arbeitsbereiches Kindertagespflege. Insgesamt sind es 13.800 €, die auf alle Gemeinden im Kreis umgelegt werden. In dem Fixanteil, der für Ihre Gemeinde berechnet wurde, finden Sie ggf. eine geringfügige Erhöhung vor.

Ich bitte Sie, auch für 2013 unserem Antrag zu entsprechen.

Mit freundlichen Grüßen Familienbildung Wedel e.V.

Rathausplatz 4
 22880 Wedel
 Tel.: 04103-8032980

OFI 3 05.05.2012 S

Dies bedeutet für Moorrege

- Fixanteil 1.197,86 €
Anteil an den Einwohnern unter 4 Jahre: 1,17 %
- Variabler Anteil 639,97 €
Anteil an den Kindern in Tagespflege: 1,5 %

Gemeindeanteil Moorrege gesamt 1.837,82 €

Dies bedeutet für Heist

- Fixanteil 868,45 €
Anteil an den Einwohnern unter 4 Jahre: 0,85 %
- Variabler Anteil 0 €
Anteil an den Kindern in Tagespflege: 0 %

Gemeindeanteil Heist gesamt 868,45 €

Dies bedeutet für Holm

- Fixanteil 908,37 €
Anteil an den Einwohnern unter 4 Jahre: 0,89 %
- Variabler Anteil 287,98 €
Anteil an den Kindern in Tagespflege: 0,7 %

Gemeindeanteil Holm gesamt 1.196,36 €

Dies bedeutet für Neuendeich

- Fixanteil 139,75 €
Anteil an den Einwohnern unter 4 Jahre: 0,14 %
- Variabler Anteil 127,99 €
Anteil an den Kindern in Tagespflege: 0,3 %

Gemeindeanteil Neuendeich gesamt 267,74 €

Dies bedeutet für Heidgraben

- Fixanteil 848,48 €
Anteil an den Einwohnern unter 4 Jahre: 0,83 %
- Variabler Anteil 319,98 €
Anteil an den Kindern in Tagespflege: 0,7 %

Gemeindeanteil Heidgraben gesamt 1.168,46 €

Dies bedeutet für Gr. Nordende

- Fixanteil 219,61 €
Anteil an den Einwohnern unter 4 Jahre: 0,21 %
- Variabler Anteil 159,99 €
Anteil an den Kindern in Tagespflege: 0,4 %

Gemeindeanteil Gr. Nordende gesamt 379,60 €

Gemeinde Moorrege

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 469/2012/MO/HH

Fachteam: Soziale Dienste	Datum: 20.07.2012
Bearbeiter: Gudrun Jabs	AZ:

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Sozialausschuss der Gemeinde Moorrege	26.11.2012	öffentlich
Finanzausschuss der Gemeinde Moorrege	04.12.2012	öffentlich
Gemeindevertretung Moorrege	12.12.2012	öffentlich

Antrag auf institutionelle Förderung der Familienbildung Wedel e.V.

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 28.06.2012 stellte die Familienbildung Wedel e.V. einen Antrag auf institutionelle Förderung (siehe Anlage) in Höhe von 323 Euro.

Die Einzelheiten können dem Antrag entnommen werden.

Finanzierung:

Entsprechende Haushaltsmittel müssten im Haushaltsplan 2013 bereitgestellt werden.

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss empfiehlt / der Finanzausschuss empfiehlt / die Gemeindevertretung beschließt, der Familienbildung Wedel e.V. einen Zuschuss in Höhe von _____ Euro / keinen Zuschuss zu gewähren.

Weinberg

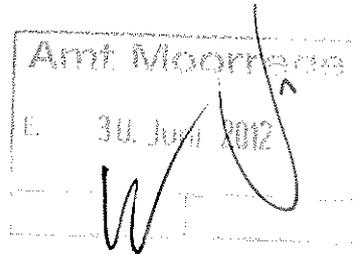
Anlagen:

Antrag der Familienbildung Wedel e.V. vom 28.06.2012



FAMILIENBILDUNG WEDEL e.V., Rathausplatz 4, 22880 Wedel

Gemeinde Moorrege
 Frau Jabs
 Amtsstraße 12
 25436 Moorrege



Wedel, 28.06.2012

Antrag auf institutionelle Förderung der Familienbildung Wedel e.V.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Familienbildung Wedel e.V. bietet den Bürgern - insbesondere jungen Familien - ein umfangreiches Kursangebot, das von allen genutzt werden kann.

Finanziert wird unsere Arbeit durch die Stadt Wedel (33.400 €) durch den Kreis (10.000 €), durch das Land Schleswig-Holstein und durch die Kurseinnahmen. Im Doppelhaushalt des Landes 2011/2012 wurden die Mittel um je 15% gekürzt, gleichzeitig wurden die Richtlinien zur Verteilung der Mittel verändert, was für die Familienbildung Wedel eine Kürzung von 24.267 € auf 17.434 € bedeutet.

Aufgrund dieser Landesmittelkürzung wird es schwer, das bisherige Angebot zu halten.

Wir bitten die Gemeinde Moorrege, uns zu unterstützen und stellen den Antrag auf institutionelle Förderung der Familienbildung in Höhe von

323 € (Berechnungsschlüssel: siehe Anlage),

nachdem die Bürger Ihrer Gemeinde unser Kursangebot seit Jahren kostenfrei nutzen.

Unser Verwaltungsprogramm kann statistisch erfassen, wie viele Familien aus der Region unsere Kursangebote belegen. Diese Berechnung finden Sie im Anhang.

Danach sind 3,23 % unserer Kursteilnehmer Moorreger Bürger.

Unsere Bitte ist, diesen Antrag in den zuständigen Ausschüssen zu beraten und unsere Einrichtung 2013 zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen
 Familienbildung Wedel e.V.

U. Wollf
 Rathausplatz 4
 22880 Wedel
 Leiterin Familienbildung Wedel 29 80

1 Anlage

Die Grundlage der Berechnung bildet die Fördersumme des Kreises Pinneberg in Höhe von 10.000 €. Die statistische Erfassung erfolgte in dem Zeitraum vom 01.01.2011 bis 31.12.2011. Hier aufgeführt sind die Gemeinden mit mehr als 2 % Anteil an den Kursteilnehmern.

Ort	Anteil der Familien	Förderbetrag / Jahr
Hamburg	7,14 %	714 €
Holm	3,42 %	342 €
Moorrege	3,23 %	323 €
Tornesch	3,23 %	323 €
Schenefeld	7,93 %	793 €
Halstenbek	2,11 %	211 €

Gemeinde Moorrege

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 491/2012/MO/BV

Fachteam: Soziale Dienste	Datum: 07.11.2012
Bearbeiter: Gudrun Jabs	AZ:

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Schul- und Kulturausschuss der Gemeinde Moorrege	27.11.2012	öffentlich
Finanzausschuss der Gemeinde Moorrege	04.12.2012	öffentlich
Gemeindevertretung Moorrege	12.12.2012	öffentlich

Mittelanforderung 2013 Grundschule Moorrege

Sachverhalt:

Die Grundschule Moorrege hat die anliegende Mittelanmeldung für den Haushalt 2013 vorgelegt und begründet.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Ansätze im Verwaltungshaushalt entsprechen im Wesentlichen denen der Vorjahre und sind im Haushalt 2013 mit eingeflossen.

Im Vermögenshaushalt sind Mittel für den Erwerb von beweglichen Vermögen in Höhe von 9.000 Euro für die Grundschule eingeplant. Die gewünschten Mittel für Gebäude- und Grundstückunterhaltung werden im Rahmen der im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel durchgeführt.

Finanzierung:

Die beantragten Haushaltsmittel sind im Haushalt 2013 einzuplanen.

Beschlussvorschlag:

Der Schul- und Kulturausschuss/ der Finanzausschuss nimmt die Mittelanmeldung der Grundschule Moorrege für den Haushalt 2013 zur Kenntnis. Die beantragten Haushaltsmittel werden eingeplant.

(Weinberg)

Anlagen:

Mittelanmeldung Grundschule Moorrege



Grundschule Moorrege • Klinkerstr. 8 • 25436 Moorrege

Gemeinde Moorrege
Herrn Bürgermeister Weinberg
Amtsstr. 12

25436 Moorrege

Grundschule Moorrege
Klinkerstr. 8
25436 Moorrege

Tel.: (04122) 81442
Fax: (04122) 853646

Moorrege, 29.10.2012

Mittelanmeldung für den Haushalt 2013

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Weinberg,

ergänzend zur Mittelanmeldung der Grundschule für den Haushalt 2013
bitte ich für die Gemeinde Moorrege folgenden Kostenbedarf einzuplanen:

1.) Gebäude- und Grundstücksunterhaltung (Hhst: 21110.500000)

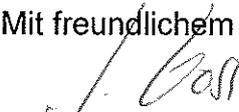
- Klassenraum streichen
- 2 x Fußboden wie im Gruppenraum erneuern (neuer Fußbodenbelag)
- Erneuerung Spielsand Schulhof, noch nicht geschehen
- Unterstützung bei der Pflege des Schulhofes
- Schülertoiletten renovieren/sanieren

2.) Erwerb von beweglichem Vermögen (Hhst: 21110.935000 ca. 9000€)

- Möbel Klassenzimmer ergänzen (1.000 Euro)
- 2 Schränke für Klassenraum (1.200 Euro)
- Möbel HSU-Raum: 4 Tische (1.200 Euro)
- 2 Regale (300 Euro)
- Gardinen für Fenster im Flur und Sekretariat (2.000 Euro)
- Telefonanlage neu, wie bereits beantragt (s.Anlage: Kosten ?)
- Verwaltungscomputer nach Landesrichtlinien umrüsten bzw. neu anschaffen (s. Anlage: ca. 3000€)
- Digitalkamera 150 €

Bitte stellen Sie auch im neuen Haushaltsjahr für die **Schulsozialarbeit**
(Hhst. 21110.672100) **500 Euro**, für das **Projekt „Jung trifft Alt“**
(Hhst. 21110.600020) **500 Euro** zur Verfügung .

Mit freundlichem Grüßen


Gudrun Voss
Schulleiterin

Anlagen: 2

An das
 Amt Moorrege
 Team Finanzen
 Amtsstraße 12
 25436 Moorrege

<u>Mittelanmeldung der Grundschule Moorrege für den Haushalt 2013</u>					
Hauhaltsstelle	Bezeichnung	Haushalts- ansatz 2012	beantragter Haushalts- ansatz für 2013	Begründung	
21110.520000	Gerätekauf und - unterhaltung Grundschule	2.000 €	2.000 €		
21110.520010	Gerätekauf u.-unterhaltung Turnhalle	1.000 €	1.000 €		
21110.530000	Miete für das Kopiergerät	1.800 €	2.000 €		
21110.570000	Lehrmittel	3.500 €	3.500 €		
21110.576000	Lernmittel	6.000 €	6.000 €	veränderter Unterricht	
21110.600000	Schulveranstaltungen	2.500 €	2.500 €		
21110.600010	GEMA	200 €	200 €		

Hauhaltsstelle	Bezeichnung	Haushalts- ansatz 2012	beantragter Haushalts- ansatz für 2013	Begründung
21110.600020	Projekt "Jung trifft alt"	1.000 €	500 €	
21110.650000	Geschäftsausgaben	4.500 €	4.500 €	
21110.935000	Erwerb von beweglichem Vermögen - Schule	10.000 €	9.000 €	
21110.935010	Erwerb von beweglichem Vermögen - Turnhalle	1.500 €	1.500 €	

*) Der Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens ist bei der HHSt. 21110.935000 (Vermögenshaushalt) zu veranschlagen, wenn der Wert des einzelnen Gegenstandes mehr als 150 € beträgt und dieser selbständige bewertungs- und nutzungsfähig ist.

sonstige Hinweise und Bemerkungen:

Die Haushaltsansätze des letzten Jahres haben sich als zutreffend erwiesen.

Grundschule Moorrege

Klinikstraße 2

25376 Moorrege

Telefon: 0422/81442

Fax: 0422/853646

Grundschule Moorrege

29.10.12



(Unterschrift)

Moorrege, den

Gemeinde Moorrege

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 480/2012/MO/BV

Fachteam: Finanzen	Datum: 25.09.2012
Bearbeiter: Jens Neumann	AZ: 3/570-250

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Finanzausschuss der Gemeinde Moorrege	04.12.2012	öffentlich
Gemeindevertretung Moorrege	12.12.2012	öffentlich

Defizitübernahme für den kirchlichen Friedhof Moorrege für das Jahr 2013

Sachverhalt:

Der Kirchenkreis Pinneberg hat für den kirchlichen Friedhof Moorrege den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2013 vorgelegt und beantragt gemäß Anlage die Übernahme eines Defizits durch die Gemeinde Moorrege in Höhe von 45.360 €.

Der Zuschuss ist gegenüber dem Vorjahr um 1.420 € gestiegen.

Im Wesentlichen entsprechen die Planungen für 2013 den Ansätzen des Vorjahres. Lediglich durch die Erhöhung des Tarifvertrags im öffentlichen Dienst ergeben sich erhöhte Personalkosten.

Entsprechend den Regelungen des Vertrages zwischen der Ev.-Luth. Kirchengemeinde St. Michael Moorrege-Heist und der Gemeinde Moorrege wird ein entstehendes Betriebskostendefizit durch Zuschüsse der Gemeinde Moorrege gedeckt.

Finanzierung:

Für das Jahr 2013 ist im Haushalt der Gemeinde Moorrege bei der Hhst. 036.1.75000.677000 -Kostenanteil für den kirchlichen Friedhof- ein Betrag von 45.400 € eingeplant.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Moorrege beteiligt sich auf der Basis des aktuellen kirchlichen Haushaltsplanentwurfes 2013 mit einem Zuschuss in Höhe von höchstens 45.360 € an den Kosten für den Friedhof Moorrege. Der Zuschuss ist am 01.04. und am 01.10. mit je 22.680 € zahlbar, wobei sich die Jahresrechnung entsprechend auswirken kann.

Weinberg

Anlagen:

Haushaltsplanentwurf 2013 kirchlicher Friedhof Moorrege

Haushaltsplan 2013 - Entwurf
1208033068 Friedhof Moorrege

Kostenstelle		08000 Friedhof, hoheitl. Teil			
Sachkonto		Soll 2013	Soll 2012	Ist 2011	Ist 2012
		EUR	EUR	EUR	EUR
40111	Grabnutzungsgebühren	36.000,00	36.000,00	39.774,20	21.551,00
40120	Bestattungsgebühren	10.000,00	10.000,00	10.445,00	4.875,00
40130	Friedhofs-/Grabfeldunterhaltg.	1.100,00	1.100,00	1.089,00	495,00
40132	Jährliche Friedhofsunterhaltg.	7.000,00	7.000,00	5.496,00	3.675,50
40141	Grabmalgenehmigung	1.400,00	1.400,00	1.580,00	762,00
40150	Erlöse aus Grabpflege	6.200,00	6.200,00	8.043,70	5.655,70
40470	Entgelte für Dienstleistungen	2.000,00	0,00	0,00	2.530,00
40800	Erlöse aus Verpachtung	0,00	0,00	0,00	70,00
45150	Zuschüsse von Gemeinden	45.360,00	43.940,00	40.050,00	21.970,00
49101	Ertr.Auflösg.SoPo Anlageverm.	0,00	0,00	99,17	0,00
50190	Sonst.Ertr.frühere Geschäftsj.	0,00	0,00	5.896,48	0,00
56100	Ertragszinsen Kontokorrent	3.270,00	3.270,00	2.714,52	0,00
58700	Ertr.a. Entgelten f. Mahnungen	10,00	10,00	0,00	0,00
61030	Pers.aufw.privatr.ang.Mitarb.	74.800,00	71.600,00	68.891,88	40.460,50
62100	Arbeitgeberant.Sozialvers.	1.200,00	1.200,00	838,78	0,00
62130	Arb.geb.ant.Soz.vers.p.a.Mit.	400,00	400,00	259,65	0,00
62200	Gesetzl.Unf.vers.,Berufsgen.	800,00	650,00	644,64	645,44
64400	Bekleidungsgeld Schutz/Dst.kl.	200,00	200,00	723,70	307,01
64500	Mitarbeitervertretung	500,00	640,00	300,00	0,00
65240	Abschreib.BGA	0,00	0,00	99,17	0,00
69100	Aufw.innerki.Verw.kostenerst.	3.750,00	3.750,00	4.577,10	1.297,46
70300	Geschäftsaufwand	300,00	300,00	381,15	320,77
70400	Kommunikationskosten	100,00	100,00	85,38	0,00
70810	Materialaufw.f.Wirtschaftsbed.	2.000,00	2.000,00	2.346,65	1.356,55
71210	Instandh.Grundst.u.Außenanlag.	800,00	800,00	2.961,53	1.108,96
71220	Instandhaltung Gebäude	900,00	900,00	862,17	947,98
71240	Instandhaltung BGA	1.600,00	1.600,00	2.173,77	1.428,46
71241	Anschaffungskosten BGA	0,00	0,00	1.487,50	0,00
71250	Instandhaltung Fahrzeuge	3.000,00	3.000,00	9.847,63	3.427,99
72110	Abfallgebühren	1.200,00	1.200,00	789,66	756,43
72140	Wasserverbr.-u.Entwäss.geb.	720,00	720,00	1.054,78	458,52
72200	Versicherungen	330,00	330,00	320,00	0,00
74190	Zuf.sonst.Sonderp.m.Finanzd.	0,00	0,00	5.826,04	0,00
75100	Aufw.für Mieten, Pachten etc.	900,00	900,00	900,00	0,00
75220	Strom	180,00	180,00	150,00	0,00
83100	Entnahme aus Rücklagen	2.570,00	2.810,00	11.587,12	0,00
83300	Zuführung zu Rücklagen	21.230,00	21.260,00	20.544,68	0,00
Summe 08000 Friedhof, hoheitl. Teil					
	Erträge:	114.910,00	111.730,00	126.775,19	61.584,20
	Aufwendungen:	114.910,00	111.730,00	126.065,86	52.516,07
	Ergebnis:	0,00	0,00	709,33	9.068,13

Erläuterungen zu 08000 Friedhof, hoheitl. Teil

- 40111 Grabnutzungsgebühren/Berechtigungsgebühren
 30 % davon gehen jährlich in die FU-Rücklage
- 40120 Bestattungsgebühren
- 40130 Friedhofsunterhaltungsgebühren für Folgejahre:
 Anstelle einer jährlichen Rechnung kann die Friedhofsunterhaltungsgebühr im Falle einer Verlängerung für den Rest der Laufzeit abgelöst werden. Diese Gebühren werden hier vereinnahmt. Die Zuführung an die Unterhaltungsrücklage erfolgt über das Sachkonto 83300, der jährliche Rückfluss von 1/25 wird beim Sachkonto 83100 vereinnahmt.
- 40132 Friedhofsunterhaltungsgebühren für das lfd. Jahr
 Diese Gebühr entfällt
 a) für Gräber. deren Nutzungsrecht nach dem 01.04.97 verliehen wird, und
 b) für Gräber. deren Nutzungsrecht nach dem 01.04.97 verlängert wird, für den Zeitraum der Verlängerung.
- 40141 Grabmalgebühren
- 40150 Grabpflege und Bepflanzung = 4.000 €
 Erstattungen Grabpflegekosten aus Stiftungen = 400 €
 Pflegekosten aus Grablegaten = 1.800 €
- 40470 Baggerarbeiten für Gemeinde Heist
- 45150 Zuschuss der politischen Gemeinde
- 56100 Zinsen
 Zinsen der Friedhofsunterhaltungsrücklage, RL 5325.02 = 1729 €
 Zinsen aus Grablegaten, RL 6410.01 = 1298€
 Zinsen für Abschr. RL Iseki-Schlepper, (bis 2022) RL 5325.01 = 143 €
 Zinsen für Abschr. RL Bagger RL 5323.01 = 101 €
 Zinsen insgesamt = 3270 €
- 58700 Mahngebühren
- 61030
- | Name | Verg. Gruppe | wchtl. Std. | Jahresbetrag |
|--------------|--------------|-------------|--------------|
| Heydorn | K6 | 39 | 44.000 € |
| Ritter, O. | K5 | 19,25 | 19.600 € |
| Heydorn Lisa | K3 | 7,5 | 6.300 € |
- Personalkostenersatz:
 an Kirchengemeinde Appen für Personalkosten der Verwaltung des Friedhofes, K 6, 4 Std. wchtl. = 4.900 € (Helga Gätjens) = 74.800 €
- 62100 AG-Anteil Sozialversicherungen
- 62130 AG-Anteil Soz.vericherung privatrechtl. MA
- 62200 Berufsgenossenschaft
 Beiträge des Arbeitgebers zur gesetzlichen Unfallversicherung der Mitarbeiter
- 64400 Berufs-/Arbeitskleidung
 Schutzkleidung
- 64500 Kosten der Mitarbeitervertretung
 pro MA 160 € für 201
 lt. Aufstellung Personalabteilung = 497,60 €
- 69100 Ersatz anteiliger Verwaltungskosten an den Kirchenkreis unter Vorbehalt auf Basis der Rg. 2011, Abr. Ende 2012
 lt. Entgeltverzeichnis des Kirchenkreises
- 70300 Geschäftsaufwand
 Papier, Porto, Bürobedarf usw
- 70400 Telefonkosten Mobiltelefon
- 70810 Saat- und Pflanzgut, Mutterboden

- 71210 Instandhaltung Grundstücke und Außenanlagen
Herrichten der Wege und Reparaturen im
Gelände u.a.
- 71220 Bauunterhaltungskosten:
Unterhaltung Grundstück und Gebäude
- 71240 Inventarbeschaffung/Instandhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung
Inventarbeschaffungskosten bis Einzelwert 150 € (Netto) sowie Unterhaltung
und Reparatur der Geräte und Ausstattungsgegenstände (unabhängig vom
Anschaffungswert) z.B. Karre, Schaufeln, Maschinen u.ä.
- 71250 Haltung von Fahrzeugen:
- Iseki-Schlepper: Kfz-St.,Kfz.Versicherung, TÜV, Wartung, Reparaturen
- Zeppelin Minibagger: TÜV, Wartung, Reparaturen
- John-Deere Rasentrac: TÜV, Wartung, Reparaturen
Diesel für die Fahrzeuge
- 72110 Müllcontainer
- 72140 Wasserbeschaffungskosten = 500 €
Vorflutergebühr = 220 €
- 72200 Ersatz an Kirchenkreis:
Umlagesätze fürVversicherungsprämien
- Gebäude ca 150 qm x 1,7859 € = 267,89 €
- Inventar pro Anlage = 26,40 €
- Haftpflicht für 3 Mitarbeiter je 9,4413 € = 28,32 €
insgesamt ca. = 330 €
- 75100 Raummiete Mitarbeiterraum ca. 10qm
an Kirchengemeinde Moorrege-Heist
- 75220 Stromkosten für Licht- und Elektroheizung an
Kirchengemeinde Mandant 33069
- 83100 Rückflüsse, Unterhaltungsrücklage:
1/25 aus dem Sachkonto 40130 = 50 €
1/25 aus der FU-RL = 2.520 €
zusammen ca. 2.570 €
- 83300 Zuführung an den Grablegefonds:
RL 6410.01 = Zinsen 1300 €
Zuführung an Abschreibungsrücklage Iseki-Schlepper:
RL 5325.01 = 4.030 € + Zinsen = 1430 € (bis 2022)
(Abschreibung Iseki-Kompakt-Schlepper)
Zuführung an Abschreibungsrücklage Bagger:
RL Nr. 5323.01 = 870 €
(Abschreibung Bagger = 770 € + Zinsen 100 €)
- Zinsen sh. Sachkonto 56100
Zuführung Friedhofsunterhaltungsrücklage
Zinsen für die FU-RL wurden bei Sachkonto 56100 in Höhe von 1700 € verbucht
bei Sachkonto 40130 FU Folgejahre vereinnahmte 1100 €, diese gehen an dei FU-RL
Aus Sachkonto 40111 Grabnutzungsgeb. werden 30 % der FU-RL zugeführt = 10.800 €
Zuführung insgesamt= 21.230 €

Haushaltsplan 2013 - Entwurf

1208033068 Friedhof Moorrege

20. September 2012

15:20:05

SLassoued

Kostenstelle	Soll 2013	Soll 2012	Ist 2011	Ist 2012
	EUR	EUR	EUR	EUR
08000 Friedhof, hoheitl. Teil	0,00	0,00	709,33	9.068,13

Erträge:	114.910,00	111.730,00	126.775,19	61.584,20
Aufwendungen	114.910,00	111.730,00	126.065,86	52.516,07
Ergebnis:	0,00	0,00	709,33	9.068,13

Gemeinde Moorrege

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 488/2012/MO/BV

Fachteam: Ordnung und Technik	Datum: 08.10.2012
Bearbeiter: Jenny Thomsen	AZ: 7/364.9206

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Bau- und Umweltausschuss der Gemeinde Moorrege	28.11.2012	öffentlich
Finanzausschuss der Gemeinde Moorrege	04.12.2012	öffentlich
Gemeindevertretung Moorrege	12.12.2012	öffentlich

Wiederaufnahme der Reetdachförderung in der Gemeinde Moorrege

Sachverhalt:

Es besteht eine Anfrage eines Moorreger Bürgers auf Reetdachförderung. Es ist angedacht, das gesamte Reetdach zu erneuern. Fraglich ist hier eine mögliche Förderung.

Stellungnahme der Verwaltung:

Mit Sitzung vom 17. Dezember 2003 wurden die Richtlinien zur Gewährung von Investitionszuschüssen zur Erhaltung von Reetdächern für 5 Jahre ausgesetzt. Da aber keine weiteren Anfragen zwischenzeitlich aufgelaufen sind, wurden die Richtlinien im Jahre 2008 nicht wieder aktiviert und sind momentan noch ausgesetzt. Der letzte Antrag wurde im Jahr 2002 gestellt. Die Entscheidung der Aussetzung beruht auf der Begründung, dass bereits sehr viele Reetdächer zu damaliger Zeit saniert worden sind.

Finanzierung:

Der Höchstzuschuss beträgt insgesamt 5.000 € pro Antragsteller. Laut der Richtlinien werden für vollständige Erneuerung, teilweise Erneuerung (mind. 20 m²), Umdeckung von Häusern und Firstsanierung Zuschüsse gewährt. Im Haushalt wären entsprechende Mittel bereitzustellen.

Beschlussvorschlag:

- a) Der Bauausschuss empfiehlt, der Finanzausschuss empfiehlt, die Gemeinde-

vertretung beschließt die Richtlinien zur Gewährung von Investitionszuschüssen zur Erhaltung von Reetdächern wieder aufzunehmen. Die entsprechenden Haushaltsmittel werden im Haushalt bereitgestellt.

- b) Der Bauausschuss empfiehlt, der Finanzausschuss empfiehlt, die Gemeindevertretung beschließt, die Richtlinien zur Gewährung von Investitionszuschüssen zur Erhaltung von Reetdächern nicht wieder aufzunehmen.

Weinberg

Gemeinde Moorrege

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 478/2012/MO/BV

Fachteam: Ordnung und Technik	Datum: 04.09.2012
Bearbeiter: Jenny Thomsen	AZ: 7/131.630

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Finanzausschuss der Gemeinde Moorrege	04.12.2012	öffentlich
Gemeindevertretung Moorrege	12.12.2012	öffentlich

Sammelbeschaffung von Digitalfunkgeräten

Sachverhalt:

Das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein hat das weitere Vorgehen im Bestellverfahren für die Digitalfunkgeräte bekanntgegeben. Demnach kann die Wehrführung im Internet unter www.digitalfunk-sh.de sich alle möglichen Bestellpakete zum Digitalfunk angucken und auswählen, welche Geräte benötigt werden. Es erfolgt anschließend die Bestellung durch die Verwaltung, welche bis zum 31. Januar 2013 beim Kreis Pinneberg in Schriftform vorliegen muss. Der Kreis hat diese Bestellungen bis zum 05. Februar 2013 an das Innenministerium weiterzuleiten. Diese Fristen sind abschließend, spätere Bestellungen fallen somit nicht mehr unter die Förderung durch die Feuerschutzsteuer.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Land Schleswig-Holstein bezuschusst die Beschaffung mit voraussichtlich 50 % der Kosten aus der Feuerschutzsteuer. Eine genaue Höhe ist jedoch noch nicht bekannt. Die endgültige Förderungshöhe ist abhängig von der tatsächlichen Entwicklung des Aufkommens der Feuerschutzsteuer, der Beschaffungsmenge aller Wehren sowie den Ausschreibungsergebnissen. Voraussetzung für eine Förderung ist jedoch die verbindliche Bestellung bis zum 31. Januar 2013. Sollten Feuerwehren nicht an der Sammelbeschaffung teilnehmen wollen, so wird seitens des Landes keine Förderung erfolgen. Die Feuerwehr könnte dann aber auch nicht zu gegebener Zeit mit den Nachbarwehren kommunizieren. Ziel des Landes ist es, dass alle Wehren an der Beschaffung teilnehmen, damit einheitlich auch bessere Preise bei der Ausschreibung erzielt werden. Gerade aufgrund der Zuschüsse wäre eine Teilnahme auf jeden Fall sinnvoll.

Laut Wehrführung wird aktuell mit Kosten in Höhe von 33.000 € gerechnet, wovon 4.000 € für den Einbau der Geräte in die Fahrzeuge angesetzt ist. Diese Kosten werden nicht gefördert. Es würde sich insgesamt eine mögliche Förderung von 14.500 € ergeben.

Finanzierung:

Die Haushaltsmittel in Höhe von rd. 33.000 € müssen im Haushalt 2013 bereitgestellt werden.

Beschlussvorschlag:

Der Finanzausschuss empfiehlt/Die Gemeindevertretung beschließt, die benötigten Digitalfunkgeräte verbindlich zu bestellen und an der Sammelbeschaffung des Landes Schleswig-Holstein teilzunehmen. Die Haushaltsmittel sind im Haushalt 2013 einzuplanen.

Weinberg

Gemeinde Moorrege

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 500/2012/MO/BV

Fachteam: Planen und Bauen	Datum: 26.11.2012
Bearbeiter: Michael Koch	AZ:

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Bau- und Umweltausschuss der Gemeinde Moorrege	28.11.2012	öffentlich
Gemeindevertretung Moorrege	20.12.2012	öffentlich

Antrag auf Erlass einer Satzung nach BauGB für den Schmiedeweg-West

Sachverhalt:

Das Maklerbüro Claudia Mohr Immobilien aus Moorrege beantragt mit anliegendem Schreiben vom 21.11.2012 den Erlass einer Außenbereichssatzung im südwestlich gelegenen Teil des Schmiedeweges zum Zwecke einer künftigen Bebauung. Die Zustimmung der betreffenden Grundeigentümer liegt vor.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die besagte Fläche befindet sich im Außenbereich der Gemeinde und ist im rechtskräftigen Flächennutzungsplan als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt.

Der Erlass einer städtebaulichen Satzung wäre für diesen Bereich denkbar, um die „Baulücke“ zwischen den bebauten Grundstücken Schmiedeweg 35 und Lusbusch 1 zu schließen, zumal auf der gegenüberliegenden Straßenseite ebenfalls schon Wohnbebauung vorhanden ist (Schmiedeweg 38-48).

Als planerisches Instrument kämen eine Außenbereichssatzung gem. § 35 Abs. 6 BauGB oder -in diesem Fall angebrachter- eine Ergänzungs- und Klarstellungssatzung nach § 34 Abs. 4 BauGB (analog zum Schmiedeweg-Ost) in Betracht.

Finanzierung:

Die Planungskosten werden verwaltungsseitig auf rund 6.000 Euro geschätzt und wären vollständig von dem Vorhabenträger zu übernehmen. Hierzu würde die Gemeinde mit dem Unternehmen einen städtebaulichen Vertrag abzuschließen, um sie von jeglichen Kosten freizuhalten.

Beschlussvorschlag:

Für das Gebiet im Westen des Schmiedeweges zwischen den Grundstücken Schmiedeweg 35 und Lusbusch 1 wird vorbehaltlich einer mit dem Vorhabenträger abzuschließenden Vereinbarung/ eines städtebaulichen Vertrages zur vollständigen Übernahme der Planungskosten eine Ergänzungs- und Klarstellungssatzung nach § 34 Abs. 4 BauGB mit dem Planungsziel aufgestellt, eine weitere Wohnbebauung zu ermöglichen.

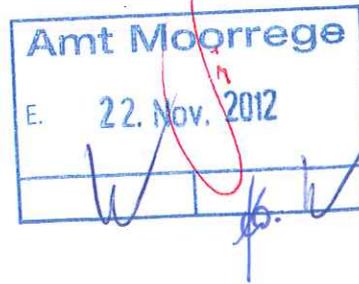
Mit der Ausarbeitung der Satzung soll das Planungsbüro Elberg beauftragt werden.

Weinberg
Bürgermeister

Anlagen: Antrag vom 21.11.2012



Claudia Mohr Immobilien · Kastanienallee 2 · 25436 Moorrege



Amt Moorrege
-Bauamt-
zu Händen Herrn Koch
Amtsstraße 12

25436 Moorrege

Moorrege, 21.11.2012

Aufstellung einer
Antrag zur ~~Änderung~~ der Außenbereichssatzung

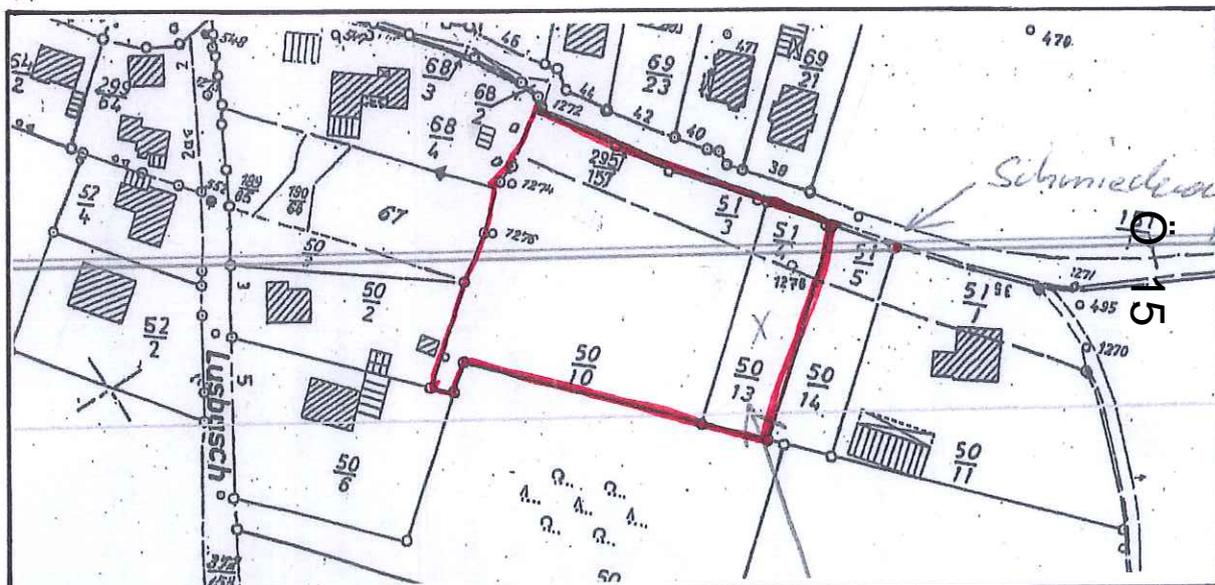
Sehr geehrter Herr Koch,
sehr geehrter Bauausschuss,

im Auftrag der Eheleute Britta und Andreas Krüger stelle ich den Antrag auf

Erlas einer Aufstellung einer
~~Erlas der Änderung~~ der Außenbereichssatzung, hinsichtlich der Flächen gemäß anliegender
Flurkarte, zum Zwecke der zukünftigen Bebauung.

Mit freundlichem Gruß

Claudia Mohr
Claudia Mohr



Claudia Mohr Immobilien · Kastanienallee 2 · 25436 Moorrege

Tel./Fax 0 41 22 - 408 30 22 · Mobil: 0176 - 907 801 89 · eMail: info@mohr-immo.net · Internet: www.mohr-immo.net

Bankverbindung: Wüstenrot Bank AG · BLZ 604 200 00 · Kto.-Nr. 961 447 5690 · Steuernummer 13 / 148 / 03218 · Finanzamt Elmshorn

Gemeinde Moorrege

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 501/2012/MO/BV

Fachteam: Planen und Bauen	Datum: 04.12.2012
Bearbeiter: Michael Koch	AZ:

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Bau- und Umweltausschuss der Gemeinde Moorrege	19.12.2012	öffentlich
Gemeindevertretung Moorrege	20.12.2012	öffentlich

19. Änderung des Flächennutzungsplanes - Abschließender Beschluss

Sachverhalt:

Zu der 19. Änderung des Flächennutzungsplanes erfolgte am 18.10.2012 durch die Gemeindevertretung der entsprechende Entwurfs- und Auslegungsbeschluss.

Daraufhin erfolgte die öffentliche Auslegung des Planentwurfes nebst Begründung und Fachgutachten in der Zeit vom 02.11.-03.12.2012 sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange.

Die in diesen Verfahrensschritten eingegangenen Stellungnahmen sind nunmehr auszuwerten und die darin enthaltenen Anregungen und Bedenken abzuwägen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Stadtplanungsbüro Möller-Plan hat alle vorliegenden Stellungnahmen ausgewertet, in anliegender Aufstellung zusammengefügt und mit einem Abwägungsvorschlag versehen.

Zu den verfahrensrechtlichen Anregungen und Bedenken werden von dem gemeindlichen Rechtsbeistand noch Ausführungen ausgearbeitet, welche aufgrund der Kürze der Zeit noch nicht vorliegen und nachgereicht werden.

Gleiches gilt für die Anregungen und Bedenken, welche sich auf die Standort-, Markt- und Wirkungsanalyse der BulwienGesa AG beziehen. Hier werden entsprechende Anmerkungen von der BulwienGesa AG nachgereicht.

Finanzierung:

Entfällt.

Beschlussvorschlag:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfes der 19. Änderung des Flächennutzungsplanes abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat der Bau- und Umweltausschuss/ die Gemeindevertretung mit folgendem Ergebnis geprüft:

Berücksichtigt, teilweise berücksichtigt bzw. nicht berücksichtigt werden die Stellungnahmen gemäß anliegender Auswertung (Abwägung), welche Bestandteil dieses Beschlusses ist, ggf. mit folgenden Änderungen/Ergänzungen:...

Das Büro Möller-Plan wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen. Die nicht berücksichtigten Stellungnahmen sind bei der Vorlage des Planes zur Genehmigung mit einer Stellungnahme beizufügen.

2. Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt/ die Gemeindevertretung beschließt die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes.

3. Die Begründung wird gebilligt.

4. Der Bürgermeister wird beauftragt, die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Genehmigung vorzulegen und danach die Erteilung der Genehmigung nach § 6 Abs. 5 BauGB örtlich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Weinberg
Bürgermeister

Anlagen: Auswertung der Stellungnahmen (Abwägungsvorschlag)

19. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Moorrege,
 Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

Gemeinde Moorrege - 19. Änderung des Flächennutzungsplanes Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung - Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen -	Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange – ohne Anregungen und Bedenken
<p>Kreis Pinneberg, Fachdienst Planen und Bauen, Stellungnahme vom 29.10.2012</p> <p>azv Südholstein, Stellungnahme vom 30.10.2012</p> <p>Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein, Abteilung Technischer Umweltschutz, Stellungnahme vom 12.11.2012</p> <p>Handwerkskammer Schleswig-Holstein, Stellungnahme vom 20.11.2012</p> <p>Telefónica Germany GmbH & Co. KG (ehemals Hansenet), Stellungnahme vom 22.11.2012</p> <p>Ericsson GmbH, Stellungnahme vom 26.11.2012</p> <p>Kreis Pinneberg, Fachdienst Umwelt, untere Bodenschutzbehörde, untere Wasserbehörde, gesundheitlicher Umweltschutz, Stellungnahme vom 3.12.2012</p>	

19. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Moorrege,
 Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange – mit Anregungen und Bedenken	
<p>Wasserverband Pinnau-Bilsbek-Gronau, Stellungnahme vom 5.11.2012:</p> <p>An dem Planungsgebiet verläuft der Verbandsgraben Nr. 87. Es ist darauf zu achten, dass ein 5 m breiter Räumstreifen ohne Bepflanzung und ohne Bebauung eingehalten wird. Das gesamte Gebiet ist an die Regenrückhaltung anzuschließen, wobei die in den Verbandsgraben einzuleitenden Wassermassen die Menge eines landwirtschaftlichen Abflusses nicht übersteigen dürfen. Sollten diese Ausführungen keine Berücksichtigung finden, sehen wir uns gezwungen, den Verbandsgraben aus unserem Anlagenverzeichnis herauszunehmen und an die Stadt bzw. Gemeinde zurückzugeben.</p>	<p>Der Räumstreifen für den Verbandsgraben Nr. 87 befindet sich nach Auskunft des Büros IBB (Erschließungs- und Entwässerungsplanung) auf der östlichen Seite Grabens. Dieser Räumstreifen bleibt unverändert bestehen. Die Entwässerungsplanung hat das Büro IBB mit der Wasserbehörde des Kreises Pinneberg abgestimmt, sie wurde dort akzeptiert. Damit sollten die Vorgaben des Wasserverbandes erfüllt sein. Änderungen in der 19. F-Plan-Änderung ergeben sich durch diese Stellungnahme nicht.</p>
<p>Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein, Stellungnahme vom 12.11.2012:</p> <p>Wir können zurzeit keine Auswirkungen auf archäologische Kulturdenkmäler durch die Umsetzung der vorliegenden Planung feststellen. Daher haben wir keine Bedenken.</p> <p>Wenn während der Erarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist die Denkmalschutzbehörde unverzüglich zu benachrichtigen und die Fundstelle bis zum Eintreffen der Fachbehörde zu sichern. Verantwortlich hier sind gem. § 14 DSchG (in der Neufassung vom 12. Januar 2012) der Grundstückseigentümer und der Leiter der Arbeiten.</p>	<p>Der Hinweis des Archäologischen Landesamtes wird in die Begründung aufgenommen.</p>
<p>Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, Stellungnahme vom 19.11.2012:</p> <p>Im Hinblick auf die Leitsätze der Bauleitplanung nach § 1 Abs. 5 BauGB weise ich zur o.a. Planung vorbehaltlich ihrer Anpassung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung sowie einer intensiven Prüfung im Genehmigungsverfahren der Flächennutzungsplanänderung auf folgendes hin:</p>	

19. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

<p>1. Die Aussagen im Umweltbericht, letzter Absatz bei Ziff. 9.1 "Schutzgut Mensch" sind nicht hinreichend. Die Auswirkung des Sondergebiets Einzelhandel auf die benachbarte Wohnbebauung ist bereits auf Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung zumindest überschlägig zu ermitteln und in der Begründung darzulegen. Dabei sind Lieferverkehre, Kundenverkehre, Beleuchtung usw. zu prüfen. Die überschlägig ermittelten Werte sind den Orientierungs- bzw. Richtwerten gegenüber zu stellen. Sollten sich wesentliche Beeinträchtigungen für die benachbarte Nutzung ergeben, so sind Lösungsmöglichkeiten darzulegen.</p> <p>2. Die Darstellungen in der Planzeichnung und in der Zeichenerklärung sollten überprüft werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Üblicherweise wird als Zweckbestimmung in solchen Sondergebieten nur der Begriff Einzelhandel oder großflächiger Einzelhandel gewählt. - Die farbige Darstellung von Verkehrsflächen erfolgt nach der Anlage zur Planzeichenverordnung Ziffer 6.1 in der Farbe goldocker. Die hier gewählte Farbe entspricht nicht der Planzeichenverordnung. <p>Die Planunterlagen sind entsprechend zu überarbeiten.</p>	<p>Zu 1. Es wird als nicht sinnvoll erachtet, die Ausführungen aus der Begründung zum B-Plan Nr. 27 in die Begründung der 19. F-Plan-Änderung zu übernehmen. Beide Pläne werden im Parallelverfahren aufgestellt. Die Konkretisierung der F-Plan-Änderung erfolgt auf B-Plan-Ebene, damit auch die konkrete Darstellung der Auswirkungen.</p> <p>Zu 2.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Zweckbestimmung wurde als Sondergebiet Nahversorgung bezeichnet, um deutlich zu machen, dass es nur darum geht. Die Nahversorgung ist eine Form des Einzelhandels. - Die Farbdarstellung der Verkehrsflächen wird überprüft. <p>Aus dieser Stellungnahme ergeben sich keine inhaltlichen Änderungen der Planung.</p>
<p>Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, untere Forstbehörde, Stellungnahme vom 20.11.2012: Bezüglich der o.g. Bauleitplanung bestehen forstbehördenseits keine Bedenken, vorausgesetzt, der gesetzlich geforderte Waldabstand zwischen Gebäudeaußenkante und Waldrand von 30 m zum nordöstlich angrenzenden Wald wird eingehalten.</p>	<p>Der Abstand von 30 m zur bewaldeten Düne im Geltungsbereich des B-Planes Nr. 18 wird eingehalten. Änderungen in der 19. F-Plan-Änderung ergeben sich durch diese Stellungnahme nicht.</p>
<p>Ministerium für Wissenschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein, Stellungnahme vom 5.12.2012: Gegen die 19. Änderung des gemeinsamen Flächennutzungsplanes der Städte Uetersen und Tornesch und den Gemeinden Moorrege und Heidgraben für die Gemeinde Moorrege bestehen in verkehrlicher und straßenbaulicher Hinsicht keine Bedenken, wenn meine Stellungnahme Az.: VII 414-553.71/2-56-036 vom 12.6.2012 vollinhaltlich berücksichtigt wird. Die Stellungnahme bezieht sich im straßenbaulichen und straßenverkehrlichen Bereich nur auf Straßen des überörtlichen Verkehrs mit Ausnahme der</p>	<p>Die Vorgaben der Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein vom 12.6.2012 werden durch die Abstimmung der Straßenplanung und der Planung einer Lichtsignalanlage im Bereich der B 431 mit dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein eingehalten. Dies wurde in einem Telefonat mit der Verfasserin der Stellungnahme bestätigt.</p>

19. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Moorrege, Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

<p>Kreisstraßen.</p> <p>Nachrichtlich: Stellungnahme des MWAVT vom 12.6.2012:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Alle Veränderungen an der Bundesstraße 431 (B 431) sind mit dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV-SH), Niederlassung Itzehoe rechtzeitig abzustimmen. Außerdem dürfen für den Straßenbaulastträger der Bundesstraße keine zusätzlichen Kosten entstehen. 2. Die verkehrliche Erschließung des Plangebietes soll über eine noch auszubauende Gemeindestraße (Planstraße „A“) erfolgen. Die sich daraus ergebenden Auswirkungen auf die B 431 sind durch entsprechende verkehrstechnische Untersuchungen nachzuweisen. Diesbezüglich ist mit dem LBV-SH, Niederlassung Itzehoe Kontakt aufzunehmen. 3. Die bauliche Gestaltung des Knotenpunktes B 431/Planstraße „A“ sowie die erforderliche Herstellung des Linksabbiegestreifens/Aufstellbereiches im Zuge der B 431 ist mit dem LBV-SH, Niederlassung Itzehoe abzustimmen. <p>Hierzu sind dem LBV-SH, Niederlassung Itzehoe entsprechende Detailpläne/unterlagen, bestehend aus Lageplan M 1: 500, Höhenplan mit Entwässerungseinrichtungen, Regelquerschnitt mit Deckenaufbauangaben, Markierungs- und Beschilderungsplan sowie Leistungsfähigkeitsnachweis des Knotenpunktes mit Erläuterungsbericht und ggf. Ablösberechnung rechtzeitig vor Baubeginn in 3-facher Ausfertigung zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen.</p> <p>Für die Prüfung des Straßenbauentwurfes ist ein Zeitraum von mindestens 3 Monaten zu berücksichtigen.</p> <p>Des Weiteren ist vor Beginn der Bauarbeiten im Bereich des Knotenpunktes eine Baudurchführungsvereinbarung mit dem LBV-SH, Niederlassung Itzehoe abzuschließen.</p> <ol style="list-style-type: none"> 4. Um Beeinträchtigungen auf der B 431 (Rückstau) zu vermeiden, ist die geplante Zufahrt zum Sondergebiet Verbrauchermarkt in einem ausreichenden Abstand vom Knotenpunkt B 431/Planstraße „A“ anzulegen. Einzelheiten sind mit dem LBV-SH, Niederlassung Itzehoe abzustimmen. 5. An der Einmündung der Planstraße „A“ in die B 431 sind Sichtfelder vorzusehen. In diesen Sichtfeldern ist auf jegliche Bebauung und Sicht behindernde Bepflanzung über 0,70 m Höhe über Fahrbahnoberkante 	<p>Aus dieser Stellungnahme ergeben sich keine Änderung in dr 19. F-Plan-Änderung.</p>
---	--

19. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

<p>dauernd zu verzichten sowie jede andere Handlung zu unterlassen, die die Sichtverhältnisse beeinträchtigen könnte. Insbesondere ist eine Anordnung von Stellplätzen innerhalb der Sichtfelder nicht zulässig.</p> <p>6. Der Geltungsbereich des Flächennutzungs- bzw. Bebauungsplanes ist um die erforderliche Fläche für den Linksabbiestreifen in der B 431 zu erweitern.</p> <p>7. Ich gehe davon aus, dass bei der Prüfung der Notwendigkeit bzw. der Festlegung von Schallschutzmaßnahmen die zu erwartende Verkehrsmenge auf der B 431 berücksichtigt wird und die Bebauung ausreichend vor Immissionen geschützt ist. Immissionsschutz kann vom Baulastträger der Bundesstraße nicht gefordert werden.</p> <p>Die Stellungnahme bezieht sich im straßenbaulichen und straßenverkehrlichen Bereich nur auf Straßen des überörtlichen Verkehrs mit Ausnahme der Kreisstraßen.</p>	
<p>Kreis Pinneberg, Fachdienst Umwelt, Stellungnahme vom 3.12.2012:</p> <p><u>Untere Wasserbehörde:</u></p> <p>Grundwasser: Die Aussagen zur Entwässerung im Kap. 5 "Erschließung" sollten an die Ausführungen zum B-Plan 27 angeglichen werden.</p>	<p>Auch zu diesem Punkt ist es nicht sinnvoll, die Ausführung aus dem B-Plan Nr. 27 in die 19. F-Plan-Änderung zu übernehmen. Die Darstellungen im B-Plan 27 sind die Konkretisierung der 19. F-Plan-Änderung. Änderungen in der 19. F-Plan-Änderung ergeben sich aus dieser Stellungnahme nicht.</p>
<p>Naturschutzverbände</p>	
<p>Arbeitsgemeinschaft der anerkannten Naturschutzverbände in Schleswig-Holstein – AG 29, Stellungnahme vom 22.11.2012:</p> <p>Vielen Dank für die Zusendung der Unterlagen zu dem vorgenannten Verfahren, zu dem die in der AG 29 zusammengeschlossenen Naturschutzverbände folgende Stellungnahme abgeben: Zu Kapitel 5, den gestalterischen Festsetzungen im B-Plan wird ein 10 m hoher Werbeylon abgelehnt. Die Höhe wird als ortstypisch angesehen, eventuelle Beleuchtung beeinflusst durch Irritation Vogel- und</p>	<p>Die Auswirkungen der möglichen Lichtemissionen auf die Vogel- und Insektenpopulation des Gebietes wird als gering eingeschätzt. Die Straßenbeleuchtung entlang der B 431 sorgt bereits seit langem für eine weitreichende Beleuchtung der Umgebung. Es werden also nur die Vogel- und Insektenarten vorhanden sein, die derartige Emissionen tolerieren. Das gilt auch für die Tierpopulationen auf</p>

Möller-Plan • Stadtplaner + Landschaftsarchitekten • 22880 Wedel

19. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Moorrege, Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

<p>Insektenpopulationen und hätte damit artenschutzrechtliche Bedeutung. Im Kapitel 16.2 der Schutzgüter findet die Lichtimmission jedoch keine Erwähnung, was auch im Hinblick auf die bewaldete Düne vermisst wird. Unter Hinweis auf die Stellungnahme zum angrenzenden Wohngebiet (21. F-Plan-Änderung) werden keine weiteren Anmerkungen oder Anregungen vorgebracht. Wir bitten Sie, die AG-29 im weiteren Verfahren zu beteiligen. Insbesondere wären wir Ihnen für eine Zuleitung des Beschlusses der Gemeinde Moorrege dankbar.</p>	<p>dem Dünenrest im Geltungsbereich des B-Planes Nr. 18. Um zu verhindern, dass der Pylon Bereiche östlich des Plangeltungsbereiches durch Lichtmissionen belastet, wird in Kap. 9.2 der Begründung aufgenommen, dass durch die Errichtung eines beleuchteten Werbepylons die bislang nicht beleuchteten Bereich östlich des Geltungsbereiches der 19. F-Plan-Änderung nicht belastet werden sollten.</p>
<p>NABU Schleswig-Holstein, Stellungnahme vom 26.11.2012 Der NABU Schleswig-Holstein bedankt sich für die zugesendeten Unterlagen. Zu dem o.a. Vorhaben gibt der NABU – nach Rücksprache mit seinem örtlichen Bearbeiter – die folgende Stellungnahme ab: Gegen das Planungskonzept, eine als Dauergrünland (intensive Grünlandnutzung) ausgewiesene Fläche in ein "Sondergebiet Nahversorgung" (Ansiedlung eines Verbrauchemarktes) umzuwandeln, bestehen seitens des NABU keine wesentlichen Einwände. Es sind geringe Auswirkungen auf die Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt bei der Umsetzung der 19. Änderung des F-Planes zu erwarten. Der erforderliche Eingriffsausgleich wird zum Teil innerhalb des Gebietes durch die extensive Pflege der öffentlichen Grünfläche im Norden des Plangebietes geleistet. Die Gehölzbestände sollen auch erhalten bleiben. Sicherzustellen ist auch die Durchführung der eventuell notwendigen Rodungen oder das Auf-den-Stock-setzen von Gehölzen außerhalb der Brutzeit der Gehölzfreibrüter gem. § 27a LNatSchG zwischen dem 01. Oktober und dem 15. März.</p>	<p>Den Vorgaben des NABU wird durch die 19. F-Plan-Änderung bereits Rechnung getragen. Änderungen ergeben sich durch diese Stellungnahme nicht.</p>

19. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

<p>Nachbarkommunen</p>	
<p>Gemeinde Heidgraben, Stellungnahme vom 31.10.2012</p> <p>Seitens der Gemeinde Heidgraben werden Bedenken und Anregungen nicht vorgetragen. Belange der Gemeinde Heidgraben werden durch diese Bauleitplanung nicht betroffen.</p>	<p>Zu dieser Stellungnahme besteht kein Abwägungserfordernis.</p>
<p>Stadt Tornesch, Stellungnahme vom 20.11.2012</p> <p>Zu den o.g. Planungen hat die Stadt Tornesch keine Anregungen und Bedenken vorzutragen.</p>	<p>Zu dieser Stellungnahme besteht kein Abwägungserfordernis.</p>
<p>Stadt Uetersen, Stellungnahme vom 23.11.2012: Anmerkung: Die Stadt Uetersen hatte um Fristverlängerung bis zum 23.11.2012 gebeten, dem wurde stattgegeben. Die Stellungnahme ist daher fristgerecht eingegangen. Stellungnahme: Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss der Stadt Uetersen hat die o.g. Angelegenheit in seiner Sitzung am 22.11.2012 beraten und folgenden Beschluss gefasst, der gleichzeitig die Stellungnahme der Stadt Uetersen darstellt: Beschluss: Die Stadt Uetersen bekräftigt den Beschluss, der bereits im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gefasst wurde und fügt als Ergänzung Punkt 4 hinzu: 1. Die Stadt Uetersen bestätigt den Beschluss vom 07.06.2012 und möchte berücksichtigt wissen, dass für das Sondergebiet Einzelhandel nur ein Verbrauchermarkt als Nahversorger mit maximal 850 m² Verkaufsfläche die Zustimmung der Stadt Uetersen findet. 2. Die Aufteilung von Bauleitplänen zur Umgehung der Vereinbarung zum gemeinsamen Flächennutzungsplan wird von der Stadt Uetersen in Frage gestellt. Der städtebauliche Zusammenhang zwischen der beabsichtigten umfangreichen Wohnbaufläche und der Sondergebietsfläche Einzelhandel ist in der Realität vorhanden. 3. Die Stadt Uetersen macht deutlich, dass die Belange des Unterzentrums in diesem Fall berührt sind, weil die Stadt Uetersen Entwicklungskonzepte zur Erhaltung der Innenstadt und der Fußgängerzone</p>	<p>1. Die Stadt Uetersen hat in ihrer Stellungnahme die Begründung der 19. F-Plan-Änderung nicht berücksichtigt. In Kapitel 2 "Ziel und Zweck der Änderung des Flächennutzungsplanes" ist die Begründung für die Begrenzung der Verkaufsfläche des großflächigen Einzelhandels auf 1.200 m² enthalten. Das Einzelhandelsgutachten der Gemeinde Moorrege zu dieser Marktansiedlung stuft sogar eine Verkaufsfläche 1.500 m² als machbar ein. Die Beschränkung auf 1.200 m² wurde vorgenommen, weil der Markt die Nahversorgung der Bürger der Gemeinde Moorrege übernehmen soll. Eine darüber hinausgehende Wirkung ist nicht beabsichtigt. Die Verkaufsflächengröße von 1.200 m² ist für einen Vollsortimenter in Moorrege bereits im Einzelhandelsgutachten der Stadt Uetersen aus dem Jahr 2008 als Beurteilungsgrundlage enthalten.</p>

19. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

<p>erarbeitet und durch die räumliche Nähe des neuen SB-Marktes in Moorrege diese Bestrebungen gefährdet sieht.</p>	<p>2. Die Aufteilung der F-Plan-Änderungen erfolgte aus städtebaulichen Gründen. Ein Zusammenhang zwischen beiden Änderungsbereichen besteht ausschließlich durch den gemeinsamen Investor. Das ist kein städtebaulicher Grund für eine Zusammenfassung. Änderungen in der 19. F-Plan-Änderung ergeben sich aus dieser Stellungnahme nicht.</p>
<p>Öffentlichkeit</p>	
<p>Udo-Hinrich Eggers, für sich und die Bäckerei Johannes Eggers, Klinkerstraße 89, vertreten durch den Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Mecklenburg</p>	<p>Die Stellungnahmen zur 19. F-Plan-Änderung und zum B-Plan Nr. 27 sind identisch. Da die meisten Punkte sich auf den B-Plan 27 beziehen, wurden sie in dem Abwägungsvorschlag für die Stellungnahmen zum B-Plan 27 behandelt. Hier werden nur die Punkte aufgeführt, die sich konkret auf die 19. F-Plan-Änderung beziehen.</p>
<p>4. Auswirkungen auf die Handelssituation 4.1 Die Planung, 19. Änderung des Flächennutzungsplanes, Seite 2, betrachtet im Wesentlichen zwei Perspektiven: einmal die Auswirkungen auf Uetersen, einmal auf Moorrege selber. Der Einwander macht geltend, dass die angestellten Betrachtungen in wesentlichen Punkten fehlerhaft sind.</p>	

19. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Moorrege, Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

4.2 Die Begründung zur 19. Änderung des Flächennutzungsplanes hält auf Seite 2f aus der "Perspektive Uetersen" fest:

Für den Lebensmittel-Vollversorger ist eine Verkaufsfläche von max. 1.200 m² zuzüglich Bäckerei und Apotheke vorgesehen. Die Landesplanungsbehörde hat in ihrem Schreiben vom 7.10.2011 zur Festsetzung eines Sondergebietes für die Ansiedlung eines Verbrauchermarktes eine positive Stellungnahme in Aussicht gestellt. Ein: gesondertes raumordnerisches Abstimmungsverfahren mit der Stadt Uetersen wird erst bei der Ansiedlung eines Lebensmittelvollsortimenters mit einer Verkaufsfläche von mehr als 1.200 m² als zwingend erforderlich angesehen. Unabhängig davon verweist die Landesplanungsbehörde darauf, dass angesichts des gemeinsamen Flächennutzungsplanes eine gemeinsame Vorgehensweise notwendig ist. Dies wird von der Gemeinde Moorrege grundsätzlich genauso gesehen. In mehreren Abstimmungsgesprächen konnte aber keine gemeinsame Linie gefunden werden. Die Gemeinde Moorrege stützt sich deshalb in ihrer Planung auf das Einzelhandelsgutachten der Stadt Uetersen (BulwienGesa AG, 8.12.2008), in dem ein Verbrauchermarkt in Moorrege mit einer Verkaufsfläche von 1.200 m² der Bewertung der Einzelhandelsituation der Stadt Uetersen und den daraus resultierenden Entwicklungsvorschlägen zugrundegelegt wurde (Kap. 3.6). Dass zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Gutachtens der Markt an der L 106 geplant war, und nicht an der B 431, war für die Beurteilung der Einzelhandelsituation der Stadt Uetersen nicht relevant. Das Einzelhandelskonzept wurde von der Ratsversammlung Uetersen am 9.10.2009 als Arbeitsgrundlage für die zukünftige Stadtentwicklung beschlossen."

Die planende Gemeinde (Moorrege) versucht ersichtlich, das fehlende Einverständnis der Stadt Uetersen durch die Feststellung zu ersetzen, in einem Einzelhandelsgutachten für die Stadt Uetersen werde auf die Ansiedlung eines Lebensmittelvollversorgers in Moorrege mit einer Verkaufsfläche von 1.200 m² abgehoben.

Die fragliche Passage unter Ziffer 3.6 des Gutachtens von BulwienGesa 2008 lautet:

"Gemäß Angaben der Amtsverwaltung besteht die Planung, einen weiteren Lebensmittelmarkt in Moorrege anzusiedeln. Projektiert ist ein Vollsortimenter mit ca. 1.200 qm Verkaufsfläche an der Pinneberger Chaussee. Eine Realisierung des Vorhabens wird ab Ende 2009 angestrebt."

Dies gibt nicht nur für eine Abwägung der Belange in Moorrege nichts her.

4.3 Die Begründung zur 19. Änderung des Flächennutzungsplanes hält auf Seite 3 weiter aus der "Perspektive Moorrege" fest:

"Die Standort-, Markt- und Wirkungsanalyse für die Ansiedlung eines Vollsortimenters (Lebensmittel-Vollversorgers mit Getränkemarkt) in Moorrege (BulwienGesaAG,

Das Einzelhandelsgutachten der Stadt Uetersen besteht aus einer Bestandserhebung und –bewertung unter Berücksichtigung von Entwicklungsprognosen, und aus sich daraus ergebenden Empfehlungen. In den Darstellungen der Bestandsgrundlagen ist ein Vollsortimenter in Moorrege mit einer Verkaufsfläche von 1.200 m² enthalten. Dieses Gutachten hat die Stadt Uetersen zur Grundlage ihrer Einzelhandelsentwicklung erklärt. Die Belange in Moorrege wurden aber nicht in diesem Gutachten beleuchtet, sondern in dem Einzelhandelsgutachten Moorreges, das zur 19. F-Plan-Änderung und zum B-Plan Nr. 27 erstellt wurde.

Die angeführte Passage aus dem Bulwien-Gesa-Gutachten bezieht sich auf den Lebensmittelmarkt, der ursprünglich an der Pinneberger Chaussee (L 106) geplant war. Das Gutachten der Stadt Uetersen setzt sich mit den Belangen der Gemeinde Moorrege nicht auseinander, sondern mit der eigenen Einzelhandelsstruktur.

19. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Moorrege, Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

18.4.2011) mit einer Verkaufsfläche von 1.500 m² zuzüglich Bäckerei und Apotheke hat ergeben, dass die Funktions- und Entwicklungsfähigkeit zentraler Versorgungsbereiche oder zentraler Orte durch das Projekt nicht gefährdet wird, im Hinblick auf die Ablehnung der Stadt Uetersen im Rahmen der frühzeitigen Unterrichtung der Nachbarkommunen und der Anregung der Landesplanungsbehörde (Schreiben vom 7.10.2011), sich auf die im Einzelhandelsgutachten der Stadt Uetersen bereits berücksichtigte Verkaufsfläche von 1.200 m² für den Lebensmittel-Vollversorger zu einigen, wird diese Verkaufsflächenbegrenzung aufgenommen."

Auch dies ist keine Bearbeitung Moorreger Belange, schon deshalb nicht, weil Moorrege (anders als Uetersen) eben gerade kein zentraler Ort im Sinne des Landesplanungsrechts ist,

siehe Landesentwicklungsplan SH 2011, Anhang A2.

Es geht hier wiederum nur um die Feststellung, dass Uetersen nicht gefährdet wird.

Dies mag zwar ein Belang sein, den Moorrege berücksichtigen muss, die originären Belange betreffen jedoch Moorrege selber.

19. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Moorrege, Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

<p>4.4 Hierbei mag es sein, dass die Auswirkungen auf den Handelsstandort Uetersen nicht von überragender Bedeutung sind, nicht jedenfalls wenn man die Zahlen von BulwienGesa 2011 (dort: Seite 16) zu Grunde legt, wonach Uetersen Von einem Gesamtumsatz von etwa 54,8 Millionen Euro pro Jahr für periodischen Bedarf bei Durchführung der Planung etwa 2,6 Millionen Euro an Moorrege abtreten müsste.</p> <p>4.5 Was Moorrege selber angeht stellen sich die Auswirkungen der Planung jedoch wie folgt dar (BulwienGesa 2011, Seite 17f: "Zur Beurteilung der Verträglichkeit der Projektwirkungen sind allerdings nicht die absoluten Umverteilungsumsätze, sondern die Umverteilungsquoten entscheidend. Sie sind in der Tabelle "Marktverteilung — Prognose" in der rechten Spalte für alle betroffenen Lagebereiche als v.H. des Ausgangsumsatzes ausgewiesen. Die höchsten Werte treten hierbei im Moorrege („- 11,5%) und im benachbarten Heist („- 17,1%) auf. Sie dürften knapp 10% (Lidl) über 17% (Netto) bis um 20% (Topkauf) ihrer Ausgangsumsätze an das Planvorhaben abtreten. Der Kleinhandel wäre mit Quoten um circa 10 % betroffen (Getränkemarkt, Backhandwerk); Apotheken sind im Einzugsgebiet nicht am Markt. Diese Größenordnungen sind teilweise empfindlich, jedoch tolerierbar. Mit Ausnahme einer möglichen Angebots Einschränkung bei Topkauf (der Schwerpunkt der unternehmerischen Tätigkeit liegt dort allerdings im Bäckerei/ Konditorei-geschäft) Sind allerdings aus Gutachtersicht keine projektbedingten Ausdünnungen Des Versorgungsnetzes zu erwarten und selbst in diesem Worst case wären sie hinnehmbar, weil Moorrege das Vorhaben selbst an die Stelle des bisherigen Lebensmittelgeschäftes treten würde. Da sich beide fußläufigen Nahbereiche jedoch nur geringfügig überschneiden, wird dem Topkauf-Standort gutachterlich jedoch eine reale Chance des wirtschaftlichen Weiterbetriebs eingeräumt."</p> <p>4.6 Damit liegt der Planung eine Gutachtenlage zu Grunde, die die Perspektive der Gesamtversorgung in der Region in den Vordergrund stellt, die Belange der Gemeinde Moorrege nach hinten rückt und schließlich die betroffenen privaten Belange ganz unten einstellt. Was nämlich den Betrieb des Einwenders, Topkauf, angeht, so werden jedenfalls Umsatzrückgänge von 20 % vorhergesagt, wie sie jedoch als "empfindlich, jedoch tolerierbar" charakterisiert.</p>	<p>Die Belange der Gemeinde Moorrege wurde in dem Einzelhandelsgutachten der Gemeinde Moorrege detailliert untersucht und bewertet. Sie wurden in der Bewertung der Gesamtsituation nicht "nach hinten gerückt", sondern in den Vordergrund gestellt. Das zeigt sich bereits bei der Betrachtung der Gliederung des Gutachtens.</p>
<p>4.7 Zwar gibt das Gutachten zu, dass der Topkauf-Standort mit ho-</p>	<p>Das Gutachten enthält keine Aussage, die den Rückschluss</p>

19. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

<p>her Wahrscheinlichkeit durch das Vorhaben abgänglich gemacht wird, blendet die realen Folgen jedoch durch die rein spekulative Anmerkung aus, dem Standort würde aufgrund der relativen hohen fußläufigen Entfernung zum neuen Standort eine "reale Überlebenschance" eingeräumt.</p>	<p>nahelegt, dass der Topkauf-Standort mit hoher Wahrscheinlichkeit durch das Vorhaben abgänglich gemacht wird.</p>
<p>5.5 Schließlich kann auch die fehlende Zustimmung Uetersens zu den Planungen der fehlenden Erforderlichkeit zugeordnet werden, da sie die Planung aufgrund einer Vertragsverletzung undurchführbar macht. Die Planung legt überhaupt nicht dar, warum das ursprüngliche Plan-gebiet aufgespalten wurde. Dass planerisch eine Einkaufseinrichtung für den täglichen Bedarf einerseits und eine Wohngebietsfläche nicht zusammen gehören, ist nach keinem vernünftigen Standpunkt verständlich. Es bleibt dabei, dass kein Grund für die Aufspaltung ersichtlich ist, außer die genannte 5ha-Genze zu unterschreiten, insoweit ist die Planung rechtsmissbräuchlich.</p>	<p>Die Begründung für die Aufteilung des ursprünglichen Plangebietes ist in der Begründung zur 19. F-Plan-Änderung enthalten – siehe Kap. 1 der Begründung. Bis auf die räumliche Nähe und den gleichen Investor besteht kein Zusammenhang zwischen beiden Planungen.</p>
	<p>Änderungen in der 19. F-Plan-Änderung ergeben sich aus dieser Stellungnahme nicht.</p>
<p>Enrico Schiller, Grothar 10, vertreten durch den Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Mecklenburg</p>	<p>Die Stellungnahmen zur 19. F-Plan-Änderung und zum B-Plan Nr. 27 sind identisch. Sie sind außerdem weitgehend identisch mit der Stellungnahme von Herrn Udo-Hinrich Eggers. Es wird deshalb auf die Anmerkungen zu dieser Stellungnahme verwiesen. Punkte, die sich ausschließlich auf die 19. F-Plan-Änderung beziehen, und die noch nicht im Zusammenhang mit der Stellungnahme von Herrn Eggers erörtert wurden, enthält die Stellungnahme von Herrn Schiller nicht. Es wird daher darauf verzichtet, die Stellungnahme hier erneut wiederzugeben und die Anmerkungen zu wiederholen.</p> <p>Änderungen in der 19. F-Plan-Änderung ergeben sich aus dieser Stellungnahme nicht.</p>

19. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Moorrege,
 Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

<p>Landespannungsanzeige</p> <p>Vom Stand des Verfahrens (TÖB-Beteiligung / öffentliche Auslegung) zur geplanten Aufstellung der 19. Änderung des gemeinsamen Flächennutzungsplans der Städte Uetersen und Tornesch sowie der Gemeinden Moorrege und Heidgraben und des Bebauungsplans Nr. 27 für das Gebiet „östlich der Wedeler Chaussee (B431) und westlich des Geltungsbereiches des Bebauungsplans Nr. 18 (am Mühlenweg)“ der Gemeinde Moorrege sowie von den hierzu vorgelegten Planunterlagen habe ich Kenntnis genommen.</p> <p>Zu dieser Planung hatte ich mich aus landes- und regionalplanerischer Sicht zuletzt mit Stellungnahme vom 25. Juni 2012 geäußert und festgestellt, dass auf der Grundlage der vorgelegten Planunterlagen keine abschließende landesplanerische Stellungnahme möglich war, sondern erst auf der Grundlage konkreter Planunterlagen unter Beachtung folgender Aspekte erfolgen könnte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ohne Nachweis einer entsprechenden Abstimmung mit dem Unterzentrum Uetersen ist raumordnerisch nur die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung eines Lebensmittelmarktes mit maximal 1.200 qm Verkaufsfläche zzgl. Bäckerei und Apotheke, deren Verkaufs- bzw. Nutzflächen konkret festzusetzen sind, zulässig. • Die auf der Grundlage der Vereinbarung zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan getroffene Entscheidung der Gemeinde Moorrege, das Abstimmungserfordernis mit den anderen am gemeinsamen Flächennutzungsplan beteiligten Gemeinden, hier insbesondere mit der Stadt Uetersen, durch Unterschreitung einer Flächengröße von 5 ha zu umgehen, wird im Siedlungsraum des Unterzentrums Uetersen zu einer „Verhärtung der Fronten“ führen und den nachbarschaftlichen Dialog mit dem Ziel der interkommunal abgestimmten Entwicklung des Siedlungsraumes Uetersen weiter erschweren. Insoweit wurde angefragt, der Empfehlung des Kreises Pinneberg zu folgen, den nachbarschaftlichen Dialog – ggf. unter Mithilfe des Kreises – wiederaufzunehmen, um im konkreten Fall doch noch zu einer für alle Beteiligten tragfähigen Lösung zu kommen. 	
--	--

19. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

Gegenüber dem Stand der Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB vom 11.05.2012 sind folgende wesentliche inhaltliche Änderungen, die im Hinblick auf die Erfordernisse der Raumordnung bzw. die landesplanerische Beurteilung von Bedeutung sind, vorgenommen worden:

- Darstellung bzw. Festsetzung eines sonstigen Sondergebietes mit der Zweckbestimmung „Einzelhandelseinrichtungen für die Nahversorgung“ (bisher: „Verbrauchermarkt“).
- Zulassung von Einzelhandelsbetrieben zur Nahversorgung mit Nahrungs- und Genussmitteln, Gegenständen des täglichen Bedarfs sowie ergänzenden Sortimenten und Festsetzung einer Verkaufsflächenzahl von 0,1401 (entspricht bei einer Größe des sonstigen Sondergebietes von 8.569 qm bis zu 1.200,52 qm Verkaufsfläche) für das sonstige Sondergebiet.
- Zusätzlich Zulassung einer Bäckerei/eines Backshops sowie Freie Berufe, z. B. Apotheke (bisher Bäckerei, Apotheke und Getränkemarkt) ohne konkrete Festsetzung der Verkaufs- bzw. Nutzflächen.
- Zulassung von Einrichtungen zum Verzehr innerhalb der vorgegebenen Nutzungen und Flächen.

Unter Bezugnahme auf die landesplanerischen Stellungnahmen vom 7. Oktober 2011 und 25. Juni 2012 kann die abschließende Feststellung, dass der geplanten Aufstellung der 19. Änderung des gemeinsamen Flächennutzungsplans der Städte Uetersen und Tormesch sowie der Gemeinden Moorrege und Heidgraben und des Bebauungsplanes Nr. 27 der Gemeinde Moorrege und den damit verfolgten Planungsabsichten keine Ziele der Raumordnung entgegenstehen, nur auf einer Basis erfolgen, mit der sichergestellt wird, dass im Geltungsbereich der in Rede stehenden Bauleitplanung der Gemeinde Moorrege lediglich ein Lebensmittelmarkt mit max. 1.200 qm Verkaufsfläche zzgl. Bäckerei/Backshop und Flächen für Freie Berufe, z. B. Apotheke, zulässig wird.

19. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Moorrege, Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

<p>In Abstimmung mit dem Referat für Städtebau und Ortsplanung, Städtebau-recht des Innenministeriums wird in diesem Zusammenhang eine Überarbeit-ung der textlichen Festsetzungen bezüglich der geplanten Festsetzung einer Verkaufsflächenzahl für erforderlich gehalten (Maßgabe). Die Festsetzung einer Verkaufsflächenzahl – analog einer Grundflächenzahl – ist nicht durch die Bau-nutzungsverordnung gedeckt. Die Angabe von Verkaufsflächengrößen ist lediglich zur Beschreibung der Art der zulässigen Nutzung möglich (z. B. <i>„zulässig sind Einzelhandelsbetriebe zur Nahversorgung mit Nahrungs- und Genussmitteln Gegenständen des täglichen Bedarfs sowie ergänzenden Sortimenten anderer Warenbranchen mit max. 1200 qm Verkaufsfläche“</i>). Die Festsetzung der zulässigen Verkaufs- bzw. Nutzflächen für die Bäckerei / den Backshop und die Freien Berufe, z. B. Apotheke, wird weiterhin empfohlen (Hinweis).</p> <p>Das Festhalten der Gemeinde Moorrege an der Entscheidung, das Abstim-mungserfordernis mit den anderen am gemeinsamen Flächennutzungsplan beteiligten Gemeinden, hier insbesondere mit der Stadt Uetersen, durch Unter-schreitung einer Flächengröße von 5 ha zu umgehen, wird zur Kenntnis genommen. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die Möglichkeit, ein Wohngebiet und ein Nahversorgungszentrum in getrennten Bebauungsplänen bzw. in getrennten Flächennutzungsplanänderungen durchzu-führen, grundsätzlich gegeben ist. Allerdings sollte für beide Vorhaben eine gemeinsame Bauleitplanung durchgeführt werden, wenn es gegenseitige Abhängigkeiten gibt bzw. städtebauliche Gründe dies erfordern. Die Trennung von Bauleitplanverfahren in Einzelverfahren zur Umgehung verein-barer Abstimmungserfordernisse wird zielführende Vereinbarungen im Siedlungsraum Uetersen weiter erschweren. Der Hinweis dazu in der Stellungnahme vom 25. Juni 2012 wird von hieraus aufrechterhalten. Ich rege erneuert an, der Empfehlung des Kreises Pinneberg zu folgen, den nachbar-schaftlichen Dialog, ggf. mit dessen Hilfe, wiederaufzunehmen.</p> <p>Im Ergebnis wird eine Zustimmung der Landesplanung zu der geplanten Aufstellung der 19. Änderung des gemeinsamen Flächennutzungsplans der Städte Uetersen und Tomsesch sowie der Gemeinden Moorrege und Heidgraben und des Bebauungsplanes Nr. 27 für das Gebiet „östlich der Wedeler Chaussee (B431) und westlich des Geltungsbereiches des Bebauungsplans Nr. 18 (am Mühlenweg)“ der Gemeinde Moorrege nur unter</p>	<p>Nach telefonischer Rücksprache mit dem Verfasser der Stellungnahme und dem Referat Städtebau und Ortsplanung des Innenministeriums wird die Festsetzung einer Verkaufsflächenzahl inzwischen nicht mehr als zielführend erachtet. Die absolute Verkaufsflächenobergrenze sollte in der Form der Definition des zulässigen Betriebes aufgenommen werden. Dies wird im B-Plan Nr. 27 konkretisiert. Die Festsetzung der vorgesehenen Verkaufsfläche erfolgt nicht im Flächennutzungsplan, daher sind Ausführungen zur Festsetzungsmöglichkeit in die Begründung zur 19. F-Plan-Änderung nicht aufzunehmen.</p> <p>Die abschließende landesplanerische Stellungnahme soll aufgrund dieser Änderung erteilt werden.</p>
--	--

19. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

<p>der Voraussetzung der Beachtung der o.a. Maßgabe bzw. Berücksichtigung der o.a. Hinweise in Aussicht gestellt.</p> <p>Der Vorlage entsprechend überarbeiteter Planunterlagen sehe ich entgegen. Diese Stellungnahme bezieht sich nur auf die Erfordernisse der Raumordnung und greift damit einer planungsrechtlichen Prüfung des Bauleitplanes nicht vor. Eine Aussage über die Förderungswürdigkeit einzelner Maßnahmen ist mit dieser landesplanerischen Stellungnahme nicht verbunden.</p>	
---	--

Zusammengestellt:

Wedel, den 6. Dezember 2012

Möller-Plan

Stadtplaner + Landschaftsarchitekten

Schlödelsweg 111, 22880 Wedel

Postfach 1136, 22870 Wedel

Tel: 04103 - 91 92 26

Fax: 04103 - 91 92 27

Internet: www.moeller-plan.de

eMail: info@moeller-plan.de

Gemeinde Moorrege

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 502/2012/MO/BV

Fachteam: Planen und Bauen	Datum: 04.12.2012
Bearbeiter: Michael Koch	AZ:

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Bau- und Umweltausschuss der Gemeinde Moorrege	19.12.2012	öffentlich
Gemeindevertretung Moorrege	20.12.2012	öffentlich

Bebauungsplan Nr. 27 - Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB

Sachverhalt:

Zum Bebauungsplan Nr. 27 erfolgte am 18.10.2012 durch die Gemeindevertretung der entsprechende Entwurfs- und Auslegungsbeschluss.

Daraufhin erfolgte die öffentliche Auslegung des Planentwurfes nebst Begründung und Fachgutachten in der Zeit vom 02.11.-03.12.2012 sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange.

Die in diesen Verfahrensschritten eingegangenen Stellungnahmen sind nunmehr auszuwerten und die darin enthaltenen Anregungen und Bedenken abzuwägen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Stadtplanungsbüro Möller-Plan hat alle vorliegenden Stellungnahmen ausgewertet, in anliegender Aufstellung zusammengefügt und mit einem Abwägungsvorschlag versehen.

Zu den verfahrensrechtlichen Anregungen und Bedenken werden von dem gemeindlichen Rechtsbeistand noch Ausführungen ausgearbeitet, welche aufgrund der Kürze der Zeit noch nicht vorliegen und nachgereicht werden.

Gleiches gilt für die Anregungen und Bedenken, welche sich auf die Standort-, Markt- und Wirkungsanalyse der BulwienGesa AG beziehen. Hier werden entsprechende Anmerkungen von der BulwienGesa AG nachgereicht.

Finanzierung:

Entfällt.

Beschlussvorschlag:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 27 abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat der Bau- und Umweltausschuss/ die Gemeindevertretung mit folgendem Ergebnis geprüft:

Berücksichtigt, teilweise berücksichtigt bzw. nicht berücksichtigt werden die Stellungnahmen gemäß anliegender Auswertung (Abwägung), welche Bestandteil dieses Beschlusses ist; ggf. mit folgenden Änderungen/Ergänzungen:...

Das Büro Möller-Plan wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches sowie nach § 84 der Landesbauordnung empfiehlt der Bau- und Umweltausschuss/ beschließt die Gemeindevertretung den Bebauungsplan Nr. 27 für das Gebiet östlich der Wedeler Chaussee (B 431) und westlich des Geltungsbereiches des Bebauungsplan Nr. 18 (am Mühlenweg), bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung.

3. Die Begründung wird gebilligt.

4. Der Beschluss des Bebauungsplanes durch die Gemeindevertretung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über deren Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Weinberg
Bürgermeister

Anlagen: Auswertung der Stellungnahmen (Abwägungsvorschlag)

Bebauungsplan Nr. 27 der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

Gemeinde Moorrege - Bebauungsplan Nr. 27 Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung - Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen -	Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange – ohne Anregungen und Bedenken
<p>avz Südholstein, Stellungnahme vom 30.10.2012</p> <p>Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein, Abteilung Technischer Umweltschutz, Stellungnahme vom 13.11.2012</p> <p>Handwerkskammer Schleswig-Holstein, Stellungnahme vom 21.11.2012</p> <p>Telefónica Germany GmbH & Co. KG (ehemals Hansenet), Stellungnahme vom 22.11.2012</p> <p>Ericsson GmbH, Stellungnahme vom 26.11.2012</p> <p>Kreis Pinneberg, Fachdienst Umwelt, untere Bundeschutzbehörde, untere Wasserbehörde, Stellungnahme vom 4.12.2012</p>	

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange – mit Anregungen und Bedenken	
<p>Wasserverband Pinnau-Bilsbek-Gronau, Stellungnahme vom 5.11.2012:</p> <p>An dem Planungsgebiet verläuft der Verbandsgraben Nr. 87. Es ist darauf zu achten, dass ein 5 m breiter Räumstreifen ohne Bepflanzung und ohne Bebauung eingehalten wird. Das gesamte Gebiet ist an die Regenrückhaltung anzuschließen, wobei die in den Verbandsgraben einzuleitenden Wassermassen die Menge eines landwirtschaftlichen Abflusses nicht übersteigen dürfen. Sollten diese Ausführungen keine Berücksichtigung finden, sehen wir uns gezwungen, den Verbandsgraben aus unserem Anlagenverzeichnis herauszunehmen und an die Stadt bzw. Gemeinde zurückzugeben.</p>	<p>Der Räumstreifen für den Verbandsgraben Nr. 87 befindet sich nach Auskunft des Büros IBB (Erschließungs- und Entwässerungsplanung) auf der östlichen Seite Grabens. Dieser Räumstreifen bleibt unverändert bestehen. Die Entwässerungsplanung hat das Büro IBB mit der Wasserbehörde des Kreises Pinneberg abgestimmt, sie wurde dort akzeptiert. Damit sind die Vorgaben des Wasserverbandes erfüllt. Änderungen im B-Plan Nr. 27 ergeben sich durch diese Stellungnahme nicht.</p>
<p>Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein, Stellungnahme vom 12.11.2012:</p> <p>Wir können zurzeit keine Auswirkungen auf archäologische Kulturdenkmäler durch die Umsetzung der vorliegenden Planung feststellen. Daher haben wir keine Bedenken.</p> <p>Wenn während der Erarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist die Denkmalschutzbehörde unverzüglich zu benachrichtigen und die Fundstelle bis zum Eintreffen der Fachbehörde zu sichern. Verantwortlich hier sind gem. § 14 DSchG (in er Neufassung vom 12. Januar 2012) der Grundstückseigentümer und der Leiter der Arbeiten.</p>	<p>Der Hinweis des Archäologischen Landesamtes wird in die Begründung aufgenommen.</p>
<p>SVG Südholstein Verkehrsservicegesellschaft mbH, Stellungnahme vom 13.11.2012:</p> <p>Vielen Dank für die Zusendung o.g. Planunterlagen. Leider treffen diese keinerlei Aussagen zur ÖPNV-Erschließung, obwohl diese Bestandteil der Verkehrlichen Gesamterschließung ist und der Vollständigkeit halber beleuchtet werden sollte. Auch aufgrund der Bedeutung des ÖPNV bei nachfragerlevanten Neuausweisungen (W, M, G, SO) schlagen wir somit folgende Ergänzung vor:</p>	<p>Der Hinweis der SVG wird ergänzend in die Begründung aufgenommen.</p>

<p>ÖPNV-Erschließung Das Plangebiet befindet sich in einer Entfernung von ca. 200 m (Luftlinie bis Mitte Plangebiet) zur nächstgelegenen Bushaltestelle "Moorrege, Parallelstraße", welche durch die Linien 489, 589, 6665 bedient wird. Damit liegt das Planungsgebiet innerhalb der nach dem 3. Regionalen Nahverkehrsplan des Kreises Pinneberg anzusetzenden Haltestelleneinzugsbereiche von 600 m (r) für Busverkehr und verfügt somit über eine ausreichende ÖPNV-Versorgung.</p>	
<p>Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, Stellungnahme vom 19.11.2012: Im Hinblick auf die Leitsätze der Bauleitplanung nach § 1 Abs. 5 BauGB weise ich zur o.a. Planung vorbehaltlich ihrer Anpassung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung sowie einer intensiven Prüfung im Genehmigungsverfahren der Flächennutzungsplanänderung auf folgendes hin:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Aussagen im Umweltbericht; letzter Absatz bei Ziff. 9.1 "Schutzgut Mensch" sind nicht hinreichend. Die Auswirkung des Sondergebiets Einzelhandels auf die benachbarte Wohnbebauung ist bereits auf Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung zumindest überschlägig zu ermitteln und in der Begründung darzulegen. Dabei sind Lieferverkehre, Kundenverkehre Beleuchtung usw. zu prüfen. Die überschlägig ermittelten Werte sind den Orientierungs- bzw. Richtwerten gegenüber zu stellen. Sollten sich wesentliche Beeinträchtigungen für die benachbarte Nutzung ergeben, so sind Lösungsmöglichkeiten darzulegen. 2. Die Darstellungen in der Planzeichnung und in der Zeichenerklärung sollten überprüft werden. <ul style="list-style-type: none"> - Üblicherweise wird als Zweckbestimmung in solchen Sondergebieten nur der Begriff Einzelhandel oder großflächiger Einzelhandel gewählt. - Die farbige Darstellung von Verkehrsflächen erfolgt nach der Anlage zur Planzeichenverordnung Ziffer 6.1 in der Farbe goldocker. Die hier gewählte Farbe entspricht nicht der Planzeichenverordnung. <p>Die Planunterlagen sind entsprechend zu überarbeiten.</p>	<p>In der Begründung des Bebauungsplanes Nr. 27 sind die gewünschten Ausführungen enthalten. Die Stellungnahme bezieht sich offensichtlich auf die 19. F-Plan-Änderung und wird deshalb dort behandelt. Die Verkehrsfläche ist in der Farbe goldocker dargestellt. Änderungen im B-Plan Nr. 27 ergeben sich durch diese Stellungnahme nicht.</p>

<p>Kreis Pinneberg, Fachdienst Straßenbau und Verkehrssicherheit, Stellungnahme vom 21.11.2012: Die Zufahrtsstraße zum B-Plangebiet Nr. 18 soll über eine Private Verkehrsfläche erschlossen werden. Eine spätere Anbindung der Planstraße an die L 106 ist immer noch vorgesehen. Fraglich erscheint dann die minimale Aufstellfläche auf dem Linksabbieger auf der b 431, der bei einer Anbindung an die L 106 noch mal überprüft werden muss. Es fehlt die Einzeichnung eines Sichtdreiecks, sowie die Festsetzung, dass in diesem Bereich Bewuchs nur in einer Höhe von maximal 70 cm zulässig ist. Bei der Werbung ist darauf zu achten, dass diese für den Verkehr nicht Sicht behindernd aufgestellt wird. Die Detailfragen zur Erschließung der privaten Verkehrsfläche und den dafür vorgesehenen Maßnahmen (u.a. auch eine Fußgängerlichtsignalanlage) sind mit dem Fachdienst Straßenbau und Verkehrssicherheit und der Polizei gesondert zu erörtern.</p>	<p>Es besteht die Möglichkeit, die Anbindung an die L 106 noch herzustellen. Eine konkrete Planung gibt es dazu derzeit nicht. Eine solche Planung müsste den Knotenpunkt erneut prüfen. Nach § 33 Abs. 3 Straßen- und Wegegesetz Schleswig-Holstein sind u.a. Anpflanzungen so anzulegen, dass sie die Verkehrssicherheit nicht beeinträchtigen. Diese Regelung ist ausreichend. Die Straßenplanung wird derzeit mit dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein abgestimmt. Änderungen im B-Plan Nr. 27 ergeben sich durch diese Stellungnahme nicht.</p>
<p>Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, untere Forstbehörde, Stellungnahme vom 20.11.2012: Bezüglich der o.g. Bauleitplanung bestehen forstbehördlicherseits keine Bedenken, vorausgesetzt, der gesetzlich geforderte Waldabstand zwischen Gebäudeaußenkante und Waldrand von 30 m zum nordöstlich angrenzenden Wald wird eingehalten und findet Eingang in die Planunterlagen.</p>	<p>Der Abstand von 30 m zur bewaldeten Düne im Geltungsbereich des B-Planes Nr. 18 wird eingehalten. Änderungen im B-Plan Nr. 27 ergeben sich durch diese Stellungnahme nicht.</p>
<p>Kreis Pinneberg, untere Naturschutzbehörde, Stellungnahme vom 4.12.2012: Grundsätzlich bestehen keine Bedenken. Die Ausgleichszahlung in Höhe von 12.714 € ist auf das Kompensationskonto der UNB zu überweisen. Die alternativ vorgesehene Abbuchung vom Ökokonto der Gemeinde Moorrege ist nicht möglich, das es bereits ausgebucht ist.</p>	<p>Das Ökokonto der Gemeinde wird derzeit wieder aufgefüllt. Es ist deshalb vorgesehen, in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde, den Ausgleich über das Ökokonto vorzunehmen.</p>

<p>Kreis Pinneberg, gesundheitlicher Umweltschutz, Stellungnahme vom 4.12.2012: Die nach dem Lärmgutachten erforderliche Lärmschutzwand entlang der südlichen Zufahrt zum Sondergebiet ist gemäß § 9 BauGB Abs. 1 Nr. 24 im Bebauungsplan zeichnerisch festzusetzen. Die Lärmpegelbereiche sind ebenfalls in die Bebauungsplan-Zeichnung zu übernehmen.</p>	<p>Ob die Lärmschutzwand erforderlich ist, ergibt sich aus den konkreten Untersuchungen zum Bau des Lebensmittelmarktes. Deshalb ist sie textlich festgesetzt. Sollte sie erforderlich sein, ergibt sich ihre Position aus dem Schallschutzgutachten. Die Lärmpegelbereiche sind im Planteil A festgesetzt.</p>
<p>Ministerium für Wissenschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein, Stellungnahme vom 5.12.2012: Gegen die 19. Änderung des gemeinsamen Flächennutzungsplanes der Städte Uetersen und Tormesch und den Gemeinden Moorrege und Heidgraben für die Gemeinde Moorrege bestehen in verkehrlicher und straßenbaulicher Hinsicht keine Bedenken, wenn meine Stellungnahme Az.: VII 414-553.71/2-56-036 vom 12.6.2012 vollinhaltlich berücksichtigt wird. Die Stellungnahme bezieht sich im straßenbaulichen und straßenverkehrlichen Bereich nur auf Straßen des überörtlichen Verkehrs mit Ausnahme der Kreisstraßen. Nachrichtlich: Stellungnahme des MWAVT vom 12.6.2012: 1. Alle Veränderungen an der Bundesstraße 431 (B 431) sind mit dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV-SH), Niederlassung Itzehoe rechtzeitig abzustimmen. Außerdem dürfen für den Straßenbaulastträger der Bundesstraße keine zusätzlichen Kosten entstehen. 2. Die verkehrliche Erschließung des Plangebietes soll über eine noch auszubauende Gemeindestraße (Planstraße „A“) erfolgen. Die sich daraus ergebenden Auswirkungen auf die B 431 sind durch entsprechende verkehrstechnische Untersuchungen nachzuweisen. Diesbezüglich ist mit dem LBV-SH, Niederlassung Itzehoe Kontakt aufzunehmen. 3. Die bauliche Gestaltung des Knotenpunktes B 431/Planstraße „A“ sowie die erforderliche Herstellung des Linksabbiegestreifens/Aufstellbereiches im Zuge der B 431 ist mit dem LBV-SH, Niederlassung Itzehoe abzustimmen. Hierzu sind dem LBV-SH, Niederlassung Itzehoe entsprechende Detailplanunterlagen, bestehend aus Lageplan M 1: 500, Höhenplan mit Entwässerung</p>	<p>Die Vorgaben der Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein vom 12.6.2012 werden durch die Abstimmung der Straßenplanung und der Planung einer Lichtsignalanlage im Bereich der B 431 mit dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein eingehalten. Dies wurde in einem Telefonat mit der Verfasserin der Stellungnahme bestätigt.</p> <p>Aus dieser Stellungnahme ergeben sich keine Änderung im B-Plan Nr. 27.</p>

rungseinrichtungen, Regelquerschnitt mit Deckenaufbauangaben, Markierungs- und Beschilderungsplan sowie Leistungsfähigkeitsnachweis des Knotenpunktes mit Erläuterungsbericht und ggf. Aböseberechnung rechtzeitig vor Baubeginn in 3-facher Ausfertigung zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen.

Für die Prüfung des Straßenbauentwurfes ist ein Zeitraum von mindestens 3 Monaten zu berücksichtigen.

Des Weiteren ist vor Beginn der Bauarbeiten im Bereich des Knotenpunktes eine Baudurchführungsvereinbarung mit dem LBV-SH, Niederlassung Itzehoe abzuschließen.

4. Um Beeinträchtigungen auf der B 431 (Rückstau) zu vermeiden, ist die geplante Zufahrt zum Sondergebiet Verbrauchermarkt in einem ausreichenden Abstand vom Knotenpunkt B 431/Planstraße „A“ anzulegen. Einzelheiten sind mit dem LBV-SH, Niederlassung Itzehoe abzustimmen.

5. An der Einmündung der Planstraße „A“ in die B 431 sind Sichtfelder vorzusehen. In diesen Sichtfeldern ist auf jegliche Bebauung und Sicht behindernde Bepflanzung über 0,70 m Höhe über Fahrbahnoberkante dauernd zu verzichten sowie jede andere Handlung zu unterlassen, die die Sichtverhältnisse beeinträchtigen könnte.

Insbesondere ist eine Anordnung von Stellplätzen innerhalb der Sichtfelder nicht zulässig.

6. Der Geltungsbereich des Flächennutzungs- bzw. Bebauungsplanes ist um die erforderliche Fläche für den Linksabbiegestreifen in der B 431 zu erweitern.

7. Ich gehe davon aus, dass bei der Prüfung der Notwendigkeit bzw. der Festlegung von Schallschutzmaßnahmen die zu erwartende Verkehrsmenge auf der B 431 berücksichtigt wird und die Bebauung ausreichend vor Immissionen geschützt ist.

Immissionsschutz kann vom Baulastträger der Bundesstraße nicht gefordert werden.

Die Stellungnahme bezieht sich im straßenbaulichen und straßenverkehrlichen Bereich nur auf Straßen des überörtlichen Verkehrs mit Ausnahme der Kreisstraßen.

<p>Naturschutzverbände</p> <p>Arbeitsgemeinschaft der anerkannten Naturschutzverbände in Schleswig-Holstein – AG 29, Stellungnahme vom 22.11.2012: Vielen Dank für die Zusendung der Unterlagen zu dem vorgenannten Verfahren, zu dem die in der AG 29 zusammengeschlossenen Naturschutzverbände folgende Stellungnahme abgeben: Zu Kapitel 5, den gestalterischen Festsetzungen im B-Plan wird ein 10 m hoher Werbepylon abgelehnt. Die Höhe wird als ortstypisch angesehen, eventuelle Beleuchtung beeinflusst durch Irritation Vogel- und Insektenpopulationen und hätte damit artenschutzrechtliche Bedeutung. Im Kapitel 16.2 der Schutzgüter findet die Lichtimmission jedoch keine Erwähnung, was auch im Hinblick auf die bewaldete Düne vermisst wird. Unter Hinweis auf die Stellungnahme zum angrenzenden Wohngebiet (21. F-Plan-Änderung) werden keine weiteren Anmerkungen oder Anregungen vorgebracht. Wir bitten Sie, die AG-29 im weiteren Verfahren zu beteiligen. Insbesondere wären wir Ihnen für eine Zuleitung des Beschlusses der Gemeinde Moorrege dankbar.</p>	<p>Die Auswirkungen der möglichen Lichtmissionen auf die Vogel- und Insektenpopulation des Gebietes wird als gering eingeschätzt. Die Straßenbeleuchtung entlang der B 431 sorgt bereits seit langem für eine weitreichende Beleuchtung der Umgebung. Es werden also nur die Vogel- und Insektenarten vorhanden sein, die derartige Emissionen tolerieren. Das gilt auch für die Tierpopulationen auf dem Dünenrest im Geltungsbereich des B-Planes Nr. 18. Um zu verhindern, dass der Pylon Bereiche östlich des Plangeltungsbereiches durch Lichtmissionen belastet, wird die Tz. 3.4 im Teil B Text wie folgt ergänzt: "Die Errichtung eines beleuchteten Werbepylons ist nur in einem Bereich von 25 m östlich der Straßengrenzung der B 431 zulässig."</p>
<p>NABU Schleswig-Holstein, Stellungnahme vom 26.11.2012 Der NABU Schleswig-Holstein bedankt sich für die zugeschickten Unterlagen. Zu dem o.a. Vorhaben gibt der NABU – nach Rücksprache mit seinem örtlichen Bearbeiter – die folgende Stellungnahme ab: Gegen das Planungskonzept, eine als Dauergrünland (intensive Grünlandnutzung) ausgewiesene Fläche in ein "Sondergebiet Nahversorgung" (Ansiedlung eines Verbrauchermarktes) umzuwandeln, bestehen seitens des NABU keine wesentlichen Einwände. Es sind geringe Auswirkungen auf die Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt zu erwarten. Der Plangeltungsbereich eignete sich nicht als Lebensraum für wild lebende Tiere und wildwachsende Pflanzen durch die intensive Grünlandnutzung. Nur der Knickabschnitt an der nordöstlichen Planungsgebietsgrenze weist einen Wert als Lebensraum auf. Dieser Knick soll auch erhalten bleiben und in eine öffentliche Grünfläche mit einbezogen werden. Sicherzustellen ist auch die Durchführung der eventuell notwendigen</p>	<p>Den Vorgaben des NABU wird durch die Festsetzungen des B-Planes Nr. 27 bereits Rechnung getragen. Änderungen ergeben sich durch diese Stellungnahme nicht.</p>

<p>Rodungen oder das Auf-den-Stock-setzen von Gehölzen außerhalb der Brutzeit der Gehölzfreibrüter gem. § 27a LNatSchG zwischen dem 01. Oktober und dem 15. März. Es wurden im Untersuchungsgebiet auch keine Quartiere der 3 nachgewiesenen streng geschützten Fledermausarten festgestellt. Sollten im Knick an der nördlichen Plangebietsgrenze, der als Leitlinie dient, Bäume gefällt werden müssen, ist vorher auf alle Fälle festzustellen, ob sich dort Fledermausverstecke darin befinden.</p>	
Nachbarkommunen	
Gemeinde Heidgraben, Stellungnahme vom 31.10.2012	
<p>Seitens der Gemeinde Heidgraben werden Bedenken und Anregungen nicht vortragen. Belange der Gemeinde Heidgraben werden durch diese Bauleitplanung nicht berührt.</p>	<p>Zu dieser Stellungnahme besteht kein Abwägungserfordernis.</p>
Stadt Tornesch, Stellungnahme vom 20.11.2012	
<p>Zu den o.g. Planungen hat die Stadt Tornesch keine Anregungen und Bedenken vorzutragen.</p>	<p>Zu dieser Stellungnahme besteht kein Abwägungserfordernis.</p>
Stadt Uetersen, Stellungnahme vom 23.11.2012:	
<p>Anmerkung: Die Stadt Uetersen hatte um Fristverlängerung bis zum 23.11.2012 gebeten, dem wurde stattgegeben. Die Stellungnahme ist daher fristgerecht eingegangen. Stellungnahme: Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss der Stadt Uetersen hat die o.g. Angelegenheit in seiner Sitzung am 22.11.2012 beraten und folgenden Beschluss gefasst, der gleichzeitig die Stellungnahme der Stadt Uetersen darstellt: Beschluss: Die Stadt Uetersen bekräftigt den Beschluss, der bereits im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gefasst wurde und fügt als Ergänzung Punkt 4 hinzu: 1. Die Stadt Uetersen bestätigt den Beschluss vom 07.06.2012 und möchte berücksichtigen wissen, dass für das Sondergebiet Einzelhandel nur ein Verbrauchermarkt als Nahversorger mit maximal 850 m² Verkaufsfläche die Zustimmung der Stadt Uetersen findet.</p>	<p>1. und 3. Die Stadt Uetersen hat in ihrer Stellungnahme die Begründung des B-Planes Nr. 27 nicht berücksichtigt. In Kapitel 4.1.1 "Sondergebiet mit der Zweckbestimmung Einzelhandelseinrichtungen für die Nahversorgung - SO-N" ist die Begründung für die Begrenzung der Verkaufsfläche des großflächigen Einzelhandels auf 1.200 m² enthalten. Das</p>

<p>2. Die Aufteilung von Bauleitplänen zur Umgehung der Vereinbarung zum gemeinsamen Flächennutzungsplan wird von der Stadt Uetersen in Frage gestellt. Der städtebauliche Zusammenhang zwischen der beabsichtigten umfangreichen Wohnbaufläche und der Sondergebietsfläche Einzelhandel ist in der Realität vorhanden.</p> <p>3. Die Stadt Uetersen macht deutlich, dass die Belange des Unterzentrums in diesem Fall berührt sind, weil die Stadt Uetersen Entwicklungskonzepte zur Erhaltung der Innenstadt und der Fußgängerzone erarbeitet und durch die räumliche Nähe des neuen SB-Marktes in Moorreege diese Bestrebungen gefährdet sieht.</p> <p>4. Die absolute Marktgröße ist zwingend festzusetzen, eine Verkaufszahl in Anhängigkeit zur überbaubaren Grundstücksfläche erzielt keine konkreten Verkaufsflächenwerte.</p>	<p>Einzelhandelsgutachten der Gemeinde Moorreege zu dieser Marktansiedlung stuft sogar eine Verkaufsfläche 1.500 m² als machbar ein. Die Beschränkung auf 1.200 m² wurde vorgenommen, weil der Markt die Nahversorgung der Bürger der Gemeinde Moorreege übernehmen soll. Eine darüber hinausgehende Wirkung ist nicht beabsichtigt. Die Verkaufsflächengröße von 1.200 m² ist für einen Vollsortimenter in Moorreege bereits im Einzelhandelsgutachten der Stadt Uetersen aus dem Jahr 2008 als Beurteilungsgrundlage enthalten.</p> <p>2. Die Aufteilung der B-Pläne erfolgte aus städtebaulichen Gründen. Ein Zusammenhang zwischen beiden B-Plänen besteht ausschließlich durch den gemeinsamen Investor. Das ist kein städtebaulicher Grund für eine Zusammenfassung.</p> <p>4. Die absolute Marktgröße wird über die Definition der Art des zulässigen Betriebes festgesetzt – siehe Anmerkungen zur landesplanerischen Stellungnahme.</p> <p>Änderungen im B-Plan Nr. 27 ergeben sich durch diese Stellungnahme nicht.</p>
Öffentlichkeit	
<p>Harald Amthage, Wedeler Chaussee 47a, Uwe Woßnik, Wedeler Chaussee 49, gemeinsame Stellungnahme vom 12.11.2012:</p> <p>da hier offensichtlich übersehen, bitten wir um die Einbeziehung der vorhandenen Gebäude der Grundstücke Wedeler Chaussee 43 - 49 in die schalltechnische Untersuchung der Immissionen aus dem SO-N Gebiet. Diese Gebäude befinden sich in unmittelbarer Nähe zum geplanten Verbrauchermarkt und sind von Immissionen stärker betroffen als die Neubauten des B-Planes Nr. 30. Die Aussage in der Begründung zum Bauungsplan Nr. 27, Seite 32, unter 16.1 Schutzgut Mensch, zweiter Absatz, ist uns unverständlich und bedarf daher aus unserer Sicht einer Einbeziehung in die schalltechnische Untersuchung.</p> <p>Gleichzeitig bitten wir um Nachricht über die sich aus der Untersuchung ergebenden Konsequenzen. Sicht- und Schallschutzwand auf ganzer Länge an den Grundstücksgrenzen zum Verbrauchermarkt?</p>	<p>Zu dieser Stellungnahme wurde das Büro LAIRM Consult eingeschaltet, das die Schallimmissionsprognose verfasst hat. Folgende Anmerkungen wurden dazu gegeben:</p> <p>Bei der Wahl der maßgeblichen Immissionsorte wurden in der Bearbeitung geprüft, an welchen Gebäuden entlang der B 431 die höchsten Beurteilungspegel zu erwarten sind. Hierbei wurde festgestellt, dass an den Gebäuden Wedeler Chaussee 43 (IO B) und 43 a (IO A) die höchsten Beurteilungspegel zu erwarten sind. An den südlicheren Gebäuden Wedeler Chaussee 45 bis 49 ergeben sich geringere Beurteilungspegel als am IO A.2, so dass hier keine Erweiterung der Immissionsorte erforderlich ist.</p>

<p>Die 10,00 m breite Grünfläche zwischen B-Plan Nr. 27 und B-Plan Nr. 30 ist richtigerweise als Trenn- und Schutzzone gedacht. Durch den geforderten Fußweg von 2,00 m Breite innerhalb der Grünfläche verringert sich der Abstand zum B-Plan Nr. 30 von 10,00 m auf 7,50 - 8,00 m, verbunden mit weiteren Immissionen. Wir empfehlen daher zur Verbesserung der Situation, den Fußweg auf die Ostseite des Verbrauchermarktes zu legen. Außerdem verbessert sich hierdurch die Sicherheit der Nutzer im Aus- bzw. Einmündungsbereich. Zur Auflockerung und Verbesserung der Optik empfehlen wir an der doch sehr langen Traufseite des Verbrauchermarktes die Anpflanzung einiger Bäume oder Baumgruppen im Grünflächenbereich mit standortgerechten Laubgehölzen.</p>	<p>Die zur Einhaltung des Immissionsrichtwertes erforderlichen Schallschutzmaßnahmen gegenüber Gewerbelärm sind in der schalltechnischen Untersuchung im Lageplan der Anlage A1.2 dargestellt. Die fußläufige Wegeverbindung wird nicht mit lärmintensiven Geräten (Pkw oder ähnlichem) regelmäßig genutzt, so dass aus schalltechnischer Sicht der Schutzstreifen zwischen gewerblichem Lärm und Wohnnutzung auch weiterhin gegeben ist. Änderungen im B-Plan Nr. 27 ergeben sich durch diese Stellungnahme nicht.</p>
<p>Natalja & Alexander Graf, Wedeler Chaussee 47, Stellungnahme vom 11.11.2012</p> <p>im Bezug auf die o.a. Bebauungsmaßnahme, bitten wir Sie dringend um Erweiterung der Schallschutzmaßnahme. Das wir durch diese Bebauung an Wohnqualität verlieren, ist schon jetzt vorzusehen. Denn wenn man an die ewig klappenden Autotüren, starten der Motoren, rattern der Einkaufswagen auf dem Parkplatz, Abgase der Autos, evtl. Rückwärtsparker die uns die Abgase direkt in den Garten puffen, Klimaanlage der Marktkühlung, Anlieferungsverkehr und ganz abzusehen von dem ansteigenden Autoverkehr auf der Wedeler Chaussee.</p>	<p>Auch zu dieser Stellungnahme wurde das Büro LAIRM Consult eingeschaltet, das die Schallimmissionsprognose verfasst hat. Folgende Anmerkungen wurden dazu gegeben: Die in den beiden Stellungnahmen vorgebrachten Geräuschquellen (Klappern der Autotüren, Starten der Motoren, Rattern der Einkaufswagen, Klimaanlage der Marktkühlung, Anlieferverkehr) sind entsprechend in die Berechnungen der schalltechnischen Untersuchung eingeflossen. Die Veränderungen im öffentlichen Straßenverkehr (hier angesprochen: Wedeler Chaussee) wurden ebenfalls berücksichtigt und aufgezeigt. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die Immissionen aus dem gewerblichen Lärm die Immissionsrichtwerte nach TA Lärm einhält (IO A.1) und die Veränderungen im öffentlichen Straßenverkehr mit Erhöhungen bis zu 0,2 dB(A) (IO V1 bis V3) als nicht beurteilungsrelevant einzustufen ist. Somit sind aus Sicht des Schallschutzes keine weiteren Maßnahmen erforderlich. Änderungen im B-Plan Nr. 27 ergeben sich durch diese Stellungnahme nicht.</p>

<p>Anja Rippe & Dirk Laßen, Wedeler Chaussee 45, Stellungnahme vom 11.11.2012</p> <p>im Bezug auf die o.a. Bebauungsmaßnahme, bitten wir Sie dringend um Erweiterung der Schallschutzmaßnahme. Das wir durch diese Bebauung an Wohnqualität verlieren, ist schon jetzt vorauszusehen. Denn wenn man an die ewig klappenden Autotüren, starten der Motoren, rattern der Einkaufswagen auf dem Parkplatz, Abgase der Autos, evtl. Rückwärtsparker die uns die Abgase direkt in den Garten puffen, Klimaanlage der Marktkühlung, Anlieferungsverkehr und ganz abzusehen von dem ansteigenden Autoverkehr auf der Wedeler Chaussee.</p>	<p>Es wird auf die Anmerkungen zur Stellungnahme von Natalja und Alexander Graf verwiesen. Änderungen im B-Plan Nr. 27 ergeben sich durch diese Stellungnahme nicht.</p>
<p>Udo-Hinrich Eggers, für sich und die Bäckerei Johannes Eggers, Klinkerstraße 89, vertreten durch den Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Mecklenburg Vorbemerkung Die Planungen für die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie für den Bauungsplan 27 einerseits und für die 21. Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bauungsplanes 30 werden jeweils im Parallelverfahren betrieben. Weiter besteht ein Sachzusammenhang zwischen den beiden F-Planänderungen sowie den beiden Bauungsplänen. Wie sich aus den jeweiligen Begründungen ergibt, wurden im 19. und 21. Änderung des Flächennutzungsplanes zunächst gemeinsam betrieben und erst nach einem längeren Verlauf getrennt; entsprechendes ergibt sich für die Bauungspläne 27 und 30. Hintergrund ist, dass für die Stadt Uetersen sowie die Gemeinden Tornesch, Moorrege und Heidgraben ein gemeinsamer Flächennutzungsplan (§ 204 Abs 1 BauGB, früher: § 3 Abs 1 (Satz 3) BBauG) besteht, Anlage 01: Vereinbarung über den gemeinsamen Flächennutzungsplan für die Stadt Uetersen sowie die Gemeinden Tornesch, Moorrege und Heidgraben vom 21. Im Dezember 1984.</p>	<p>Für die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes und die Aufstellung des Bauungsplanes Nr. 27 wurde jeweils die frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchgeführt, also das sog. Scopingverfahren. Im Zuge dieses frühen Verfahrensschrittes wurde festgestellt, dass es aus städtebaulichen Gründen günstiger ist, für das Sondergebiet Einzelhandel einerseits und das Wohngebiet andererseits gesonderte F-Plan-Änderungen und B-Pläne aufzustellen. Einen längeren Verlauf des Verfahrens gab es bis zu diesem Zeitpunkt nicht. Der städtebauliche Grund der Trennung wurde bereits erläutert (siehe Stellungnahme der Stadt Uetersen und landesplanerische Stellungnahme).</p>

<p>Ein solcher gemeinsamer Flächennutzungsplan kann von den beteiligten Gemeinden nur gemeinsam geändert werden, es sei denn es ist für bestimmte Fallkonstellationen Abweichendes vereinbart. Einschlägig ist vorliegend insoweit § 1 Ziffer 2.1 der Vereinbarung, wonach besondere Sonderbauflächen mit mehr als 5 ha Größe ausdrücklich nur gemeinsam ausgewiesen werden dürfen.</p> <p>Die Planung in der ursprünglichen Gestalt entsprechend den ersten Aufstellungsbeschlüssen aus dem Jahre 2009 für die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes und den Bebauungsplan 27 betraf eine solche Fläche von mehr als 5 ha. Im weiteren Verfahren stellte sich dann heraus, dass die Stadt Uetersen der angestrebten Planung nicht zustimmen würde. Daraufhin wurden die Aufstellungsbeschlüsse geändert und die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes in die 19. und 21. Änderung aufgespalten und der Bebauungsplan 27 aufgespalten in die Bebauungspläne 27 und 30.</p> <p>Der Einwender rügt dies bereits vorab als verfahrenfehlerhaft und rechtsmissbräuchlich. Er ist der Auffassung, dass hiermit lediglich das Zustimmungserfordernis insbesondere der Stadt Uetersen umgangen werden soll.</p> <p>Wenn es auf Seite 1 der Begründung der 19. Änderung des Flächennutzungsplanes hierzu heißt:</p> <p>"Die ursprünglich beabsichtigte Zusammenfassung von Sondergebiet Einzelhandel und Wohngebiet wird nicht weiter verfolgt. Beide Gebiete haben städtebaulich klar getrennte Funktionen und stellen andere planungsrechtliche Anforderungen. Die Trennung ist daher aus stadtplanerischer Sicht sachgerecht."</p> <p>so ist dies eine Scheinargumentation, insbesondere im Hinblick darauf, dass die genannte Begründung den Dissens zwischen der Stadt Uetersen und der Gemeinde Moorrege überhaupt nicht erwähnt. (Siehe hierzu auch die nachfolgendes Ausführung auf Ziffer 5.6.)</p> <p>Nach Auffassung des Einwenders gehören die Planungen zusammen, was nicht zuletzt dadurch bestätigt wird, dass für alle vier Planungen (19. und 21.</p>	
--	--

<p>Änderung des Flächennutzungsplanes, Bebauungspläne 27 und 30) auf der website des Amtes Moorrege nur eine gemeinsame Bekanntmachung erfolgt.</p> <p>Anlage 02: Bekanntmachungstext 19. und 21. Änderung des Flächennutzungsplanes, Bebauungspläne 27 und 30.</p> <p>Der Einwender sieht deshalb alle diese Planungen im Zusammenhang und wird deshalb nachfolgend in <u>einem</u> kohärenten Text vortragen. Im Hinblick auf die strengen formellen Anforderungen bei Verfahrensschritten, die, wie hier, mit materieller Präklusion bewehrt sind, <u>wird die Stellungnahme jedoch insgesamt vierfach, mit jeweils verschiedenem Rubrum, eingereicht.</u></p>	
<p>2 Betroffenheit</p> <p>2.1 Der Einwender ist Inhaber einer alteingesessenen Bäckerei, die um ein Lebensmittelgeschäft / Frischemarkt ergänzt worden ist, in der Gemeinde Moorrege (Bäckerei Topkauf Eggers).</p> <p>Das Geschäft des Einwenders befindet sich in etwa 1,3 km Entfernung von dem geplanten Standort des Sondergebiets (Straßenroute, laut google maps).</p> <p>Es verfügt auf dem Grundstück über 16 Stellplätze, einige weitere Stellplätze befinden sich auf den Straßen der Umgebung.</p> <p>Der Betrieb beschäftigt 34 Mitarbeiter, hiervon 5 Auszubildende und 4 Aushilfen.</p>	<p>Zu diesem Punkt besteht kein Abwägungserfordernis.</p>
<p>2.2 Der Einwender ist in seinen geschäftlichen Interessen durch die angestrebte Planung unmittelbar berührt.</p> <p>Es soll im Plangebiet des Bebauungsplans 27 ein Lebensmittelmarkt (Vollsortimenter) mit einer Verkaufsfläche von maximal 1.200 m² zuzüglich einer Bäckerei und einer Apotheke vorgesehen werden. Umfangreiche Parkmöglichkeiten sind vorgesehen. Die Schalltechnische Untersuchung, dort Kapitel 4.1, spricht von 112 Stellplätzen auf dem Gelände des neuen Lebensmittelmarkts.</p>	<p>Auch zu diesem Punkt besteht kein Abwägungserfordernis, da es sich um eine Tatsachenfeststellung handelt.</p>

<p>Derzeit befinden sich in Moorrege <u>insgesamt</u> etwa 1.800 m² Verkaufsfläche, von denen etwa 300 m² dem Einwender zuzurechnen sind, Anlage 03: BulwienGesa AG, Wirkungsanalyse für einen Vollsortimenter in 25436 Moorrege, 18. April 2011, dort: Seite 7.</p>	
<p>2.3 Dies greift unmittelbar in die geschäftliche rechtlich geschützte Sphäre des Einwenders ein mit der Folge, dass ein etwaiger späterer Normenkontrollantrag jedenfalls zulässig wäre. Der Markteintritt des Planvorhabens im Bebauungsplan 27 wird zu erheblichen Verlagerung der Kaufkraftströme führen, insbesondere 3.5.1 und 3.5.2 der Anlage 03.</p>	<p>Im Einzelhandelsgutachten der Gemeinde Moorrege wird die Verlagerung der Kaufkraftströme als hinnehmbar eingestuft.</p>
<p>2.4 Die Zulässigkeit eines etwaigen späteren Normenkontrollantrags ergibt sich auch daraus, dass der Einwender als Mitglied der betroffenen Öffentlichkeit im Sinne des Artikels 11 UVP-Richtlinie (2001/92) anzusehen ist.</p>	<p>Zu diesem Punkt besteht kein Abwägungserfordernis, es handelt sich um eine rechtliche Wertung.</p>
<p>2.5 Unter beiden Zulässigkeitsgesichtspunkten ergibt sich eine umfassende Rügebefugnis des Einwenders in einem etwaigen späteren Normenkontrollverfahren,</p>	<p>Zu diesem Punkt besteht kein Abwägungserfordernis, es handelt sich um eine rechtliche Wertung.</p>
<p>3.Zum Verfahren 3.1 Soweit die Planung eine UVP-Pflicht verneint, wird dies bereits jetzt als rechtsfehlerhaft angegriffen. Jedenfalls hätte die Frage der UVP-Pflicht übergreifend für beide Änderungen des Flächennutzungsplanes und für beide Bebauungspläne im Zusammenhang geprüft werden müssen.</p>	<p>Die Anlage 1 zu § 6 LUVPG sieht eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls für großflächige Einzelhandelsbetrieb vor, nicht für B-Pläne im Allgemeinen, und auch nicht für Wohngebiete. Eine übergreifende Prüfung für die B-Pläne 27 und 30 ist also nicht durchzuführen. Das wäre auch dann nicht der Fall, wenn sie zusammengefasst würden.</p>
<p>3.2 Die gemeinsame Bekanntmachung für alle vier Verfahren enthält keinen Hinweis darauf, wo die Einwendungen einzureichen sind.</p>	
<p>3.3 Auch der Planung ist bewusst, dass konkrete Fragen der Beeinflussung der Einzelhandelsituation jedenfalls in den Gemeinden Uetersen und Moorrege von erheblicher Bedeutung für die spätere Abwägung sind. Gleichwohl sind die beiden im Text genannten Einzelhandelsuntersuchungen (2008 für Uetersen, 2011 für Moorrege) <u>nicht mit ausgelegt worden. Dies</u></p>	

<p>wird als erheblicher Verfahrensfehler gerügt.</p>	
<p>3.4 Schließlich ergibt sich aus der Vorlage Nr 285/2009/MO/BV des Amtes (für die Gemeinde Moorrege) vom 20.11.2009, dort: Seite 2, dass für beide Bauleitpläne ein Investor bereit steht und die Planung auf die Anforderungen dieses Investors zugeschnitten ist. Die Planunterlagen enthalten insoweit im Übrigen Hinweise auf Kostenvereinbarungen. Ein Vertragsschluss ist freilich bisher nicht erfolgt (eMail-Auskunft des Amtes vom 28. November 2012).</p> <p>Der Einwander hält den Verzicht auf einen vorhabensbezogenen Bebauungsplan (§ 12 BauGB - der eine größere Regelungsdichte und erhöhte Publizität aufweisen würde) für rechtsmissbräuchlich.</p> <p>Ganz allgemein wären in der Auslegung etwaige zu schließende oder in Vorbereitung befindliche städtebauliche Verträge (§ 11 BauGB) in die Auslegung mit einzubeziehen gewesen, da nicht auszuschließen ist, vielmehr nach der zuvor genannten Beschlussvorlage als praktisch sicher unterstellt werden kann, dass diese die Planung und auch die Abwägung vorsteuern.</p>	<p>Es handelt sich um eine Angebotsplanung, die sich nicht an einen bestimmten Investor richtet, auch wenn ein bestimmter Investor die Marktansiedlung plant. Sollte dieser Investor die Planung nicht umsetzen, richtet sich das Angebot auch an andere. Damit liegt die Voraussetzung für einen vorhabenbezogenen B-Plan (mit Umsetzungsverpflichtung) nicht vor.</p>
<p>4. Auswirkungen auf die Handelssituation</p> <p>4.1 Die Planung, 19. Änderung des Flächennutzungsplanes, Seite 2, betrachtet im Wesentlichen zwei Perspektiven: einmal die Auswirkungen auf Uetersen, einmal auf Moorrege selber. Der Einwander macht geltend, dass die angestellten Betrachtungen in wesentlichen Punkten fehlerhaft sind.</p> <p>4.2 Die Begründung zur 19. Änderung des Flächennutzungsplanes hält auf Seite 2f aus der "Perspektive Uetersen" fest: <small>"Für den Lebensmittel-Vollversorger ist eine Verkaufsfläche von max. 1.200 m² zuzüglich Bäckerei und Apotheke vorgesehen. Die Landesplanungsbehörde hat in ihrem Schreiben vom 7.10.2011 zur Festsetzung eines Sondergebietes für die Ansiedlung eines Verbrauchemarktes eine positive Stellungnahme in Aussicht</small></p>	<p>Diese Anmerkungen sind für den B-Plan Nr. 27 nicht zu berücksichtigen, sie beziehen auf die 19. F-Plan-Änderung.</p>

gestellt. Ein: gesondertes raumordnerisches Abstimmungerfordernis mit der Stadt Uetersen wird erst bei der Ansiedlung eines Lebensmittelvollsortimenters mit einer Verkaufsfläche von mehr als 1.200 m² als zwingend erforderlich angesehen. Unabhängig davon verweist die Landesplanungsbehörde darauf, dass angesichts des gemeinsamen Flächennutzungsplanes eine gemeinsame Vorgehensweise notwendig ist. Dies wird von der Gemeinde Moorrege grundsätzlich genauso gesehen. In mehreren Abstimmungsgesprächen konnte aber keine gemeinsame Linie gefunden werden. Die Gemeinde Moorrege stützt sich deshalb in ihrer Planung auf das Einzelhandelsgutachten der Stadt Uetersen (BulwienGesa AG, 8.12.2008), in dem ein Verbrauchermarkt in Moorrege mit einer Verkaufsfläche von 1.200 m² der Bewertung der Einzelhandelsituation der Stadt Uetersen und den daraus resultierenden Entwicklungsvorschlägen zugrundegelegt wurde (Kap. 3.6). Dass zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Gutachtens der Markt an der L 106 geplant war, und nicht an der B 431, war für die Beurteilung der Einzelhandelsituation der Stadt Uetersen nicht relevant. Das Einzelhandelskonzept wurde von der Ratsversammlung Uetersen am 9.10.2009 als Arbeitsgrundlage für die zukünftige Stadtentwicklung beschlossen."

Die planende Gemeinde (Moorrege) versucht ersichtlich, das fehlende Einverständnis der Stadt Uetersen durch die Feststellung zu ersetzen, in einem Einzelhandelsgutachten für die Stadt Uetersen werde auf die Ansiedlung eines Lebensmittelvollsortimenters in Moorrege mit einer Verkaufsfläche von 1.200 m² abgehoben.

Die fragliche Passage unter Ziffer 3.6 des Gutachtens von BulwienGesa 2008 lautet:

"Gemäß Angaben der Amtsverwaltung besteht die Planung, einen weiteren Lebensmittelmarkt in Moorrege anzusiedeln. Projektiert ist ein Vollsortimenter mit ca. 1.200 qm Verkaufsfläche an der Pinneberger Chaussee. Eine Realisierung des Vorhabens wird ab Ende 2009 angestrebt."

Dies gibt nicht nur für eine Abwägung der Belange in Moorrege nichts her.

4.3 Die Begründung zur 19. Änderung des Flächennutzungsplanes hält auf Seite 3 weiter aus der "Perspektive Moorrege" fest:

"Die Standort-, Markt- und Wirkungsanalyse für die Ansiedlung eines Vollsortimenters (Lebensmittel-Vollsortiments mit Getränkemarkt) in Moorrege (BulwienGesaAG, 18.4.2011) mit einer Verkaufsfläche von 1.500 m² zuzüglich Bäckerei und Apotheke hat ergeben, dass die Funktions- und Entwicklungsfähigkeit zentraler Versorgungsbereiche oder zentraler Orte durch das Projekt nicht gefährdet wird, im Hinblick auf die Ablehnung der Stadt Uetersen im Rahmen der frühzeitigen Unterrichtung der Nachbarkommunen und der Anregung der Landesplanungsbehörde (Schreiben vom 7.10.2011), sich auf die im Einzelhandelsgutachten der Stadt Uetersen bereits berücksichtigte Verkaufsfläche von 1.200 m² für den Lebensmittel-Vollsortimer zu einigen, wird diese Verkaufsflächenbegrenzung aufgenommen."

Auch dies ist keine Bearbeitung Moorreger Belange, schon deshalb nicht, weil Moorrege (anders als Uetersen) eben gerade kein zentraler Ort im Sinne des Landesplanungsrechts ist, siehe Landesentwicklungsplan SH 2011, Anhang A2. Es geht hier wiederum nur um die Feststellung, dass Uetersen nicht gefährdet wird. Dies mag zwar ein Belang sein, den Moorrege berücksichtigen muss, die originären Belange betreffen jedoch Moorrege selber.

4.4 Hierbei mag es sein, dass die Auswirkungen auf den Handelsstandort Uetersen nicht von überragender Bedeutung sind, nicht jedenfalls wenn man die Zahlen von BulwienGesa 2011 (dort: Seite 16) zu Grunde legt, wonach Uetersen von einem Gesamtumsatz von etwa 54,8 Millionen Euro pro Jahr für periodischen Bedarf bei Durchführung der Planung etwa 2,6 Millionen Euro an Moorrege abtreten müsste.

4.5 Was Moorrege selber angeht stellen sich die Auswirkungen der Planung jedoch wie folgt dar (BulwienGesa 2011, Seite 17f:

"Zur Beurteilung der Verträglichkeit der Projektwirkungen sind allerdings nicht die absoluten Umsatzumsätze, sondern die Umverteilungsquoten entscheidend. Sie sind in der Tabelle "Marktverteilung — Prognose" in der rechten Spalte für alle betroffenen Lagebereiche als v.H. des Ausgangsumsatzes ausgewiesen. Die höchsten Werte treten hierbei im Moorrege (- 11,5%) und im benachbarten Heist (- 17,1%) auf. Sie dürften knapp 10% (Lidl) über 17% (Netto) bis um 20% (Topkauf) ihrer Ausgangsumsätze an das Planvorhaben abtreten. Der Kleinhandel wäre mit Quoten um circa 10 % betroffen (Getränkemarkt, Backhandwerk); Apotheken sind im Einzugsgebiet nicht am Markt. Diese Größenordnungen sind teilweise empfindlich, jedoch tolerierbar. Mit Ausnahme einer möglichen Angebotsbeschränkung bei Topkauf (der Schwerpunkt der unternehmerischen Tätigkeit liegt dort allerdings im Bäckerei/ Konditorei-geschäft) sind allerdings aus Gutachtersicht keine projektbedingten Ausdünnungen des Versorgungsnetzes zu erwarten und selbst in diesem Worst case wären sie hinnehmbar, weil Moorrege das Vorhaben selbst an die Stelle des bisherigen Lebensmittelgeschäftes treten würde. Da sich beide fußläufigen Nahbereiche jedoch nur geringfügig überschneiden, wird dem Topkauf-Standort gutachterlich jedoch eine reale Chance des wirtschaftlichen Weiterbetriebs eingeräumt."

4.6 Damit liegt der Planung eine Gutachtenlage zu Grunde, die die Perspektive der Gesamtversorgung in der Region in den Vordergrund stellt, die Belange der Gemeinde Moorrege nach hinten rückt und schließlich

<p>die betroffenen privaten Belange ganz unten einstellt. Was nämlich den Betrieb des Einwenders, Topkauf, angeht, so werden jedenfalls Umsatzrückgänge von 20 % vorhergesagt, wie sie jedoch als "empfindlich, jedoch tolerierbar" charakterisiert.</p> <p>4.7 Zwar gibt das Gutachten zu, dass der Topkauf-Standort mit hoher Wahrscheinlichkeit durch das Vorhaben abgängig gemacht wird, blendet die realen Folgen jedoch durch die rein spekulative Anmerkung aus, dem Standort würde aufgrund der relativen hohen fußläufigen Entfernung zum neuen Standort eine "reale Überlebenschance" eingeräumt.</p>	
<p>4.8 Dies kann nicht unwidersprochen so hingenommen werden, denn der neue Standort wird, wie heute üblich, mit einem großzügigen Kontingent an Kfz-Stellplätzen ausgestattet, das Altstandorte traditionell nicht vorweisen können. Wie oben dargelegt, verfügt Topkauf Eggers über 16, der geplante Lebensmittelmart über 112 Stellplätze, jeweils auf dem Grundstück.</p> <p>Es ist durch die Lage des neuen Standortes an der Wedeler Chaussee (B 431) davon auszugehen, dass bspw gerade der Quell- und Zielverkehr (Moorrege hat eine hohe Pendlerquote) sozusagen am neuen Standort "aussteigen" wird, um die dort günstige Parksituation auszunutzen. (Siehe auch eine entsprechende Bemerkung auf Seite 15 der Verkehrsuntersuchung.)</p> <p>Der Einwender bezweifelt deshalb, dass die im Gutachten von BulwienGesa genannten 20% Umsatzeinbuße wirklich die Realität wider spiegeln; (deutlich) höhere Einbußen sind zu befürchten.</p>	<p>Die Anzahl der vorhandenen Stellplätze am Topkauf-Markt und der geplanten Stellplätze am Verbrauchermarkt kann kein Argument gegen die Neuansiedlung des Marktes sein. Jeder Marktbetreiber ist verpflichtet, die erforderliche Anzahl an Stellplätzen vorzuhalten. Auch eine neue Wettbewerbssituation ist kein geeignetes Gegenargument, das Bauleitplanung kein Mittel des Konkurrenzschutzes sein darf. Durch Bauleitplanung darf auch kein ansässiger Betrieb vernichtet werden. Dass das nicht zu befürchten ist, wurde durch das Einzelhandelsgutachten der Gemeinde Moorrege nachgewiesen.</p>
<p>4.9 Da die Planung zudem, wie nachfolgend skizziert wird, (auch sonst) in sich unschlüssig ist und eine gerechte Abwägung der öffentlichen und privaten Belange nicht zulässt, kann es nicht angehen, einen Betroffenen privaten Betriebs der realen Gefahr des Unterganges zu Gunsten eines neuen privaten Betreibers auszusetzen. Insofern bestätigen sich die gesetzlichen Wertungen des § 11 Abs 3 BauNVO, die bei derartigen Einrichtungen mit einer Geschossfläche von 1.200 m² und mehr regelmäßig von erheblichen Auswirkungen auf die infrastrukturelle Ausstattung und die Entwicklung von Versorgungsbereichen usw.</p>	<p>In § 11 Abs. 3 BauNVO steht auch: "Die Regel des Absatzes 3 gilt nicht, wenn Anhaltspunkte dafür bestehen, dass Auswirkungen bereits bei weniger als 1.200 m² Geschossfläche vorliegen oder bei mehr als 1.200 m² Geschossfläche nicht vorliegen;...". Durch das Verkehrsgutachten und das Einzelhandelsgutachten wurde nachgewiesen, dass erhebliche Auswirkungen auf die infrastrukturelle Ausstattung und die Entwicklung von Versorgungsbereichen nicht zu erwarten sind. Eine gerechte Abwägung der öffentlichen und privaten Belange hat also stattgefunden und ist in den Festsetzungen des B-</p>

Bebauungsplan Nr. 27 der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

ausgehen.	Planes Nr. 27 dokumentiert.
5. Fehlende Erforderlichkeit 5.1 Aus dem vorangehenden folgt auch, dass der Planung der Gemeinde Moorrege die Erforderlichkeit abgeht.	Die Planung ist erforderlich, um die Nahversorgungssituation in der Gemeinde Moorrege zu verbessern.
5.2 Die Planung prüft ersichtlich rein negativ, ob Belange Uetersens und/ oder übergemeindliche Belange berührt sind. 5.3 Dies sind Abwägungsgesichtspunkte, aber keine legitimen Ziele der gemeindlichen Planung.	Die Planung prüft mithilfe des Einzelhandelsgutachtens vorrangig die gemeindlichen Belange. Übergemeindliche Belange sind aber auch zu berücksichtigen.
5.4 Auch ganz praktisch fehlt der Planung die Erforderlichkeit. Unstrittig soll Kaufkraft insbesondere aus dem benachbarten Zentrum Uetersen abgezogen werden. Für die Versorgung Moorrees ist die Einrichtung aber gerade nicht erforderlich.	Das Einzelhandelsgutachten der Gemeinde Moorrege hat ergeben, dass der Verbrauchermarkt für die Verbesserung der Nahversorgungssituation der Moorreger Bevölkerung erforderlich ist.
5.5 Schließlich kann auch die fehlende Zustimmung Uetersens zu den Planungen der fehlenden Erforderlichkeit zugeordnet werden, da sie die Planung aufgrund einer Vertragsverletzung undurchführbar macht. Die Planung legt überhaupt nicht dar, warum das ursprüngliche Plangebiet aufgespalten wurde. Dass planerisch eine Einkaufseinrichtung für den täglichen Bedarf einerseits und eine Wohngebietsfläche nicht zusammen gehören, ist nach keinem vernünftigen Standpunkt verständlich. Es bleibt dabei, dass kein Grund für die Aufspaltung ersichtlich ist, außer die genannte 5ha-Genze zu unterschreiten, insoweit ist die Planung rechtsmissbräuchlich.	Diese Anmerkung ist für den B-Plan Nr. 27 nicht zu berücksichtigen, sie bezieht auf die 19. F-Plan-Änderung.
5.6 Umgekehrt ist es so, dass die Beschlussvorlage Nr 435/2012/MO/BV des Amtes für die Gemeinde Moorrege vom 16. Februar 2012, Seite 1f, ganz klar ausweist, dass die Aufspaltung "zur Realisierung des Projekts trotz Widerstands Uetersens" vorgeschlagen wurde; die dort zu findenden Ausführungen lauten: "Die Gemeinde Moorrege hat keinen eigenen, sondern einen gemeinsamen Flächennutzungsplan mit den Städten Tornesch und Uetersen sowie der Gemeinde Heidgraben. Die Vereinbarung zu diesem gemeinsamen Flächen-	Die Ausführungen des Amtes Moorrege zeigen, dass die

Bebauungsplan Nr. 27 der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

<p>nutzungsplan sieht vor, dass bei Flächennutzungsplanänderungen, die ein Gebiet mit mehr als 5ha Fläche beinhalten, die so genannte Gemeinsamkeit betroffen ist und alle Vertragspartner dann durch gleichlautende Beschlussfassungen der Flächennutzungsplanänderung zustimmen müssen. Das Plangebiet der bisherigen 19. Änderung des Flächennutzungsplanes (mit Vollsortimenter und Wohnbaugebiet) ist größer als 5ha, wodurch demzufolge gleichlautende Beschlussfassungen notwendig geworden sind. Tornesch und Heidgraben haben diese Beschlüsse gefasst. Die Stadt Uetersen jedoch hat bekanntermaßen keinen gleich lautenden Beschluss gefasst, weil man sich gegen die Pläne der Gemeinde Moorrege zur Schaffung eines Vollsortimenters an der B431 ausgesprochen hat. Lediglich 850 m² Verkaufsfläche, was einem kleinen Discounter entspricht, wollte man zugestehen. Die Landesplanung hatte der Gemeinde bereits die Zustimmung zu einem Vollsortimenter bis zu einer Größe von 1.200 m² in Aussicht gestellt. (Hinweis des Unterzeichners: Aber nur unter dem Vorbehalt der Zustimmung Uetersens!) Aufgrund der ablehnenden Haltung der Stadt Uetersen wurde nun nach alternativen Möglichkeiten zur Realisierung des Projektes gesucht. Die einfachste Möglichkeit ist aus Sicht der Verwaltung die Aufteilung des Gesamtprojektes Schafswede auf 2 Flächennutzungsplanänderungen, weil dann beide Einzeländerungen jeweils weniger als 5ha Fläche beinhalten und somit keine gleichlautenden Beschlüsse zum gemeinsamen Flächennutzungsplan mehr notwendig sind. Die Verfahren wurden damals trotz der unterschiedlichen Nutzungen von Einzelhandel und Wohnbaugebiet in einen Bauleitplan zusammen gelegt, weil es einfacher war und die Gemeinde hinsichtlich der Realisierung immer einen Gesamtzusammenhang gesehen hat. Dieser existiert auch weiterhin, jedoch ist es rein planungsrechtlich sogar sinnvoll, Einzelhandel und ein Wohnbaugebiet in 2 parallel verlaufenden Planverfahren durchzuführen. Hierfür spricht auch die Tatsache, dass Uetersen mit den Gründen zur Versagung eines Vollsortimenters gleichzeitig die Neuausweisung von Wohnbauflächen am Grothar verhindert.“</p>	<p>Zusammenfassung der F-Plan-Änderungen und der B-Pläne, die nur vorgenommen wurde, weil beide Flächen dem gleichen Investor zuzuordnen sind, nicht weitergeführt werden sollte. Es ergibt aus den Ausführungen, dass keine städtebaulichen Gründe für eine Zusammenfassung der Planungen bestehen. Daher ist die Durchführung getrennter Verfahren sachgerecht. Dies unterstreicht besonders der letzte Satz der Beschlussvorlage. Darin dokumentiert sich deutlich der fehlende städtebauliche Zusammenhang.</p>
<p>5.7 Ist dies als solches schon klar genug, so ist in rechtlicher Hinsicht noch anzumerken, dass im Regelungsbereich des § 204 BauGB bei Vorliegen eines gemeinsamen Flächennutzungsplanes die Abweichungsregelung vom Zustimmungserfordernis Ausnahmecharakter hat und deshalb eng auszulegen ist. Der hier zitierte Vorschlag der Verwaltung (der zudem unterschlägt, dass die Landesplanung die Zustimmung Uetersens vorausgesetzt hatte) passt hierzu nicht.</p>	
<p>6. Raumordnerische Belange 6.1 Zugrunde zu legen ist eine großflächige Einzelhandelseinrichtung, da</p>	<p>Zu diesem Punkt besteht kein Abwägungserfordernis, da es sich um eine Tatsachenfeststellung handelt.</p>

Bebauungsplan Nr. 27 der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

<p>eine Verkaufsfläche von 800 m² überschritten wird, Fickert/ Fieseler, BauNVO-Kommentar (11. Auflage), § 11 Rn 333, mit Hinweisen zur Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts.</p>	
<p>6.2 Solche Einrichtungen sind nur in Zentralen Orten gemäß 2.2 des Landesentwicklungsplans vorzusehen, Landesentwicklungsplan 2.8, Ziel 3Z.</p> <p>6.3 Insofern wäre die Durchführung eines Zielabweichungsverfahrens geboten gewesen, § 4 Abs 3 LPlanG. Auf Anfrage des Unterzeichners hat das Amt Moorrege jedoch mit Datum vom 31. Oktober 2012 mitgeteilt, ein solches werde nicht für erforderlich gehalten und auch nicht durchgeführt. Der Einwender meint demgegenüber, dass die Planung nicht durchgeführt werden kann, da sie den Zielen der Raumordnung widerspricht.</p>	<p>Die Erforderlichkeit eines Zielabweichungsverfahrens wurde von der Landesplanungsbehörde nicht gesehen. Es wurde mitgeteilt, dass die Planung den Zielen der Landesplanung nicht widerspricht, wenn die Verkaufsfläche auf 1.200 m² begrenzt wird (siehe Stellungnahme der Landesplanungsbehörde vom 26.11.2012. Die Einhaltung der Ziele des Landesentwicklungsplanes ist durch das Einzelhandelsgutachten der Gemeinde Moorrege dokumentiert.</p>
<p>6.4 Soweit die Landesplanung eine positive Stellungnahme für eine Verkaufsfläche von bis zu 1.200 m² in Aussicht gestellt haben soll, wäre dies jedenfalls unbeachtlich. Den gegenteiligen Ausführungen auf Ziffer 4.1.1 der Begründung zum B-Plan 27 wird widersprochen. Zum einen widerspricht dies Raumordnungsrecht und den festgelegten Zielen der Landesplanung. Zum anderen wird die Obergrenze von 1.200 m² vorliegend auch gar nicht eingehalten, da die integrierte Bäckerei und Apotheke nicht mit eingerechnet werden. Dies bleibt freilich unklar, da sich die Planung auf die Festlegung einer Verkehrsflächenzahl VKZ von 0,1401 beruft. Eine Anwendung dieser Zahl zeigt allerdings, dass die Obergrenze von 1.200 m² auch bei streng formaler Rechnung nicht eingehalten wird, da das Plangebiet eine Fläche von 8569 in² hat und $8.569 \cdot 0,1401 = 1.200,5169$. Wenn auf Ziffer 4.1.1 Begründung B-Plan 27 dann auch noch die private Verkehrsfläche nicht einbezogen werden soll, wird dem widersprochen. Die VKZ müsste selbst bei einer Einhaltung von 1.200 m² niedriger als 0,1401 gesetzt werden.</p>	<p>Die Bäckerei bzw. der Backshop ist nicht in den Lebensmittelmarkt integriert, sondern lediglich im gleichen Gebäude vorgesehen. Eine Bäckerei bzw. ein Backshop ist kein großflächiger Einzelhandel. Die Einrichtung einer solchen Versorgungseinrichtung ist daher raumordnerisch nicht von Bedeutung. Eine Apotheke ist keine Einzelhandelseinrichtung, sondern Ausübung eines freien Berufes.</p>

<p>6.5 Nach alledem dürfen weder die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes noch der Bebauungsplan 27 beschlossen werden, da ein Verstoß gegen die Ziele der Raumordnung vorliegt, vgl § 1 Abs 4 BauGB.</p> <p>6.6 Dies ist auf die benachbarten Pläne (21. Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplan 30) mit zu übertragen da alle diese Pläne in Zusammenhang stehen.</p> <p>6.7 Ersichtlich sieht die Planung den Anschluss von Getränkemärkte und Flächenbeschränkungen für die Bäckerei und die Apotheke nicht vor. Dies ist jedoch von der Landesplanung gefordert worden, Schreiben der Landesplanung vom 25. Juni 2012 an Möller-Plan und das Amt Moorrege, IV 231-603.111, Seite 3. Auch insoweit kann der Satzungsbeschluss jedenfalls derzeit nicht gefasst werden. Die Planung ist zu überarbeiten.</p>	<p>Die Landesplanungsbehörde hat bestätigt, dass Ziele der Raumordnung nicht verletzt werden.</p>
<p>7. Zusammenhang der Planungen 7.1 Der Einwender meint, dass die beiden Planungen (B-Pläne 27 und 30 sowie zugehörige F-Planänderungen) gefasst werden müssen, um dem Gebot der umfassenden Konfliktbewältigung gerecht zu werden.</p>	<p>Eine Flächenbeschränkung für die Bäckerei bzw. den Backshop und eine Apotheke wird vorgesehen – siehe Anmerkungen zur landesplanerischen Stellungnahme.</p>
<p>7.2 Naturräumlich und was Wasser- und Bodenverhältnisse angeht, gehören die Flächen ohnehin zusammen. Auch naturschutzfachlich ist anzumerken, dass die angetroffenen Vogel- und Fledermausarten auf eine Einheitlichkeit der Standorte hindeuten und die Betroffenheiten eben nicht in getrennten Untersuchungen hätten ermittelt werden dürfen.</p>	<p>Die beiden B-Pläne sind städtebaulich getrennt zu betrachten. Die Konfliktbewältigung ist daher auch grundsätzlich für jeden B-Plan getrennt zu beachten. Dort, wo es erforderlich ist, wurde eine übergreifende Betrachtung zur Konfliktbewältigung vorgenommen - siehe Schallimmissionsprognose und Verkehrsgutachten und die sich daraus ergebenden Festsetzungen des B-Planes.</p>
<p>7.3 Erschließungstechnisch wird ersichtlich so verfahren, dass das Sondergebiet vom Wohngebiet nicht erreichbar sein soll; dies ist widersinnig, da es um die Versorgung von Endverbrauchern geht.</p>	<p>Dies ist kein städtebauliches Argument für die Zusammenfassung der beiden B-Pläne.</p>
<p>7.4 Auch die Schalltechnische Untersuchungen hätten übergreifend in eine zusammen gefasst werden müssen.</p>	<p>Es ist vorgesehen, ein fußläufige Verbindung zwischen dem Wohngebiet und dem Gelände des Verbrauchermarktes zu schaffen (Kap. 6 der Begründung).</p>
<p></p>	<p>Zu diesem Punkt hat das Büro LAIRM Consult mitgeteilt: "Die schalltechnischen Auswirkungen wurden jeweils für sich</p>

Bebauungsplan Nr. 27 der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

	<p>separat ermittelt und beurteilt. Dies betrifft im Wesentlichen die Betrachtung des gewerblichen Lärms. Hinsichtlich der Auswirkungen des B-Plan-induzierten Zusatzverkehrs im öffentlichen Straßenraum wurde zur sicheren Seite eine gleichzeitige Entwicklung beider Bebauungspläne zu Grunde gelegt. In diesem Ansatz sind die größten Veränderungen zu erwarten, im Vergleich dazu würden bei nur jeweils der isolierten Betrachtung eines jeden Bebauungsplanes geringere Veränderungen zu erwarten sein. Somit sind die Auswirkungen bei der Realisierung beider Bebauungspläne in beiden schalltechnischen Untersuchungen entsprechend gewürdigt, die Notwendigkeit einer einzigen schalltechnischen Untersuchung ist daher nicht erforderlich."</p>
<p>7.5 Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass die Bauleitplanungen auch wirtschaftlich eindeutig verknüpft sind. So heisst es in der Vorlage Nr 285/2009/MO/BV des Amtes (für die Gemeinde Moorrege) vom 20.11.2009, dort: Seite 2: Zwischenzeitlich hat ein neuer Investor (EMV Grundstücks GmbH & Co.KG, Elmshorn) sein Interesse an der Überplanung der vorgenannten Flächen bekundet und der Gemeinde den anliegenden Vorentwurf zukommen lassen. Der Vorentwurf sieht entgegen der bisherigen Planung für das Gebiet der "Schatweide" von etwa 15.600 m² allgemeinem Wohngebiet im Süden sowie etwa 20.400 m² Mischgebiet (für tlw. Wohn- aber auch gewerblicher Nutzung) nunmehr ca. 27.000 m² Wohngebietsfläche Süden und -9.034 m² für ein Sondergebiet "Einzelhandel" vor und geht von 53 Wohngrundstücken aus.</p>	<p>Bei beiden B-Plänen handelt es sich um Angebotsplanungen ohne wirtschaftliche Verknüpfung. Die zitierte Vorlage gehört zu dem B-Plan 27, vor der städtebaulich gebotenen Aufteilung in B-Plan Nr. 27 und B-Plan Nr. 30.</p>
<p>8. Unschlüssigkeit der Einzelplanungen 8.1 Bebauungsplan 27 8.1.1 Anzumerken ist hier vor allem die ungeklärte Erschließungssituation. Nach § 17b Abs 2 FStrG (die B431 ist eine Bundesfernstraße) ersetzen Bebauungspläne die Planfeststellung. Der Verweis der Planung auf ein gesonderter Genehmigungsverfahren, zB Bebauungsplan 27, Begründung, Ziffer 2 aE, ist irreführend. Es liegt ein Verstoß gegen den Grundsatz der umfassenden Konfliktbewältigung vor. Der Satzungsbeschluss kann die später zu erteilende Genehmigung (Planfeststellung) nicht einfach unterstellen. Das hier ernsthafte Probleme bestehen, zeigt schon die Verkehrsunter-</p>	<p>Vom Büro Gertz Gutsche Rürmenapp (Verfasser der Verkehrsuntersuchung) wurde dazu ausgeführt: "Die Verkehrsuntersuchung zeigt, dass hinsichtlich der Erschließungssituation keine ernsthaften Probleme bestehen. Die Leistungsfähigkeit der Zu-/Abfahrt ist in keiner Weise als sehr eingeschränkt zu beurteilen, da sowohl die zum Lebensmittelmarkt abbiegenden Ströme als auch der vom Lebensmittelmarkt kommende, rechtsabliegende Verkehr die sehr hohen und vollkommen ausreichenden Qualitätsstufen A und B aufweisen. Eine eingeschränkte Leistungsfähigkeit im Sinne von höheren durchschnittlichen Wartezeiten besteht lediglich bei dem vom Lebensmittelmarkt kommenden, auf die Bundesstraße linksabbiegenden Verkehr."</p>

<p>suchung (dort insbesondere: Seite 24). Es gibt nur eine sehr eingeschränkte Leistungsfähigkeit der Zu/Abfahrt des neuen Lebensmittelmarktes. Darüber hinaus merkt das Verkehrsgutachten (dort: Seite 15) selber an, dass eine gesicherte Querungsstelle über die Wedeler Chaussee erforderlich ist. Eine solche ist jedoch nicht Bestandteil der Planung.</p>	
<p>8.1.2 Der Einwender wendet sich auch aus anderem Grund gegen die Abspaltung des Verfahrens Umbau der B431. Es handelt sich deutlich um eine Erschließungsfläche für die geplante Einkaufseinrichtung. Insofern müssten die Kosten auch dem Begünstigten der Erschließung auferlegt werden. Geschieht dies nicht (wie hier, wenn nach FStrG und nicht nach BauGB gebaut wird), könnte es sich um eine unzulässige Beihilfe (Artikel 107 AEUV) handeln; unabhängig davon ist die Vorgehensweise im Hinblick auf die gebotene Sparsamkeit der öffentlichen Haushaltsführung unzulässig.</p>	<p>Zur Übernahme der Kosten durch die Planbegünstigte wurden ein Erschließungsvertrag und ein städtebaulicher Vertrag geschlossen.</p>
<p>8.1.3 Nur am Rande sei angemerkt, dass der Hinweis Bebauungsplan 27, Begründung, Ziffer 2, die Verlegung der B431 in diesem Bereich sei nicht mehr Bestandteil des Bundesverkehrsweegeplans, unverständlich ist. Maßgeblich ist zum Einen ohnehin nicht der Bundesverkehrsweegeplan, sondern der Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen (§ 1 FStrAbG), und dieser enthält sehr wohl dortselbst nach wie vor eine Verlegung der B431, wenn auch im weiteren Bedarf und jedenfalls teilweise als Maßnahme mit besonderem naturschutzfachlichen Prüfauftrag.</p>	<p>Der Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen wird Bundesverkehrsweegeplan genannt. Der Bundesverkehrsweegeplan 2003 enthält noch die Verlegung der B 431. Die Fortschreibung 2015 wird sie aber nach Information durch den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein nicht mehr beinhalten.</p>
<p>8.1.4 Schließlich sei noch einmal darauf hingewiesen, dass das Plangebiet des B-Plans 27 vom Wohngebiet (Plangebiet B-Plan 30) gar nicht unmittelbar erreichbar ist (siehe Planzeichnung B-Plan 30). Eine solche Planung macht für eine Einkaufseinrichtung des "periodischen Bedarfs" keinen Sinn.</p>	<p>Siehe Anmerkung zu Punkt 7.3.</p>

<p>8. Bebauungsplan 30</p> <p>8.2.1 Verkehrstechnisch ist das Plangebiet nicht unmittelbar an das Gebiet des B-Plans 27 angebunden.</p> <p>8.2.2 Es ist darauf hinzuweisen, dass der B-Plan (Textteil) Festlegungen zum Schallschutz enthält, die zeigen, dass das Gelände nur bedingt zum Wohnen geeignet ist.</p> <p>8.2.3 Entsprechendes gilt auch für die Wasserverhältnisse (hoch ansteigendes Grundwasser). Hierbei sind Effekte des Klimawandels noch nicht berücksichtigt.</p> <p>8.2.4 Auch hier macht die Planung Voraussetzungen, die planungsrechtlich nicht abgesichert werden. Die Verkehrsuntersuchung zum B-Plan 30 (dort: Seite 7, Seite 150 unterstellt eine Verkehrsberuhigung auf Tempo 30 auf der Straße Grothar (Verbindung zwischen Wedeler und Pinneberger Chaussee). Eine planungsrechtliche Absicherung hierfür gibt es nicht, auch eine einschlägige Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde wurde in den ausgelegten Unterlagen nicht in Bezug genommen. Gleichwohl wird dies insbesondere er die Leistungsuntersuchungen ausdrücklich unterstellt Verkehrsuntersuchung, Seite 16). Dies kann so nicht akzeptiert werden.</p> <p>8.2.5 Auch für den B-Plan 30 ist anzumerken, dass es zwar verkehrstechnisch einerseits sinnvoll ist, keinen direkten Verkehr zum neuen Lebensmittelmarkt zuzulassen, aber eine gewisse Verbindung bspw für Radfahrer und/ oder Fußgänger, wäre geboten, um die Planung nicht in sich widersinnig erscheinen zu lassen. Umgekehrt ist es so, dass die jetzt geplante Situation zu auch gefährlichen Umwegverkehren führt, bspw, wenn Kinder zum Einkaufen geschickt werden sollen.</p>	<p>Diese Anmerkungen wirken sich auf den B-Plan 27 nicht aus.</p>
---	---

9. Naturschutz

9.1 Planungsraum zwei bzw drei (die Planung bleibt insoweit unklar bzw etwas widersprüchlich) Fledermausarten betroffen, siehe die jeweiligen Gutachten der Firma LEGUAN).
9.2 Den jeweiligen Konfliktbewertungen,
LEGUAN B-Plan 27, Ziffer 5.2.4,
LEGUAN B-Plan 30, Ziffer 5.2.4,
wird widersprochen.

Das Büro leguan gmbh hat zu diesen Punkten folgendes ausgeführt:

"Die Erfassung der Fledermausfauna im Bebauungsplangebiet Nr. 27 und Nr. 30 in der Gemeinde Moorreege fand am 10.08.2010 und am 12.08.2010 an ausgewählten Beobachtungspunkten im Gebiet statt. Insgesamt wurden an beiden Tagen 5 Beobachtungspunkte eingerichtet. Zur Ermittlung der Wertigkeit des Untersuchungsgebietes als Jagdhabitat wurde die Aktivitätsdichte dokumentiert. Zudem wurde innerhalb des Untersuchungsgebietes nach Fledermausquartieren gesucht.
Darüber hinaus wurde 1 Horchbox der Fa. Albotronic während zweier Nächte (21. und 24.06.2010) in dem Gehölzstreifen nord-östlich des Untersuchungsgebietes exponiert.

In Kapitel 4.4 des betreffenden Gutachtens (zu B-Plan Nr. 27) wird herausgestellt, dass mit Hilfe der Detektoruntersuchung 2 Fledermausarten (Breitflügelvedermaus und Großer Abendsegler) nachgewiesen wurden. Zusätzlich wurde an dem Standort der Horchboxenerfassung, **außerhalb** des Untersuchungsgebietes, als weiterer Nachweis die Zwergfledermaus nachgewiesen, die in die artenschutzfachliche Konfliktanalyse eingestellt wurden.
Analoges gilt für das Gutachten zu B-Plan Nr. 30. Auch hier wurden 3 Fledermausarten (Breitflügelvedermaus, Großer Abendsegler und Zwergfledermaus) eingestellt.
Insofern liegen hier keine widersprüchlichen Angaben vor."

9.3 LEGUAN unterstellt schlicht, dass bei Eingriffen in Lebensräume Ausweichmöglichkeiten. Die kann weder so ohne Weiteres unterstellt werden noch reicht es aus, um den artenschutzrechtlichen Anforderungen Genüge zu tun.

9.4 Überraschend und im rechtswissenschaftlich Schrifttum nicht Verankert ist der Begriff der "essentiellen" Lebensstätten oder "essentiellen" Jagdhabitats. Eine solche Reduzierung des Lebensraumschutzes ist rechtlich abzulehnen.

9.5 Soweit die Planung nicht zu zwingenden Vorgaben weiter schreitet (was für beide B-Pläne der Fall ist, wie sich aus den jeweiligen textlichen Festsetzungen ergibt), ist dies unzureichend.

Es reicht eben nicht, wenn es im biologischen Fachbeitrag (LEGUAN, B-Plan 30, Seite 24 unten, ebenso B-Plan 27), "die Planung solte (Hervorhebung: Unterzeichner) sicher stellen ...". Die entsprechenden Anforderungen sind sicher zu stellen.

9.6 Hier hat die Planung mindestens nachzuarbeiten, wobei sich im Übrigen gerade hinsichtlich der präsentierten Daten zu den Fledermäusen ergibt, dass die Plangebiete 27 und 30 zusammen gefasst betrachtet werden müssen. Eine konkretisierte Betrachtung wie typischerweise nach dem Artenschutz- bzw Fledermausvermerk des LBV-SH in der Straßenplanung wäre geboten; mangels Anstosfunktion der Pläne ist hier zunächst nicht mehr vorzutragen.

Essenzielle¹, i. S. von lebensnotwendigen Habitaten (siehe auch bei LBV-SH 2009 u. LBV-SH 2011) - hier für Fledermäuse - wie Fortpflanzungs- und Ruhestätten oder auch essenzielle Jagdgebiete sind durch den Eingriff nicht betroffen (s. Gutachten leguan gmbh zu B-Plan Nr. 27, Pkt. 5.2.4 bzw. zu B-Plan Nr. 30, Pkt. 5.2.4).

Bezüglich der Ausweichmöglichkeiten ist weiter anzumerken, dass zur Vermeidung von Tötungen und Verletzungen i. S. des § 44 (1) 1 BNatSchG bei einer nicht pauschal auszuschließenden Nutzung einzelner Bäume als temporäres Tagesversteck für Fledermäuse eine entsprechende Bauzeitenregelung anberaumt wurde.

Laut LBV-SH (2011, 40) gilt: „Der Verlust von einzelnen Balzquartieren oder Tagesverstecken löst im Regelfall kein Zugriffsverbot aus, da die benötigten Habitatstrukturen meistens im räumlichen Zusammenhang zur Verfügung stehen. In besonders gehölzreichen Gebieten löst der Verlust weniger Bäume aufgrund des Überangebots an geeigneten Tagesquartieren keine Einschränkung der Funktionsfähigkeit der Fortpflanzungs- und Ruhestätten aus. Zum Nachweis dieser Annahme im konkreten Fall reicht in der Regel eine gutachterliche Einschätzung des Angebots an Tagesverstecken und Balzquartieren aus.“

Diese Einschätzung wurde gutachterlich getroffen.

Zum Gutachten der leguan gmbh zu B-Plan Nr. 27 und Nr. 30: Auch hier wird richtigerweise herausgestellt, dass essenzielle Jagdhabitats nicht verloren gehen. Es wird ein Teil des Grünlandes, das als fakultatives Jagdhabitat genutzt wird, bebaut. Es bleiben jedoch genügend andere Habitats erhalten.

¹ Der Begriff „essenziell“ ist im naturwissenschaftlichen Kontext, einschließlich der landesweiten Nomenklatur in Schleswig-Holstein bzgl. seiner Anwendung bei artenschutzrechtlichen Fragestellungen durchaus gebräuchlich (s. http://www.schleswig-holstein.de/LBVSH/DE/Umwelt/artenschutz/download_artenschutz/1_Artenschutz_LBV__blob=publicationFile.pdf), auch wenn möglicherweise die Verankerung im rechtswissenschaftlichen Schrifttum noch keinen Niederschlag gefunden hat. Es handelt sich hier um einen fachlichen Terminus, der in Fachkreisen im Zusammenhang mit der Bedeutung von Lebensräumen bzw. Teil Lebensräumen benutzt wird, um die Bedeutung dieser Lebensstätten qualifizieren zu können

Bebauungsplan Nr. 27 der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

	<p>Bei den betrachteten B-Plangebieten handelt es sich um 2 verschiedene Gebiete. Diese sind räumlich assoziiert, sind jedoch formell getrennt. Insofern ist eine gemeinsame zusammenfassende Betrachtung nicht angezeigt, denn die beiden B-Pläne haben unterschiedliche Planungen zum Inhalt (WA - SO).</p> <p>Die UVP-Pflicht ist ausschließlich im Hinblick auf den großflächigen Einzelhandel zu beurteilen. Dafür ist sie nicht erforderlich (siehe Anmerkung zum Punkt 3.1).</p>
<p>9.7 Bei insgesamt integrierter Betrachtung ist der Einwender im Übrigen der Auffassung, dass die UVP-Pflicht, anders als von der Planung unterstellt, bspw Ziffer 24 Begründung B-Plan 27, eben nicht zu verneinen ist.</p>	<p>Änderungen im B-Plan Nr. 27 ergeben sich durch diese Stellungnahme nicht.</p>
<p>10. Ergebnis Die Planung ist insgesamt abzulehnen. Mindestens ist sie in integrierter Form unter Einschluss einer vollständigen Umweltverträglichkeitsprüfung neu zu erarbeiten. Der Verstoß gegen Raumordnungsrecht wird sich so allerdings nicht vermeiden lassen, so dass die Planung aufzugeben ist.</p> <p>Enrico Schiller, Grothar 10, vertreten durch den Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Mecklenburg Vorbemerkung Die Planungen für die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie für den Bebauungsplan 27 einerseits und für die 21. Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes 30 werden jeweils im Parallelverfahren betrieben.</p> <p>Weiter bestellt ein Sachzusammenhang zwischen den beiden F-Planänderungen sowie den beiden Bebauungsplänen. Wie sich aus den jeweiligen Begründungen ergibt, wurden im 19. und 21. Änderung des Flächennutzungsplanes zunächst gemeinsam betrieben und erst nach einem längeren Verlauf getrennt; entsprechendes ergibt sich für die Bebauungspläne 27 und 30.</p> <p>Hintergrund ist, dass für die Stadt Uetersen sowie die Gemeinden Tornesch, Moorrege und Heidgraben ein gemeinsamer Flächennutzungsplan (§ 204 Abs 1 BauGB, früher: § 3 Abs 1 (Satz 3) BBauG) besteht,</p>	<p>Die Stellungnahme von Herrn Enrico Schiller entspricht in weiten Teilen der des Herrn Udo-Hinrich Eggers. Abwägungsvorschläge werden deshalb nur insoweit dargelegt, wie die Stellungnahme von Herrn Schiller sich von der des Herrn Eggers unterscheidet. Im Übrigen erfolgt ein Hinweis auf die gleichlautenden Teile der Stellungnahmen.</p> <p>Dies gilt auch bereits für die Vorbemerkung.</p>

<p>Anlage 01: Vereinbarung über den gemeinsamen Flächennutzungsplan für die Stadt Uetersen sowie die Gemeinden Tornesch, Moorrege und Heidgraben vom 21. Im Dezember 1984.</p> <p>Ein solcher gemeinsamer Flächennutzungsplan kann von den beteiligten Gemeinden nur gemeinsam geändert werden, es sei denn es ist für bestimmte Fallkonstellationen Abweichendes vereinbart. Einschlägig ist vorliegend insoweit § 1 Ziffer 2.1 der Vereinbarung, wonach besondere Sonderbauflächen mit mehr als 5 ha Größe ausdrücklich nur gemeinsam ausgewiesen werden dürfen.</p> <p>Die Planung in der ursprünglichen Gestalt entsprechend den ersten Aufstellungsbeschlüssen aus dem Jahre 2009 für die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes und den Bebauungsplan 27 betraf eine solche Fläche von mehr als 5 ha. Im weiteren Verfahren stellte sich dann heraus, dass die Stadt Uetersen der angestrebten Planung nicht zustimmen würde. Daraufhin wurden die Aufstellungsbeschlüsse geändert und die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes in die 19. und 21. Änderung aufgespalten und der Bebauungsplan 27 aufgespalten in die Bebauungspläne 27 und 30.</p> <p>Der Einwander rügt dies bereits vorab als verfahrensfehlerhaft und rechtsmissbräuchlich. Er ist der Auffassung, dass hiermit lediglich das Zustimmungserfordernis insbesondere der Stadt Uetersen umgangen werden soll.</p> <p>Wenn es auf Seite 1 der Begründung der 19. Änderung des Flächennutzungsplanes hierzu heißt:</p> <p>"Die ursprünglich beabsichtigte Zusammenfassung von Sondergebiet Einzelhandel und Wohngebiet wird nicht weiter verfolgt. Beide Gebiete haben städtebaulich klar getrennte Funktionen und stellen andere planungsrechtliche Anforderungen. Die Trennung ist daher aus stadtplanerischer Sicht sachgerecht."</p> <p>so ist dies eine Scheinargumentation, insbesondere im Hinblick darauf, dass die genannte Begründung den Dissens zwischen der Stadt Uetersen und der Gemeinde Moorrege überhaupt nicht erwähnt. (Siehe hierzu auch die nach-</p>	
--	--

<p>folgendes Ausführung auf Ziffer 5.6.)</p> <p>Nach Auffassung des Einwenders gehören die Planungen zusammen, was nicht zuletzt dadurch bestätigt wird, dass für alle vier Planungen (19. und 21. Änderung des Flächennutzungsplanes, Bebauungspläne 27 und 30) auf der website des Amtes Moorrege nur eine gemeinsame Bekanntmachung erfolgt.</p> <p>Anlage 02: Bekanntmachungstext 19. und 21. Änderung des Flächen-nutzungsplanes, Bebauungspläne 27 und 30.</p> <p>Der Einwender sieht deshalb alle diese Planungen im Zusammenhang und wird deshalb nachfolgend in <u>einem</u> kohärenten Text vortragen. Im Hinblick auf die strengen formellen Anforderungen bei Verfahrensschritten, die, wie hier, mit materieller Präklusion bewehrt sind, <u>wird die Stellungnahme jedoch insge-samt vierfach, mit jeweils verschiedenem Rubrum, eingereicht.</u></p>	
<p>2 Betroffenheit</p> <p>2.1 Der Einwender ist Eigentümer eines Wohngrundstücks an der Straße Grothar 10, in unmittelbar Nachbarschaft zum Plangebiet der F-Planänderungen 21 / des Bebauungsplans 30. Das Grundstück liegt in etwa gegenüber dem Anschluss des Siedlerwegs.</p>	
<p>2.1.1 Er macht geltend, dass die Planung insbesondere zu einer Erhö-hung des Verkehrsaufkommens auf der Straße am Grothar führen wird.</p>	<p>Vom Büro Gertz Gutsche Rümenapp wurde dazu ausgeführt: "Es ist zutreffend, dass insbesondere das neue Wohngebiet zu Neuverkehren in der Straße Grothar führen wird. Wie in der Verkehrsuntersuchung dargelegt, wird durch die Gemeinde die Anordnung einer Tempo-30 Zone beantragt werden. Hierdurch werden Teile des bisher erheblichen Durchgangsverkehrs von der Straße Grothar verdrängt, so dass sich insgesamt keine höhere Verkehrsbelastung ergibt."</p>
<p>2.1.2 Da es hierbei nicht nur um Pkw-Verkehr, sondern auch um</p>	<p>"Bei den Neuverkehren von/zum neuen Wohngebiet handelt es sich</p>

Bebauungsplan Nr. 27 der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

<p>Schwerlastverkehr (auch im Zusammenhang mit der Planung des neuen Lebensmittelmarktes) geht, ist er nicht nur von Lärmsteigerungen, sondern auch von erhöhten und vermehrten Erschütterungen betroffen.</p>	<p>nur in sehr geringem Maße um Schwerlastverkehre (ca. zusätzliche 12 Lkw-Fahrten pro Werktag), der sich zudem noch auf die beiden Teilläste der Straße Grothar (westlich bzw. östlich der Einmündung des neuen Wohngebiets) aufteilt.</p> <p>Auch im Zusammenhang mit dem geplanten Lebensmittelmarkt ist nur von einer sehr geringen Zunahme des Lkw-Verkehrs in der Straße Grothar auszugehen. Dies gilt insbesondere, da von der Wedeler Chaussee in Richtung Pinneberger Chaussee ein Durchfahrtsverbot für Kraftfahrzeuge über 3,5 t zul. GG (Zeichen 253) angeordnet ist."</p>
<p>2.1.3 Von besonderer Bedeutung ist hier, dass die Planung die Einrichtung einer Tempo-30-Zone für die Straße Grothar zur Bewältigung der Lärmproblematik für erforderlich hält, eine solche Festlegung im Planaufstellungsverfahren ersichtlich nicht vorgesehen ist (Einzelheiten unten).</p>	<p>"Nach der VwV-StVO zu §45 zu Abs. 1 bis 1e XI. Abs. 6 ist die Anordnung von Tempo 30-Zonen auf Antrag der Gemeinde vorzunehmen, wenn die Voraussetzungen und Merkmale der StVO und der VwV-StVO vorliegen oder mit der Anordnung geschaffen werden können. Dieses ist aus Sicht der Gemeinde der Fall und die Gemeinde wird bei der Straßenverkehrsbehörde einen entsprechenden Antrag stellen."</p>
<p>2.1.4 Er macht eine Wertminderung seiner Immobilie geltend und rügt, dass die privaten Planungsgewinne nicht ins Verhältnis zu diesen Wertverlusten gesetzt werden.</p>	<p>Nach den obigen Ausführungen ist mit einer Wertminderung der Immobilie Herrn Schillers nicht zu rechnen.</p>
<p>2.1.5 Der geplante Lebensmittelmarkt wird für ihn nur auf Umwegen (insbesondere über die B431) erreichbar sein und nicht direkt (auch nicht per Fahrrad oder fußläufig) über das Plangebiet des B-Plans 30.</p>	<p>Eine fußläufige Verbindung ist vorgesehen (siehe Kap. 6 der Begründung)</p>
<p>2.2 Dies greift unmittelbar in die rechtlich geschützte Sphäre des Einwenders ein mit der Folge, dass ein etwaiger späterer Normenkontrollantrag jedenfalls zulässig wäre.</p>	
<p>2.2.1 Die Zulässigkeit eines etwaigen späteren Normenkontrollantrags ergibt sich auch daraus, dass der Einwender als Mitglied der betroffenen Öffentlichkeit im Sinne des Artikels 11 UVP-Richtlinie (2001/92) anzusehen ist.</p>	

<p>2.2.2 Unter beiden Zulässigkeitsgesichtspunkten ergibt sich eine umfassende Rügebefugnis des Einwenders in einem etwaigen späteren Normenkontrollverfahren.</p>	
<p>2.3 Für diese objektive Rechtskontrolle ist ein führendes Thema der Eingriff in die Einzelhandelsstruktur in Moorrege. Es ist davon auszugehen, dass die Bäckerei Topkauf Eggers die Errichtung des neuen Lebensmittelmarktes nicht überstehen wird. Die Planung greift tief in die Einzelhandelsstruktur Moorrees ein.</p>	<p>Die Argumentation entspricht der in der Stellungnahme von Herrn Udo-Hinrich Eggers. Dies ist kein Belang, der Herrn Schiller direkt betrifft.</p>
<p>2.3.1 Das genannte Geschäft befindet sich in etwa 1,3 km Entfernung von dem geplanten Standort des Sondergebiets (Straßenroute, laut google maps). Es verfügt auf dem Grundstück über 16 Stellplätze, einige weitere Stellplätze befinden sich auf den Straßen der Umgebung. Der Betrieb beschäftigt 34 Mitarbeiter, hiervon 5 Auszubildende und 4 Aushilfen.</p>	<p>Siehe vor.</p>
<p>2.3.2 Demgegenüber soll im Plangebiet des Bebauungsplans 27 ein Lebensmittelmarkt (Vollsortimenter) mit einer Verkaufsfläche von maximal 1.200 m² zusätzlich einer Bäckerei und einer Apotheke vorgesehen werden. Umfangreiche Parkmöglichkeiten sind vorgesehen. Die Schalltechnische Untersuchung, dort Kapitel 4.1, spricht von 112 Stellplätzen auf dem Gelände des neuen Lebensmittelmarkts. Derzeit befinden sich in Moorrege <u>insgesamt</u> etwa 1.800 m² Verkaufsfläche, von denen etwa 300 in² dem Einwender zuzurechnen sind, Anlage 03: BulwienGesa AG, Wirkungsanalyse für einen Vollsortimenter in 25436 Moorrege, 18. April 2011, dort: Seite 7.</p>	<p>Siehe vor.</p>

Bebauungsplan Nr. 27 der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

<p>2.3.3 Der Markteintritt des Planvorhabens im Bebauungsplan 27 wird zu erheblichen Verlagerung der Kaufkraftströme führen, insbesondere 3.5.1 und 3.5.2 der Anlage 03.</p> <p>2.3.4 Dies hat erhebliche verkehrliche Auswirkungen, wobei ohnehin die Ansiedlung des Lebensmittelmarktes (effektiv an Stelle von Topkauf Eggers) ohnehin zu einer zu rügenden Steigerung des Verkehrsaufkommens führen wird.</p>	<p>Siehe Anmerkungen zu den Punkten 2.1.1 und 2.1.2.</p>
<p>3. Zum Verfahren</p> <p>3.1 Soweit die Planung eine UVP-Pflicht verneint, wird dies bereits jetzt als rechtsfehlerhaft angegriffen. Jedenfalls hätte die Frage der UVP-Pflicht übergreifend für beide Änderungen des Flächennutzungsplanes und für beide Bebauungspläne im Zusammenhang geprüft werden müssen.</p>	<p>Im Folgenden ist die Argumentation identisch mit der von Herrn Udo-Hinrich Eggers. Um Wiederholungen zu vermeiden, wird auf die zur vorgenannten Stellungnahme dargestellten Abwägungsvorschläge verwiesen.</p>
<p>3.2 Die gemeinsame Bekanntmachung für alle vier Verfahren enthält keinen Hinweis darauf, wo die Einwendungen einzureichen sind.</p>	
<p>3.3 Auch der Planung ist bewusst, dass konkrete Fragen der Beeinflussung der Einzelhandelsituation jedenfalls in den Gemeinden Uetersen und Moorrege von erheblicher Bedeutung für die spätere Abwägung sind. Gleichwohl sind die beiden im Text genannten Einzelhandelsuntersuchungen (2008 für Uetersen, 2011 für Moorrege) nicht mit ausgelegt worden. Dies wird als erheblicher Verfahrensfehler gerügt.</p>	
<p>3.4 Schließlich ergibt sich aus der Vorlage Nr 285/2009/MO/BV des Amtes (für die Gemeinde Moorrege) vom 20.11.2009, dort: Seite 2, dass für beide Bauleitplanungen ein Investor bereit steht und die Planung auf die Anforderungen dieses Investors zugeschnitten ist. Die Planunterlagen enthalten insoweit im Übrigen Hinweise auf Kostenvereinbarungen. Ein Vertragsschluss ist freilich bisher nicht erfolgt (eMail-Auskunft des Amtes vom 28. November 2012).</p> <p>Der Einwender hält den Verzicht auf einen vorhabensbezogenen Bebauungsplan (§ 12 BauGB - der eine größere Regelungsdichte und erhöhte Publizität aufweisen würde) für rechtsmissbräuchlich.</p>	

<p>Ganz allgemein wären in der Auslegung etwaige zu schließende oder in Vorbereitung befindliche städtebauliche Verträge (§ 11 BauGB) in die Auslegung mit einzubeziehen gewesen, da nicht auszuschließen ist, vielmehr nach der zuvor genähten Beschlussvorlage als praktisch sicher unterstellt werden kann, dass diese die Planung und auch die Abwägung vorsteuern.</p>	
<p>4. Auswirkungen auf die Handelssituation 4.1 Die Planung, 19. Änderung des Flächennutzungsplanes, Seite 2, betrachtet im Wesentlichen zwei Perspektiven: einmal die Auswirkungen auf Uetersen, einmal auf Moorrege selber. Der Einwender macht geltend, dass die angestellten Betrachtungen in wesentlichen Punkten fehlerhaft sind.</p>	
<p>4.2 Die Begründung zur 19. Änderung des Flächennutzungsplanes hält auf Seite 2f aus der "Perspektive Uetersen" fest: "Für den Lebensmittel-Vollversorger ist eine Verkaufsfläche von max. 1.200 m² zuzüglich Bäckerei und Apotheke vorgesehen. Die Landesplanungsbehörde hat in ihrem Schreiben vom 7.10.2011 zur Festsetzung eines Sondergebietes für die Ansiedlung eines Verbrauchermarktes eine positive Stellungnahme in Aussicht gestellt. Ein: gesondertes raumordnerisches Abstimmungsforum mit der Stadt Uetersen wird erst bei der Ansiedlung eines Lebensmittelversorger mit einer Verkaufsfläche von mehr als 1.200 m² als zwingend erforderlich angesehen. Unabhängig davon verweist die Landesplanungsbehörde darauf, dass angesichts des gemeinsamen Flächennutzungsplanes eine gemeinsame Vorgehensweise notwendig ist. Dies wird von der Gemeinde Moorrege grundsätzlich genauso gesehen. In mehreren Abstimmungsgesprächen konnte aber keine gemeinsame Linie gefunden werden. Die Gemeinde Moorrege stützt sich deshalb in ihrer Planung auf das Einzelhandelsgutachten der Stadt Uetersen (BulwienGesa AG, 8.12.2008), in dem ein Verbrauchermarkt in Moorrege mit einer Verkaufsfläche von 1.200 m² der Bewertung der Einzelhandelsituation der Stadt Uetersen und den daraus resultierenden Entwicklungsvorschlägen zugrundegelegt wurde (Kap. 3.6). Dass zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Gutachtens der Markt an der L 106 geplant war, und nicht an der B 431, war für die Beurteilung der Einzelhandelsituation der Stadt Uetersen nicht relevant. Das Einzelhandelskonzept wurde von der Ratsversammlung Uetersen am 9.10.2009 als Arbeitsgrundlage für die zukünftige Stadtentwicklung beschlossen." Die planende Gemeinde (Moorrege) versucht ersichtlich, das fehlende Einverständnis der Stadt Uetersen durch die Feststellung zu ersetzen, in</p>	

	<p>einem Einzelhandelsgutachten für die Stadt Uetersen werde auf die Ansiedlung eines Lebensmittelvollversorgers in Moorrege mit einer Verkaufsfläche von 1.200 m² abgehoben. Die fragliche Passage unter Ziffer 3.6 des Gutachtens von BulwienGesa 2008 lautet: "Gemäß Angaben der Amtsverwaltung besteht die Planung, einen weiteren Lebensmittelmarkt in Moorrege anzusiedeln. Projektiert ist ein Vollsortimenter mit ca. 1.200 qm Verkaufsfläche an der Pinneberger Chaussee. Eine Realisierung des Vorhabens wird ab Ende 2009 angestrebt." Dies gibt nicht nur für eine Abwägung der Belange in Moorrege nichts her.</p>
	<p>4.3 Die Begründung zur 19. Änderung des Flächennutzungsplanes hält auf Seite 3 weiter aus der "Perspektive Moorrege" fest: "Die Standort-, Markt- und Wirkungsanalyse für die Ansiedlung eines Vollsortimenters (Lebensmittel-Vollversorgers mit Getränkemarkt) in Moorrege (BulwienGesaAG, 18.4.2011) mit einer Verkaufsfläche von 1.500 m² zusätzlich Bäckerei und Apotheke hat ergeben, dass die Funktions- und Entwicklungsfähigkeit zentraler Versorgungsbereiche oder zentraler Orte durch das Projekt nicht gefährdet wird. Im Hinblick auf die Ablehnung der Stadt Uetersen im Rahmen der frühzeitigen Unterrichtung der Nachbarkommunen und der Anregung der Landesplanungsbehörde (Schreiben vom 7.10.2011), sich auf die im Einzelhandelsgutachten der Stadt Uetersen bereits berücksichtigte Verkaufsfläche von 1.200 m² für den Lebensmittel-Vollversorger zu einigen, wird diese Verkaufsflächenbegrenzung aufgenommen." Auch dies ist keine Bearbeitung Moorreger Belange, schon deshalb nicht, weil Moorrege (anders als Uetersen) eben gerade kein zentraler Ort im Sinne des Landesplanungsrechts ist. siehe Landesentwicklungsplan SH 2011, Anhang A2. Es geht hier wiederum nur um die Feststellung, dass Uetersen nicht gefährdet wird. Dies mag zwar ein Belang sein, den Moorrege berücksichtigen muss, die originären Belange betreffen jedoch Moorrege selber.</p>
	<p>4.4 Hierbei mag es sein, dass die Auswirkungen auf den Handelsstandort Uetersen nicht von überragender Bedeutung sind, nicht jedenfalls wenn man die Zahlen von BulwienGesa 2011 (dort: Seite 16) zu Grunde legt, wonach Uetersen von einem Gesamtumsatz von etwa 54,8 Millionen Euro pro Jahr für periodischen Bedarf bei Durchführung der Planung etwa 2,6 Millionen Euro an Moorrege abtreten müsste.</p>

	<p>4.5 Was Moorrege selber angeht stellen sich die Auswirkungen der Planung jedoch wie folgt dar (BulwienGesa 2011, Seite 17f: "Zur Beurteilung der Verträglichkeit der Projektwirkungen sind allerdings nicht die absoluten Umverteilungsumsätze, sondern die Umverteilungsquoten entscheidend. Sie sind in der Tabelle "Marktverteilung — Prognose" in der rechten Spalte für alle betroffenen Lagebereiche als v.H. des Ausgangsumsatzes ausgewiesen. Die höchsten Werte treten hierbei im Moorrege (. - 11,5%) und im benachbarten Heist (. - 17,1%) auf. Sie dürften knapp 10% (Lidl) über 17% (Netto) bis um 20% (Topkauf) ihrer Ausgangsumsätze an das Planvorhaben abtreten. Der Kleinhandel wäre mit Quoten um circa 10 % betroffen (Getränkemarkt, Backhandwerk); Apotheken sind im Einzugsgebiet nicht am Markt. Diese Größenordnungen sind teilweise empfindlich, jedoch tolerierbar. Mit Ausnahme einer möglichen Angebotsbeschränkung bei Topkauf (der Schwerpunkt der unternehmerischen Tätigkeit liegt dort allerdings im Bäckerei/ Konditoreigeschäft) sind allerdings aus Gutachtersicht keine projektbedingten Ausdünnungen Des Versorgungsnetzes zu erwarten und selbst in diesem Worst case wären sie hinnehmbar, weil Moorrege das Vorhaben selbst an die Stelle des bisherigen Lebensmittelgeschäftes treten würde. Da sich beide fußläufigen Nahbereiche jedoch nur geringfügig überschneiden, wird dem Topkauf-Standort gutachterlich jedoch eine reale Chance des wirtschaftlichen Weiterbetriebs eingeräumt."</p>
	<p>4.6 Damit liegt der Planung eine Gutachtenlage zu Grunde, die die Perspektive der Gesamtversorgung in der Region in den Vordergrund stellt, die Belange der Gemeinde Moorrege nach hinten rückt und schließlisch die betroffenen privaten Belange ganz unten einstellt. Was nämlich den Betrieb des Einwenders, Topkauf, angeht, so werden jedenfalls Umsatzrückgänge von 20 % vorhergesagt, wie sie jedoch als "empfindlich, jedoch tolerierbar" charakterisiert.</p>
	<p>4.7 Zwar gibt das Gutachten zu, dass der Topkauf-Standort mit hoher Wahrscheinlichkeit durch das Vorhaben abgängig gemacht wird, blendet die realen Folgen jedoch durch die rein spekulative Anmerkung aus, dem Standort würde aufgrund der relativen hohen fußläufigen Entfernung zum neuen Standort eine "reale Überlebenschance" eingeräumt.</p>
	<p>4.8 Dies kann nicht unwidersprochen so hingenommen werden, denn der neue Standort wird, wie heute üblich, mit einem großzügigen Kontingent an Kfz-Stellplätzen ausgestattet, das Altstandorte traditionell</p>

Bebauungsplan Nr. 27 der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

<p>nicht vorweisen können. Wie oben dargelegt, verfügt Topkauf Eggers über 16, der geplante Lebensmittelmarkt über 112 Stellplätze, jeweils auf dem Grundstück. Es ist durch die Lage des neuen Standortes an der Wedeler Chaussee (B 431) davon auszugehen, dass bspw gerade der Quell- und Zielverkehr (Moorrege hat eine hohe Pendlerquote) sozusagen am neuen Standort "aussteigen" wird, um die dort günstige Parksituation auszunutzen. (Siehe auch eine entsprechende Bemerkung auf Seite 15 der Verkehrsuntersuchung.) Der Einwander bezweifelt deshalb, dass die im Gutachten von BulwienGesa genannten 20% Umsatzeinbuße wirklich die Realität wider spiegeln; (deutlich) höhere Einbußen sind zu befürchten.</p>	
<p>4.9 Da die Planung zudem, wie nachfolgend skizziert wird, (auch sonst) in sich unschlüssig ist und eine gerechte Abwägung der öffentlichen und privaten Belange nicht zulässt, kann es nicht angehen, einen Betroffenen privaten Betriebs der realen Gefahr des Unterganges zu Gunsten eines neuen privaten Betreibers auszusetzen. Insofern bestätigen sich die gesetzlichen Wertungen des § 11 Abs 3 BauNVO, die bei derartigen Einrichtungen mit einer Geschossfläche von 1.200 m2 und mehr regelmäßig von erheblichen Auswirkungen auf die infrastrukturelle Ausstattung und die Entwicklung von Versorgungsbereichen usw. ausgehen.</p>	
<p>5. Fehlende Erforderlichkeit 5.1 Aus dem vorangehenden folgt auch, dass der Planung der Gemeinde Moorrege die Erforderlichkeit abgeht.</p>	
<p>5.2 Die Planung prüft ersichtlich rein negativ, ob Belange Uetersens und/ oder übergemeindliche Belange berührt sind.</p>	
<p>5.3 Dies sind Abwägungsgesichtspunkte, aber keine legitimen Ziele der gemeindlichen Planung.</p>	
<p>5.4 Auch ganz praktisch fehlt der Planung die Erforderlichkeit. Unstrittig soll Kaufkraft insbesondere aus dem benachbarten Zentrum Uetersen</p>	

<p>abgezogen werden. Für die Versorgung Moorreges ist die Einrichtung aber gerade nicht erforderlich.</p> <p>5.5 Schließlich kann auch die fehlende Zustimmung Uetersens zu den Planungen der fehlenden Erforderlichkeit zugeordnet werden, da sie die Planung aufgrund einer Vertragsverletzung undurchführbar macht. Die Planung legt überhaupt nicht dar, warum das ursprüngliche Plangebiet aufgespalten wurde. Dass planerisch eine Einkaufseinrichtung für den täglichen Bedarf einerseits und eine Wohngebietsfläche nicht zusammen gehören, ist nach keinem vernünftigen Standpunkt verständlich. Es bleibt dabei, dass kein Grund für die Aufspaltung ersichtlich ist, außer die genannte 5ha-Genze zu unterschreiben, insoweit ist die Planung rechtsmissbräuchlich.</p>	
<p>5.6 Umgekehrt ist es so, dass die Beschlussvorlage Nr 435/2012/MO/BV des Amtes für die Gemeinde Moorrege vom 16. Februar 2012, Seite 1f, ganz klar ausweist, dass die Aufspaltung "zur Realisierung des Projekts trotz Widerstands Uetersens" vorgeschlagen wurde; die dort zu findenden Ausführungen lauten:</p> <p>"Die Gemeinde Moorrege hat keinen eigenen, sondern einen gemeinsamen Flächennutzungsplan mit den Städten Tornesch und Uetersen sowie der Gemeinde Heidgraben. Die Vereinbarung zu diesem gemeinsamen Flächennutzungsplan sieht vor, dass bei Flächennutzungsplanänderungen, die ein Gebiet mit mehr als 5ha Fläche beinhalten, die so genannte Gemeinsamkeit betroffen ist und alle Vertragspartner dann durch gleichlautende Beschlussfassungen der Flächennutzungsplanänderung zustimmen müssen.</p> <p>Das Plangebiet der bisherigen 19. Änderung des Flächennutzungsplanes (mit Vollsortimenter und Wohnbaugebiet) ist größer als 5ha, wodurch demzufolge gleichlautende Beschlussfassungen notwendig geworden sind. Tornesch und Heidgraben haben diese Beschlüsse gefasst. Die Stadt Uetersen jedoch hat bekanntermaßen keinen gleich lautenden Beschluss gefasst, weil man sich gegen die Pläne der Gemeinde Moorrege zur Schaffung eines Vollsortimenters an der B431 ausgesprochen hat.</p> <p>Lediglich 850 m² Verkaufsfläche, was einem kleinen Discounter entspricht, wollte man zugestehen. Die Landesplanung hatte der Gemeinde bereits die Zustimmung zu einem Vollsortimenter bis zu einer Größe von 1.200 m² in Aussicht gestellt. (Hinweis des Unterzeichners: Aber nur unter dem Vorbehalt der Zustimmung Uetersens!)</p> <p>Aufgrund der ablehnenden Haltung der Stadt Uetersen wurde nun nach alternativen</p>	

Bebauungsplan Nr. 27 der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

<p>Möglichkeiten zur Realisierung des Projektes gesucht. Die einfachste Möglichkeit ist aus Sicht der Verwaltung die Aufteilung des Gesamtprojektes Schafswiede auf 2 Flächennutzungsplanänderungen, weil dann beide Einzeländerungen jeweils weniger als 5ha Fläche beinhalten und somit keine gleichlautenden Beschlüsse zum gemeinsamen Flächennutzungsplan mehr notwendig sind. Die Verfahren wurden damals trotz der unterschiedlichen Nutzungen von Einzelhandel und Wohnbaugelände in einem Bauleitplan zusammen gelegt, weil es einfacher war und die Gemeinde hinsichtlich der Realisierung immer einen Gesamtzusammenhang gesehen hat. Dieser existiert auch weiterhin, jedoch ist es rein planungsrechtlich sogar sinnvoll, Einzelhandel und ein Wohnbaugelände in 2 parallel verlaufenden Planverfahren durchzuführen. Hierfür spricht auch die Tatsache, dass Uetersen mit den Gründen zur Versagung eines Vollsortimenters gleichzeitig die Neuausweisung von Wohnbauflächen am Grothar verhindert."</p>	
<p>5.7 Ist dies als solches schon klar genug, so ist in rechtlicher Hinsicht noch anzumerken, dass im Regelungsbereich des § 204 BauGB bei Vorliegen eines gemeinsamen Flächennutzungsplanes die Abweichungsregelung vom Zustimmungserfordernis Ausnahmecharakter hat und deshalb eng auszulegen ist. Der hier zitierte Vorschlag der Verwaltung (der zudem unterschlügt, dass die Landesplanung die Zustimmung Uetersens vorausgesetzt hatte) passt hierzu nicht.</p>	
<p>6. Raumordnerische Belange 6.1 Zugrunde zu legen ist eine großflächige Einzelhandelseinrichtung, da eine Verkaufsfläche von 800 m² überschritten wird, Fickert/ Fieseler, BauNVO-Kommentar (1. Auflage), § 11 Rn 333, mit Hinweisen zur Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts.</p>	
<p>6.2 Solche Einrichtungen sind nur in Zentralen Orten gemäß 2.2 des Landesentwicklungsplans vorzusehen, Landesentwicklungsplan 2.8, Ziel 3Z.</p>	
<p>6.3 Insofern wäre die Durchführung eines Zielabweichungsverfahrens geboten gewesen, § 4 Abs 3 LPlanG. Auf Anfrage des Unterzeichners hat das Amt Moorrege jedoch mit Datum vom 31. Oktober 2012 mitgeteilt, ein solches werde nicht für erforderlich gehalten und auch nicht durchgeführt. Der Einwender meint demgegenüber, dass die Planung nicht durch-</p>	

<p>geführt werden kann, da sie den Zielen der Raumordnung widerspricht.</p> <p>6.4 Soweit die Landesplanung eine positive Stellungnahme für eine Verkaufsfläche von bis zu 1.200 m² in Aussicht gestellt haben soll, wäre dies jedenfalls unbeachtlich. Den gegenteiligen Ausführungen auf Ziffer 4.1.1 der Begründung zum B-Plan 27 wird widersprochen.</p> <p>Zum einen widerspräche dies Raumordnungsrecht und den festgelegten Zielen der Landesplanung. Zum anderen wird die Obergrenze von 1.200 m² vorliegend auch gar nicht eingehalten, da die integrierte Bäckerei und Apotheke nicht mit eingerechnet werden.</p> <p>Dies bleibt freilich unklar, da sich die Planung auf die Festlegung einer Verkehrsflächenzahl VKZ von 0,1401 beruft.</p> <p>Eine Anwendung dieser Zahl zeigt allerdings, dass die Obergrenze von 1.200 m² auch bei streng formaler Rechnung nicht eingehalten wird, da das Plangebiet eine Fläche von 8569 in² hat und $8.569 \cdot 0,1401 = 1.200,5169$.</p> <p>Wenn auf Ziffer 4.1.1 Begründung B-Plan 27 dann auch noch die private Verkehrsfläche nicht einbezogen werden soll, wird dem widersprochen.</p> <p>Die VKZ müsste selbst bei einer Einhaltung von 1.200 m² niedriger als 0,1401 gesetzt werden.</p>	
<p>6.5 Nach alledem dürfen weder die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes noch der Bebauungsplan 27 beschlossen werden, da ein Verstoß gegen die Ziele der Raumordnung vorliegt, vgl § 1 Abs 4 BauGB.</p>	
<p>6.6 Dies ist auf die benachbarten Pläne (21. Änderung des Flächen-nutzungsplanes und Bebauungsplan 30) mit zu übertragen da alle diese Pläne in Zusammenhang stehen.</p>	
<p>6.7 Ersichtlich sieht die Planung den Ausschluss von Getränkemärkte und Flächenbeschränkungen für die Bäckerei und die Apotheke nicht vor.</p> <p>Dies ist jedoch von der Landesplanung gefordert worden, Schreiben der Landesplanung vom 25. Juni 2012 an Möller-Plan und das Amt Moorrege, IV 231-603.111, Seite 3.</p> <p>Auch insoweit kann der Satzungsbeschluss jedenfalls derzeit</p>	

nicht gefasst werden. Die Planung ist zu überarbeiten.	
<p>7. Zusammenhang der Planungen</p> <p>7.1 Der Einwender meint, dass die beiden Planungen (B-Pläne 27 und 30 sowie zugehörige F-Planänderungen) gefasst werden müssen, um dem Gebot der umfassenden Konfliktbewältigung gewollt zu werden.</p> <p>7.2 Naturräumlich und was Wasser- und Bodenverhältnisse angeht, gehören die Flächen ohnehin zusammen. Auch naturschutzfachlich ist anzumerken, dass die angetroffenen Vogel- und Fledermausarten auf eine Einheitlichkeit der Standorte hindeuten und die Betroffenheiten eben nicht in getrennten Untersuchungen hätten ermittelt werden dürfen.</p>	
<p>7.3 Erschließungstechnisch wird ersichtlich so verfahren, dass das Sondergebiet vom Wohngebiet nicht erreichbar sein soll; dies ist widersinnig, da es um die Versorgung von Endverbrauchern geht.</p>	
<p>7.4 Auch die Schalltechnische Untersuchungen hätten übergreifend in eine zusammen gefasst werden müssen.</p>	
<p>7.5 Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass die Bauleitplanungen auch wirtschaftlich eindeutig verknüpft sind. So heisst es in der Vorlage Nr 285/2009/MO/BV des Amtes (für die Gemeinde Moorrege) vom 20.11.2009, dort: Seite 2:</p> <p>Zwischenzeitlich hat ein neuer Investor (EMV Grundstücks GmbH & Co.KG, Elmshorn) sein Interesse an der Überplanung der vorgenannten Flächen bekundet und der Gemeinde den anliegenden Vorentwurf zukommen lassen. Der Vorentwurf sieht entgegen der bisherigen Planung für das Gebiet der "Schatfweide" von etwa 15.600 m² allgemeinem Wohngebiet im Süden sowie etwa 20.400 m² Mischgebiet (für tlw. Wohn- aber auch gewerblicher Nutzung) nunmehr ca. 27.000 m² Wohngebietsfläche Süden und -9.034 m² für ein Sondergebiet "Einzelhandel" vor und geht von 53 Wohngrundstücken aus.</p>	
<p>8. Unschlüssigkeit der Einzelplanungen</p> <p>8.1 Bebauungsplan 27</p> <p>8.1.1 Anzumerken ist hier vor allem die ungeklärte Erschließungssituation. Nach § 17b Abs 2 FStrG (die B431 ist eine Bundesfernstraße) ersetzen Bebauungspläne die Planfeststellung. Der Verweis der Planung auf ein</p>	

	<p>gesonderter Genehmigungsverfahren, zB Bauordnungsplan 27, Begründung, Ziffer 2 aE, ist irreführend. Es liegt ein Verstoß gegen den Grundsatz der umfassenden Konfliktbewältigung vor. Der Satzungsbeschluss kann die später zu erteilende Genehmigung (Planfeststellung) nicht einfach unterstellen. Das hier ernsthafte Probleme bestehen, zeigt schon die Verkehrsunter- suchung (dort insbesondere: Seite 24). Es gibt nur eine sehr einge- schränkte Leistungsfähigkeit der Zu/Abfahrt des neuen Lebensmittel- marktes. Darüber hinaus merkt das Verkehrsgutachten (dort: Seite 15) selber an, dass eine gesicherte Querungsstelle über die Wedeler Chaussee erforderlich ist. Eine solche ist jedoch nicht Bestandteil der Planung.</p>
	<p>8.1.2 Der Einwender wendet sich auch aus anderem Grund gegen die Abspaltung des Verfahrens Umbau der B431. Es handelt sich deutlich um eine Erschließungsfläche für die geplante Einkaufseinrichtung. Insofern müssten die Kosten auch dem Begünstigten der Erschließung auferlegt werden. Geschieht dies nicht (wie hier, wenn nach FStrG und nicht nach BauGB gebaut wird), könnte es sich um eine unzulässige Beihilfe (Artikel 107 AEUV) handeln; unabhängig davon ist die Vorgehens- weise im Hinblick auf die gebotene Sparsamkeit der öffentlichen Haus- haltungsführung unzulässig.</p>
	<p>8.1.3 Nur am Rande sei angemerkt, dass der Hinweis Bauordnungsplan 27, Begründung, Ziffer 2, die Verlegung der B431 in diesem Bereich sei nicht mehr Bestandteil des Bundesverkehrswegeplans, unverständlich ist. Maßgeblich ist zum Einen ohnehin nicht der Bundesverkehrswegeplan, sondern der Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen (§ 1 FStrAbG), und dieser enthält sehr wohl dortselbst nach wie vor eine Verlegung der B431, wenn auch im weiteren Bedarf und jedenfalls teilweise als Maßnahme mit besonderem naturschutzfachlichen Prüfauftrag.</p>
	<p>8.1.4 Schließlich sei noch einmal darauf hingewiesen, dass das Plan- gebiet des B-Plans 27 vom Wohngebiet (Plangebiet B-Plan 30) gar nicht</p>

	<p>unmittelbar erreichbar ist (siehe Planzeichnung B-Plan 30). Eine solche Planung macht für eine Einkaufseinrichtung des "periodischen Bedarfs" keinen Sinn.</p>
<p>8. Bebauungsplan 30 8.2.1 Verkehrstechnisch ist das Plangebiet nicht unmittelbar an das Gebiet des B-Plans 27 angebunden.</p>	
<p>8.2.2 Es ist darauf hinzuweisen, dass der B-Plan (Textteil) Festlegungen zum Schallschutz enthält; die zeigen, dass das Gelände nur bedingt zum Wohnen geeignet ist.</p>	
<p>8.2.3 Entsprechendes gilt auch für die Wasserverhältnisse (hoch ansteigendes Grundwasser). Hierbei sind Effekte des Klimawandels noch nicht berücksichtigt.</p>	
<p>8.2.4 Auch hier macht die Planung Voraussetzungen, die planungsrechtlich nicht abgesichert werden. Die Verkehrsuntersuchung zum B-Plan 30 (dort: Seite 7, Seite 150 unterstellt eine Verkehrsberuhigung auf Tempo 30 auf der Straße Grothar (Verbindung zwischen Wedeler und Pinneberger Chaussee). Eine planungsrechtliche Absicherung hierfür gibt es nicht, auch eine einschlägige Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde wurde in den ausgelegten Unterlagen nicht in Bezug genommen. Gleichwohl wird dies insbesondere er die Leistungsfähigkeitsuntersuchungen ausdrücklich unterstellt Verkehrsuntersuchung, Seite 16). Dies kann so nicht akzeptiert werden.</p>	
<p>8.2.5 Auch für den B-Plan 30 ist anzumerken, dass es zwar verkehrstechnisch einerseits sinnvoll ist, keinen direkten Verkehr zum neuen Lebensmittelmarkt zuzulassen, aber eine gewisse Verbindung bspw für Radfahrer und/ oder Fußgänger, wäre geboten, um die Planung nicht in sich widersinnig erscheinen zu lassen. Umgekehrt ist es so, dass die jetzt geplante Situation zu auch gefährlichen Umwegverkehren führt, bspw, wenn Kinder zum Einkaufen geschickt werden sollen.</p>	
<p>9. Naturschutz 9.1 Planungsraum zwei bzw drei (die Planung bleibt insoweit unklar bzw etwas widersprüchlich) Fledermausarten betroffen, siehe die jeweiligen</p>	

Bebauungsplan Nr. 27 der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

Gutachten der Firma LEGUAN),	
9.2 Den jeweiligen Konfliktbewertungen, LEGUAN B-Plan 27, Ziffer 5.2.4, LEGUAN B-Plan 30, Ziffer 5.2.4, wird widersprochen.	
9.3 LEGUAN unterstellt schlicht, dass bei Eingriffen in Lebensräume Ausweichmöglichkeiten. Die kann weder so ohne Weiteres unterstellt werden noch reicht es aus, um den artenschutzrechtlichen Anforderungen Genüge zu tun.	
9.4 Überraschend und im rechtswissenschaftlich Schrifttum nicht Verankert ist der Begriff der "essentiellen" Lebensstätten oder "essentiellen" Jagdhabitats. Eine solche Reduzierung des Lebensraumschutzes ist rechtlich abzulehnen.	
9.5 Soweit die Planung nicht zu zwingenden Vorgaben weiter schreitet (was für beide B-Pläne der Fall ist, wie sich aus den jeweiligen textlichen Festsetzungen ergibt), ist dies unzureichend. Es reicht eben nicht, wenn es im biologischen Fachbeitrag (LEGUAN, B-Plan 30, Seite 24 unten, ebenso B-Plan 27), "die Planung <u>sollte</u> (Hervorhebung; Unterzeichner) sicher stellen ...". Die entsprechenden Anforderungen sind sicher zustellen.	
9.6 Hier hat die Planung mindestens nachzuarbeiten, wobei sich im Übrigen gerade hinsichtlich der präsentierten Daten zu den Fledermäusen ergibt, dass die Plangebiete 27 und 30 zusammen gefasst betrachtet werden müssen. Eine konkretisierte Betrachtung wie typischerweise nach dem Artenschutz- bzw Fledermausvermerk des LBV-SH in der Straßenplanung wäre geboten; mangels Anstoßfunktion der Pläne ist hier zunächst nicht mehr vorzutragen.	
9.7 Bei insgesamt integrierter Betrachtung ist der Einwander im Übrigen der Auffassung, dass die UVP-Pflicht, anders als von der Planung unterstellt, bspw Ziffer 24 Begründung B-Plan 27, eben nicht zu verneinen ist.	

<p>10. Ergebnis Die Planung ist insgesamt abzulehnen. Mindestens ist sie in integrierter Form unter Einschluss einer vollständigen Umweltverträglichkeitsprüfung neu zu erarbeiten. Der Verstoß gegen Raumordnungsrecht wird sich so allerdings nicht vermeiden lassen, s dass die Planung aufzugeben ist.</p>	<p>Änderungen im B-Plan Nr. 27 ergeben sich durch diese Stellungnahme nicht.</p>
<p>Landespannungsanzeige</p> <p>Vom Stand des Verfahrens (TÖB-Beteiligung / öffentliche Auslegung) zur geplanten Aufstellung der 19. Änderung des gemeinsamen Flächennutzungsplans der Städte Uetersen und Tornesch sowie der Gemeinden Moorrege und Heidgraben und des Bauungsplanes Nr. 27 für das Gebiet „östlich der Wedeler Chaussee (B431) und westlich des Geltungsbereiches des Bauungsplans Nr. 18 (am Mühlenweg)“ der Gemeinde Moorrege sowie von den hierzu vorgelegten Planunterlagen habe ich Kenntnis genommen.</p> <p>Zu dieser Planung hatte ich mich aus landes- und regionalplanerischer Sicht zuletzt mit Stellungnahme vom 25. Juni 2012 geäußert und festgestellt, dass auf der Grundlage der vorgelegten Planunterlagen keine abschließende landesplanerische Stellungnahme möglich war, sondern erst auf der Grundlage konkreter Planunterlagen unter Beachtung folgender Aspekte erfolgen könnte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ohne Nachweis einer entsprechenden Abstimmung mit dem Unterzentrum Uetersen ist raumordnerisch nur die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung eines Lebensmittelmarktes mit maximal 1.200 qm Verkaufsfläche zzgl. Bäckerei und Apotheke, deren Verkaufs- bzw. Nutzflächen konkret festzusetzen sind, zulässig. • Die auf der Grundlage der Vereinbarung zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan getroffene Entscheidung der Gemeinde Moorrege, das Abstimmungserfordernis mit den anderen am gemeinsamen Flächennutzungsplan beteiligten Gemeinden, hier insbesondere mit der Stadt Uetersen, durch Unterschreitung einer Flächengröße von 5 ha zu umgehen, wird im Siedlungsraum des Unterzentrums Uetersen zu einer „Verhärtung der Fronten“ führen und den nachbarschaftlichen Dialog mit dem Ziel der interkommunal abgestimmten Entwicklung des Siedlungsraumes Uetersen weiter erschweren. Insoweit wurde ange- 	

<p>regt, der Empfehlung des Kreises Pinneberg zu folgen, den nachbarschaftlichen Dialog – ggf. unter Mithilfe des Kreises – wiederaufzunehmen, um im konkreten Fall doch noch zu einer für alle Beteiligten tragfähigen Lösung zu kommen.</p> <p>Gegenüber dem Stand der Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB vom 11.05.2012 sind folgende wesentliche inhaltliche Änderungen, die im Hinblick auf die Erfordernisse der Raumordnung bzw. die landesplanerische Beurteilung von Bedeutung sind, vorgenommen worden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Darstellung bzw. Festsetzung eines sonstigen Sondergebietes mit der Zweckbestimmung „Einzelhandelseinrichtungen für die Nahversorgung“ (bisher: „Verbrauchermarkt“). • Zulassung von Einzelhandelsbetrieben zur Nahversorgung mit Nahrungs- und Genussmitteln, Gegenständen des täglichen Bedarfs sowie ergänzenden Sortimenten und Festsetzung einer Verkaufsflächenzahl von 0,1401 (entspricht bei einer Größe des sonstigen Sondergebietes von 8.569 qm bis zu 1.200,52 qm Verkaufsfläche) für das sonstige Sondergebiet. • Zusätzlich Zulassung einer Bäckerei/eines Backshops sowie Freie Berufe, z. B. Apotheke (bisher Bäckerei, Apotheke und Getränkemarkt) ohne konkrete Festsetzung der Verkaufs- bzw. Nutzflächen. • Zulassung von Einrichtungen zum Verzehr innerhalb der vorgegebenen Nutzungen und Flächen. <p>Unter Bezugnahme auf die landesplanerischen Stellungnahmen vom 7. Oktober 2011 und 25. Juni 2012 kann die abschließende Feststellung, dass der geplanten Aufstellung der 19. Änderung des gemeinsamen Flächennutzungsplans der Städte Uetersen und Tormesch sowie der Gemeinden Moorrege und Heidgraben und des Bebauungsplanes Nr. 27 der Gemeinde Moorrege und den damit verfolgten Planungsabsichten keine Ziele der Raumordnung entgegenstehen, nur auf einer Basis erfolgen, mit der sichergestellt wird, dass im Geltungsbereich der in Rede stehenden Bauleitplanung der Gemeinde Moorrege lediglich ein Lebensmittelmarkt mit max. 1.200 qm Verkaufsfläche zzgl. Bäckerei/Backshop und Flächen für Freie Berufe, z. B. Apotheke, zulässig wird.</p>	<p>Nach telefonischer Rücksprache mit dem Verfasser der Stellungnahme und dem Referat Städtebau und Ortsplanung des Innenministeriums wird die Festsetzung einer Verkaufsflächenzahl inzwischen nicht mehr als zielführend erachtet. Die absoluter Verkaufsflächenobergrenze sollte in der Form der Definition des zulässigen Betriebes aufgenommen werden.</p> <p>Mit dem Referat Städtebau und Ortsplanung des Innenministeriums wurde daraufhin folgende textliche Festsetzung besprochen:</p>
--	---

<p>In Abstimmung mit dem Referat für Städtebau und Ortsplanung, Städtebau-recht des Innenministeriums wird in diesem Zusammenhang eine Überarbei-tung der textlichen Festsetzungen bezüglich der geplanten Festsetzung einer Verkaufsflächenzahl für erforderlich gehalten (Maßgabe). Die Festsetzung einer Verkaufsflächenzahl – analog einer Grundflächenzahl – ist nicht durch die Baunutzungsverordnung gedeckt. Die Angabe von Verkaufsflächengrößen ist lediglich zur Beschreibung der Art der zulässigen Nutzung möglich (z. B. <i>„zulässig sind Einzelhandelsbetriebe zur Nahversorgung mit Nahrungs- und Genussmitteln Gegenständen des täglichen Bedarfs sowie ergänzenden Sortimenten anderer Warenbranchen mit max. 1200 qm Verkaufsfläche“</i>). Die Festsetzung der zulässigen Verkaufs- bzw. Nutzflächen für die Bäckerei / den Backshop und die Freien Berufe, z. B. Apotheke, wird weiterhin empfohlen (Hinweis).</p> <p>Das Festhalten der Gemeinde Moorrege an der Entscheidung, das Abstim-mungserfordernis mit den anderen am gemeinsamen Flächennutzungsplan beteiligten Gemeinden, hier insbesondere mit der Stadt Uetersen, durch Unter-schreitung einer Flächengröße von 5 ha zu umgehen, wird zur Kenntnis genommen. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die Möglichkeit, ein Wohngebiet und ein Nahversorgungszentrum in getrennten Bebauungsplänen bzw. in getrennten Flächennutzungsplanänderungen durchzu-führen, grundsätzlich gegeben ist. Allerdings sollte für beide Vorhaben eine gemeinsame Bauleitplanung durchgeführt werden, wenn es gegenseitige Abhängigkeiten gibt bzw. städtebauliche Gründe dies erfordern. Die Trennung von Bauleitplanverfahren in Einzelverfahren zur Umgehung verein-barer Abstimmungserfordernisse wird zieführende Vereinbarungen im Siedlungsraum Uetersen weiter erschweren. Der Hinweis dazu in der Stellungnahme vom 25. Juni 2012 wird von hieraus aufrechterhalten. Ich rege erneut an, der Empfehlung des Kreises Pinneberg zu folgen, den nachbar-schaftlichen Dialog, ggf. mit dessen Hilfe, wieder aufzunehmen.</p> <p>Im Ergebnis wird eine Zustimmung der Landesplanung zu der geplanten Aufstellung der 19. Änderung des gemeinsamen Flächennutzungsplans der Städte Uetersen und Tornesch sowie der Gemeinden Moorrege und Heidgraben und des Bauungsplanes Nr. 27 für das Gebiet „östlich der Wedeler Chaussee (B431) und westlich des Geltungsbereiches des Bauungsplans Nr. 18 (am Mühlenweg)“ der Gemeinde Moorrege nur unter der Voraussetzung der Beachtung der o.a. Maßgabe bzw. Berücksichtigung der</p>	<p>1.1 Im Sondergebiet sind Einzelhandelseinrichtungen gem. § 11 Abs. 2 BauNVO in der nachfolgend beschriebenen Art zulässig: Einzelhandelsbetriebe zur Nahversorgung mit Nahrungs- und Genussmitteln, Gegenständen des täglichen Bedarfs sowie ergänzenden Sortimenten anderer Warenbranchen mit max. 1.200 m² Verkaufsfläche.</p> <p>1.2 Zusätzlich zu den in 1.1 genannten Einrichtungen und Flächen sind außerdem zulässig: Bäckerei bzw. Backshop mit einer Nutzfläche von max. 130 m², sowie freie Berufe, z.B. Apotheke. Eine Apotheke wird mit einer Nutzfläche von max. 225 m² definiert.</p> <p>Die Begründung soll im 3. Ansatz des Kapitels 2 wie folgt lauten: "Die Gemeinde Moorrege beabsichtigt, durch die Ansiedlung eines Lebensmittel-Vollversorgers die Nahversorgung der Bevölkerung in Moorrege zu sichern. Hierzu wird auf die Ausführ-ungen in der Begründung zur 19. Änderung des Flächen-nutzungsplanes verwiesen. Die Verkaufsfläche wird auf 1.200 m² zuzüglich Bäckerei/Backshop und freie Berufe, z.B. Apotheke begrenzt. Die Bäckerei bzw. der Backshop soll die Größen-ordnung von 130 m² Nutzfläche nicht überschreiten. Wenn eine Apotheke angesiedelt wird, soll deren Größenordnung die Nutzfläche von 225 m² nicht überschreiten."</p> <p>In Kap. 4.1.1 wird am Ende angefügt: "Es soll nun ein Markt mit einer Verkaufsfläche von 1.200 m² angesiedelt werden, um die Auswirkungen auf den in Moorrege vorhandenen Betrieb und auf die Einzelhandelsstruktur der Stadt Uetersen zu minimieren. Es ist beabsichtigt, die Nahversorgung in Moorrege aufzuwerten, was mit einem Betrieb dieser Größenordnung als möglich angesehen wird. Die Bäckerei bzw. der Backshop ist in der Größenordnung bis 130 m² Nutzfläche vorgesehen, die Apotheke in der Größenordnung bis 225 m² Nutzfläche. Auch dabei geht es um die Versorgung der</p>
--	---

Bebauungsplan Nr. 27 der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

<p>o.a. Hinweise in Aussicht gestellt. Der Vorlage entsprechend überarbeiteter Planunterlagen sehe ich entgegen. Diese Stellungnahme bezieht sich nur auf die Erfordernisse der Raumordnung und greift damit einer planungsrechtlichen Prüfung des Bauleitplanes nicht vor. Eine Aussage über die Förderungswürdigkeit einzelner Maßnahmen ist mit dieser landesplanerischen Stellungnahme nicht verbunden.</p>	<p>Moorreger Bevölkerung. Eine darüber hinausgehende Wirkung ist nicht beabsichtigt.</p> <p>Die oben angegebenen Flächenbegrenzungen können nach der BauNVO nicht festgesetzt werden, da der Katalog des § 16 BauNVO dies nicht vorsieht (siehe auch Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes (BVerwG) vom 3.4.2008 – 4 C 3.07). Die darin enthaltene Aufzählung ist abschließend. Es wird daher die Art der zulässigen Betriebe unter anderem über die höchstzulässige Verkaufsfläche definiert. Dem Urteil des BVerwGes entsprechend erfolgt die Festsetzung dadurch so, dass auch bei einer Grundstücksteilung jeder Erwerber die Möglichkeit hat, den Festsetzungen des B-Planes entsprechende Nutzungen vorzusehen. Die private Verkehrsfläche hat eine andere Funktion und wird deshalb nicht in das Baugrundstück einbezogen. Die öffentliche Grünfläche wird der Gemeinde Moorrege übereignet."</p> <p>Die abschließende landesplanerische Stellungnahme soll aufgrund dieser Änderung erteilt werden.</p>
---	---

Zusammengestellt:

Möller-Plan
 Stadtplaner + Landschaftsarchitekten
 Schödelsweg 111, 22880 Wedel
 Postfach 1136, 22870 Wedel
 Tel: 04103 - 91 92 26
 Fax: 04103 - 91 92 27
 Internet: www.moeller-plan.de
 eMail: info@moeller-plan.de

Wedel, den 6. Dezember 2012

Gemeinde Moorrege

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 503/2012/MO/BV

Fachteam: Planen und Bauen	Datum: 04.12.2012
Bearbeiter: Michael Koch	AZ:

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Bau- und Umweltausschuss der Gemeinde Moorrege	19.12.2012	öffentlich
Gemeindevertretung Moorrege	20.12.2012	öffentlich

21. Änderung des Flächennutzungsplanes - Abschließender Beschluss

Sachverhalt:

Zu der 21. Änderung des Flächennutzungsplanes erfolgte am 18.10.2012 durch die Gemeindevertretung der entsprechende Entwurfs- und Auslegungsbeschluss. Daraufhin erfolgte die öffentliche Auslegung des Planentwurfes nebst Begründung und Fachgutachten in der Zeit vom 02.11.-03.12.2012 sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange. Die in diesen Verfahrensschritten eingegangenen Stellungnahmen sind nunmehr auszuwerten und die darin enthaltenen Anregungen und Bedenken abzuwägen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Stadtplanungsbüro Möller-Plan hat alle vorliegenden Stellungnahmen ausgewertet, in anliegender Aufstellung zusammengefügt und mit einem Abwägungsvorschlag versehen.

Zu den verfahrensrechtlichen Anregungen und Bedenken werden von dem gemeindlichen Rechtsbeistand noch Ausführungen ausgearbeitet, welche aufgrund der Kürze der Zeit noch nicht vorliegen und nachgereicht werden.

Finanzierung:

Entfällt.

Beschlussvorschlag:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfes der 21. Änderung des Flächennutzungsplanes abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat der Bau- und Umweltaus-

schuss/ die Gemeindevertretung mit folgendem Ergebnis geprüft:
Berücksichtigt, teilweise berücksichtigt bzw. nicht berücksichtigt werden die Stellungnahmen gemäß anliegender Auswertung (Abwägung), welche Bestandteil dieses Beschlusses ist, ggf. mit folgenden Änderungen/Ergänzungen:...

Das Büro Möller-Plan wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen. Die nicht berücksichtigten Stellungnahmen sind bei der Vorlage des Planes zur Genehmigung mit einer Stellungnahme beizufügen.

2. Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt/ die Gemeindevertretung beschließt die 21. Änderung des Flächennutzungsplanes.

3. Die Begründung wird gebilligt.

4. Der Bürgermeister wird beauftragt, die 21. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Genehmigung vorzulegen und danach die Erteilung der Genehmigung nach § 6 Abs. 5 BauGB örtlich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Weinberg
Bürgermeister

Anlagen: Auswertung der Stellungnahmen (Abwägungsvorschlag)

21. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Moorrege,
 Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

Gemeinde Moorrege - 21. Änderung des Flächennutzungsplanes Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung - Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen -	
Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange – ohne Anregungen und Bedenken	
<p>Kreis Pinneberg, Fachdienst Planen und Bauen, Stellungnahme vom 29.10.2012</p> <p>azv Südholstein, Stellungnahme vom 30.10.2012</p> <p>Telefónica Germany GmbH & Co. KG (ehemals Hansenet), Stellungnahme vom 31.10.2012</p> <p>Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein, Abteilung Technischer Umweltschutz, Stellungnahme vom 13.11.2012</p> <p>Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein, untere Forstbehörde, Stellungnahme vom 20.11.2012</p> <p>Handwerkskammer Schleswig-Holstein, Stellungnahme vom 21.11.2012</p> <p>Ericsson GmbH, Stellungnahme vom 26.11.2012</p> <p>Kreis Pinneberg, Fachdienst Umwelt untere Bodenschutzbehörde, und gesundheitlicher Umweltschutz, Stellungnahme vom 4.12.2012</p>	

21. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange – mit Anregungen und Bedenken	
<p>Schleswig-Holstein Netz AG, Stellungnahme vom 25.10.2012: gegen die 21. Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 30 der Gemeinde Moorrege besteht aus Sicht der Schleswig-Holstein Netz AG keine grundsätzlichen Bedenken. Jedoch möchten wir darauf hinweisen, dass bei der Planung und Erschließung Standorte für Trafostationen mit berücksichtigt werden. Ebenso hat unsere Stellungnahme vom 05.06.2012 weiterhin ihre Gültigkeit. Vorgesorglich möchten wir noch einmal darauf hinweisen, dass sich in den Gehwegen / Straßen in Betrieb befindliche Versorgungsleitungen vorhanden sind. Dieses bedarf vor Baubeginn eine Anforderung der aktuellen Bestandsplänen sowie einer örtlichen Einweisung.</p>	<p>Standorte für Trafostationen müssen nicht berücksichtigt werden. Die Versorgungsträger sind bereits über die Planungen informiert und stehen im Kontakt mit dem Ingenieurbüro, das mit der Erschließungsplanung beauftragt ist. Die weiteren Anmerkungen sind für die Erschließungsplanung von Bedeutung und liegen dem damit beauftragten Büro bereits vor. Änderungen in der 21. F-Plan-Änderung ergeben sich aus dieser Stellungnahme nicht.</p>
<p>Wasserverband Pinnau-Bilsbek-Gronau, Stellungnahme vom 5.11.2012: An dem Planungsgebiet verläuft der Verbandsgraben Nr. 87. Es ist darauf zu achten, dass ein 5 m breiter Räumstreifen ohne Bepflanzung und ohne Bebauung eingehalten wird. Das gesamte Gebiet ist an die Regenrückhaltung anzuschließen, wobei die in den Verbandsgraben einzuleitenden Wassermassen die Menge eines landwirtschaftlichen Abflusses nicht übersteigen dürfen. Sollten diese Ausführungen keine Berücksichtigung finden, sehen wir uns gezwungen, den Verbandsgraben aus unserem Anlagenverzeichnis herauszunehmen und an die Stadt bzw. Gemeinde zurückzugeben.</p>	<p>Der Räumstreifen für den Verbandsgraben Nr. 87 befindet sich nach Auskunft des Büros IBB (Erschließungs- und Entwässerungsplanung) auf der östlichen Seite Grabens. Dieser Räumstreifen bleibt unverändert bestehen. Die Entwässerungsplanung hat das Büro IBB mit der Wasserbehörde des Kreises Pinneberg abgestimmt, sie wurde dort akzeptiert. Damit sind die Vorgaben des Wasserverbandes erfüllt. Änderungen in der 21. F-Plan-Änderung ergeben sich aus dieser Stellungnahme nicht.</p>
<p>Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein, Stellungnahme vom 12.11.2012: Wir können zurzeit keine Auswirkungen auf archäologische Kulturdenkmäler durch die Umsetzung der vorliegenden Planung feststellen. Daher haben wir keine Bedenken.</p>	<p>Der Hinweis des Archäologischen Landesamtes wird in die Begründung aufgenommen.</p>

21. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Moorrege, Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

<p>Wenn während der Erarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist die Denkmalschutzbehörde unverzüglich zu benachrichtigen und die Fundstelle bis zum Eintreffen der Fachbehörde zu sichern. Verantwortlich hier sind gem. § 14 DSchG (in er Neufassung vom 12. Januar 2012) der Grundstückseigentümer und der Leiter der Arbeiten.</p> <p>Industrie- und Handelskammer Schleswig-Holstein, Stellungnahme vom 22.11.2012: Wir bedanken uns für die Einbindung in das Beteiligungsverfahren und die Übersendung der Planungsunterlagen. Angesichts des benachbarten Gewerbe- und Mischgebietes ist zu beachten, dass die Wohnbebauung ausreichenden Abstand zur Gewerbenutzung hält, um das Störpotenzial der Gewerbebetriebe für die Wohnnutzung zu reduzieren.</p>	<p>Die im Norden und Nordosten dargestellte Grünfläche dient der Einhaltung des ausreichenden Abstandes zwischen Gewerbe- und Wohnnutzung.</p> <p>Änderungen in der 21. F-Plan-Änderung ergeben sich aus dieser Stellungnahme nicht.</p>
<p>Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein, Stellungnahme vom 21.11.2012: Gegen die 21. Änderung des Flächennutzungsplanes und den Bebauungsplan Nr. 30 der Gemeinde Moorrege bestehen in verkehrlicher und straßenbaulicher Hinsicht nur dann keine Bedenken, wenn meine Stellungnahme Az.: VII 414-553.71/2-56-036 vom 11.6.2012 vollinhaltlich berücksichtigt wird. Ergänzend ist der nachstehende Punkt zu berücksichtigen: Die Leistungsfähigkeit der Bundesstraße 431 (B 431) ist gem. "Handbuch für die Bemessung von Straßenverkehrsanlagen" (HBS 2001) nachzuweisen. Ich bitte die entsprechenden Unterlagen dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV-SH), Niederlassung Itzehoe zwecks Einsicht und Prüfung zeitnah vorzulegen. Die Stellungnahme bezieht sich im straßenbaulichen und straßenverkehrlichen Bereich nur auf Straßen des überörtlichen Verkehrs. <i>Nachrichtlich der Inhalt der Stellungnahme aus der frühzeitigen Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange:</i></p>	<p>Das Büro IBB Ingenieurbüro für Bautechnik GbR ist mit der Planung der Linksabbiegespur in der B 431 und der verkehrlichen Anbindung des Marktgeländes beauftragt. Nach Rücksprache mit dem dort zuständigen Bearbeiter wurden die vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein, auch in der Stellungnahme vom 11.6.2012 (damals von Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr Schleswig-Holstein), aufgeführten Forderungen in der Planung umgesetzt und diese in mehreren Gesprächen mit dem LBV-SH abgestimmt. Der LBV-SH hat die Genehmigung der Ausbauplanung in Aussicht gestellt, sobald der inhaltlich besprochene Antrag vorliegt. Das wird in Kürze der Fall sein. Es wurde eine Verkehrsuntersuchung für die Ansiedlung eines Wohngebiets an der Straße Grothar (B-Plan Nr. 30) in Moorrege durch das Büro Gertz Gutsche Rürmenapp durchgeführt. Die darin enthaltenen, auf aktuellen Verkehrszählungen basierenden, Verkehrsprognosen wurde nach "Handbuch für die Bemessung von Straßenverkehrsanlagen" (HBS 2001) berechnet und die</p>

21. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Moorrege,
 Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

<p>Ministerium für Wissenschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein, Stellungnahme vom 11.6.2012:</p> <p>Gegen die 21. Änderung des Flächennutzungsplanes und den Bebauungsplan Nr. 30 der Gemeinde Moorrege bestehen in verkehrlicher und straßenbaulicher Hinsicht keine Bedenken, wenn folgende Punkte berücksichtigt werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die verkehrliche Erschließung des Plangebietes soll über eine von der Gemeindestraße „Grothar“ ausgehenden Planstraße erschlossen werden. Die Gemeindestraße „Grothar“ mündet im weiteren Verlauf in die Bundesstraße 431 (B 431). Die sich daraus ergebenden verkehrlichen Auswirkungen auf die B 431 sind durch entsprechende verkehrstechnische Untersuchungen nachzuweisen. Diesbezüglich ist mit dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV-SH), Niederlassung Itzehoe Kontakt aufzunehmen. 2. Sollten bauliche Veränderungen an der B 431 erforderlich werden, sind diese Arbeiten mit dem LBV-SH, Niederlassung Itzehoe abzustimmen. Außerdem dürfen für den Straßenbausträger der Bundesstraße keine zusätzlichen Kosten entstehen. 3. Ich gehe davon aus, dass bei der Prüfung der Notwendigkeit bzw. der Festlegung von Schallschutzmaßnahmen die zu erwartende Verkehrsmenge auf der B 431 berücksichtigt wird und die Bebauung ausreichend vor Immissionen geschützt ist. <p>Immissionsschutz kann vom Bausträger der Bundesstraße nicht gefordert werden.</p> <p>Die Stellungnahme bezieht sich im straßenbaulichen und straßenverkehrlichen Bereich nur auf Straßen des überörtlichen Verkehrs mit Ausnahme der Kreisstraßen.</p>	<p>Leistungsfähigkeit des Knotenpunktes Grothar 7 B 431 nachgewiesen.</p> <p>Änderungen in der 21. F-Plan-Änderung ergeben sich aus dieser Stellungnahme nicht.</p>
--	---

21. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

<p>Kreis Pinneberg, Fachdienst Straßenbau und Verkehrssicherheit, Stellungnahme vom 22.11.2012: Zu dem o. a. B-Plan werden von hier im Einvernehmen mit der Polizeidirektion Bad Segeberg SG 1.3 folgende Anregungen bzw. Bedenken erhoben: Laut Begründung zum B-Plan soll die Planstraße A als gemischte Verkehrsfläche geplant werde. Damit soll sie gleichzeitig als Spielstraße und Kommunikationsbereich dienen. Ich mache darauf aufmerksam, dass dies nicht eine Ausweisung der Planstraße als Verkehrsberuhigter Bereich mit Zeichen 325 StVO impliziert. Aufgrund der Länge der Planstraße wird eine verkehrsrechtliche Ausweisung mit Zeichen 325 StVO wohl nicht vorgenommen. Vielmehr wird es sich um eine Tempo-30-Zone handeln, auch dies ist mit einer Mischverkehrsfläche möglich. Für die Anbindung der Planstraße an die Straße Grothar fehlt die Einzeichnung eines Sichtdreiecks. Ob eine Abstufung der Straße Grothar in eine Tempo-30-Zone möglich ist, wäre erst noch zu prüfen bzw. die Gemeinde müsste hierfür ein Konzept vorlegen, wo denn die Vorhaltsstraßen liegen. Zzt. hat die Straße Grothar eine Erschließungsfunktion und laut Verkehrsgutachten liegt der Durchgangsverkehrsanteil im Bereich der Einmündung zur Wedeler Chaussee bei 66% und an der Einmündung zur Pinneberger Chaussee sogar bei 70 %. Damit liegt hier ein hoher Anteil an Durchgangsverkehr vor und somit ist wohl eine Ausweisung als Tempo-30-Zone ausgeschlossen. Ein Nachweis für die Leistungsfähigkeit des Knotenpunktes Grothar / B 431 ist nicht erbracht worden. Dieser soll möglichst noch nachgeholt werden. Detailplanungen sind mit dem Fachdienst Straßenbau und Verkehrssicherheit und der Polizei frühzeitig vor Baubeginn abzustimmen.</p>	<p>In der Begründung wurde die Absicht dargestellt, die Planstraße als gemischte Verkehrsfläche auszubauen. Der B-Plan kann keine verkehrsregelnden Maßnahmen festschreiben. Daher muss dieser Punkt im Rahmen der Erschließungsplanung geklärt werden.</p> <p>Das Sichtdreieck für die Anbindung der Planstraße an die Straße Grothar ist in der Planzeichnung dargestellt.</p> <p>Auch die Herabstufung der Straße Grothar in eine Tempo-30-Zone ist eine verkehrsregelnde Maßnahme, die im B-Plan nicht festgesetzt werden kann. Nach der VwV-StVO zu §45 zu Abs. 1 bis 1e XI. Abs. 6 ist die Anordnung von Tempo 30-Zonen auf Antrag der Gemeinde vorzunehmen, wenn die Voraussetzungen und Merkmale der StVO und der VwV-StVO vorliegen oder mit der Anordnung geschaffen werden können. Dieses ist aus Sicht der Gemeinde der Fall und die Gemeinde wird bei der Straßenverkehrsbehörde einen entsprechenden Antrag stellen.</p> <p>Änderungen in der 21. F-Plan-Änderung ergeben sich aus dieser Stellungnahme nicht.</p>
<p>Kreis Pinneberg, Fachdienst Umwelt, Stellungnahme vom 4.12.2012: <u>Untere Wasserbehörde:</u> Die Aussagen zur Entwässerung im Kap. 5 "Erschließung" sollten an die Ausführungen zum B-Plan 30 angeglichen werden.</p>	<p>Es ist nicht sinnvoll, die Ausführungen aus dem B-Plan Nr. 30 in die 21. F-Plan-Änderung zu übernehmen. Die Darstellungen im B-Plan Nr. 30 dienen der Konkretisierung der 21. F-Plan-Änderung. Änderungen in der 21. F-Plan-Änderung ergeben sich aus dieser Stellungnahme nicht.</p>

<p>Naturschutzverbände</p> <p>Arbeitsgemeinschaft der anerkannten Naturschutzverbände in Schleswig-Holstein – AG 29, Stellungnahme vom 22.11.2012:</p> <p>Vielen Dank für die Zusendung der Unterlagen zu dem vorgenannten Verfahren, zu dem die in der AG 29 zusammengeschlossenen Naturschutzverbände wie folgt Stellungnahme nehmen:</p> <p>Das Vorhaben wird aufgrund der Flächenverluste an Grünland kritisch beurteilt. Mit der im Zusammenhang 19. F-Plan-Änderung werden 5,3 ha überplant. Dies entspricht nicht einem schonenden und sparsamen Umgang mit Grund und Boden nach § 1a (2) BauGB.</p> <p>Durch den hohen Grundwasserstand wird der Wasserhaushalt des Gesamtgebietes verändert, was weitreichende Auswirkungen auf den Pflanzenbestand haben kann.</p> <p>Um artenschutzrechtliche Verbotstatbestände für Fledermäuse zu vermeiden, muss die Baumreihe am südlichen Rand zu erhalten bleiben. Diese wird als Leitlinie benutzt und ist damit als Lebensstätte einzustufen. Gehölze als Lebensraum für Brutvögel sollten ebenfalls erhalten bleiben.</p> <p>Der erforderliche Ausgleich für ca. 9.000 m² in Form einer Ausgleichszahlung wird abgelehnt. Die AG-29 setzt sich ausdrücklich für den Ausgleich über das Ökokonto ein. Dies gilt umso mehr, als im Kapitel 9.2 der F-Planänderung konstatiert wird, dass die wegfallenden Lebensräume ersetzbar sind, und dementsprechend auch ersetzt werden müssen. Angesichts der momentanen Grünlandverluste durch die Intensivierung der Landwirtschaft ist weiterer Verlust von Grünland allein aus Klimaschutzgründen zu vermeiden. Die behauptete Minderwertigkeit von Grünland (Zitat: Lebensraum für nicht viele</p>	<p>Die biologischen Erhebungen haben ergeben, dass die vorhandenen Grünlandflächen einen nur geringen Wert für den Naturhaushalt haben. Ihr Verlust ist dadurch nur mit geringen Auswirkungen auf die Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt verbunden.</p> <p>Der Grundsatz des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden beinhaltet einerseits die sparsame Ausweisung von Baugebieten. Die Notwendigkeit einer solchen Ausweisung ist hier gegeben, so dass dieser Aspekt berücksichtigt ist. Andererseits beinhaltet der Grundsatz aber auch den verantwortungsvollen Umgang mit bebaubarer Fläche. Das findet sich hier in den Festsetzungen des B-Planes – z.B. GFZ, Geschossigkeit – wieder.</p> <p>Dem hohen Grundwasserstand wird durch festgesetzte grundwasserschützende Maßnahmen Rechnung getragen. Dauerhafte Grundwasserabsenkungen sollen dadurch vermieden werden.</p> <p>Die Baumreihe am südlichen Rand des Plangeltungsbereiches bleibt weitgehend erhalten.</p> <p>Der erforderliche Ausgleich soll vorzugsweise über das Ökokonto der Gemeinde geleistet werden.</p> <p>Änderungen in der 21. F-Plan-Änderung ergeben sich aus dieser Stellungnahme nicht.</p>
---	--

21. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

<p>wildwachsende Pflanzen und wildlebende Tiere) kann nicht nachvollzogen werden. Wir bitten Sie, die AG-29 im weiteren Verfahren zu beteiligen. Insbesondere wären wir Ihnen für eine Zuleitung des Beschlusses der Gemeinde Moorrege dankbar.</p>	
<p>NABU Schleswig-Holstein, Stellungnahme vom 26.11.2012 Der NABU Schleswig-Holstein bedankt sich für die zugeschickten Unterlagen. Zu dem o.a. Vorhaben gibt der NABU – nach Rücksprache mit seinem örtlichen Bearbeiter – die folgende Stellungnahme ab.</p> <p>Gegen das Planungskonzept, eine als Intensivgrünland ausgewiesene Fläche als Wohngebiet (Errichtung von Einfamilien- und Doppelhäusern) im Rahmen einer Nachverdichtung des Innenbereiches auszuweisen, bestehen seitens des NABU keine wesentlichen Einwände.</p> <p>Es sind geringe Auswirkungen auf die Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt zu erwarten. Die aktuelle Grünlandnutzung wirkt sich limitierend auf das Lebensraumangebot für wildwachsende Pflanzen und wildlebende Tiere aus. Die in geringem Maße bestehenden Gehölzbestände im Plangeltungsbereich und an dessen Rand sollten weitgehend erhalten bleiben. Innerhalb des Wohngebietes werden nach der Bebauung und der Anlage von Hausgärten viele Arten wieder einen Lebensraum finden.</p> <p>Sicherzustellen ist auch die Durchführung der eventuell notwendigen Rodungen oder das Auf-den-Stock-setzen von Gehölzen außerhalb der Brutzeit der Gehölzfreibrüter gem. § 27a LNatSchG zwischen dem 01. Oktober und dem 15. März.</p>	<p>Der Inhalt der Stellungnahme ist bereits berücksichtigt worden.</p> <p>Änderungen in der 21. F-Plan-Änderung ergeben sich aus dieser Stellungnahme nicht.</p>

21. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

Nachbarkommunen	
<p>Gemeinde Heidgraben, Stellungnahme vom 31.10.2012</p> <p>Seitens der Gemeinde Heidgraben werden Bedenken und Anregungen nicht vorgebracht. Belange der Gemeinde Heidgraben werden durch diese Bauleitplanung nicht berührt.</p>	<p>Zu dieser Stellungnahme besteht kein Abwägungserfordernis.</p>
<p>Stadt Tornesch, Stellungnahme vom 22.11.2012</p> <p>Zu den o.g. Planungen hat die Stadt Tornesch keine Anregungen und Bedenken vorzutragen.</p>	<p>Zu dieser Stellungnahme besteht kein Abwägungserfordernis.</p>
<p>Stadt Uetersen, Stellungnahme vom 23.11.2012: <i>Anmerkung: Die Stadt Uetersen hatte um Fristverlängerung bis zum 23.11.2012 gebeten, dem wurde stattgegeben. Die Stellungnahme ist daher fristgerecht eingegangen.</i> Stellungnahme: Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss der Stadt Uetersen hat die o.g. Angelegenheit in seiner Sitzung am 22.11.2012 beraten und folgenden Beschluss gefasst, der gleichzeitig die Stellungnahme der Stadt Uetersen darstellt: Beschluss: "Die Stadt Uetersen sieht die Siedlungsentwicklung der Gemeinde Moorrege in diesem Bereich mit mindestens 80 neuen Wohneinheiten weiterhin kritisch, weil die Auswirkungen auf die Infrastruktur der Region gesehen werden. Es wird angeregt in den Dialog über das Thema des gemeinsamen Flächennutzungsplanes in ein regionales Stadt-Umland-Konzept einzutreten."</p>	<p>Moorrege liegt auf der Siedlungsachse Hamburg – Elmshorn. Hier soll die Siedlungsentwicklung vorrangig erfolgen (Tz. 2.4.1, Abs. 1Z LEP). Den Rahmen für die Siedlungsentwicklung außerhalb der zentralen Orte sollen die auf der Grundlage des LEP zu entwickelnden Regionalpläne festlegen. Bis das geschehen ist, können in Gemeinden in den Ordnungsräumen, die keine Schwerpunkte für die Siedlungsentwicklung sind, im Zeitraum 2010 bis 2025, bezogen auf ihren Wohnungsbestand am 31.12.2009, neue Wohnungen im Umfang bis zu 15 % gebaut werden (Tz. 2.5.2 Abs. 4Z LEP).</p> <p>Am 31.12.2011 gab es in Moorrege ca. 1.800 Wohnungen. In den vergangenen 3 Jahren wurden keine Wohngebiete entwickelt, so dass dieser Wohnungsbestand für den 31.12.2009 zugrundegelegt werden kann. Die Gemeinde Moorrege hat auf dieser Grundlage ein Entwicklungspotential von 270 Wohnungen bis zum Jahr 2025. Im Geltungsbereich des B-Planes Nr. 30 werden ca. 80 Wohnungen entstehen. Damit ist das Kontingent der Gemeinde Moorrege bis zum Jahr 2025 noch lange nicht ausgeschöpft. Die Größe der Entwicklungsfläche ist deshalb nicht kritisch zu sehen. Die mögliche Erarbeitung eines regionalen Stadt-Umland-Konzeptes ist nicht Gegenstand des Flächennutzungsplanes. Deshalb kann auf dieser Ebene dazu nicht Stellung genommen werden. Änderungen in der 21. F-Plan-Änderung ergeben sich aus dieser Stellungnahme nicht.</p>

21. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

Öffentlichkeit	
<p>Udo-Hinrich Eggers, für sich und die Bäckerei Eggers, Klinkerstraße 89, Stellungnahme vom 30.11.2012 (vertreten durch Dr. Wilhelm Mecklenburg, Diplom-Physiker und Rechtsanwalt, Pinneberg):</p>	<p>Die Stellungnahmen zur 21. F-Plan-Änderung und zum B-Plan Nr. 30 sind identisch. Da alle Punkte sich auf den B-Plan 30 beziehen (soweit sie sich nicht mit dem B-Plan 27 befassen), wurden sie in dem Abwägungsvorschlag für die Stellungnahmen zum B-Plan 30 behandelt.</p>
<p>10. Ergebnis Die Planung ist insgesamt abzulehnen. Mindestens ist sie in integrierter Form unter Einschluss einer vollständigen Umweltverträglichkeitsprüfung neu zu erarbeiten. Der Verstoß gegen Raumordnungsrecht wird sich so allerdings nicht vermeiden lassen, so dass die Planung aufzugeben ist.</p>	<p>Änderungen in der 21. F-Plan-Änderung ergeben sich durch diese Stellungnahme nicht.</p>
<p>Enrico Schiller, Grothar 10, Stellungnahme vom 30.11.2012 (vertreten durch Dr. Wilhelm Mecklenburg, Diplom-Physiker und Rechtsanwalt, Pinneberg)</p>	<p>Die Stellungnahme von Herrn Enrico Schiller entspricht in weiten Teilen der des Herrn Udo-Hinrich Eggers. Die von der Stellungnahme des Herrn Eggers abweichenden Punkte betreffen die verbindliche Bauleitplanung und damit den B-Plan Nr. 30. Dazu wurden im Rahmen der Abwägungsvorschläge für Stellungnahmen zum B-Plan Nr. 30 Anmerkungen gemacht. Zur 21. F-Plan-Änderung sind daher keine gesonderten Anmerkungen zu machen.</p>
<p>10. Ergebnis Die Planung ist insgesamt abzulehnen. Mindestens ist sie in integrierter Form unter Einschluss einer vollständigen Umweltverträglichkeitsprüfung neu zu erarbeiten. Der Verstoß gegen Raumordnungsrecht wird sich so allerdings nicht vermeiden lassen, s dass die Planung aufzugeben ist.</p>	<p>Änderungen in der 21. F-Plan-Änderung ergeben sich durch diese Stellungnahme nicht.</p>

21. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

<p>Landesplanungsanzeige</p> <p>Die Gemeinde Moorrege beabsichtigt, in dem ca. 4,2 ha großen Gebiet „östlich der Wedeler Chaussee, nördlich der Straße Grothar, westlich des Gewerbe- und Mischgebietes Beesenweide und südlich der 19. Änderung des Flächennutzungsplanes“ ein Wohngebiet planungsrechtlich abzusichern.</p> <p>Aus Sicht der Landesplanung nehme ich zu den o. g. Bauleitplanungen wie folgt Stellung:</p> <p>Das Plangebiet der 21. Änderung des Flächennutzungsplanes bzw. des Bebauungsplanes Nr. 30 war bisher eine Teilfläche der 19. Änderung des Flächennutzungsplanes bzw. des Bebauungsplanes Nr. 27, die sich nun auf entsprechend verkleinerte Plangebiete beziehen.</p> <p>Mit landesplanerischer Stellungnahme vom 18.04.2011 zu den letztgenannten Bauleitplänen wurde bereits bestätigt, dass gegen die Entwicklung des geplanten Wohngebietes grundsätzlich keine Bedenken bestehen; insbesondere stehen Ziele der Raumordnung den damit verfolgten Planungsabsichten nicht entgegen.</p> <p>Ich weise darauf hin, dass zu der 19. Änderung des Flächennutzungsplanes und der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 27 in den ebenfalls am 10.05.2012 angezeigten Planversionen eine gesonderte Stellungnahme aus Sicht der Landesplanung erfolgt.</p> <p>Diese Stellungnahme bezieht sich nur auf die Erfordernisse der Raumordnung und greift damit einer planungsrechtlichen Prüfung des Bauleitplanes nicht vor. Eine Aussage über die Förderungswürdigkeit einzelner Maßnahmen ist mit dieser landesplanerischen Stellungnahme nicht verbunden.</p>	<p>Zu dieser positiven landesplanerischen Stellungnahme besteht kein Abwägungserfordernis.</p>
--	--

Zusammengestellt:

Wedel, den 6. Dezember 2012

Möller-Plan

Stadtplaner + Landschaftsarchitekten
Schlödelsweg 111, 22880 Wedel
Postfach 1136, 22870 Wedel
Tel: 04103 - 91 92 26, Fax: 04103 - 91 92 27
Internet: www.moeller-plan.de, eMail: info@moeller-plan.de

Möller-Plan • Stadtplaner + Landschaftsarchitekten • 22880 Wedel

Gemeinde Moorrege

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 504/2012/MO/BV

Fachteam: Planen und Bauen	Datum: 04.12.2012
Bearbeiter: Michael Koch	AZ:

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Bau- und Umweltausschuss der Gemeinde Moorrege	19.12.2012	öffentlich
Gemeindevertretung Moorrege	20.12.2012	öffentlich

Bebauungsplan Nr. 30 - Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB

Sachverhalt:

Zum Bebauungsplan Nr. 30 erfolgte am 18.10.2012 durch die Gemeindevertretung der entsprechende Entwurfs- und Auslegungsbeschluss.

Daraufhin erfolgte die öffentliche Auslegung des Planentwurfes nebst Begründung und Fachgutachten in der Zeit vom 02.11.-03.12.2012 sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange.

Die in diesen Verfahrensschritten eingegangenen Stellungnahmen sind nunmehr auszuwerten und die darin enthaltenen Anregungen und Bedenken abzuwägen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Stadtplanungsbüro Möller-Plan hat alle vorliegenden Stellungnahmen ausgewertet, in anliegender Aufstellung zusammengefügt und mit einem Abwägungsvorschlag versehen.

Zu den verfahrensrechtlichen Anregungen und Bedenken werden von dem gemeindlichen Rechtsbeistand noch Ausführungen ausgearbeitet, welche aufgrund der Kürze der Zeit noch nicht vorliegen und nachgereicht werden.

Finanzierung:

Entfällt.

Beschlussvorschlag:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 30 abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat der Bau- und Umweltausschuss/ die Gemeindever-

setzung mit folgendem Ergebnis geprüft:

Berücksichtigt, teilweise berücksichtigt bzw. nicht berücksichtigt werden die Stellungnahmen gemäß anliegender Auswertung (Abwägung), welche Bestandteil dieses Beschlusses ist; ggf. mit folgenden Änderungen/Ergänzungen:...

Das Büro Möller-Plan wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches sowie nach § 84 der Landesbauordnung empfiehlt der Bau- und Umweltausschuss/ beschließt die Gemeindevertretung den Bebauungsplan Nr. 30 für das Gebiet östlich der Wedeler Chaussee (B 431), nördlich der Straße Grothar, westlich des Gewerbe- und Mischgebietes Beesenweide (Bebauungsplan Nr. 13) und südlich der 19. Änderung des Flächennutzungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung.

3. Die Begründung wird gebilligt.

4. Der Beschluss des Bebauungsplanes durch die Gemeindevertretung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über deren Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Weinberg
Bürgermeister

Anlagen: Auswertung der Stellungnahmen (Abwägungsvorschlag)

Gemeinde Moorrege - Bebauungsplan Nr. 30	
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung	
- Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen -	
Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange – ohne Anregungen und Bedenken	
<p>Kreis Pinneberg, Fachdienst Planen und Bauen, Stellungnahme vom 29.10.2012</p> <p>azv Südholstein, Stellungnahme vom 30.10.2012</p> <p>Telefónica Germany GmbH & Co. KG (ehemals Hansenet), Stellungnahme vom 31.10.2012</p> <p>Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein, Abteilung Technischer Umweltschutz, Stellungnahme vom 13.11.2012</p> <p>Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein, untere Forstbehörde, Stellungnahme vom 20.11.2012</p> <p>Handwerkskammer Schleswig-Holstein, Stellungnahme vom 22.11.2012</p> <p>Ericsson GmbH, Stellungnahme vom 26.11.2012</p> <p>Kreis Pinneberg, Fachdienst Umwelt, untere Wasserbehörde und gesundheitlicher Umweltschutz, Stellungnahme vom 4.12.2012</p>	

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange – mit Anregungen und Bedenken	
<p>Schleswig-Holstein Netz AG, Stellungnahme vom 25.10.2012: gegen die 21 .Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 30 der Gemeinde Moorrege besteht aus Sicht der Schleswig-Holstein Netz AG keine grundsätzlichen Bedenken. Jedoch möchten wir darauf hinweisen, dass bei der Planung und Erschließung Standorte für Trafostationen mit berücksichtigt werden. Ebenso hat unsere Stellungnahme vom 05.06.2012 weiterhin ihre Gültigkeit. Vorsorglich möchten wir noch einmal darauf hinweisen, dass sich in den Gehwegen / Straßen in Betrieb befindliche Versorgungsleitungen vorhanden sind. Dieses bedarf vor Baubeginn eine Anforderung der aktuellen Bestandsplänen sowie einer örtlichen Einweisung.</p>	<p>Standorte für Trafostationen müssen nicht berücksichtigt werden. Die Versorgungsträger sind bereits über die Planungen informiert und stehen im Kontakt mit dem Ingenieurbüro, das mit der Erschließungsplanung beauftragt ist. Die weiteren Anmerkungen sind für die Erschließungsplanung von Bedeutung und liegen dem damit beauftragten Büro bereits vor. Änderungen im B-Plan Nr. 30 ergeben sich aus dieser Stellungnahme nicht.</p>
<p>Wasserverband Pinnau-Bilsbek-Gronau, Stellungnahme vom 5.11.2012: An dem Planungsgebiet verläuft der Verbandsgraben Nr. 87. Es ist darauf zu achten, dass ein 5 m breiter Räumstreifen ohne Bepflanzung und ohne Bebauung eingehalten wird. Das gesamte Gebiet ist an die Regenrückhaltung anzuschließen, wobei die in den Verbandsgraben einzuleitenden Wassermassen die Menge eines landwirtschaftlichen Abflusses nicht übersteigen dürfen. Sollten diese Ausführungen keine Berücksichtigung finden, sehen wir uns gezwungen, den Verbandsgraben aus unserem Anlagenverzeichnis herauszunehmen und an die Stadt bzw. Gemeinde zurückzugeben.</p>	<p>Der Räumstreifen für den Verbandsgraben Nr. 87 befindet sich nach Auskunft des Büros IBB (Erschließungs- und Entwässerungsplanung) auf der östlichen Seite Grabens. Dieser Räumstreifen bleibt unverändert bestehen. Die Entwässerungsplanung hat das Büro IBB mit der Wasserbehörde des Kreises Pinneberg abgestimmt, sie wurde dort akzeptiert. Damit sollten die Vorgaben des Wasserverbandes erfüllt sein.</p>
<p>Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein, Stellungnahme vom 12.11.2012: Wir können zurzeit keine Auswirkungen auf archäologische Kulturdenkmäler durch die Umsetzung der vorliegenden Planung feststellen. Daher haben wir keine Bedenken. Wenn während der Erarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist die Denkmalschutzbehörde unverzüglich zu</p>	<p>Der Hinweis des Archäologischen Landesamtes wird in die Begründung aufgenommen.</p>

<p>benachrichtigen und die Fundstelle bis zum Eintreffen der Fachbehörde zu sichern. Verantwortlich hier sind gem. § 14 DSchG (in er Neufassung vom 12. Januar 2012) der Grundstückseigentümer und der Leiter der Arbeiten.</p>	
<p>SVG Südholstein Verkehrsservicegesellschaft mbH, Stellungnahme vom 13.11.2012: Vielen Dank für die Zusendung o.g. Planunterlagen. Leider treffen diese keinerlei Aussagen zur ÖPNV-Erschließung, obwohl diese Bestandteil der verkehrlichen Gesamterschließung ist und der Vollständigkeit halber beleuchtet werden sollte. Auch aufgrund der Bedeutung des ÖPNV bei nachfragerrelevanten Neuausweisungen (W, M, G, SO) schlagen wir somit folgende Ergänzung vor: ÖPNV-Erschließung Das Plangebiet befindet sich in einer Entfernung von ca. 400 m (Luftlinie bis Mitte Plangebiet) zur nächstgelegenen Bushaltestelle "Moorrege, Grothar", welche von den Buslinien 6663 und 6669 bedient wird, und Moorrege, "Parallelstraße" (bedient durch die Linien 489, 589 und 6665). Damit liegt das Planungsgebiet innerhalb der nach dem 3. Regionalen Nahverkehrsplan des Kreises Pinneberg anzusetzenden Haltestelleneinzugsbereiche von 600 m (r) für Busverkehr und verfügt somit über eine ausreichende ÖPNV-Versorgung.</p>	<p>Der Hinweis der SVG wird ergänzend in die Begründung aufgenommen.</p>
<p>Industrie- und Handelskammer Schleswig-Holstein, Stellungnahme vom 22.11.2012: Wir bedanken uns für die Einbindung in das Beteiligungsverfahren und die Übersendung der Planungsunterlagen. Wir haben diese geprüft und können Ihnen mitteilen, dass wir gegen die Bereitstellung von Bauland für ein Wohngebiet keine Bedenken haben. Bei der Ausweisung von Gewerbeflächen im Wohngebiet (vgl. 21. Änderung des F-Plans, S. 3) weisen wir darauf hin, dass bereits bei der Festsetzung gewerblicher Nutzungen darauf zu achten ist, dass potenzielle Konflikte zwischen Wohn- und Nicht-Wohnbereichen vermieden werden.</p>	<p>Auf Seite 3 der Begründung zur 21. Änderung des Flächen-nutzungsplanes ist in Kapitel 4.1 ausgeführt: "Gewerbe soll nur soweit zugelassen werden, wie es die Entwicklung des Wohn-gebietes nicht beeinträchtigt." Diese Aussage basiert auf § 4 Abs. 2 und 3 BauNVO, wo Gewerbebetriebe aufgeführt sind, die im Wohngebiet zulässig sind bzw. dann zugelassen werden können, wenn sie das Wohnen nicht stören. Es wird also keine gewerbliche Nutzung festgesetzt, sie ergibt aus der allgemeinen Zulässigkeit nach BauNVO. Auswirkungen auf die Festsetzungen des B-Planes ergeben sich aus dieser Stellungnahme nicht.</p>

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein, Stellungnahme vom 21.11.2012:

Gegen die 21. Änderung des Flächennutzungsplanes und den Bebauungsplan Nr. 30 der Gemeinde Moorreege bestehen in verkehrlicher und straßenbaulicher Hinsicht nur dann keine Bedenken, wenn meine Stellungnahme Az.: VII 414-553.71/2-56-036 vom 11.6.2012 vollinhaltlich berücksichtigt wird.

Ergänzend ist der nachstehende Punkt zu berücksichtigen:
Die Leistungsfähigkeit der Bundesstraße 431 (B 431) ist gem. "Handbuch für die Bemessung von Straßenverkehrsanlagen" (HBS 2001) nachzuweisen. Ich bitte die entsprechenden Unterlagen dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV-SH), Niederlassung Itzehoe zwecks Einsicht und Prüfung zeitnah vorzulegen.

Die Stellungnahme bezieht sich im straßenbaulichen und straßenverkehrlichen Bereich nur auf Straßen des überörtlichen Verkehrs.

Nachrichtlich der Inhalt der Stellungnahme aus der frühzeitigen Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange:

Ministerium für Wissenschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein, Stellungnahme vom 11.6.2012:

Gegen die 21. Änderung des Flächennutzungsplanes und den Bebauungsplan Nr. 30 der Gemeinde Moorreege bestehen in verkehrlicher und straßenbaulicher Hinsicht keine Bedenken, wenn folgende Punkte berücksichtigt werden:

1. Die verkehrliche Erschließung des Plangebietes soll über eine von der Gemeindestraße „Grothar“ ausgehenden Planstraße erschlossen werden. Die Gemeindestraße „Grothar“ mündet im weiteren Verlauf in die Bundesstraße 431 (B 431).

Die sich daraus ergebenden verkehrlichen Auswirkungen auf die B 431 sind durch entsprechende verkehrstechnische Untersuchungen nachzuweisen. Diesbezüglich ist mit dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV-SH), Niederlassung Itzehoe Kontakt aufzunehmen.

2. Sollten bauliche Veränderungen an der B 431 erforderlich werden, sind

Das Büro IBB Ingenieurbüro für Bautechnik GbR ist mit der Planung der Linksabbiegespur in der B 431 und der verkehrlichen Anbindung des Marktgeländes beauftragt. Nach Rücksprache mit dem dort zuständigen Bearbeiter wurden die vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein, auch in der Stellungnahme vom 11.6.2012 (damals von Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr Schleswig-Holstein), aufgeführten Forderungen in der Planung umgesetzt und diese in mehreren Gesprächen mit dem LBV-SH abgestimmt. Der LBV-SH hat die Genehmigung der Ausbauplanung in Aussicht gestellt, sobald der inhaltlich besprochene Antrag vorliegt. Das wird in Kürze der Fall sein.

Es wurde eine Verkehrsuntersuchung für die Ansiedlung eines Wohngebiets an der Straße Grothar (B-Plan Nr. 30) in Moorreege durch das Büro Gertz Gutsche Rümenapp durchgeführt. Die darin enthaltenen, auf aktuellen Verkehrszählungen basierenden, Verkehrsprognosen wurde nach "Handbuch für die Bemessung von Straßenverkehrsanlagen" (HBS 2001) berechnet und die Leistungsfähigkeit des Knotenpunktes Grothar 7 B 431 nachge-

wiesen.
Änderungen im B-Plan Nr. 30 ergeben sich aus dieser Stellungnahme nicht.

<p>diese Arbeiten mit dem LBV-SH, Niederlassung Itzehoe abzustimmen. Außerdem dürfen für den Straßenbaulastträger der Bundesstraße keine zusätzlichen Kosten entstehen.</p> <p>3. Ich gehe davon aus, dass bei der Prüfung der Notwendigkeit bzw. der Festlegung von Schallschutzmaßnahmen die zu erwartende Verkehrsmenge auf der B 431 berücksichtigt wird und die Bebauung ausreichend vor Immissionen geschützt ist.</p> <p>Immissionsschutz kann vom Baulastträger der Bundesstraße nicht gefordert werden.</p> <p>Die Stellungnahme bezieht sich im straßenbaulichen und straßenverkehrlichen Bereich nur auf Straßen des überörtlichen Verkehrs mit Ausnahme der Kreisstraßen.</p>	
<p>Kreis Pinneberg, Fachdienst Straßenbau und Verkehrssicherheit, Stellungnahme vom 22.11.2012:</p> <p>Zu dem o. a. B-Plan werden von hier im Einvernehmen mit der Polizeidirektion Bad Segeberg SG 1.3 folgende Anregungen bzw. Bedenken erhoben:</p> <p>Laut Begründung zum B-Plan soll die Planstraße A als gemischte Verkehrsfläche geplant werde. Damit soll sie gleichzeitig als Spielstraße und Kommunikationsbereich dienen. Ich mache darauf aufmerksam, dass dies nicht eine Ausweisung der Planstraße als Verkehrsberuhigter Bereich mit Zeichen 325 StVO impliziert. Aufgrund der Länge der Planstraße wird eine verkehrsrechtliche Ausweisung mit Zeichen 325 StVO wohl nicht vorgenommen. Vielmehr wird es sich um eine Tempo-30-Zone handeln, auch dies ist mit einer Mischverkehrsfläche möglich.</p> <p>Für die Anbindung der Planstraße an die Straße Grothar fehlt die Einzeichnung eines Sichtdreiecks.</p> <p>Ob eine Abstufung der Straße Grothar in eine Tempo-30-Zone möglich ist, wäre erst noch zu prüfen bzw. die Gemeinde müsste hierfür ein Konzept vorlegen, wo denn die Vorbehaltstraßen liegen. Zzt. hat die Straße Grothar eine Erschließungsfunktion und laut Verkehrsgutachten liegt der Durchgangverkehrsanteil im Bereich der Einmündung zur Wedeler Chaussee bei 66% und an der Einmündung zur Pinneberger Chaussee sogar bei 70 %. Damit liegt hier ein hoher Anteil an Durchgangsverkehr vor und</p>	<p>In der Begründung wurde die Absicht dargestellt, die Planstraße als gemischte Verkehrsfläche auszubauen. Der B-Plan kann keine verkehrsregelnden Maßnahmen festschreiben. Daher muss dieser Punkt im Rahmen der Erschließungsplanung geklärt werden.</p> <p>Das Sichtdreieck für die Anbindung der Planstraße an die Straße Grothar ist in der Planzeichnung dargestellt.</p> <p>Auch die Herabstufung der Straße Grothar in eine Tempo-30-Zone ist eine verkehrsregelnde Maßnahme, die im B-Plan nicht festgesetzt werden kann. Nach der VwV-StVO zu §45 zu Abs. 1 bis 1e XI. Abs. 6 ist die Anordnung von Tempo 30-Zonen auf Antrag der Gemeinde vorzunehmen, wenn die Voraussetzungen und Merkmale der StVO und der VwV-StVO vorliegen oder mit der Anordnung geschaffen werden können. Dieses ist aus Sicht der Gemeinde der Fall und die Gemeinde wird bei der Straßenverkehrsbehörde einen entsprechenden Antrag stellen.</p>

<p>somit ist wohl eine Ausweisung als Tempo-30-Zone ausgeschlossen. Ein Nachweis für die Leistungsfähigkeit des Knotenpunktes Grothar / B 431 ist nicht erbracht worden. Dieser soll möglichst noch nachgeholt werden. Detailplanungen sind mit dem Fachdienst Straßenbau und Verkehrssicherheit und der Polizei frühzeitig vor Baubeginn abzustimmen.</p>	<p>Änderungen im B-Plan Nr. 30 ergeben sich aus dieser Stellungnahme nicht.</p>
<p>Kreis Pinneberg, Fachdienst Umwelt, Stellungnahme vom 4.12.2012: Untere Bodenschutzbehörde: Altflagerungen oder Altlasten aus früheren gewerblichen Nutzungen sind für die Fläche des B-Plans 30 der Gemeinde Moorrege derzeit nicht bekannt. Die Stellungnahme der Bodenschutzbehörde vom 15.06.2012 wurde in die Begründung aufgenommen, weitere Anmerkungen bestehen nicht. Untere Naturschutzbehörde: Grundsätzlich bestehen keine Bedenken. Die errechnete externe Ausgleichsfläche beträgt 8.815 m², das entspricht einer Ausgleichszahlung 26.445, E. Die Ausgleichszahlung ist auf das Kompensationskonto der UNB zu überweisen. Die alternativ vorgesehene Abbuchung vom Ökokonto der Gemeinde Moorrege ist nicht möglich, da es bereits ausgebucht ist.</p>	<p>Zu dieser Stellungnahme besteht kein Abwägungserfordernis. Das Ökokonto der Gemeinde wird derzeit wieder aufgefüllt. Es ist deshalb vorgesehen, in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde, den Ausgleich über das Ökokonto vorzunehmen.</p>
<p>Naturschutzverbände</p>	
<p>Arbeitsgemeinschaft der anerkannten Naturschutzverbände in Schleswig-Holstein – AG 29, Stellungnahme vom 22.11.2012: Vielen Dank für die Zusendung der Unterlagen zu dem vorgenannten Verfahren, zu dem die in der AG 29 zusammengeschlossenen Naturschutzverbände wie folgt Stellungnahme nehmen: Das Vorhaben wird aufgrund der Flächenverluste an Grünland kritisch beurteilt. Mit der im Zusammenhang 19. F-Plan-Änderung werden 5,3 ha überplant. Dies entspricht nicht einem schonenden und sparsamen Umgang mit Grund und Boden nach § 1a (2) BauGB.</p>	<p>Die biologischen Erhebungen haben ergeben, dass die vorhandenen Grünlandflächen einen nur geringen Wert für den Naturhaushalt haben. Ihr Verlust ist dadurch nur mit geringen Auswirkungen auf die Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt verbunden. Der Grundsatz des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden beinhaltet einerseits die sparsame Ausweisung von Baugebieten. Die Notwendigkeit einer solchen Ausweisung ist hier gegeben, so dass dieser Aspekt berücksichtigt ist. Andererseits beinhaltet der</p>

<p>Durch den hohen Grundwasserstand wird der Wasserhaushalt des Gesamtgebietes verändert, was weitreichende Auswirkungen auf den Pflanzenbestand haben kann.</p> <p>Um artenschutzrechtliche Verbotstatbestände für Fledermäuse zu vermeiden, muss die Baumreihe am südlichen Rand zu erhalten bleiben. Diese wird als Leitlinie benutzt und ist damit als Lebensstätte einzustufen. Gehölze als Lebensraum für Brutvögel sollten ebenfalls erhalten bleiben.</p> <p>Der erforderliche Ausgleich für ca. 9.000 m² in Form einer Ausgleichszahlung wird abgelehnt. Die AG-29 setzt sich ausdrücklich für den Ausgleich über das Ökokonto ein. Dies gilt umso mehr, als im Kapitel 9.2 der F-Planänderung konstatiert wird, dass die wegfallenden Lebensräume ersetzbar sind, und dementsprechend auch ersetzt werden müssen. Angesichts der momentanen Grünlandverluste durch die Intensivierung der Landwirtschaft ist weiterer Verlust von Grünland allein aus Klimaschutzgründen zu vermeiden. Die behauptete Minderwertigkeit von Grünland (Zitat: Lebensraum für nicht viele wildwachsende Pflanzen und wildelebende Tiere) kann nicht nachvollzogen werden.</p> <p>Wir bitten Sie, die AG-29 im weiteren Verfahren zu beteiligen. Insbesondere wären wir Ihnen für eine Zuleitung des Beschlusses der Gemeinde Moorrege dankbar.</p>	<p>Grundsatz aber auch den verantwortungsvollen Umgang mit bebaubarer Fläche. Das findet sich hier in den Festsetzungen des B-Planes – z.B. GFZ, Geschossigkeit – wieder.</p> <p>Dem hohen Grundwasserstand wird durch festgesetzte grundwasserschützende Maßnahmen Rechnung getragen. Dauerhafte Grundwasserabsenkungen sollen dadurch vermieden werden.</p> <p>Die Baumreihe am südlichen Rand des Plangeltungsbereiches bleibt weitgehend erhalten.</p> <p>Der erforderliche Ausgleich soll vorzugsweise über das Ökokonto der Gemeinde geleistet werden.</p> <p>Änderungen im B-Plan Nr. 30 ergeben sich aus dieser Stellungnahme nicht.</p>
<p>NABU Schleswig-Holstein, Stellungnahme vom 26.11.2012 Der NABU Schleswig-Holstein bedankt sich für die zugeschickten Unterlagen. Zu dem o.a. Vorhaben gibt der NABU – nach Rücksprache mit seinem örtlichen Bearbeiter – die folgende Stellungnahme ab. Gegen das Planungskonzept, eine als Intensivgrünland ausgewiesene Fläche als Wohngebiet (Errichtung von Einfamilien- und Doppelhäusern) im Rahmen einer Nachverdichtung des Innenbereiches auszuweisen, bestehen seitens des NABU keine wesentlichen Einwände.</p>	

<p>Es sind geringe Auswirkungen auf die Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt zu erwarten. Die aktuelle Grünlandnutzung wirkt sich limitierend auf das Lebensraumangebot für wildwachsende Pflanzen und wildlebende Tiere aus. Die in geringem Maße bestehenden Gehölzbestände im Plangebiet und an dessen Rand sollten weitgehend erhalten bleiben. Innerhalb des Wohngebietes werden nach der Bebauung und der Anlage von Hausgärten viele Arten wieder einen Lebensraum finden.</p> <p>Es wurden im Untersuchungsgebiet auch keine Quartiere der 3 nachgewiesenen streng geschützten Fledermausarten festgestellt. Die Baumreihe am südlichen Rand des Planungsgebietes, entlang der Straße "Grothar", die weitgehend erhalten bleiben soll, dient den Fledermäusen als Leitlinie. Sollte im Planungsgebiet doch der eine oder andere Baum gefällt werden müssen, ist vorher auf alle Fälle festzustellen, ob sich darin Fledermausverstecke befinden.</p> <p>Sicherzustellen ist auch die Durchführung der eventuell notwendigen Rodungen oder das Auf-den-Stock-setzen von Gehölzen außerhalb der Brutzeit der Gehölzfreibrüter gem. § 27a LNatSchG zwischen dem 01. Oktober und dem 15. März.</p> <p>Wir empfehlen die Hausdächer in Neigung und Ausrichtung so zu bauen, dass eine Sonnenenergie-Nutzung möglich ist.</p> <p>Beim Bau der Stellplätze sollen wasserdurchlässige Materialien verwendet werden, um den Versiegelungsgrad zu minimieren.</p> <p>Energiesparende und ressourcenschonende Bauweise wird dringend empfohlen.</p>	<p>Der Inhalt der Stellungnahme ist weitgehend bereits berücksichtigt worden. Die Festsetzung, Stellplätze mit wasserdurchlässigem Material zu befestigen, wird nicht aufgenommen. Es werde einzelne Stellplätze gebaut, keine zusammenhängende Stellplatzanlage. Das Niederschlagswasser kann also seitlich versickern.</p> <p>Änderungen im B-Plan Nr. 30 ergeben sich aus dieser Stellungnahme nicht.</p>
--	--

Nachbarkommunen	
<p>Gemeinde Heidgraben, Stellungnahme vom 31.10.2012</p> <p>Seitens der Gemeinde Heidgraben werden Bedenken und Anregungen nicht vorgebracht. Belange der Gemeinde Heidgraben werden durch diese Bauleitplanung nicht berührt.</p>	<p>Zu dieser Stellungnahme besteht kein Abwägungserfordernis.</p>
<p>Stadt Tornesch, Stellungnahme vom 22.11.2012</p> <p>Zu den o.g. Planungen hat die Stadt Tornesch keine Anregungen und Bedenken vorzutragen.</p>	<p>Zu dieser Stellungnahme besteht kein Abwägungserfordernis.</p>
<p>Stadt Uetersen, Stellungnahme vom 23.11.2012: <i>Anmerkung: Die Stadt Uetersen hatte um Fristverlängerung bis zum 23.11.2012 gebeten, dem wurde stattgegeben. Die Stellungnahme ist daher fristgerecht eingegangen.</i> Stellungnahme: Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss der Stadt Uetersen hat die o.g. Angelegenheit in seiner Sitzung am 22.11.2012 beraten und folgenden Beschluss gefasst, der gleichzeitig die Stellungnahme der Stadt Uetersen darstellt: Beschluss: "Die Stadt Uetersen sieht die Siedlungsentwicklung der Gemeinde Moorrege in diesem Bereich mit mindestens 80 neuen Wohneinheiten weiterhin kritisch, weil die Auswirkungen auf die Infrastruktur der Region gesehen werden. Es wird angeregt in den Dialog über das Thema des gemeinsamen Flächennutzungsplanes in ein regionales Stadt-Umland-Konzept einzutreten."</p>	<p>Moorrege liegt auf der Siedlungsachse Hamburg – Elmshorn. Hier soll die Siedlungsentwicklung vorrangig erfolgen (Tz. 2.4.1, Abs. 1Z LEP). Den Rahmen für die Siedlungsentwicklung außerhalb der zentralen Orte sollen die auf der Grundlage des LEP zu entwickelnden Regionalpläne festlegen. Bis das geschehen ist, können in Gemeinden in den Ordnungsräumen, die keine Schwerpunkte für die Siedlungsentwicklung sind, im Zeitraum 2010 bis 2025, bezogen auf ihren Wohnungsbestand am 31.12.2009, neue Wohnungen im Umfang bis zu 15 % gebaut werden (Tz. 2.5.2 Abs. 4Z LEP).</p> <p>Am 31.12.2011 gab es in Moorrege ca. 1.800 Wohnungen. In den vergangenen 3 Jahren wurden keine Wohngebiete entwickelt, so dass dieser Wohnungsbestand für den 31.12.2009 zugrundegelegt werden kann. Die Gemeinde Moorrege hat auf dieser Grundlage ein Entwicklungspotential von 270 Wohnungen bis zum Jahr 2025. Im Geltungsbereich des B-Planes Nr. 30 werden ca. 80 Wohnungen entstehen. Damit ist das Kontingent der Gemeinde Moorrege bis zum Jahr 2025 noch lange nicht ausgeschöpft. Die Größe der Entwicklungsfläche ist deshalb nicht kritisch zu sehen.</p> <p>Änderungen im B-Plan Nr. 30 ergeben sich aus dieser Stellungnahme nicht.</p>

<p>Öffentlichkeit</p> <p>Udo-Hinrich Eggers, für sich und die Bäckerei Eggers, Klinkerstraße 89, Stellungnahme vom 30.11.2012 (vertreten durch Dr. Wilhelm Mecklenburg, Diplom-Physiker und Rechtsanwalt, Pinneberg): Vorbemerkung</p> <p>Die Planungen für die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie für den Bauungsplan 27 einerseits und für die 21. Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bauungsplanes 30 werden jeweils im Parallelverfahren betrieben.</p> <p>Weiter besteht ein Sachzusammenhang zwischen den beiden F-Planänderungen sowie den beiden Bauungsplänen. Wie sich aus den jeweiligen Begründungen ergibt, wurden im 19. und 21. Änderung des Flächennutzungsplanes zunächst gemeinsam betrieben und erst nach einem längeren Verlauf getrennt; entsprechendes ergibt sich für die Bauungspläne 27 und 30.</p> <p>Hintergrund ist, dass für die Stadt Uetersen sowie die Gemeinden Tornesch, Moorrege und Heidgraben ein gemeinsamer Flächennutzungsplan (§ 204 Abs 1 BauGB, früher: § 3 Abs 1 (Satz 3) BBauG) besteht,</p> <p>Anlage 01: Vereinbarung über den gemeinsamen Flächennutzungsplan für die Stadt Uetersen sowie die Gemeinden Tornesch, Moorrege und Heidgraben vom 21. Im Dezember 1984.</p> <p>Ein solcher gemeinsamer Flächennutzungsplan kann von den beteiligten Gemeinden nur gemeinsam geändert werden, es sei denn es ist für bestimmte Fallkonstellationen Abweichendes vereinbart. Einschlägig ist vorliegend insoweit § 1 Ziffer 2.1 der Vereinbarung, wonach besondere Sonderbauflächen mit mehr als 5 ha Größe ausdrücklich nur gemeinsam ausgewiesen werden dürfen.</p> <p>Die Planung in der ursprünglichen Gestalt entsprechend den ersten Aufstellungsbeschlüssen aus dem Jahre 2009 für die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes und den Bauungsplan 27 betraf eine solche Fläche von mehr als 5 ha. Im weiteren Verfahren stellte sich dann heraus, dass die Stadt Uetersen der angestrebten Planung nicht zustimmen würde. Daraufhin wurden</p>	<p>Für die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes und die Aufstellung des Bauungsplanes Nr. 27 wurde jeweils die frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchgeführt, also das sog. Scopingverfahren. Im Zuge dieses frühen Verfahrensschrittes wurde festgestellt, dass es aus städtebaulichen Gründen günstiger ist, für das Sondergebiet Einzelhandel einerseits und das Wohngebiet andererseits gesonderte F-Plan-Änderungen (19. und 21. Änderung) und B-Pläne (Nrn. 27 und 30) aufzustellen. Einen längeren Verlauf des Verfahrens gab es bis zu diesem Zeitpunkt nicht. Der städtebauliche Grund der Trennung wurde bereits erläutert (siehe Stellungnahme der Stadt Uetersen und landesplanerische Stellungnahme).</p>
--	--

die Aufstellungsbeschlüsse geändert und die 19. Änderung des Flächen-nutzungsplanes in die 19. und 21. Änderung aufgespalten und der Bebauungsplan 27 aufgespalten in die Bebauungspläne 27 und 30.

Der Einwender rügt dies bereits vorab als verfahrensfehlerhaft und rechts-missbräuchlich. Er ist der Auffassung, dass hiermit lediglich das Zustimmungserfordernis insbesondere der Stadt Uetersen umgangen werden soll.

Wenn es auf Seite 1 der Begründung der 19. Änderung des Flächennutzungsplanes hierzu heißt:

"Die ursprünglich beabsichtigte Zusammenfassung von Sondergebiet Einzelhandel und Wohngebiet wird nicht weiter verfolgt. Beide Gebiete haben städtebaulich klar getrennte Funktionen und stellen andere planungsrechtliche Anforderungen. Die Trennung ist daher aus stadtplanerischer Sicht sachgerecht."

so ist dies eine Scheinargumentation, insbesondere im Hinblick darauf, dass die genannte Begründung den Dissens zwischen der Stadt Uetersen und der Gemeinde Moorrege überhaupt nicht erwähnt. (Siehe hierzu auch die nachfolgendes Ausführung auf Ziffer 5.6.)

Nach Auffassung des Einwenders gehören die Planungen zusammen, was nicht zuletzt dadurch bestätigt wird, dass für alle vier Planungen (19. und 21. Änderung des Flächennutzungsplanes, Bebauungspläne 27 und 30) auf der website des Amtes Moorrege nur eine gemeinsame Bekanntmachung erfolgt.

Anlage 02: Bekanntmachungstext 19. und 21. Änderung des Flächen-nutzungsplanes, Bebauungspläne 27 und 30.

Der Einwender sieht deshalb alle diese Planungen im Zusammenhang und wird deshalb nachfolgend in einem kohärenten Text vortragen. Im Hinblick auf die strengen formellen Anforderungen bei Verfahrensschritten, die, wie hier, mit materieller Präklusion bewehrt sind, wird die Stellungnahme jedoch insgesamt vierfach, mit jeweils verschiedenem Rubrum, eingereicht.

<p>2 Betroffenheit</p> <p>2.1 Der Einwender ist Inhaber einer alteingesessenen Bäckerei, die um ein Lebensmittelgeschäft / Frischemarkt ergänzt worden ist, in der Gemeinde Moorrege (Bäckerei Topkauf Eggers). Das Geschäft des Einwenders befindet sich in etwa 1,3 km Entfernung von dem geplanten Standort des Sondergebiets (Straßenroute, laut google maps). Es verfügt auf dem Grundstück über 16 Stellplätze, einige weitere Stellplätze befinden sich auf den Straßen der Umgebung. Der Betrieb beschäftigt 34 Mitarbeiter, hiervon 5 Auszubildende und 4 Aushilfen.</p> <p>2.2 Der Einwender ist in seinen geschäftlichen Interessen durch die angestrebte Planung unmittelbar berührt. Es soll im Plangebiet des Bebauungsplans 27 ein Lebensmittelmarkt (Vollsortimenter) mit einer Verkaufsfläche von maximal 1.200 m² zuzüglich einer Bäckerei und einer Apotheke vorgesehen werden. Umfangreiche Parkmöglichkeiten sind vorgesehen. Die Schalltechnische Untersuchung, dort Kapitel 4.1, spricht von 112 Stellplätzen auf dem Gelände des neuen Lebensmittelmarkts. Derzeit befinden sich in Moorrege <u>insgesamt</u> etwa 1.800 m² Verkaufsfläche, von denen etwa 300 m² dem Einwender zuzurechnen sind.</p> <p>Anlage 03: BulwienGesa AG, Wirkungsanalyse für einen Vollsortimenter in 25436 Moorrege, 18. April 2011, dort: Seite 7.</p> <p>2.3 Dies greift unmittelbar in die geschäftliche rechtlich geschützte Sphäre des Einwenders ein mit der Folge, dass ein etwaiger späterer Normenkontrollantrag jedenfalls zulässig wäre. Der Markteintritt des Planvorhabens im Bebauungsplan 27 wird zu erheblichen Verlagerung der Kaufkraftströme führen, insbesondere 3.5.1 und 3.5.2 der Anlage 03.</p> <p>2.4 Die Zulässigkeit eines etwaigen späteren Normenkontrollantrags ergibt sich auch daraus, dass der Einwender als Mitglied der betroffenen Öffentlichkeit im Sinne des Artikels 11 UVP-Richtlinie (2001/92) anzusehen ist.</p>	<p>Der gesamte Punkt 2 mit allen Unterpunkten bezieht sich auf den B-Plan Nr. 27 und ist deshalb im Abwägungsvorschlag für den B-Plan Nr. 30 nicht zu berücksichtigen.</p>
--	--

<p>2.5 Unter beiden Zulässigkeitsgesichtspunkten ergibt sich eine umfassende Rügebefugnis des Einwenders in einem etwaigen späteren Normenkontrollverfahren,</p>	
<p>3. Zum Verfahren 3.1 Soweit die Planung eine UVP-Pflicht vermeint, wird dies bereits jetzt als rechtsfehlerhaft angegriffen. Jedenfalls hätte die Frage der UVP-Pflicht übergreifend für beide Änderungen des Flächennutzungsplanes und für beide Bauabwägungspläne im Zusammenhang geprüft werden müssen.</p>	<p>Die Anlage 1 zu § 6 LUVPG sieht eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls für großflächige Einzelhandelsbetrieb vor, nicht für B-Pläne im Allgemeinen, und auch nicht für Wohngebiete. Eine übergreifende Prüfung für die B-Pläne 27 und 30 ist also nicht durchzuführen. Das wäre auch dann nicht der Fall, wenn sie zusammengefasst würden.</p>
<p>3.2 Die gemeinsame Bekanntmachung für alle vier Verfahren enthält keinen Hinweis darauf, wo die Einwendungen einzureichen sind.</p>	
<p>3.3 Auch der Planung ist bewusst, dass konkrete Fragen der Beeinflussung der Einzelhandelsituation jedenfalls in den Gemeinden Uetersen und Moorrege von erheblicher Bedeutung für die spätere Abwägung sind. Gleichwohl sind die beiden im Text genannten Einzelhandelsuntersuchungen (2008 für Uetersen, 2011 für Moorrege) nicht mit ausgelegt worden. Dies wird als erheblicher Verfahrensfehler gerügt.</p>	
<p>3.4 Schließlich ergibt sich aus der Vorlage Nr 285/2009/MO/BV des Amtes (für die Gemeinde Moorrege) vom 20.11.2009, dort: Seite 2, dass für beide Bauleitpläne ein Investor bereit steht und die Planung auf die Anforderungen dieses Investors zugeschnitten ist. Die Planunterlagen enthalten insoweit im Übrigen Hinweise auf Kostenvereinbarungen. Ein Vertragsschluss ist freilich bisher nicht erfolgt (eMail-Auskunft des Amtes vom 28. November 2012). Der Einwender hält den Verzicht auf einen vorhabensbezogenen Bauabwägungsplan (§ 12 BauGB - der eine größere Regelungsichte und erhöhte Publizität aufweisen würde) für rechtsmissbräuchlich. Ganz allgemein wären in der Auslegung etwaige zu schließende oder in Vorbereitung befindliche städtebauliche Verträge (§ 11 BauGB) in die</p>	<p>Es handelt sich um eine Angebotsplanung, die sich nicht an einen bestimmten Investor richtet, auch wenn ein bestimmter Investor die Entwicklung des Wohngebietes plant. Sollte dieser Investor die Planung nicht umsetzen, richtet sich das Angebot auch an andere. Damit liegt die Voraussetzung für einen vorhabenbezogenen B-Plan (mit Umsetzungsverpflichtung) nicht vor.</p>

<p>Auslegung mit einzubeziehen gewesen, da nicht auszuschließen ist, vielmehr nach der zuvor genatmten Beschlussvorlage als praktisch sicher unterstellt werden kann, dass diese die Planung und auch die Abwägung vorsteuern.</p>	
<p>4. Auswirkungen auf die Handelssituation</p> <p>4.1 Die Planung, 19. Änderung des Flächennutzungsplanes, Seite 2, betrachtet im Wesentlichen zwei Perspektiven: einmal die Auswirkungen auf Uetersen, einmal auf Moorrege selber. Der Einwender macht geltend, dass die angestellten Betrachtungen in wesentlichen Punkten fehlerhaft sind.</p> <p>4.2 Die Begründung zur 19. Änderung des Flächennutzungsplanes hält auf Seite 2f aus der "Perspektive Uetersen" fest:</p> <p style="padding-left: 20px;">Für den Lebensmittel-Vollversorger ist eine Verkaufsfläche von max. 1.200 m² zusätzlich Bäckerei und Apotheke vorgesehen. Die Landesplanungsbehörde hat in ihrem Schreiben vom 7.10.2011 zur Festsetzung eines Sondergebietes für die Ansiedlung eines Verbrauchemarktes eine positive Stellungnahme in Aussicht gestellt. Ein: gesondertes raumordnerisches Abstimmungsverfahren mit der Stadt Uetersen wird erst bei der Ansiedlung eines Lebensmittelvollsortimenters mit einer Verkaufsfläche von mehr als 1.200 m² als zwingend erforderlich angesehen. Unabhängig davon verweist die Landesplanungsbehörde darauf, dass angesichts des gemeinsamen Flächennutzungsplanes eine gemeinsame Vorgehensweise notwendig ist. Dies wird von der Gemeinde Moorrege grundsätzlich genauso gesehen. In mehreren Abstimmungsgesprächen konnte aber keine gemeinsame Linie gefunden werden. Die Gemeinde Moorrege stützt sich deshalb in ihrer Planung auf das Einzelhandelsgutachten der Stadt Uetersen (BulwienGesa AG, 8.12.2008), in dem ein Verbrauchemarkt in Moorrege mit einer Verkaufsfläche von 1.200 m² der Bewertung der Einzelhandelsituation der Stadt Uetersen und den daraus resultierenden Entwicklungsvorschlägen zugrundegelegt wurde (Kap. 3.6). Dass zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Gutachtens der Markt an der L 106 geplant war, und nicht an der B 431, war für die Beurteilung der Einzelhandelsituation der Stadt Uetersen nicht relevant. Das Einzelhandelskonzept wurde von der Ratsversammlung Uetersen am 9.10.2009 als Arbeitsgrundlage für die zukünftige Stadtentwicklung beschlossen."</p> <p>Die planende Gemeinde (Moorrege) versucht ersichtlich, das fehlende Einverständnis der Stadt Uetersen durch die Feststellung zu ersetzen, in einem Einzelhandelsgutachten für die Stadt Uetersen werde auf die Ansiedlung eines Lebensmittelvollversorgers in Moorrege mit einer</p>	<p>Der gesamte Punkt 4 mit allen Unterpunkten bezieht sich auf den B-Plan Nr. 27 und ist deshalb im Abwägungsvorschlag für den B-Plan Nr. 30 nicht zu berücksichtigen.</p>

Verkaufsfläche von 1.200 m² abgehoben.
Die fragliche Passage unter Ziffer 3.6 des Gutachtens von BulwienGesa 2008 lautet:

"Gemäß Angaben der Amtsverwaltung besteht die Planung, einen weiteren Lebensmittelmarkt in Moorrege anzusiedeln. Projektiert ist ein Vollsortimenter mit ca. 1.200 qm Verkaufsfläche an der Pinneberger Chaussee. Eine Realisierung des Vorhabens wird ab Ende 2009 angestrebt."

Dies gibt nicht nur für eine Abwägung der Belange in Moorrege nichts her.

4.3 Die Begründung zur 19. Änderung des Flächennutzungsplanes hält auf Seite 3 weiter aus der "Perspektive Moorrege" fest:

"Die Standort-, Markt- und Wirkungsanalyse für die Ansiedlung eines Vollsortimenters (Lebensmittel-Vollversorgers mit Getränkemarkt) in Moorrege (BulwienGesaAG, 18.4.2011) mit einer Verkaufsfläche von 1.500 m² zuzüglich Bäckerei und Apotheke hat ergeben, dass die Funktions- und Entwicklungsfähigkeit zentraler Versorgungsbereiche oder zentraler Orte durch das Projekt nicht gefährdet wird. Im Hinblick auf die Ablehnung der Stadt Uetersen im Rahmen der frühzeitigen Unterrichtung der Nachbarkommunen und der Anregung der Landesplanungsbehörde (Schreiben vom 7.10.2011), sich auf die im Einzelhandelsgutachten der Stadt Uetersen bereits berücksichtigte Verkaufsfläche von 1.200 m² für den Lebensmittel-Vollversorger zu einigen, wird diese Verkaufsflächenbegrenzung aufgenommen."

Auch dies ist keine Bearbeitung Moorreger Belange, schon deshalb nicht, weil Moorrege (anders als Uetersen) eben gerade kein zentraler Ort im Sinne des Landesplanungsrechts ist, siehe Landesentwicklungsplan SH 2011, Anhang A2. Es geht hier wiederum nur um die Feststellung, dass Uetersen nicht gefährdet wird.

Dies mag zwar ein Belang sein, den Moorrege berücksichtigen muss, die originären Belange betreffen jedoch Moorrege selber.

4.4 Hierbei mag es sein, dass die Auswirkungen auf den Handels-Standort Uetersen nicht von überragender Bedeutung sind, nicht jedenfalls wenn man die Zahlen von BulwienGesa 2011 (dort: Seite 16) zu Grunde legt, wonach Uetersen von einem Gesamtumsatz von etwa 54,8 Millionen Euro pro Jahr für periodischen Bedarf bei Durchführung der Planung etwa 2,6 Millionen Euro an Moorrege abtreten müsste.

4.5 Was Moorrege selber angeht stellen sich die Auswirkungen der Planung jedoch wie folgt dar (BulwienGesa 2011, Seite 17f:

"Zur Beurteilung der Verträglichkeit der Projektwirkungen sind allerdings nicht die absoluten Umverteilungsumsätze, sondern die Umverteilungsquoten entscheidend. Sie sind in der Tabelle "Marktverteilung — Prognose" in der rechten Spalte für alle betroffenen Lagebereiche als v.H. des Ausgangsumsatzes ausgewiesen. Die höchsten Werte treten hierbei im Moorrege (.. - 11,5%) und im benachbarten Heist (.. - 17,1%) auf. Sie dürften knapp 10% (Lidl) über 17% (Netto) bis um 20% (Topkauf) ihrer Ausgangsumsätze an das Planvorhaben abtreten.

Der Kleinhandel wäre mit Quoten um circa 10 % betroffen (Getränkemarkt, Backhandwerk); Apotheken sind im Einzugsgebiet nicht am Markt.

Diese Größenordnungen sind teilweise empfindlich, jedoch tolerierbar. Mit Ausnahme einer möglichen Angebotseinschränkung bei Topkauf (der Schwerpunkt der unternehmerischen Tätigkeit liegt dort allerdings im Bäckerei/ Konditorei-geschäft) sind allerdings aus Gutachtersicht keine projektbedingten Ausdünnungen des Versorgungsnetzes zu erwarten und selbst in diesem Worst case wären sie hinnehmbar, weil Moorrege das Vorhaben selbst an die Stelle des bisherigen Lebensmittelgeschäftes treten würde. Da sich beide fußläufigen Nahbereiche jedoch nur geringfügig überschneiden, wird dem Topkauf-Standort gutachterlich jedoch eine reale Chance des wirtschaftlichen Weiterbetriebs eingeräumt."

4.6 Damit liegt der Planung eine Gutachtenlage zu Grunde, die die Perspektive der Gesamtversorgung in der Region in den Vordergrund stellt, die Belange der Gemeinde Moorrege nach hinten rückt und schließlich die betroffenen privaten Belange ganz unten einstellt.

Was nämlich den Betrieb des Einwenders, Topkauf, angeht, so werden jedenfalls Umsatzrückgänge von 20 % vorhergesagt, wie sie jedoch als "empfindlich, jedoch tolerierbar" charakterisiert.

4.7 Zwar gibt das Gutachten zu, dass der Topkauf-Standort mit hoher Wahrscheinlichkeit durch das Vorhaben abgängig gemacht wird, blendet die realen Folgen jedoch durch die rein spekulative Anmerkung aus, dem Standort würde aufgrund der relativen hohen fußläufigen Entfernung zum neuen Standort eine "reale Überlebenschance" eingeräumt.

4.8 Dies kann nicht unwidersprochen so hingenommen werden, denn der neue Standort wird, wie heute üblich, mit einem großzügigen Kontingent an Kfz-Stellplätzen ausgestattet, das Altstandorte traditionell nicht vorweisen können. Wie oben dargelegt, verfügt Topkauf Eggers über 16, der geplante Lebensmittelmarkt über 112 Stellplätze, jeweils auf dem Grundstück.

Es ist durch die Lage des neuen Standortes an der Wedeler

Bebauungsplan Nr. 30 der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

<p>Chaussee (B 431) davon auszugehen, dass bspw gerade der Quell- und Zielverkehr (Moorrege hat eine hohe Pendlerquote) sozusagen am neuen Standort "aussteigen" wird, um die dort günstige Parksituation auszunutzen. (Siehe auch eine entsprechende Bemerkung auf Seite 15 der Verkehrsuntersuchung.) Der Einwender bezweifelt deshalb, dass die im Gutachten von BulwienGesa genannten 20% Umsatzeinbuße wirklich die Realität wider spiegeln; (deutlich) höhere Einbußen sind zu befürchten.</p> <p>4.9 Da die Planung zudem, wie nachfolgend skizziert wird, (auch sonst) in sich unschlüssig ist und eine gerechte Abwägung der öffentlichen und privaten Belange nicht zulässt, kann es nicht angehen, einen Betroffenen privaten Betriebs der realen Gefahr des Unterganges zu Gunsten eines neuen privaten Betreibers auszusetzen. Insofern bestätigen sich die gesetzlichen Wertungen des § 11 Abs 3 BauNVO, die bei derartigen Einrichtungen mit einer Geschossfläche von 1.200 m² und mehr regelmäßig von erheblichen Auswirkungen auf die infrastrukturelle Ausstattung und die Entwicklung von Versorgungsbereichen usw. ausgehen.</p>	
<p>5. Fehlende Erforderlichkeit 5.1 Aus dem vorangehenden folgt auch, dass der Planung der Gemeinde Moorrege die Erforderlichkeit abgeht.</p>	<p>Die Planung ist erforderlich, um der Nachfrage nach Wohnbaugrundstücken in der Gemeinde Moorrege nachkommen zu können.</p>
<p>5.2 Die Planung prüft ersichtlich rein negativ, ob Belange Uetersens und/ oder übergemeindliche Belange berührt sind.</p> <p>5.3 Dies sind Abwägungsgesichtspunkte, aber keine legitimen Ziele der gemeindlichen Planung.</p> <p>5.4 Auch ganz praktisch fehlt der Planung die Erforderlichkeit. Unstrittig soll Kaufkraft insbesondere aus dem benachbarten Zentrum Uetersen abgezogen werden. Für die Versorgung Moorreges ist die Einrichtung aber gerade nicht erforderlich.</p> <p>5.5 Schließlich kann auch die fehlende Zustimmung Uetersens zu</p>	<p>Die nachfolgenden Punkte beziehen sich auf den B-Plan Nr. 27 und sind deshalb im Abwägungsvorschlag für den B-Plan Nr. 30 nicht zu berücksichtigen.</p>

den Planungen der fehlenden Erforderlichkeit zugeordnet werden, da sie die Planung aufgrund einer Vertragsverletzung undurchführbar macht. Die Planung legt überhaupt nicht dar, warum das ursprüngliche Plan-gebiet aufgespalten wurde. Dass planerisch eine Einkaufseinrichtung für den täglichen Bedarf einerseits und eine Wohngebietsfläche nicht zusammen gehören, ist nach keinem vernünftigen Standpunkt verständlich. Es bleibt dabei, dass kein Grund für die Aufspaltung ersichtlich ist, außer die genannte 5ha-Genze zu unterschreiten, insoweit ist die Planung rechtsmissbräuchlich.

5.6 Umgekehrt ist es so, dass die

Beschlussvorlage Nr 435/2012/MO/BV des Amtes für die Gemeinde Moorrege vom 16. Februar 2012, Seite 1f, ganz klar ausweist, dass die Aufspaltung "zur Realisierung des Projekts trotz Widerstands Uetersens" vorgeschlagen wurde; die dort zu findenden Ausführungen lauten:

"Die Gemeinde Moorrege hat keinen eigenen, sondern einen gemeinsamen Flächennutzungsplan mit den Städten Tornesch und Uetersen sowie der Gemeinde Heidgraben. Die Vereinbarung zu diesem gemeinsamen Flächennutzungsplan sieht vor, dass bei Flächennutzungsplanänderungen, die ein Gebiet mit mehr als 5ha Fläche betreffen, die so genannte Gemeinsamkeit betroffen ist und alle Vertragspartner dann durch gleichlautende Beschlussfassungen der Flächennutzungsplanänderung zustimmen müssen.

Das Plangebiet der bisherigen 19. Änderung des Flächennutzungsplanes (mit Vollsortimeter und Wohnbaugelände) ist größer als 5ha, wodurch demzufolge gleichlautende Beschlussfassungen notwendig geworden sind. Tornesch und Heidgraben haben diese Beschlüsse gefasst. Die Stadt Uetersen jedoch hat bekanntermaßen keinen gleich lautenden Beschluss gefasst, weil man sich gegen die Pläne der Gemeinde Moorrege zur Schaffung eines Vollsortimeters an der B431 ausgesprochen hat.

Lediglich 850 m² Verkaufsfläche, was einem kleinen Discounter entspricht, wollte man zugestehen. Die Landesplanung hatte der Gemeinde bereits die Zustimmung zu einem Vollsortimeter bis zu einer Größe von 1.200 m² in Aussicht gestellt.

(Hinweis des Unterzeichners: Aber nur unter dem Vorbehalt der Zustimmung Uetersens!)

Aufgrund der ablehnenden Haltung der Stadt Uetersen wurde nun nach alternativen Möglichkeiten zur Realisierung des Projektes gesucht.

Die einfachste Möglichkeit ist aus Sicht der Verwaltung die Aufteilung des Gesamtprojektes Schafswalde auf 2 Flächennutzungsplanänderungen, weil dann beide Einzeländerungen jeweils weniger als 5ha Fläche beinhalten und somit

**Bebauungsplan Nr. 30 der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung**

<p>keine gleichlautenden Beschlüsse zum gemeinsamen Flächennutzungsplan mehr notwendig sind. Die Verfahren wurden damals trotz der unterschiedlichen Nutzungen von Einzelhandel und Wohnbaugelände in einem Bauleitplan zusammen gelegt, weil es einfacher war und die Gemeinde hinsichtlich der Realisierung immer einen Gesamtzusammenhang gesehen hat. Dieser existiert auch weiterhin, jedoch ist es rein planungsrechtlich sogar sinnvoll, Einzelhandel und ein Wohnbaugelände in 2 parallel verlaufenden Planverfahren durchzuführen. Hierfür spricht auch die Tatsache, dass Uetersen mit den Gründen zur Versagung eines Vollsortimenters gleichzeitig die Neuausweisung von Wohnbauflächen am Grothar verhindert."</p> <p>5.7 Ist dies als solches schon klar genug, so ist in rechtlicher Hinsicht noch anzumerken, dass im Regelungsbereich des § 204 BauGB bei Vorliegen eines gemeinsamen Flächennutzungsplanes die Abweichungsregelung vom Zustimmungserfordernis Ausnahmecharakter hat und deshalb eng auszulegen ist. Der hier zitierte Vorschlag der Verwaltung (der zudem unterschlügt, dass die Landesplanung die Zustimmung Uetersens vorausgesetzt hatte) passt hierzu nicht.</p>	
<p>6. Raumordnerische Belange 6.1 Zugrunde zu legen ist eine großflächige Einzelhandelseinrichtung, da eine Verkaufsfläche von 800 m² überschritten wird, Fickert/ Fieseler, BauNVO-Kommentar (11. Auflage), § 11 Rn 333, mit Hinweisen zur Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts.</p>	<p>Der gesamte Punkt 6 mit allen Unterpunkten bezieht sich auf den B-Plan Nr. 27 und ist deshalb im Abwägungsvorschlag für den B-Plan Nr. 30 nicht zu berücksichtigen.</p>
<p>6.2 Solche Einrichtungen sind nur in Zentralen Orten gemäß 2.2 des Landesentwicklungsplans vorzusehen, Landesentwicklungsplan 2.8, Ziel 3Z.</p> <p>6.3 Insofern wäre die Durchführung eines Zielabweichungsverfahrens geboten gewesen, § 4 Abs 3 LPlanG. Auf Anfrage des Unterzeichners hat das Amt Moorrege jedoch mit Datum vom 31. Oktober 2012 mitgeteilt, ein solches werde nicht für erforderlich gehalten und auch nicht durchgeführt. Der Einwander meint demgegenüber, dass die Planung nicht durchgeführt werden kann, da sie den Zielen der Raumordnung widerspricht.</p> <p>6.4 Soweit die Landesplanung eine positive Stellungnahme für eine</p>	

Verkaufsfläche von bis zu 1.200 m² in Aussicht gestellt haben soll, wäre dies jedenfalls unbeachtlich. Den gegenteiligen Ausführungen auf Ziffer 4.1.1 der Begründung zum B-Plan 27 wird widersprochen.

Zum einen widersprüche dies Raumordnungsrecht und den festgelegten Zielen der Landesplanung. Zum anderen wird die Obergrenze von 1.200 m² vorliegend auch gar nicht eingehalten, da die integrierte Bäckerei und Apotheke nicht mit eingerechnet werden.

Dies bleibt freilich unklar, da sich die Planung auf die Festlegung einer Verkehrsflächenzahl VKZ von 0,1401 beruft.

Eine Anwendung dieser Zahl zeigt allerdings, dass die Obergrenze von 1.200 m² auch bei streng formaler Rechnung nicht eingehalten wird, da das Plangebiet eine Fläche von 8569 in² hat und $8.569 \cdot 0,1401 = 1.200,5169$.

Wenn auf Ziffer 4.1.1 Begründung B-Plan 27 dann auch noch die private Verkehrsfläche nicht einbezogen werden soll, wird dem widersprochen.

Die VKZ müsste selbst bei einer Einhaltung von 1.200 m² niedriger als 0,1401 gesetzt werden.

<p>6.5 Nach alledem dürfen weder die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes noch der Bebauungsplan 27 beschlossen werden, da ein Verstoß gegen die Ziele der Raumordnung vorliegt, vgl § 1 Abs 4 BauGB.</p> <p>6.6 Dies ist auf die benachbarten Pläne (21. Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplan 30) mit zu übertragen da alle diese Pläne in Zusammenhang stehen.</p> <p>6.7 Ersichtlich sieht die Planung den Ausschluss von Getränkemärkte und Flächenbeschränkungen für die Bäckerei und die Apotheke nicht vor. Dies ist jedoch von der Landesplanung gefordert worden, Schreiben der Landesplanung vom 25. Juni 2012 an Möller-Plan und das Amt Moorrege, IV 231-603.111, Seite 3. Auch insoweit kann der Satzungsbeschluss jedenfalls derzeit nicht gefasst werden. Die Planung ist zu überarbeiten.</p>	
<p>7. Zusammenhang der Planungen 7.1 Der Einwender meint, dass die beiden Planungen (B-Pläne 27 und 30 sowie zugehörige F-Planänderungen) gefasst werden müssen, um dem Gebot der umfassenden Konfliktbewältigung gerecht zu werden.</p>	<p>Die beiden B-Pläne sind städtebaulich getrennt zu betrachten. Die Konfliktbewältigung ist daher auch grundsätzlich für jeden B-Plan getrennt zu beachten. Dort, wo es erforderlich ist, wurde eine übergreifende Betrachtung zur Konfliktbewältigung vorgenommen - siehe Schallimmissionsprognose und Verkehrsgutachten und die sich daraus ergebenden Festsetzungen des B-Planes.</p>
<p>7.2 Naturräumlich und was Wasser- und Bodenverhältnisse angeht, gehören die Flächen ohnehin zusammen. Auch naturschutzfachlich ist anzumerken, dass die angetroffenen Vogel- und Fledermausarten auf eine Einheitlichkeit der Standorte hindeuten und die Betroffenheiten eben nicht in getrennten Untersuchungen hätten ermittelt werden dürfen.</p>	<p>Dies ist kein städtebauliches Argument für die Zusammenfassung der beiden B-Pläne.</p>
<p>7.3 Erschließungstechnisch wird ersichtlich so verfahren, dass das Sondergebiet vom Wohngebiet nicht erreichbar sein soll; dies ist widersinnig, da es um die Versorgung von Endverbrauchern geht.</p>	<p>Es ist vorgesehen, ein fußläufige Verbindung zwischen dem Wohngebiet und dem Gelände des Verbrauchermarktes zu schaffen (Kap. 6 der Begründung).</p>

Bebauungsplan Nr. 30 der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

<p>7.4 Auch die Schalltechnische Untersuchungen hätten übergreifend in eine zusammen gefasst werden müssen.</p>	<p>Zu diesem Punkt hat das Büro LAIRM Consult mitgeteilt: "Die schalltechnischen Auswirkungen wurden jeweils für sich separat ermittelt und beurteilt. Dies betrifft im Wesentlichen die Betrachtung des gewerblichen Lärms. Hinsichtlich der Auswirkung des B-Plan-induzierten Zusatzverkehrs im öffentlichen Straßenraum wurde zur sicheren Seite eine gleichzeitige Entwicklung beider Bauungspläne zu Grunde gelegt. In diesem Ansatz sind die größten Veränderungen zu erwarten, im Vergleich dazu würden bei nur jeweils der isolierten Betrachtung eines jeden Bauungsplanes geringere Veränderungen zu erwarten sein. Somit sind die Auswirkungen bei der Realisierung beider Bauungspläne in beiden schalltechnischen Untersuchungen entsprechend gewürdigt, die Notwendigkeit einer einzigen schalltechnischen Untersuchung ist daher nicht erforderlich."</p>
<p>7.5 Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass die Bauleitplanungen auch wirtschaftlich eindeutig verknüpft sind. So heisst es in der Vorlage Nr 285/2009/MO/BV des Amtes (für die Gemeinde Moorrege) vom 20.11.2009, dort: Seite 2: Zwischenzeitlich hat ein neuer Investor (EMV Grundstücks GmbH & Co.KG, Elmshorn) sein Interesse an der Überplanung der vorgenannten Flächen bekundet und der Gemeinde den anliegenden Vorentwurf zukommen lassen. Der Vorentwurf sieht entgegen der bisherigen Planung für das Gebiet der "Schafweide" von etwa 15.600 m² allgemeinem Wohngebiet im Süden sowie etwa 20.400 m² Mischgebiet (für tlw. Wohn- aber auch gewerblicher Nutzung) nunmehr ca. 27.000 m² Wohngebietsfläche Süden und -9.034 m² für ein Sondergebiet "Einzelhandel" vor und geht von 53 Wohngrundstücken aus.</p>	<p>Bei beiden B-Plänen handelt es sich um Angebotsplanungen ohne wirtschaftliche Verknüpfung. Die zitierte Vorlage gehört zu dem B-Plan 27, vor der städtebaulich gebotenen Aufteilung in B-Plan Nr. 27 und B-Plan Nr. 30.</p>
<p>8. Unschlüssigkeit der Einzelplanungen 8.1Bebauungsplan 27 8.1.1 Anzumerken ist hier vor allem die ungeklärte Erschließungssituation. Nach § 17b Abs 2 FStrG (die B431 ist eine Bundesfernstraße) ersetzen Bauungspläne die Planfeststellung. Der Verweis der Planung auf ein gesondertes Genehmigungsverfahren, zB Bauungsplan 27, Begründung, Ziffer 2 aE, ist irreführend. Es liegt ein Verstoß gegen den Grundsatz der umfassenden Konfliktbewältigung vor. Der Satzungsbeschluss kann die später zu erteilende Genehmigung (Planfeststellung) nicht einfach</p>	<p>Der gesamte Punkt 8.1 mit allen Unterpunkten bezieht sich auf den B-Plan Nr. 27 und ist deshalb im Abwägungsvorschlag für den B-Plan Nr. 30 nicht zu berücksichtigen.</p>

<p>unterstellen. Das hier ernsthaftige Probleme bestehen, zeigt schon die Verkehrsuntersuchung (dort insbesondere: Seite 24). Es gibt nur eine sehr eingeschränkte Leistungsfähigkeit der Zu/Abfahrt des neuen Lebensmittelmärktes. Darüber hinaus merkt das Verkehrsgutachten (dort: Seite 15) selber an, dass eine gesicherte Querungsstelle über die Wedeler Chaussee erforderlich ist. Eine solche ist jedoch nicht Bestandteil der Planung.</p>	
<p>8.1.2 Der Einwender wendet sich auch aus anderem Grund gegen die Abspaltung des Verfahrens Umbau der B431. Es handelt sich deutlich um eine Erschließungsfläche für die geplante Einkaufseinrichtung. Insofern müssten die Kosten auch dem Begünstigten der Erschließung auferlegt werden. Geschieht dies nicht (wie hier, wenn nach FStrG und nicht nach BauGB gebaut wird), könnte es sich um eine unzulässige Beihilfe (Artikel 107 AEUV) handeln; unabhängig davon ist die Vorgehensweise im Hinblick auf die gebotene Sparsamkeit der öffentlichen Haushaltsführung unzulässig.</p>	<p>Zur Übernahme der Kosten durch die Planbegünstigte wurden ein Erschließungsvertrag und ein städtebaulicher Vertrag geschlossen.</p>
<p>8.1.3 Nur am Rande sei angemerkt, dass der Hinweis Bebauungsplan 27, Begründung, Ziffer 2, die Verlegung der B431 in diesem Bereich sei nicht mehr Bestandteil des Bundesverkehrsweegeplans, unverständlich ist. Maßgeblich ist zum Einen ohnehin nicht der Bundesverkehrsweegeplan, sondern der Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen (§ 1 FStrAbG), und dieser enthält sehr wohl dortselbst nach wie vor eine Verlegung der B431, wenn auch im weiteren Bedarf und jedenfalls teilweise als Maßnahme mit besonderem naturschutzfachlichen Prüfauftrag.</p>	<p>Der Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen wird Bundesverkehrsweegeplan genannt. Der Bundesverkehrsweegeplan 2003 enthält noch die Verlegung der B 431. Die Fortschreibung 2015 wird sie aber nach Information durch den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein nicht mehr beinhalten.</p>
<p>8.1.4 Schließlich sei noch einmal darauf hingewiesen, dass das Plangebiet des B-Plans 27 vom Wohngebiet (Plangebiet B-Plan 30) gar nicht unmittelbar erreichbar ist (siehe Planzeichnung B-Plan 30). Eine solche Planung macht für eine Einkaufseinrichtung des "periodischen Bedarfs" keinen Sinn.</p>	<p>Siehe Anmerkung zu Punkt 7.3.</p>

Bebauungsplan Nr. 30 der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

<p>8.2 Bebauungsplan 30 8.2.1 Verkehrstechnisch ist das Plangebiet nicht unmittelbar an das Gebiet des B-Plans 27 angebunden.</p>	<p>Es wird eine fußläufige Verbindung geschaffen.</p>
<p>8.2.2 Es ist darauf hinzuweisen, dass der B-Plan (Textteil) Festlegungen zum Schallschutz enthält, die zeigen, dass das Gelände nur bedingt zum Wohnen geeignet ist.</p>	<p>Das Büro LAIRM Consult hat dazu mitgeteilt: Die Festsetzungen zum Bebauungsplan Nr. 30 beinhalten Festsetzungen zum Schutz gegen Verkehrslärm. Hierbei ist einerseits die Ausweisung des Lärmpegelbereiches III nach DIN 4109 erforderlich, um gesunde Wohnverhältnisse gegenüber dem Verkehrslärm von der Straße Grothar im südlichen Plangeltungsbereich sowie im nordwestlichen Plangeltungsbereich zum Schutz vor Verkehrslärm von der B 431 sicherzustellen. Zusätzlich sind im straßennahen Bereich der Straße Grothar die möglichen Außenwohnbereiche mit einem Mindestabstand (10m von der Straßenmitte der Straße Grothar) zu versehen, um auch gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse in diesem Bereich zu sichern. Die Festsetzung hinsichtlich der schalldämmten Lüftungen ab einem Beurteilungspegel größer 45 dB(A) nachts ist seit langer Zeit Bestandteil der städtebaulichen Festsetzungen, um für den Nachzeitraum für Schlaf- und Kinderzimmer den notwendigen hygienischen Luftwechsel zu gewährleisten, und stellen kein unüberwindbares Hindernis dar. Der gesamte übrige Plangeltungsbereich ist frei von schalltechnischen Festsetzungen, so dass der hier vorgebrachte Einwand, der im Übrigen auch nicht näher konkretisiert ist, nicht nachvollzogen und somit auch nicht gefolgt werden kann.</p>
<p>8.2.3 Entsprechendes gilt auch für die Wasserverhältnisse (hoch anstehendes Grundwasser). Hierbei sind Effekte des Klimawandels noch nicht berücksichtigt.</p>	<p>Die Belange des Klimaschutzes sind berücksichtigt.</p>

<p>8.2.4 Auch hier macht die Planung Voraussetzungen, die planungsrechtlich nicht abgesichert werden. Die Verkehrsuntersuchung zum B-Plan 30 (dort: Seite 7, Seite 150 unterstellt eine Verkehrsberuhigung auf Tempo 30 auf der Straße Grothar (Verbindung zwischen Wedeler und Pinneberger Chaussee). Eine planungsrechtliche Absicherung hierfür gibt es nicht, auch eine einschlägige Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde wurde in den ausgelegten Unterlagen nicht in Bezug genommen. Gleichwohl wird dies insbesondere er die Leistungsfähigkeitsuntersuchungen ausdrücklich unterstellt Verkehrsuntersuchung, Seite 16). Dies kann so nicht akzeptiert werden.</p>	<p>Nach der VwV-StVO zu §45 zu Abs. 1 bis 1e XI. Abs. 6 ist die Anordnung von Tempo 30-Zonen auf Antrag der Gemeinde vorzunehmen, wenn die Voraussetzungen und Merkmale der StVO und der VwV-StVO vorliegen oder mit der Anordnung geschaffen werden können. Dieses ist aus Sicht der Anordnung der Fall und die Gemeinde wird bei der Straßenverkehrsbehörde einen entsprechenden Antrag stellen.</p>
<p>8.2.5 Auch für den B-Plan 30 ist anzumerken, dass es zwar verkehrstechnisch einerseits sinnvoll ist, keinen direkten Verkehr zum neuen Lebensmittelmart zuzulassen, aber eine gewisse Verbindung bspw für Radfahrer und/ oder Fußgänger, wäre geboten, um die Planung nicht in sich widersinnig erscheinen zu lassen. Umgekehrt ist es so, dass die jetzt geplante Situation zu auch gefährlichen Umwegverkehren führt, bspw, wenn Kinder zum Einkaufen geschickt werden sollen.</p>	<p>Siehe Anmerkung zu Punkt 8.2.1.</p>
<p>9. Naturschutz 9.1 Planungsraum zwei bzw drei (die Planung bleibt insoweit unklar bzw etwas widersprüchlich) Fledermausarten betroffen, siehe die jeweiligen Gutachten der Firma LEGUAN). 9.2 Den jeweiligen Konfliktbewertungen, LEGUAN B-Plan 27, Ziffer 5.2.4, LEGUAN B-Plan 30, Ziffer 5.2.4, wird widersprochen.</p>	<p>Das Büro leguan gmbh hat zu diesen Punkten folgendes ausgeführt: "Die Erfassung der Fledermausfauna im Bebauungsplangebiet Nr. 27 und Nr. 30 in der Gemeinde Moorrege fand am 10.08.2010 und am 12.08.2010 an ausgewählten Beobachtungspunkten im Gebiet statt. Insgesamt wurden an beiden Tagen 5 Beobachtungspunkte eingerichtet. Zur Ermittlung der Wertigkeit des Untersuchungsgebietes als Jagdhabitat wurde die Aktivitätsdichte dokumentiert. Zudem wurde innerhalb des Untersuchungsgebietes nach Fledermausquartieren gesucht. Darüber hinaus wurde 1 Horchbox der Fa. Albotronic während zweier Nächte (21. und 24.06.2010) in dem Gehölzstreifen nord-östlich des Untersuchungsgebietes exponiert.</p>

Bebauungsplan Nr. 30 der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

	<p>In Kapitel 4.4 des betreffenden Gutachtens (zu B-Plan Nr. 27) wird herausgestellt, dass mit Hilfe der Detektoruntersuchung 2 Fledermausarten (Breitflügelvedermaus und Großer Abendsegler) nachgewiesen wurden. Zusätzlich wurde an dem Standort der Horchboxenerfassung, außerhalb des Untersuchungsgebietes, als weiterer Nachweis die Zwergfledermaus dokumentiert. Insgesamt wurden somit 3 Fledermausarten nachgewiesen, die in die artenschutzfachliche Konfliktanalyse eingestellt wurden. Analoges gilt für das Gutachten zu B-Plan Nr. 30. Auch hier wurden 3 Fledermausarten (Breitflügelvedermaus, Großer Abendsegler und Zwergfledermaus) eingestellt. Insofern liegen hier keine widersprüchlichen Angaben vor."</p>
<p>9.3 LEGUAN unterstellt schlicht, dass bei Eingriffen in Lebensräume Ausweichmöglichkeiten. Die kann weder so ohne Weiteres unterstellt werden noch reicht es aus, um den artenschutzrechtlichen Anforderungen Genüge zu tun.</p> <p>9.4 Überraschend und im rechtswissenschaftlich Schrifttum nicht Verankert ist der Begriff der "essentiellen" Lebensstätten oder "essentiellen" Jagdhabitats. Eine solche Reduzierung des Lebensraumschutzes ist rechtlich abzulehnen.</p> <p>9.5 Soweit die Planung nicht zu zwingenden Vorgaben weiter schreitet (was für beide B-Pläne der Fall ist, wie sich aus den jeweiligen textlichen Festsetzungen ergibt), ist dies unzureichend. Es reicht eben nicht, wenn es im biologischen Fachbeitrag (LEGUAN, B-Plan 30, Seite 24 unten, ebenso B-Plan 27), "die Planung sollte (Hervorhebung: Unterzeichner) sicher stellen ...". Die entsprechenden Anforderungen sind sicher zu stellen.</p>	<p>Essenzielle¹, i. S. von lebensnotwendigen Habitaten (siehe auch bei LBV-SH 2009 u. LBV-SH 2011) - hier für Fledermäuse - wie Fortpflanzungs- und Ruhestätten oder auch essenzielle Jagdgebiete sind durch den Eingriff nicht betroffen (s. Gutachten leguan gmbh zu B-Plan Nr. 27, Pkt. 5.2.4 bzw. zu B-Plan Nr. 30, Pkt. 5.2.4). Bezüglich der Ausweichmöglichkeiten ist weiter anzumerken, dass zur Vermeidung von Tötungen und Verletzungen i. S. des § 44 (1) 1 BNatSchG bei einer nicht pauschal auszuschließenden Nutzung einzelner Bäume als temporäres Tagesversteck für Fledermäuse eine entsprechende Bauzeitenregelung anberaumt wurde. Laut LBV-SH (2011, 40) gilt: „Der Verlust von einzelnen Balzquartieren oder Tagesverstecken löst im Regelfall kein Zugriffsverbot aus, da die benötigten Habitatstrukturen meistens im räumlichen Zusammenhang zur Verfügung stehen. In besonders gehölzreichen Gebieten löst der Verlust weniger Bäume aufgrund des Überangebots an geeigneten Tagesquartieren keine Einschränkung der Funktionsfähigkeit der Fortpflanzungs- und Ruhestätten aus. Zum</p>

¹ Der Begriff „essenziell“ ist im naturwissenschaftlichen Kontext, einschließlich der landesweiten Nomenklatur in Schleswig-Holstein bzgl. seiner Anwendung bei artenschutzrechtlichen Fragestellungen durchaus gebräuchlich (s. http://www.schleswig-holstein.de/LBVSH/DE/Umwelt/artenschutz/download_artenschutz1_Artenschutz_LBV__blob=publicationFile.pdf), auch wenn möglicherweise die Verankerung im rechtswissenschaftlichen Schrifttum noch keinen Niederschlag gefunden hat. Es handelt sich hier um einen fachlichen Terminus, der in Fachkreisen im Zusammenhang mit der Bedeutung von Lebensräumen bzw. Teil Lebensräumen benutzt wird, um die Bedeutung dieser Lebensstätte qualifizieren zu können

Bebauungsplan Nr. 30 der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

	<p>Nachweis dieser Annahme im konkreten Fall reicht in der Regel eine gutachterliche Einschätzung des Angebots an Tagesverstecken und Balzquartieren aus.“</p> <p>Diese Einschätzung wurde gutachterlich getroffen.</p> <p>Zum Gutachten der leguan gmbh zu B-Plan Nr. 27 und Nr. 30: Auch hier wird richtigerweise herausgestellt, dass essenzielle Jagdhabitats nicht verloren gehen. Es wird ein Teil des Grünlandes, das als fakultatives Jagdhabitat genutzt wird, bebaut. Es bleiben jedoch genügend andere Habitats erhalten.</p>
<p>9.6 Hier hat die Planung mindestens nachzuarbeiten, wobei sich im Übrigen gerade hinsichtlich der präsentierten Daten zu den Fledermäusen ergibt, dass die Plangebiete 27 und 30 zusammen gefasst betrachtet werden müssen. Eine konkretisierte Betrachtung wie typischerweise nach dem Artenschutz- bzw Fledermausvermerk des LBV-SH in der Straßenplanung wäre geboten; mangels Anstoßfunktion der Pläne ist hier zunächst nicht mehr vorzutragen.</p>	<p>Bei den betrachteten B-Plangebieten handelt es sich um 2 verschiedene Gebiete. Diese sind räumlich assoziiert, sind jedoch formell getrennt. Insofern ist eine gemeinsame zusammenfassende Betrachtung nicht angezeigt, denn die beiden B-Pläne haben unterschiedliche Planungen zum Inhalt (WA - SO).</p>
<p>9.7 Bei insgesamt integrierter Betrachtung ist der Einwender im Übrigen der Auffassung, dass die UVP-Pflicht, anders als von der Planung unterstellt, bspw Ziffer 24 Begründung B-Plan 27, eben nicht zu verneinen ist.</p>	<p>Die UVP-Pflicht ist ausschließlich im Hinblick auf den großflächigen Einzelhandel zu beurteilen. Dafür ist sie nicht erforderlich (siehe Anmerkung zum Punkt 3.1).</p>
<p>10. Ergebnis Die Planung ist insgesamt abzulehnen. Mindestens ist sie in integrierter Form unter Einschluss einer vollständigen Umweltverträglichkeitsprüfung neu zu erarbeiten. Der Verstoß gegen Raumordnungsrecht wird sich so allerdings nicht vermeiden lassen, so dass die Planung aufzugeben ist.</p>	<p>Änderungen im B-Plan Nr. 27 ergeben sich durch diese Stellungnahme nicht.</p>

Enrico Schiller, Grothar 10, Stellungnahme vom 30.11.2012 (vertreten durch Dr. Wilhelm Mecklenburg, Diplom-Physiker und Rechtsanwalt, Pinneberg)

Vorbemerkung

Die Planungen für die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie für den Bebauungsplan 27 einerseits und für die 21. Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes 30 werden jeweils im Parallelverfahren betrieben.

Weiter bestellt ein Sachzusammenhang zwischen den beiden F-Planänderungen sowie den beiden Bebauungsplänen. Wie sich aus den jeweiligen Begründungen ergibt, wurden im 19. und 21. Änderung des Flächennutzungsplanes zunächst gemeinsam betrieben und erst nach einem längeren Verlauf getrennt; entsprechendes ergibt sich für die Bebauungspläne 27 und 30.

Hintergrund ist, dass für die Stadt Uetersen sowie die Gemeinden Tornesch, Moorrege und Heidgraben ein gemeinsamer Flächennutzungsplan (§ 204 Abs 1 BauGB, früher: § 3 Abs 1 (Satz 3) BBauG) besteht,

Anlage 01: Vereinbarung über den gemeinsamen Flächennutzungsplan für die Stadt Uetersen sowie die Gemeinden Tornesch, Moorrege und Heidgraben vom 21. Im Dezember 1984.

Ein solcher gemeinsamer Flächennutzungsplan kann von den beteiligten Gemeinden nur gemeinsam geändert werden, es sei denn es ist für bestimmte Fallkonstellationen Abweichendes vereinbart. Einschlägig ist vorliegend insoweit § 1 Ziffer 2.1 der Vereinbarung, wonach besondere Sonderbauflächen mit mehr als 5 ha Größe ausdrücklich nur gemeinsam ausgewiesen werden dürfen.

Die Planung in der ursprünglichen Gestalt entsprechend den ersten Aufstellungsbeschlüssen aus dem Jahre 2009 für die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes und den Bebauungsplan 27 betraf eine solche Fläche von mehr als 5 ha. Im weiteren Verfahren stellte sich dann heraus, dass die Stadt Uetersen der angestrebten Planung nicht zustimmen würde. Daraufhin wurden die Aufstellungsbeschlüsse geändert und die 19. Änderung des Flächen-

Die Stellungnahme von Herrn Enrico Schiller entspricht in weiten Teilen der des Herrn Udo-Hinrich Eggers. Abwägungsvorschläge werden deshalb nur insoweit dargelegt, wie die Stellungnahme von Herrn Schiller sich von der des Herrn Eggers unterscheidet. Im Übrigen erfolgt ein Hinweis auf die gleichlautenden Teile der Stellungnahmen.

Dies gilt auch bereits für die Vorbemerkung.

nutzungsplanes in die 19. und 21. Änderung aufgespalten und der Bebauungsplan 27 aufgespalten in die Bebauungspläne 27 und 30.

Der Einwender rügt dies bereits vorab als verfahrensfehlerhaft und rechtsmissbräuchlich. Er ist der Auffassung, dass hiermit lediglich das Zustimmungserfordernis insbesondere der Stadt Uetersen umgangen werden soll.

Wenn es auf Seite 1 der Begründung der 19. Änderung des Flächennutzungsplanes hierzu heißt:

"Die ursprünglich beabsichtigte Zusammenfassung von Sondergebiet Einzelhandel und Wohngebiet wird nicht weiter verfolgt. Beide Gebiete haben städtebaulich klar getrennte Funktionen und stellen andere planungsrechtliche Anforderungen. Die Trennung ist daher aus stadtplanerischer Sicht sachgerecht."

so ist dies eine Scheinargumentation, insbesondere im Hinblick darauf, dass die genannte Begründung den Dissens zwischen der Stadt Uetersen und der Gemeinde Moorrege überhaupt nicht erwähnt. (Siehe hierzu auch die nachfolgendes Ausführung auf Ziffer 5.6.)

Nach Auffassung des Einwenders gehören die Planungen zusammen, was nicht zuletzt dadurch bestätigt wird, dass für alle vier Planungen (19. und 21. Änderung des Flächennutzungsplanes, Bebauungspläne 27 und 30) auf der website des Amtes Moorrege nur eine gemeinsame Bekanntmachung erfolgt.

Anlage 02: Bekanntmachungstext 19. und 21. Änderung des Flächennutzungsplanes, Bebauungspläne 27 und 30.

Der Einwender sieht deshalb alle diese Planungen im Zusammenhang und wird deshalb nachfolgend in einem kohärenten Text vortragen. Im Hinblick auf die strengen formellen Anforderungen bei Verfahrensschritten, die, wie hier, mit materieller Präklusion bewehrt sind, wird die Stellungnahme jedoch insgesamt vierfach, mit jeweils verschiedenem Rubrum, eingereicht.

Bebauungsplan Nr. 30 der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

<p>2 Betroffenheit</p> <p>2.1 Der Einwender ist Eigentümer eines Wohngrundstücks an der Straße Grothar 10, in unmittelbarer Nachbarschaft zum Plangebiet der F-Planänderungen 21 / des Bauungsplans 30. Das Grundstück liegt in etwa gegenüber dem Anschluss des Siedlerwegs.</p>	
<p>2.1.1 Er macht geltend, dass die Planung insbesondere zu einer Erhöhung des Verkehrsaufkommens auf der Straße am Grothar führen wird.</p>	<p>Vom Büro Gertz Gutsche Rümenapp wurde dazu ausgeführt: "Es ist zutreffend, dass insbesondere das neue Wohngebiet zu Neuverkehren in der Straße Grothar führen wird. Wie in der Verkehrsuntersuchung dargelegt, wird durch die Gemeinde die Anordnung einer Tempo-30 Zone beantragt werden. Hierdurch werden Teile des bisher erheblichen Durchgangsverkehrs von der Straße Grothar verdrängt, so dass sich insgesamt keine höhere Verkehrsbelastung ergibt."</p>
<p>2.1.2 Da es hierbei nicht nur um Pkw-Verkehr, sondern auch um Schwerlastverkehr (auch im Zusammenhang mit der Planung des neuen Lebensmittelmarktes) geht, ist er nicht nur von Lärmsteigerungen, sondern auch von erhöhten und vermehrten Erschütterungen betroffen.</p>	<p>"Bei den Neuverkehren von/zum neuen Wohngebiet handelt es sich nur in sehr geringem Maße um Schwerlastverkehre (ca. zusätzliche 12 Lkw-Fahrten pro Werktag), der sich zudem noch auf die beiden Teilläste der Straße Grothar (westlich bzw. östlich der Einmündung des neuen Wohngebiets) aufteilt.</p> <p>Auch im Zusammenhang mit dem geplanten Lebensmittelmarkt ist nur von einer sehr geringen Zunahme des Lkw-Verkehrs in der Straße Grothar auszugehen. Dies gilt insbesondere, da von der Wedeler Chaussee in Richtung Pinneberger Chaussee ein Durchfahrtsverbot für Kraftfahrzeuge über 3,5 t zul. GG (Zeichen 253) angeordnet ist."</p>
<p>2.1.3 Von besonderer Bedeutung ist hier, dass die Planung die Einrichtung einer Tempo-30-Zone für die Straße Grothar zur Bewältigung der Lärmproblematik für erforderlich hält, eine solche Festlegung im Planaufstellungsverfahren ersichtlich nicht vorgesehen ist (Einzelheiten unten).</p>	<p>"Nach der VwV-StVO zu §45 zu Abs. 1 bis 1e XI, Abs. 6 ist die Anordnung von Tempo 30-Zonen auf Antrag der Gemeinde vorzunehmen, wenn die Voraussetzungen und Merkmale der StVO und der VwV-StVO vorliegen oder mit der Anordnung geschaffen</p>

Bebauungsplan Nr. 30 der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

	werden können. Dieses ist aus Sicht der Gemeinde der Fall und die Gemeinde wird bei der Straßenverkehrsbehörde einen entsprechenden Antrag stellen."
2.1.4 Er macht eine Wertminderung seiner Immobilie geltend und rügt, dass die privaten Planungsgewinne nicht ins Verhältnis zu diesen Wertverlusten gesetzt werden.	Nach den obigen Ausführungen ist mit einer Wertminderung der Immobilie Herrn Schillers nicht zu rechnen.
2.1.5 Der geplante Lebensmittelmart wird für ihn nur auf Umwegen (insbesondere über die B431) erreichbar sein und nicht direkt (auch nicht per Fahrrad oder fußläufig) über das Plangebiet des B-Plans 30.	Eine fußläufige Verbindung ist vorgesehen (siehe Kap. 6 der Begründung)
2.2 Dies greift unmittelbar in die rechtlich geschützte Sphäre des Einwenders ein mit der Folge, dass ein etwaiger späterer Normenkontrollantrag jedenfalls zulässig wäre.	
2.2.1 Die Zulässigkeit eines etwaigen späteren Normenkontrollantrags ergibt sich auch daraus, dass der Einwender als Mitglied der betroffenen Öffentlichkeit im Sinne des Artikels 11 UVP-Richtlinie (2001/92) anzusehen ist.	
2.2.2 Unter beiden Zulässigkeitsgesichtspunkten ergibt sich eine umfassende Rügebefugnis des Einwenders in einem etwaigen späteren Normenkontrollverfahren.	
2.3 Für diese objektive Rechtskontrolle ist ein führendes Thema der Eingriff in die Einzelhandelsstruktur in Moorrege. Es ist davon auszugehen, dass die Bäckerei Topkauf Eggers die Errichtung des neuen Lebensmittelmartkes nicht überstehen wird. Die Planung greift tief in die Einzelhandelsstruktur Moorreges ein.	Die Argumentation entspricht der in der Stellungnahme von Herrn Udo-Hinrich Eggers. Dies ist kein Belang, der Herrn Schiller direkt betrifft.
2.3.1 Das genannte Geschäft befindet sich in etwa 1,3 km Entfernung von dem geplanten Standort des Sondergebiets (Straßenroute, laut google maps). Es verfügt auf dem Grundstück über 16 Stellplätze, einige weitere Stellplätze befinden sich auf den Straßen der Umgebung.	Siehe vor.

<p>Der Betrieb beschäftigt 34 Mitarbeiter, hiervon 5 Auszubildende und 4 Aushilfen.</p>	
<p>2.3.2 Demgegenüber soll im Plangebiet des Bebauungsplans 27 ein Lebensmittelmarkt (Vollsortimenter) mit einer Verkaufsfläche von maximal 1.200 m² zuzüglich einer Bäckerei und einer Apotheke vorgesehen werden, Umfangreiche Parkmöglichkeiten sind vorgesehen. Die Schalltechnische Untersuchung, dort Kapitel 4.1, spricht von 112 Stellplätzen auf dem Gelände des neuen Lebensmittelmarkts. Derzeit befinden sich in Moorrege <u>insgesamt</u> etwa 1.800 m² Verkaufsfläche, von denen etwa 300 in² dem Einwender zuzurechnen sind. Anlage 03: BulwienGesa AG, Wirkungsanalyse für einen Vollsortimenter in 25436 Moorrege, 18. April 2011, dort: Seite 7.</p>	<p>Siehe vor.</p>
<p>2.3.3 Der Markteintritt des Planvorhabens im Bebauungsplan 27 wird zu erheblichen Verlagerung der Kaufkraftströme führen, insbesondere 3.5.1 und 3.5.2 der Anlage 03. 2.3.4 Dies hat erhebliche verkehrliche Auswirkungen, wobei ohnehin die Ansiedlung des Lebensmittelmarktes (effektiv an Stelle von Topkauf Eggers) ohnehin zu einer zu rügenden Steigerung des Verkehrsaufkommens führen wird.</p>	<p>Siehe Anmerkungen zu den Punkten 2.1.1 und 2.1.2.</p>
<p>3. Zum Verfahren 3.1 Soweit die Planung eine UVP-Pflicht verneint, wird dies bereits jetzt als rechtsfehlerhaft angegriffen. Jedenfalls hätte die Frage der UVP-Pflicht übergreifend für beide Änderungen des Flächennutzungsplanes und für beide Bebauungspläne im Zusammenhang geprüft werden müssen.</p>	<p>Im Folgenden ist die Argumentation identisch mit der von Herrn Udo-Hinrich Eggers. Um Wiederholungen zu vermeiden, wird auf die zur vorgenannten Stellungnahme dargestellten Abwägungsvorschläge verwiesen.</p>
<p>3.2 Die gemeinsame Bekanntmachung für alle vier Verfahren enthält keinen Hinweis darauf, wo die Einwendungen einzureichen sind.</p>	
<p>3.3 Auch der Planung ist bewusst, dass konkrete Fragen der Beeinflussung der Einzelhandelsituation jedenfalls in den Gemeinden Uetersen und Moorrege von erheblicher Bedeutung für die spätere Abwägung sind. Gleichwohl sind die beiden im Text genannten Einzelhandelsuntersuchungen</p>	

	<p>(2008 für Uetersen, 2011 für Moorrege) nicht mit ausgelegt worden. Dies wird als erheblicher Verfahrensfehler gerügt.</p>
	<p>3.4 Schließlich ergibt sich aus der Vorlage Nr 285/2009/MO/BV des Amtes (für die Gemeinde Moorrege) vom 20.11.2009, dort: Seite 2, dass für beide Bauleitplanungen ein Investor bereit steht und die Planung auf die Anforderungen dieses Investors zugeschnitten ist. Die Planunterlagen enthalten insoweit im Übrigen Hinweise auf Kostenvereinbarungen. Ein Vertragsschluss ist freilich bisher nicht erfolgt (eMail-Auskunft des Amtes vom 28. November 2012).</p> <p>Der Einwender hält den Verzicht auf einen vorhabensbezogenen Bebauungsplan (§ 12 BauGB - der eine größere Regelungsdichte und erhöhte Publizität aufweisen würde) für rechtsmissbräuchlich.</p> <p>Ganz allgemein wären in der Auslegung etwaige zu schließende oder in Vorbereitung befindliche städtebauliche Verträge (§ 11 BauGB) in die Auslegung mit einzubeziehen gewesen, da nicht auszuschließen ist, vielmehr nach der zuvor genatmten Beschlussvorlage als praktisch sicher unterstellt werden kann, dass diese die Planung und auch die Abwägung vorsteuern.</p>
	<p>4. Auswirkungen auf die Handlungssituation</p> <p>4.1 Die Planung,</p> <p>19. Änderung des Flächennutzungsplanes, Seite 2, betrachtet im Wesentlichen zwei Perspektiven: einmal die Auswirkungen auf Uetersen, einmal auf Moorrege selber.</p> <p>Der Einwender macht geltend, dass die angestellten Betrachtungen in wesentlichen Punkten fehlerhaft sind.</p>
	<p>4.2 Die Begründung zur 19. Änderung des Flächennutzungsplanes hält auf Seite 2f aus der "Perspektive Uetersen" fest:</p> <p>"Für den Lebensmittel-Vollversorger ist eine Verkaufsfläche von max. 1.200 m² zuzüglich Bäckerei und Apotheke vorgesehen. Die Landesplanungsbehörde hat in ihrem Schreiben vom 7.10.2011 zur Festsetzung eines Sondergebietes für die Ansiedlung eines Verbrauchermarktes eine positive Stellungnahme in Aussicht gestellt. Ein: gesonderetes raumordnerisches Abstimmungserfordernis mit der Stadt Uetersen wird erst bei der Ansied-</p>

<p>lung eines Lebensmittelvollsortimenters mit einer Verkaufsfläche von mehr als 1.200 m² als zwingend erforderlich angesehen. Unabhängig davon verweist die Landesplanungsbehörde darauf, dass angesichts des gemeinsamen Flächennutzungsplanes eine gemeinsame Vorgehensweise notwendig ist. Dies wird von der Gemeinde Moorrege grundsätzlich genauso gesehen. In mehreren Abstimmungsgesprächen konnte aber keine gemeinsame Linie gefunden werden. Die Gemeinde Moorrege stützt sich deshalb in ihrer Planung auf das Einzelhandelsgutachten der Stadt Uetersen (BulwienGesA AG, 8.12.2008), in dem ein Verbrauchermarkt in Moorrege mit einer Verkaufsfläche von 1.200 m² der Bewertung der Einzelhandelsituation der Stadt Uetersen und den daraus resultierenden Entwicklungsvorschlägen zugrundegelegt wurde (Kap. 3.6). Dass zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Gutachtens der Markt an der L 106 geplant war, und nicht an der B 431, war für die Beurteilung der Einzelhandelsituation der Stadt Uetersen nicht relevant. Das Einzelhandelskonzept wurde von der Ratsversammlung Uetersen am 9.10.2009 als Arbeitsgrundlage für die zukünftige Stadtentwicklung beschlossen."</p> <p>Die planende Gemeinde (Moorrege) versucht ersichtlich, das fehlende Einverständnis der Stadt Uetersen durch die Feststellung zu ersetzen, in einem Einzelhandelsgutachten für die Stadt Uetersen werde auf die Ansiedlung eines Lebensmittelvollsortiments in Moorrege mit einer Verkaufsfläche von 1.200 m² abgehoben.</p> <p>Die fragile Passage unter Ziffer 3.6 des Gutachtens von BulwienGesA 2008 lautet:</p> <p>"Gemäß Angaben der Amtsverwaltung besteht die Planung, einen weiteren Lebensmittelmarkt in Moorrege anzusiedeln. Projektiert ist ein Vollsortimenter mit ca. 1.200 qm Verkaufsfläche an der Pinneberger Chaussee. Eine Realisierung des Vorhabens wird ab Ende 2009 angestrebt."</p> <p>Dies gibt nicht nur für eine Abwägung der Belange in Moorrege nichts her.</p>	
<p>4.3 Die Begründung zur 19. Änderung des Flächennutzungsplanes hält auf Seite 3 weiter aus der "Perspektive Moorrege" fest:</p> <p>"Die Standort-, Markt- und Wirkungsanalyse für die Ansiedlung eines Vollsortimenters (Lebensmittel-Vollsortiments mit Getränkemarkt) in Moorrege (BulwienGesA AG, 18.4.2011) mit einer Verkaufsfläche von 1.500 m² zuzüglich Bäckerei und Apotheke hat ergeben, dass die Funktions- und Entwicklungsfähigkeit zentraler Versorgungsbereiche oder zentraler Orte durch das Projekt nicht gefährdet wird. Im Hinblick auf die Ablehnung der Stadt Uetersen im Rahmen der frühzeitigen Unterrichtung der Nachbarkommunen und der Anregung der Landesplanungsbehörde (Schreiben vom 7.10.2011), sich auf die im Einzelhandelsgutachten der Stadt Uetersen bereits berücksichtigte Verkaufsfläche von 1.200 m² für den Lebensmittel-Vollsortimer zu einigen, wird diese Verkaufsflächenbegrenzung aufgenommen."</p>	

<p>Auch dies ist keine Bearbeitung Moorreger Belange, schon deshalb nicht, weil Moorrege (anders als Uetersen) eben gerade kein zentraler Ort im Sinne des Landesplanungsrechts ist, siehe Landesentwicklungsplan SH 2011, Anhang A2. Es geht hier wiederum nur um die Feststellung, dass Uetersen nicht gefährdet wird. Dies mag zwar ein Belang sein, den Moorrege berücksichtigen muss, die originären Belange betreffen jedoch Moorrege selber.</p>	
<p>4.4 Hierbei mag es sein, dass die Auswirkungen auf den Handelsstandort Uetersen nicht von überragender Bedeutung sind, nicht jedenfalls wenn man die Zahlen von BulwienGesa 2011 (dort: Seite 16) zu Grunde legt, wonach Uetersen Von einem Gesamtumsatz von etwa 54,8 Millionen Euro pro Jahr für periodischen Bedarf bei Durchführung der Planung etwa 2,6 Millionen Euro an Moorrege abtreten müsste.</p>	
<p>4.5 Was Moorrege selber angeht stellen sich die Auswirkungen der Planung jedoch wie folgt dar (BulwienGesa 2011, Seite 17f: "Zur Beurteilung der Verträglichkeit der Projektwirkungen sind allerdings nicht die absoluten Umverteilungsumsätze, sondern die Umverteilungsquoten entscheidend. Sie sind in der Tabelle "Marktverteilung — Prognose" in der rechten Spalte für alle betroffenen Lagebereiche als v.H. des Ausgangsumsatzes ausgewiesen. Die höchsten Werte treten hierbei im Moorrege (... - 11,5%) und im benachbarten Heist (... - 17,1%) auf. Sie dürften knapp 10% (Lidl) über 17% (Netto) bis um 20% (Topkauf) ihrer Ausgangsumsätze an das Planvorhaben abtreten. Der Kleinhandel wäre mit Quoten um circa 10 % betroffen (Getränkemarkt, Backhandwerk); Apotheken sind im Einzugsgebiet nicht am Markt. Diese Größenordnungen sind teilweise empfindlich, jedoch tolerierbar. Mit Ausnahme einer möglichen Angebots Einschränkung bei Topkauf (der Schwerpunkt der unternehmerischen Tätigkeit liegt dort allerdings im Bäckerei/ Konditoreigeschäft) Sind allerdings aus Gutachtersicht keine projektbedingten Ausdünnungen Des Versorgungsnetzes zu erwarten und selbst in diesem Worst case wären sie hinnehmbar, weil Moorrege das Vorhaben selbst an die Stelle des bisherigen Lebensmittelgeschäftes treten würde. Da sich beide fußläufigen Nahbereiche jedoch nur geringfügig überschneiden, wird dem Topkauf-Standort gutachterlich jedoch eine reale Chance des wirtschaftlichen Weiterbetriebs eingeräumt."</p>	

<p>4.6 Damit liegt der Planung eine Gutachtenlage zu Grunde, die die Perspektive der Gesamtversorgung in der Region in den Vordergrund stellt, die Belange der Gemeinde Moorrege nach hinten rückt und schließlich die betroffenen privaten Belange ganz unten einstellt. Was nämlich den Betrieb des Einwenders, Topkauf, angeht, so werden jedenfalls Umsatzrückgänge von 20 % vorhergesagt, wie sie jedoch als "empfindlich, jedoch tolerierbar" charakterisiert.</p>	
<p>4.7 Zwar gibt das Gutachten zu, dass der Topkauf-Standort mit hoher Wahrscheinlichkeit durch das Vorhaben abgängig gemacht wird, blendet die realen Folgen jedoch durch die rein spekulative Anmerkung aus, dem Standort würde aufgrund der relativen hohen fußläufigen Entfernung zum neuen Standort eine "reale Überlebenschance" eingeräumt.</p>	
<p>4.8 Dies kann nicht unwidersprochen so hingenommen werden, denn der neue Standort wird, wie heute üblich, mit einem großzügigen Kontingent an Kfz-Stellplätzen ausgestattet, das Altstandorte traditionell nicht vorweisen können. Wie oben dargelegt, verfügt Topkauf Eggers über 16, der geplante Lebensmittelmarkt über 112 Stellplätze, jeweils auf dem Grundstück. Es ist durch die Lage des neuen Standortes an der Wedeler Chaussee (B 431) davon auszugehen, dass bspw gerade der Quell- und Zielverkehr (Moorrege hat eine hohe Pendlerquote) sozusagen am neuen Standort "aussteigen" wird, um die dort günstige Parksituation auszunutzen. (Siehe auch eine entsprechende Bemerkung auf Seite 15 der Verkehrsuntersuchung.) Der Einwender bezweifelt deshalb, dass die im Gutachten von BulwienGesa genannten 20% Umsatzeinbuße wirklich die Realität wider spiegeln; (deutlich) höhere Einbußen sind zu befürchten.</p>	
<p>4.9 Da die Planung zudem, wie nachfolgend skizziert wird, (auch sonst) in sich unschlüssig ist und eine gerechte Abwägung der öffentlichen und privaten Belange nicht zulässt, kann es nicht angehen, einen Betroffenen privaten Betriebs der realen Gefahr des Unterganges zu Gunsten eines neuen privaten Betreibers auszusetzen. Insofern bestätigen sich die gesetzlichen Wertungen des § 11 Abs 3 BauNVO, die</p>	

	<p>bei derartigen Einrichtungen mit einer Geschossfläche von 1.200 m² und mehr regelmäßig von erheblichen Auswirkungen auf die infrastrukturelle Ausstattung und die Entwicklung von Versorgungsbereichen usw. ausgehen.</p>
<p>5. Fehlende Erforderlichkeit</p>	<p>5.1 Aus dem vorangehenden folgt auch, dass der Planung der Gemeinde Moorrege die Erforderlichkeit abgeht.</p>
	<p>5.2 Die Planung prüft ersichtlich rein negativ, ob Belange Uetersens und/ oder übergemeindliche Belange berührt sind.</p>
	<p>5.3 Dies sind Abwägungsgesichtspunkte, aber keine legitimen Ziele der gemeindlichen Planung.</p>
	<p>5.4 Auch ganz praktisch fehlt der Planung die Erforderlichkeit. Unstrittig soll Kaufkraft insbesondere aus dem benachbarten Zentrum Uetersen abgezogen werden. Für die Versorgung Moorreges ist die Einrichtung aber gerade nicht erforderlich.</p>
	<p>5.5 Schließlich kann auch die fehlende Zustimmung Uetersens zu den Planungen der fehlenden Erforderlichkeit zugeordnet werden, da sie die Planung aufgrund einer Vertragsverletzung undurchführbar macht. Die Planung legt überhaupt nicht dar, warum das ursprüngliche Plangebiet aufgespalten wurde. Dass planerisch eine Einkaufseinrichtung für den täglichen Bedarf einerseits und eine Wohngebietsfläche nicht zusammen gehören, ist nach keinem vernünftigen Standpunkt verständlich. Es bleibt dabei, dass kein Grund für die Aufspaltung ersichtlich ist, außer die genannte 5ha-Genze zu unterschreiten, insoweit ist die Planung rechtsmissbräuchlich.</p>
	<p>5.6 Umgekehrt ist es so, dass die Beschlussvorlage Nr 435/2012/MO/BV des Amtes für die Gemeinde Moorrege vom 16. Februar 2012, Seite 1f, ganz klar ausweist, dass die Aufspaltung "zur Realisierung des Projekts trotz Widerstands Uetersens" vorgeschlagen wurde; die</p>

<p>dort zu findenden Ausführungen lauten:</p> <p>"Die Gemeinde Moorrege hat keinen eigenen, sondern einen gemeinsamen Flächennutzungsplan mit den Städten Tornesch und Uetersen sowie der Gemeinde Heidgraben. Die Vereinbarung zu diesem gemeinsamen Flächennutzungsplan sieht vor, dass bei Flächennutzungsplanänderungen, die ein Gebiet mit mehr als 5ha Fläche betreffen, die so genannte Gemeinsamkeit betroffen ist und alle Vertragspartner dann durch gleichlautende Beschlussfassungen der Flächennutzungsplanänderung zustimmen müssen.</p> <p>Das Plangebiet der bisherigen 19. Änderung des Flächennutzungsplanes (mit Vollsortimenter und Wohnbaugebiet) ist größer als 5ha, wodurch demzufolge gleichlautende Beschlussfassungen notwendig geworden sind. Tornesch und Heidgraben haben diese Beschlüsse gefasst. Die Stadt Uetersen jedoch hat bekanntermaßen keinen gleich lautenden Beschluss gefasst, weil man sich gegen die Pläne der Gemeinde Moorrege zur Schaffung eines Vollsortimenters an der B431 ausgesprochen hat.</p> <p>Lediglich 850 m² Verkaufsfläche, was einem kleinen Discounter entspricht, wollte man zugestehen. Die Landesplanung hatte der Gemeinde bereits die Zustimmung zu einem Vollsortimenter bis zu einer Größe von 1.200 m² in Aussicht gestellt. (Hinweis des Unterzeichners: Aber nur unter dem Vorbehalt der Zustimmung Uetersens!)</p> <p>Aufgrund der ablehnenden Haltung der Stadt Uetersen wurde nun nach alternativen Möglichkeiten zur Realisierung des Projektes gesucht.</p> <p>Die einfachste Möglichkeit ist aus Sicht der Verwaltung die Aufteilung des Gesamtprojektes Schafswede auf 2 Flächennutzungsplanänderungen, weil dann beide Einzeländerungen jeweils weniger als 5ha Fläche beinhalten und somit keine gleichlautenden Beschlüsse zum gemeinsamen Flächennutzungsplan mehr notwendig sind. Die Verfahren wurden damals trotz der unterschiedlichen Nutzungen von Einzelhandel und Wohnbaugebiet in einen Bauleitplan zusammen gelegt, weil es einfacher war und die Gemeinde hinsichtlich der Realisierung immer einen Gesamtzusammenhang gesehen hat. Dieser existiert auch weiterhin, jedoch ist es rein planungsrechtlich sogar sinnvoll, Einzelhandel und ein Wohnbaugebiet in 2 parallel verlaufenden Planverfahren durchzuführen. Hierfür spricht auch die Tatsache, dass Uetersen mit den Gründen zur Versagung eines Vollsortimenters gleichzeitig die Neuausweisung von Wohnbauflächen am Grothar verhindert."</p>	
<p>5.7 Ist dies als solches schon klar genug, so ist in rechtlicher Hinsicht noch anzumerken, dass im Regelungsbereich des § 204 BauGB bei Vorliegen eines gemeinsamen Flächennutzungsplanes die Abweichungsregelung vom Zustimmungserfordernis Ausnahmecharakter hat und deshalb eng auszulegen ist. Der hier zitierte Vorschlag der Verwaltung (der zudem unterschlägt, dass die Landesplanung die Zustimmung Uetersens vorausgesetzt hatte) passt hierzu nicht.</p>	

<p>6. Raumordnerische Belange</p> <p>6.1 Zugrunde zu legen ist eine großflächige Einzelhandelseinrichtung, da eine Verkaufsfläche von 800 m² überschritten wird, Fickert/ Fieseler, BauNVO-Kommentar (11. Auflage), § 11 Rn 333, mit Hinweisen zur Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts.</p>	
<p>6.2 Solche Einrichtungen sind nur in Zentralen Orten gemäß 2.2 des Landesentwicklungsplans vorzusehen, Landesentwicklungsplan 2.8, Ziel 3Z.</p>	
<p>6.3 Insofern wäre die Durchführung eines Zielabweichungsverfahrens geboten gewesen, § 4 Abs 3 LPlanG. Auf Anfrage des Unterzeichners hat das Amt Moorrege jedoch mit Datum vom 31. Oktober 2012 mitgeteilt, ein solches werde nicht für erforderlich gehalten und auch nicht durchgeführt. Der Einwander meint demgegenüber, dass die Planung nicht durchgeführt werden kann, da sie den Zielen der Raumordnung widerspricht.</p>	
<p>6.4 Soweit die Landesplanung eine positive Stellungnahme für eine Verkaufsfläche von bis zu 1.200 m² in Aussicht gestellt haben soll, wäre dies jedenfalls unbeachtlich. Den gegenteiligen Ausführungen auf Ziffer 4.1.1 der Begründung zum B-Plan 27 wird widersprochen. Zum einen widerspräche dies Raumordnungsrecht und den festgelegten Zielen der Landesplanung. Zum anderen wird die Obergrenze von 1.200 m² vorliegend auch gar nicht eingehalten, da die integrierte Bäckerei und Apotheke nicht mit eingerechnet werden. Dies bleibt freilich unklar, da sich die Planung auf die Festlegung einer Verkehrsflächenzahl VKZ von 0,1401 beruft. Eine Anwendung dieser Zahl zeigt allerdings, dass die Obergrenze von 1.200 m² auch bei streng formaler Rechnung nicht eingehalten wird, da das Plangebiet eine Fläche von 8569 in² hat und 8.569*0,1401 = 1.200,5169. Wenn auf Ziffer 4.1.1 Begründung B-Plan 27 dann auch noch die private Verkehrsfläche nicht einbezogen werden soll, wird dem widersprochen.</p>	

Bebauungsplan Nr. 30 der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

<p>Die VKZ müsste selbst bei einer Einhaltung von 1.200 m2 niedriger als 0,1401 gesetzt werden.</p>	
<p>6.5 Nach alledem dürfen weder die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes noch der Bebauungsplan 27 beschlossen werden, da ein Verstoß gegen die Ziele der Raumordnung vorliegt, vgl § 1 Abs 4 BauGB.</p>	
<p>6.6 Dies ist auf die benachbarten Pläne (21. Änderung des Flächen-nutzungsplanes und Bebauungsplan 30) mit zu übertragen da alle diese Pläne in Zusammenhang stehen.</p>	
<p>6.7 Ersichtlich sieht die Planung den Ausschluss von Getränkermärkte und Flächenbeschränkungen für die Bäckerei und die Apotheke nicht vor. Dies ist jedoch von der Landesplanung gefordert worden, Schreiben der Landesplanung vom 25. Juni 2012 an Möller-Plan und das Amt Moorrege, IV 231-603.111, Seite 3. Auch insoweit kann der Satzungsbeschluss jedenfalls derzeit nicht gefasst werden. Die Planung ist zu überarbeiten.</p>	
<p>7. Zusammenhang der Planungen 7.1 Der Einwender meint, dass die beiden Planungen (B-Pläne 27 und 30 sowie zugehörige F-Planänderungen) gefasst werden müssen, um dem Gebot der umfassenden Konfliktbewältigung gewollt zu werden.</p>	
<p>7.2 Naturräumlich und was Wasser- und Bodenverhältnisse angeht, gehören die Flächen ohnehin zusammen. Auch naturschutzfachlich ist anzumerken, dass die angetroffenen Vogel- und Fledermausarten auf eine Einheitlichkeit der Standorte hindeuten und die Betroffenheiten eben nicht in getrennten Untersuchungen hätten ermittelt werden dürfen.</p>	
<p>7.3 Erschließungstechnisch wird ersichtlich so verfahren, dass das Sondergebiet vom Wohngebiet nicht erreichbar sein soll; dies ist widersinnig, da es um die Versorgung von Endverbrauchern geht.</p>	
<p>7.4 Auch die Schalltechnische Untersuchungen hätten übergreifend in eine zusammen gefasst werden müssen.</p>	

<p>7.5 Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass die Bauleitplanungen auch wirtschaftlich eindeutig verknüpft sind. So heisst es in der Vorlage Nr 285/2009/MO/BV des Amtes (für die Gemeinde Moorrege) vom 20.11.2009, dort: Seite 2:</p> <p>Zwischenzeitlich hat ein neuer Investor (EMV Grundstücks GmbH & Co.KG, Elmshorn) sein Interesse an der Überplanung der vorgenannten Flächen bekundet und der Gemeinde den anliegenden Vorentwurf zukommen lassen. Der Vorentwurf sieht entgegen der bisherigen Planung für das Gebiet der "Schatweide" von etwa 15.600 m² allgemeinem Wohngebiet im Süden sowie etwa 20.400 m² Mischgebiet (für tlw. Wohn- aber auch gewerblicher Nutzung) nunmehr ca. 27.000 m² Wohngebietsfläche Süden und -9.034 m² für ein Sondergebiet "Einzelhandel" vor und geht von 53 Wohngrundstücken aus.</p>	
<p>8. Unschlüssigkeit der Einzelplanungen</p> <p>8.1 Bebauungsplan 27</p> <p>8.1.1 Anzumerken ist hier vor allem die ungeklärte Erschließungssituation. Nach § 17b Abs 2 FStrG (die B431 ist eine Bundesfernstraße) ersetzen Bebauungspläne die Planfeststellung. Der Verweis der Planung auf ein gesonderetes Genehmigungsverfahren, zB Bebauungsplan 27, Begründung, Ziffer 2 aE, ist irreführend. Es liegt ein Verstoß gegen den Grundsatz der umfassenden Konfliktbewältigung vor. Der Satzungsbeschluss kann die später zu erteilende Genehmigung (Planfeststellung) nicht einfach unterstellen.</p> <p>Das hier ernsthaftige Probleme bestehen, zeigt schon die Verkehrsuntersuchung (dort insbesondere: Seite 24). Es gibt nur eine sehr eingeschränkte Leistungsfähigkeit der Zu/Abfahrt des neuen Lebensmittelmarktes.</p> <p>Darüber hinaus merkt das Verkehrsgutachten (dort: Seite 15) selber an, dass eine gesicherte Querungsstelle über die Wedeler Chaussee erforderlich ist. Eine solche ist jedoch nicht Bestandteil der Planung.</p>	
<p>8.1.2 Der Einwander wendet sich auch aus anderem Grund gegen die Abspaltung des Verfahrens Umbau der B431. Es handelt sich deutlich um eine Erschließungsfläche für die geplante Einkaufseinrichtung. Insofern müssten die Kosten auch dem Begünstigten der Erschließung auferlegt werden. Geschieht dies nicht (wie hier, wenn nach FStrG und nicht nach BauGB gebaut wird), könnte es sich um eine unzulässige</p>	

Beihilfe (Artikel 107 AEUV) handeln; unabhängig davon ist die Vorgehensweise im Hinblick auf die gebotene Sparsamkeit der öffentlichen Haushaltsführung unzulässig.	
<p>8.1.3 Nur am Rande sei angemerkt, dass der Hinweis Bauungsplan 27, Begründung, Ziffer 2, die Verlegung der B431 in diesem Bereich sei nicht mehr Bestandteil des Bundesverkehrswegeplans, unverständlich ist. Maßgeblich ist zum Einen ohnehin nicht der Bundesverkehrswegeplan, sondern der Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen (§ 1 FStrAbG), und dieser enthält sehr wohl dortselbst nach wie vor eine Verlegung der B431, wenn auch im weiteren Bedarf und jedenfalls teilweise als Maßnahme mit besonderem naturschutzfachlichen Prüfauftrag.</p>	
<p>8.1.4 Schließlich sei noch einmal darauf hingewiesen, dass das Plangebiet des B-Plans 27 vom Wohngebiet (Plangebiet B-Plan 30) gar nicht unmittelbar erreichbar ist (siehe Planzeichnung B-Plan 30). Eine solche Planung macht für eine Einkaufseinrichtung des "periodischen Bedarfs" keinen Sinn.</p>	
<p>8. Bauungsplan 30 8.2.1 Verkehrstechnisch ist das Plangebiet nicht unmittelbar an das Gebiet des B-Plans 27 angebunden.</p>	
<p>8.2.2 Es ist darauf hinzuweisen, dass der B-Plan (Textteil) Festlegungen zum Schallschutz enthält, die zeigen, dass das Gelände nur bedingt zum Wohnen geeignet ist.</p>	
<p>8.2.3 Entsprechendes gilt auch für die Wasserverhältnisse (hoch ansteigendes Grundwasser). Hierbei sind Effekte des Klimawandels noch nicht berücksichtigt.</p>	
<p>8.2.4 Auch hier macht die Planung Voraussetzungen, die planungsrechtlich nicht abgesichert werden. Die Verkehrsuntersuchung zum B-Plan 30 (dort: Seite 7, Seite 150 unterstellt eine Verkehrsberuhigung auf Tempo 30 auf der Straße Grothar (Verbindung zwischen Wedeler und Pinneberger Chaussee). Eine planungsrechtliche Absicherung hierfür gibt es nicht, auch eine</p>	

<p>einschlägige Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde wurde in den ausgelegten Unterlagen nicht in Bezug genommen. Gleichwohl wird dies insbesondere er die Leistungsfähigkeitsuntersuchungen ausdrücklich unterstellt Verkehrsuntersuchung, Seite 16). Dies kann so nicht akzeptiert werden.</p>	
<p>8.2.5 Auch für den B-Plan 30 ist anzumerken, dass es zwar verkehrstechnisch einerseits sinnvoll ist, keinen direkten Verkehr zum neuen Lebensmittelmarkt zuzulassen, aber eine gewisse Verbindung bspw für Radfahrer und/ oder Fußgänger, wäre geboten, um die Planung nicht in sich widersinnig erscheinen zu lassen. Umgekehrt ist es so, dass die jetzt geplante Situation zu auch gefährlichen Umwegverkehren führt, bspw, wenn Kinder zum Einkaufen geschickt werden sollen.</p>	
<p>9. Naturschutz 9.1 Planungsraum zwei bzw drei (die Planung bleibt insoweit unklar bzw etwas widersprüchlich) Fledermausarten betroffen, siehe die jeweiligen Gutachten der Firma LEGUAN),</p>	
<p>9.2 Den jeweiligen Konfliktbewertungen, LEGUAN B-Plan 27, Ziffer 5.2.4, LEGUAN B-Plan 30, Ziffer 5.2.4, wird widersprochen.</p>	
<p>9.3 LEGUAN unterstellt schlicht, dass bei Eingriffen in Lebensräume Ausweichmöglichkeiten. Die kann weder so ohne Weiteres unterstellt werden noch reicht es aus, um den artenschutzrechtlichen Anforderungen Genüge zu tun.</p>	
<p>9.4 Überraschend und im rechtswissenschaftlich Schrifttum nicht Verankert ist der Begriff der "essentiellen" Lebensstätten oder "essentiellen" Jagdhabitats. Eine solche Reduzierung des Lebensraumschutzes ist rechtlich abzulehnen.</p>	
<p>9.5 Soweit die Planung nicht zu zwingenden Vorgaben weiter schreitet (was für beide B-Pläne der Fall ist, wie sich aus den jeweiligen textlichen Festsetzungen ergibt), ist dies unzureichend. Es reicht eben nicht, wenn es im biologischen Fachbeitrag (LEGUAN, B-Plan 30, Seite 24 unten, ebenso B-Plan 27), "die Planung sollte</p>	

<p>(Hervorhebung: Unterzeichner) sicher stellen ...". Die entsprechenden Anforderungen sind sicher zustellen.</p>	
<p>9.6 Hier hat die Planung mindestens nachzuarbeiten, wobei sich im Übrigen gerade hinsichtlich der präsentierten Daten zu den Fledermäusen ergibt, dass die Plangebiete 27 und 30 zusammen gefasst betrachtet werden müssen. Eine konkretisierte Betrachtung wie typischerweise nach dem Artenschutz- bzw Fledermausvermerk des LBV-SH in der Straßenplanung wäre geboten; mangels Anstoßfunktion der Pläne ist hier zunächst nicht mehr vorzutragen.</p>	
<p>9.7 Bei insgesamt integrierter Betrachtung ist der Einwender im Übrigen der Auffassung, dass die UVP-Pflicht, anders als von der Planung unterstellt, bspw Ziffer 24 Begründung B-Plan 27, eben nicht zu verneinen ist.</p>	
<p>10. Ergebnis Die Planung ist insgesamt abzulehnen. Mindestens ist sie in integrierter Form unter Einschluss einer vollständigen Umweltverträglichkeitsprüfung neu zu erarbeiten. Der Verstoß gegen Raumordnungsrecht wird sich so allerdings nicht vermeiden lassen, s dass die Planung aufzugeben ist.</p>	<p>Änderungen im B-Plan Nr. 27 ergeben sich durch diese Stellungnahme nicht.</p>
<p>Landespannungsanzeige</p>	
<p>Die Gemeinde Moorrege beabsichtigt, in dem ca. 4,2 ha großen Gebiet „östlich der Wedeler Chaussee, nördlich der Straße Grothar, westlich des Gewerbe- und Mischgebietes Beesenweide und südlich der 19. Änderung des Flächennutzungsplanes“ ein Wohngebiet planungsrechtlich abzusichern. Aus Sicht der Landesplanung nehme ich zu den o. g. Bauleitplanungen wie folgt Stellung: Das Plangebiet der 21. Änderung des Flächennutzungsplanes bzw. des Bauungsplanes Nr. 30 war bisher eine Teilfläche der 19. Änderung des Flächennutzungsplanes bzw. des Bauungsplanes Nr. 27, die sich nun auf entsprechend verkleinerte Plangebiete beziehen.</p>	<p>Zu dieser positiven landesplanerischen Stellungnahme besteht kein Abwägungserfordernis.</p>

Bebauungsplan Nr. 30 der Gemeinde Moorrege,
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

<p>Mit landesplanerischer Stellungnahme vom 18.04.2011 zu den letztgenannten Bauleitplänen wurde bereits bestätigt, dass gegen die Entwicklung des geplanten Wohngebietes grundsätzlich keine Bedenken bestehen; insbesondere stehen Ziele der Raumordnung den damit verfolgten Planungsabsichten nicht entgegen. Ich weise darauf hin, dass zu der 19. Änderung des Flächennutzungsplanes und der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 27 in den ebenfalls am 10.05.2012 angezeigten Planversionen eine gesonderte Stellungnahme aus Sicht der Landesplanung erfolgt. Diese Stellungnahme bezieht sich nur auf die Erfordernisse der Raumordnung und greift damit einer planungsrechtlichen Prüfung des Bauleitplanes nicht vor. Eine Aussage über die Förderungswürdigkeit einzelner Maßnahmen ist mit dieser landesplanerischen Stellungnahme nicht verbunden.</p>	
--	--

Zusammengestellt:

Wedel, den 6. Dezember 2012

Möller-Plan

Stadtplaner + Landschaftsarchitekten

Schöddelsweg 111, 22880 Wedel

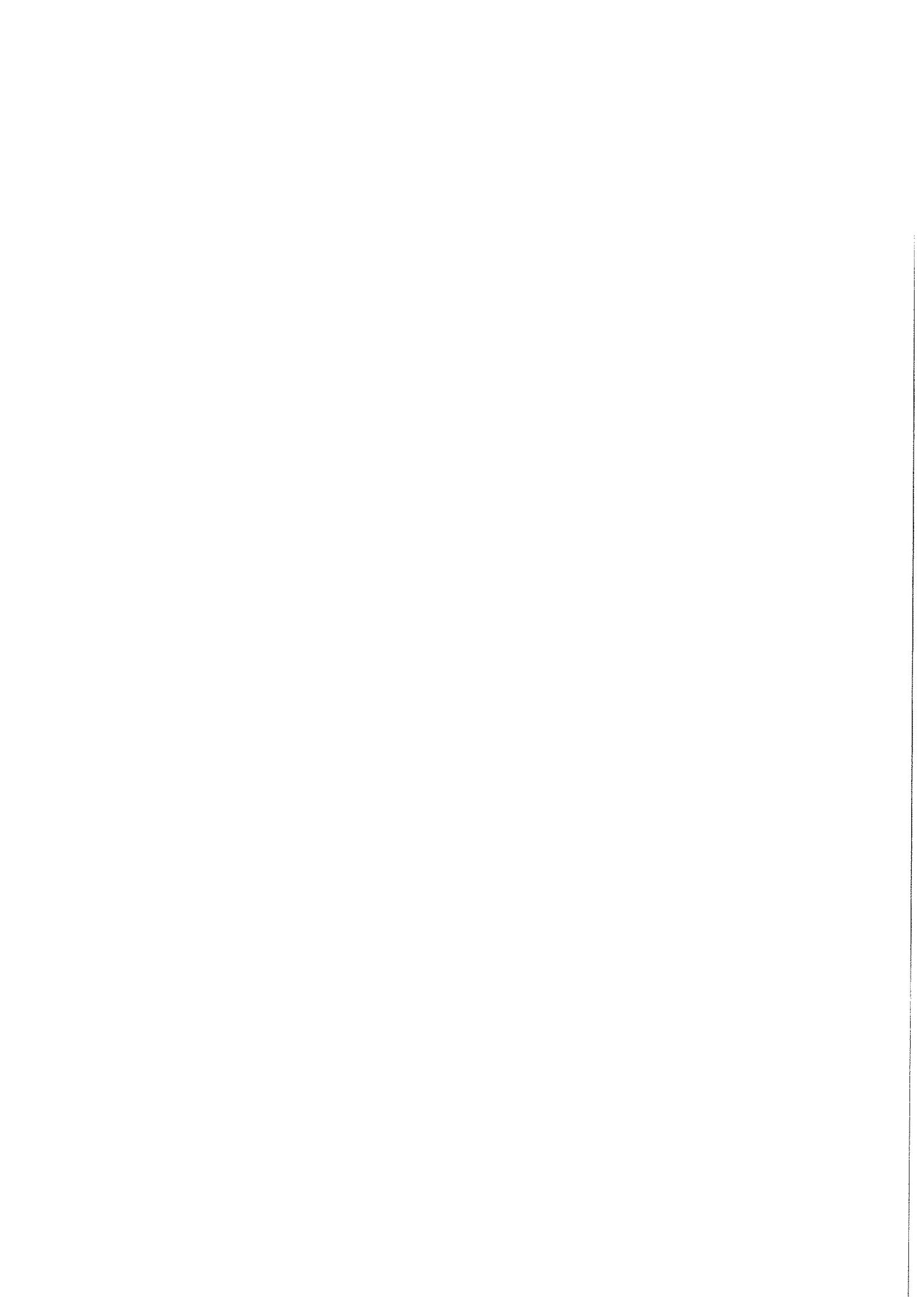
Postfach 1136, 22870 Wedel

Telefon: 04103 - 91 92 26

Fax: 04103 - 91 92 27

Internet: www.moeller-plan.de

eMail: info@moeller-plan.de



Gemeinde Moorrege

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 505/2012/MO/BV

Fachteam: Planen und Bauen	Datum: 04.12.2012
Bearbeiter: Michael Koch	AZ:

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Bau- und Umweltausschuss der Gemeinde Moorrege	19.12.2012	öffentlich
Gemeindevertretung Moorrege	20.12.2012	öffentlich

Bebauungsplan Nr. 9, 5. Änd. - Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB

Sachverhalt:

Zu der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9 erfolgte nach entsprechendem Beschluss durch die Gemeindevertretung die öffentliche Auslegung des Planentwurfes nebst Begründung sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange.

Die in diesen Verfahrensschritten eingegangenen Stellungnahmen sind nunmehr auszuwerten und die darin enthaltenen Anregungen und Bedenken abzuwägen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Stadtplanungsbüro Möller-Plan hat alle vorliegenden Stellungnahmen ausgewertet, in anliegender Aufstellung zusammengefügt und mit einem Abwägungsvorschlag versehen. Hierbei handelt es sich lediglich um zu berücksichtigende Hinweise der unteren Bodenschutzbehörde des Kreises Pinneberg.

Finanzierung:

Entfällt.

Beschlussvorschlag:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfes der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9 abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat der Bau- und Umweltausschuss/ die Gemeindevertretung mit folgendem Ergebnis geprüft:
Berücksichtigt wird die Stellungnahme der unteren Bodenschutzbehörde des Kreises Pinneberg gemäß anliegender Auswertung (Abwägung), welche Bestandteil dieses Beschlusses ist.

Das Büro Möller-Plan wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches sowie nach § 84 der Landesbauordnung empfiehlt der Bau- und Umweltausschuss/ beschließt die Gemeindevertretung die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9 für das Gebiet südöstlich der Klinkerstraße, nördlich der Gemeindestraße Vossmoor und westlich des Wendehammers in der Straße Rehwisch, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung.

3. Die Begründung wird gebilligt.

4. Der Beschluss des Bebauungsplanes durch die Gemeindevertretung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über deren Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Weinberg
Bürgermeister

Anlagen: Auswertung der Stellungnahmen (Abwägungsvorschlag) und daraufhin angepasste Begründung

5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9 der Gemeinde Moorrege,
 Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

Gemeinde Moorrege - Bebauungsplan Nr. 9, 5. Änderung Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung - Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen -	
Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange – ohne Anregungen und Bedenken	
Schleswig-Holstein Netz AG, Stellungnahme vom 11.10.2012 azv Südholstein, Stellungnahme vom 17.10.2012 Kreis Pinneberg, Fachdienst Straßenbau und Verkehrssicherheit, Stellungnahme vom 23.10.2012 Kreis Pinneberg, Fachdienst Bürgerservice, Stellungnahme vom 11.10.2012 Kreis Pinneberg, Fachdienst Planen und Bauen, Stellungnahme vom 17.10.2012 Kreis Pinneberg, Fachdienst Umwelt, untere Wasserbehörde, untere Naturschutzbehörde und gesundheitlicher Umweltschutz, Stellungnahme vom 8.11.2012	
Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange – mit Anregungen und Bedenken	
Kreis Pinneberg, untere Bodenschutzbehörde, Stellungnahme vom 8.11.2012: Nach derzeitigem Kenntnisstand sind Altablagerungen im Plangebungsbereich nicht bekannt. Hinweise auf schädliche Bodenveränderungen und/oder Altlasten aus früheren gewerblichen Nutzungen von Grundstücken im Plangebiet liegen zurzeit nicht vor. Für zukünftige Bauvorhaben ist sicherzustellen, dass bei Auftreten von Bodenverunreinigungen die Belange der gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnisse gewahrt werden. Sollten im Zuge der Umsetzung des Planvorhabens / bei den Erschließungsarbeiten bzw. beim Aushub von Baugruben Auffälligkeiten im Untergrund angetroffen werden, die auf eine Altablagerung und/oder eine Verunreinigung des Bodens mit Schadstoffen hindeuten, so ist der Fachdienst Umwelt – Untere Bodenschutzbehörde – beim Kreis Pinneberg umgehend davon in Kenntnis zu setzen. Ansprechpartnerin bei der unteren Bodenschutzbehörde: Frau Weik, Telefon: 04121/4502 2291.	Der Hinweis wird in die Begründung aufgenommen.

5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9 der Gemeinde Moorrege,
 Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Nachbarkommunen und öffentliche Auslegung

Nachbarkommunen	
Gemeinden Heist und Neuendeich, Stellungnahme vom 18.10.2012	
Keine Anregungen und Bedenken.	
Gemeinde Appen, Stellungnahme vom 24.10.2012	
Keine Anregungen und Bedenken.	
Gemeinde Heidgraben, Stellungnahme vom 31.10.2012:	
Keine Anregungen und Bedenken.	
Öffentlichkeit	
Es liegen keine Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung vor.	

Zusammengestellt:

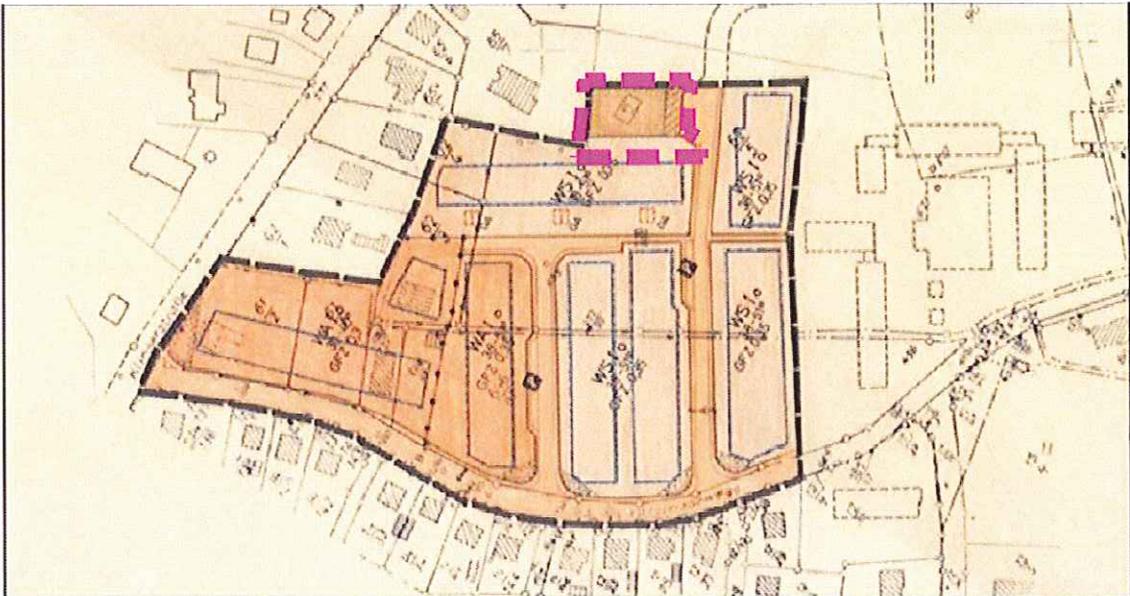
Wedel, den 23. November 2012

Möller-Plan
 Stadtplaner + Landschaftsarchitekten
 Schlödelsweg 111, 22880 Wedel
 Postfach 1136, 22870 Wedel
 Tel: 04103 - 91 92 26
 Fax: 04103 - 91 92 27
 Internet: www.moeller-plan.de
 eMail: info@moeller-plan.de

GEMEINDE MOORREGE

BEGRÜNDUNG FÜR DIE SATZUNG ZUM BEBAUUNGSPLAN NR. 9,
5. ÄNDERUNG
- beschleunigtes Verfahren (§ 13 a BauGB) -

für das Gebiet südöstlich der Klinkerstraße, nördlich der Gemeindestraße
Voßmoor und westlich des Wendehammers in der Straße Rehwisch



Bearbeitungsstand: 23.11.2012

INHALTSVERZEICHNIS

1. Allgemeines	1
1.1. Rechtsgrundlagen	1
1.2. Lage und Umfang des Plangebietes	1
2. Planungserfordernisse und Zielvorstellungen.....	2
3. Art und Maß der baulichen Nutzung	2
4. Gestalterische Festsetzungen	2
5. Belange des Natur-, Boden- und Artenschutzes	2
6. Kosten und Finanzierung.....	4
7. Flächenbilanzierung	4
8. Eigentumsverhältnisse	4

**BEGRÜNDUNG
ZUM BEBAUUNGSPLAN NR. 9, 5. Änderung
DER GEMEINDE MOORREGE**

**für das Gebiet südöstlich der Klinkerstraße, nördlich der Gemeindestraße
Voßmoor und westlich des Wendehammers in der Straße Rehwisch**

**Planzeichnung (Teil A) und Text (Teil B) werden beim Abschluss des Bauleit-
verfahrens zur rechtsverbindlichen Fassung.**

**Die Begründung zum Bebauungsplan erläutert das Planungserfordernis und
die Planungsabsicht und trifft nach dem Satzungsbeschluss Aussagen über
das Planungsergebnis. Die Begründung spiegelt dadurch vor allem die von der
Gemeinde vorgenommene Abwägung wider.**

1. ALLGEMEINES

1.1. Rechtsgrundlagen

Die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9 wird gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB), § 9 Abs. 4 BauGB, in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509), in Verbindung mit § 84 der Landesbauordnung Schleswig-Holstein in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.1.2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 6), zuletzt geändert am 17.1.2011 (GVOBl. Schl.-H. S. 3) aufgestellt.

Die Art der Nutzung und das Maß der baulichen Nutzung der Grundstücke wird entsprechend den Bestimmungen der Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung vom 23.1.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert am 22.04.1993 (BGBl. I S. 466), festgesetzt.

Als Plangrundlage diene ein Auszug aus der amtlichen Liegenschaftskarte (ALK)-Flurkarte - M 1 : 1.000. Der Geltungsbereich der 5. Änderung des Bebauungsplanes umfasst das Flurstück 62/28 der Flur 6, Gemarkung Moorrege.

Die Gemeindevertretung Moorrege beschloss am 20.3.2012 die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9 (Änderungsbeschluss).

1.2. Lage und Umfang des Plangebietes

Der Geltungsbereich des B-Planes Nr. 9 liegt im westlichen Teil des bebauten Bereiches der Gemeinde Moorrege, östlich der Klinkerstraße. Der Bereich der 5. Änderung liegt im Nordosten des Plangeltungsbereiches.

Der Geltungsbereich der 5. Änderung umfasst eine Fläche von 781 m².

2. PLANUNGSERFORDERNISSE UND ZIELVORSTELLUNGEN

Der Bebauungsplan Nr. 9 wurde durch die Gemeinde Moorrege am 26.9.1973 (Satzungsbeschluss) aufgestellt. Er umfasst ein Gebiet von ca. 3 ha. Der Bebauungsplan Nr. 9 wurde bereits viermal geändert. Im rechtsgültigen Bebauungsplan ist im Bereich Klinkerstraße / Ecke Vossmoorweg ein Teil des Gebietes als allgemeines Wohngebiet festgesetzt, im Übrigen lautet die Festsetzung auf Kleinsiedlungsgebiet. Es ist eine eingeschossige Bauweise mit einer GFZ von 0,3 im nördlichen Teilbereich und von 0,35 in übrigen Bereich festgesetzt. An der nordöstlichen Grenze des Plangeltungsbereichs ist eine Fläche für einen Spielplatz festgesetzt.

Dieser Spielplatz wurde aufgrund nicht mehr bestehenden Bedarfs inzwischen zurückgebaut. Die Gemeinde Moorrege bezieht daher diese Fläche in die bebaubare Fläche ein. Es sollen die Festsetzungen der angrenzenden Flächen übernommen werden.

3. ART UND MAß DER BAULICHEN NUTZUNG

Die Art und das Maß der baulichen Nutzung werden entsprechend den direkt angrenzenden, bereits bebauten Flächen festgesetzt. Der Geltungsbereich der 5. Änderung wird als allgemeines Wohngebiet festgesetzt. Es wird eine eingeschossige, offene Bauweise und eine GFZ vom 0,35 festgesetzt. Die Baugrenze wird so festgesetzt, dass ein den anderen Flächen vergleichbares Baufenster entsteht. Die Zuwegung zu dem Grundstück erfolgt von dem vorhandenen Wendehammer aus. Garagen und Carports werden aufgrund der Lage des Grundstückes am Wendehammer auch außerhalb der Baugrenze zugelassen.

Auch an der Erschließung wird nichts geändert. Der Wendehammer wird entsprechend seiner tatsächlichen Größe aufgenommen. Weitere Ausführungen dazu entfallen hier, es wird auf die Begründung zum B-Plan 9 verwiesen.

4. GESTALTERISCHE FESTSETZUNGEN

Die gestalterischen Festsetzungen bleiben ebenfalls unverändert bestehen und werden hier deshalb nicht weiter dargestellt.

5. BELANGE DES NATUR-, BODEN- UND ARTENSCHUTZES

Die 5. Änderung des B-Planes Nr. 9 erfolgt im beschleunigten Verfahren. Es wird daher kein Umweltbericht erstellt. Der Geltungsbereich der 5. Änderung stellt sich als freies Grundstück dar, auf dem die Spuren der Entfernung der Spielgeräte noch deutlich erkennbar sind. Vom Wendehammer aus verläuft noch ein mit Betonplatten befestigter Gehweg bis über die Mitte des Grundstückes hinaus. Die Bebauung mit

Begründung zum Bebauungsplan Nr. 9, 5. Änderung der Gemeinde Moorrege

einem Wohnhaus und Nutzung des übrigen Bereiches als Garten ändern an dem derzeitigen Zustand naturschutzrechtlich nichts Wesentliches. Ein Wohnhaus ist eine kompaktere Bebauung als mehrere Spielgeräte. Die Wohnnutzung erstreckt sich aber nicht ständig über die gesamte Fläche. Insgesamt ist von etwa der gleichen Nutzungsintensität auszugehen.

Die Fläche ist von Gehölzen umgeben. An der nördlichen und westlichen Grundstücksgrenze stehen Hecken, die zu den jeweiligen Nachbargrundstücken gehören. An der südlichen Grundstücksgrenze stehen vereinzelte Ziergehölze vor einem Holzflechtzaun des Nachbargrundstückes. An der östlichen Seite, zum Wendehammer, stehen beidseitig der vorhandenen Zufahrt Erlen, Ahorn und Buschrosen. Vom Wendehammer aus führt ein mit Betonplatten belegter Weg in das Grundstück hinein, bis etwa 2/3 der Grundstückslänge. Innerhalb der Fläche sind die durchgeführten Räumarbeiten noch erkennbar. Alte Bäume, die Höhlen aufweisen könnten, sind nicht vorhanden. Für Fledermäuse gibt es daher keine Wohnstätten. Die Fläche der 5. Änderung ist zu klein, um als Nahrungshabitat von Fledermäusen eine Rolle zu spielen. Sie liegt auch nicht innerhalb einer durch Leitlinien markierten Flugstrecke von Fledermäusen.

Die Gehölze werden Brutvögel beheimaten. Die gibt es im gesamten Geltungsbereich des B-Planes Nr. 9. Sollten während der späteren Baumaßnahmen hier vorübergehend kein Vögel brüten können oder wollen, gibt es ausreichend Ausweichmöglichkeiten. Bodenbrüter sind aufgrund der Kleinflächigkeit des Bereiches der 5. Änderung nicht zu erwarten.

Es gibt auch keine Hinweise auf das Vorkommen anderer streng geschützter Arten.

Da nach vorliegenden Erkenntnissen nicht von einer Störung oder Beeinträchtigung streng oder besonders geschützter Arten auszugehen ist, wurde auf einen artenschutzfachlichen Beitrag verzichtet.

Im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher belange hat die untere Bodenschutzbehörde des Kreises Pinneberg folgende Hinweise gegeben:

"Nach derzeitigem Kenntnisstand sind Altablagerungen im Plangeltungsbereich nicht bekannt.

Hinweise auf schädliche Bodenveränderungen und/oder Altlasten aus früheren gewerblichen Nutzungen von Grundstücken im Plangebiet liegen zurzeit nicht vor.

Für zukünftige Bauvorhaben ist sicherzustellen, dass bei Auftreten von Bodenverunreinigungen die Belange der gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnisse gewahrt werden.

Sollten im Zuge der Umsetzung des Planvorhabens / bei den Erschließungsarbeiten bzw. beim Aushub von Baugruben Auffälligkeiten im Untergrund angetroffen werden, die auf eine Altablagerung und/oder eine Verunreinigung des Bodens mit Schadstoffen hindeuten, so ist der Fachdienst Umwelt – Untere Bodenschutzbehörde – beim Kreis Pinneberg umgehend davon in Kenntnis zu setzen.

Ansprechpartnerin bei der unteren Bodenschutzbehörde: Frau Weik, Telefon: 04121/4502 2291."

6. KOSTEN UND FINANZIERUNG

Durch die Änderung des Plangeltungsbereiches entstehen der Gemeinde Kosten für Planung und Vermessung, sowie für die Durchführung des Verfahrens.

7. FLÄCHENBILANZIERUNG

Gesamtgröße des Änderungsbereiches	781 m ²
davon Wohngebiet	781 m ²

8. EIGENTUMSVERHÄLTNISSE

Die Grundstücke im Änderungsbereich sind im Gemeindeeigentum.

Diese Begründung wurde mit Beschluss der Gemeindevertretung vom
..... gebilligt.

Gemeinde Moorrege, den

Der Bürgermeister